HALLE / LEIPZIG IV.1

ARBEITSMATERIALIEN
WORKING PAPERS
РАБОЧИЕ МАТЕРИАЛЫ

STUDIEN TEIL 1

Februar 2004

SCHRUMPFENDE STÄDTE – Ein Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes in Kooperation mit dem Projektbüro Philipp Oswalt, der Galerie für Zeitgenössische Kunst Leipzig, der Stiftung Bauhaus Dessau und der Zeitschrift *archplus*.

Büro Philipp Oswalt, Eisenacher Str. 74, 10823 Berlin, T: +49 (0)30 81 82 19-11, F: +49 (0)30 81 82 19-12, mail@shrinkingcities.com, URL: www.shrinkingcities.com

ZUSAMMENFASSUNG

Kaum 40 Kilometer trennen die Städte Halle (Saale) und Leipzig, jene mit 247.000 Einwohnern im Bundesland Sachsen-Anhalt, diese mit 493.000 Einwohnern im Bundesland Sachsen gelegen. Seit der Wende hat die Region mit einem deutlichen Bevölkerungswegzug zu kämpfen – symptomatisch für den gesamten Osten Deutschlands –, der in wohnwirtschaftliche, städtebauliche und soziale Bereiche vehement eingreift und sich in die Stadt sichtbar einschreibt. Die meisten ostdeutschen Städte sind gezeichnet von leer stehenden Straßenzügen, Gentrification-Prozessen, und im neuen System gestrandeten brachen Industrieanlagen. Nicht zuletzt führte die dramatische Leerstandssituation im Jahr 2001 zu dem Bund-Länder-Programm *Stadtumbau Ost*, der subventionierten Abriss ermöglicht. War für diese Entwicklung in der ersten Hälfte der 1990er primär die Wanderung von den neuen in die alten Bundesländer verantwortlich, so in der zweiten Hälfte der 1990er wesentlich die Suburbanisierung. Paradox, doch real: Schrumpfung und Wachstum liegen gleich nebeneinander; der Entdichtung der Städte entspricht die Verdichtung des Umlands. Aufschwung versprechende Gewerbe- und Einkaufparks in Suburbia, in der die heutigen Großwohnsiedlungen in Form von subventionierter Eigenheimzulage entstanden sind, bieten einen wertschöpfenden unternehmensnahen Dienstleistungssektor. Allerdings wurde verkannt, dass sich bis jetzt die industrielle Basis nicht wie gewünscht erholt hat. Auf die Privatisierung der *Volkseigenen Betriebe* nach 1990 folgte in vielen Fällen deren Schließung. Heute erreicht die ostdeutsche Ökonomie nicht einmal das Durchschnittswachstum in der Europäischen Union. In der Region Halle / Leipzig hinterließ der Umbau der Wirtschaft vielmehr eine Arbeitslosigkeit von über 20%.

Der Verstädterungsprozess nach dem Regelwerk des postindustriellen Kapitalismus hat in einem Zeitraffer-Tempo in Ostdeutschland Situationen von Dis- und Reurbanisierung generiert, die Günter Herfert in seinem Text als ein „Nebeneinander von gegensätzlichen Entwicklungstendenzen" anhand einer differenzierenden Untersuchung der polarisierenden Raumentwicklung in Ostdeutschland – besonders in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – erörtert. Ulrich Pfeiffer spricht von einem „Leerstandsschock": trotz eines Leerstandes von einer Million Wohnungen in Ostdeutschland konzentriert sich die Stadtentwicklungspolitik auf Neubau. Pfeiffer zeichnet die Entwicklung des Leerstandes nach und untersucht Strategien, die ein Management der Schrumpfung organisieren können. Was bedeutet das Programm *Stadtumbau Ost* für die Entwicklung des Wohnungsmarktes, für die Wohnungswirtschaft, für die Politik auf kommunaler und regionaler Ebene und die politische Steuerung von Schrumpfungsprozessen? Fragen, auf die Matthias Bernt in seinem Artikel kritisch eingeht.

Die Eurocity Guben / Gubin – zwei Länder, zwei Orte, ein Fluss. Die Oder trennt nicht nur das deutsche Guben vom polnischen Gubin, sondern ganze Welten. Jörg Dürrschmidt und Anna Zinserling geht es in ihrem Text um die soziale Konstruktion von europäischen Räumen und Grenzen in der Euro-Region. Das Format des Interviews fungiert als wesentliche Argumentationslinie.

Wissen als Produktionsfaktor von wirtschaftlichen, urbanen und sozialen Räumen der heutigen Wissensgesellschaft liegt der Untersuchung von regionaler Stadtentwicklung in Ulf Matthiesens Artikel zu Grunde. Matthiesen differenziert unterschiedliche Wissensmilieus an den Beispielen von Frankfurt (Oder) und Jena und forscht nach Trägern unterschiedlicher Wissensformen. „Friede den Landschaften!" – Wolfgang Engler fordert in seinem Text einen Paradigmenwechsel in der Strukturierung der Wirtschafts- und Wohnpolitik in Ostdeutschland, sichtbar gemacht am Beispiel der Stadt Hoyerswerda, und warnt vor dem Denkfehler, die de-industrielle Gesellschaft des Ostens mit der post-industriellen Gesellschaft des Westens zu verwechseln.

Die dritte sozialistische Stadt Halle-Neustadt von 1968 leidet heute unter einem Leerstandsdilemma, das in der Wohnungswirtschaft und auf dem Wohnungsmarkt Regie führt. Wolfgang Kil beschreibt die Situation nach dem Strukturumbruch zur privatkapitalistischen Organisation des Wohnungswesens. Leipzig-Plagwitz rückt 2000–2006 durch die Förderung von der *Gemeinschaftsinitiative URBAN II* als ein Teil des Programmgebiets in das öffentliche Interesse, so wie auch schon die *EXPO 2000* ihre Spuren vor Ort hinterlassen hat. Jedoch stellt Kil fest: „Lauter Leuchttürme. Bloß keine Schiffe."
In seiner vergleichenden Analyse, die Schkeuditz Orten in der Region Halle / Leipzig gegenüber stellt, differenziert Hartmut Usbeck die Bevölkerungsentwicklung und Situation des Arbeitsmarktes in der Region. Karin Wiest und André Hill fragen nach sozio-kulturellen Ursachen der Auf- und Abwertung von Stadtgebieten und stellen die Analyse der sozialen, funktionalen und baulichen Strukturen von drei Leipziger Altbauquartieren in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung. Auf der Grundlage einer ethnografischen Studie des Strukturwandels in Bitterfeld / Wolfen verdeutlicht Regina Bittner die Diskrepanz zwischen der kollektiven und sozialen Funktion der Betriebe im sozialistischen Ostdeutschland und den heutigen neoliberalen Arbeitsstrukturen, die Ansässige im Beschäftigungsverhältnis von den arbeitslosen Bewohnern trennen. *Netzstadt Bitterfeld Wolfen* – ein Projekt der *IBA Stadtumbau 2010* Sachsen-Anhalt – bedeutet für die Region einen wesentlichen Ausblick, um eine veränderte Wahrnehmung der sozial dispersen Struktur herbeizuführen. Hellmuth Stieff benennt in seinem Text die Potenziale vor Ort.
Gotthard Voß charakterisiert in seinem Artikel, wie das unvorbereitete Eintreffen der Um- und Aufschwünge der Städte den Denkmalschutz und die Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt traf, und verdeutlicht die Herausforderung, ein prospektives Konzept für die (Um-) Nutzung und den sinnvollen Erhalt von Bausubstanz zu finden.

INHALTSÜBERSICHT

6 STATISTIK: HALLE / LEIPZIG

Teil 1 Ostdeutschland

12 DER LEERSTANDSSCHOCK
Ulrich Pfeiffer

19 DISURBANISIERUNG UND REURBANISIERUNG – POLARISIERTE RAUM-ENTWICKLUNG IN DER OSTDEUTSCHEN SCHRUMPFUNGSGESELLSCHAFT
Günter Herfert

29 FALLANALYSEN ZUM VERHÄLTNIS VON TRANSFORMATIONSPFADEN UND FORMEN DER ‚SÄSSIGKEIT' IN DER DEUTSCH-POLNISCHEN EUROCITY GUBEN / GUBIN
Jörg Dürrschmidt und Anna Zinserling

40 RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN DES STADTUMBAUS
Matthias Bernt

47 LOKALE WISSENSMILIEUS ALS POTENZIALE DER POSTSOZIALISTISCHEN STADTENTWICKLUNG
Ulf Matthiesen

57 FRIEDE DEN LANDSCHAFTEN!
Impressionen und Phantasien zur politischen Geografie Deutschlands
Wolfgang Engler

Teil 2 Halle / Leipzig und Region

65 KLEINKRIEG UM DIE MIETER
In Halle-Neustadt werden die Ungemütlichkeiten des Stadtumbau Ost sichtbar
Wolfgang Kil

71 DIE ENTWICKLUNG KLEINER UND MITTLERER ZENTREN IM MITTEL-DEUTSCHEN VERDICHTUNGSRAUM – SCHKEUDITZ IM ZENTRENVERGLEICH
Hartmut Usbeck

85 LAUTER LEUCHTTÜRME
Perforationslandschaft Leipzig-Plagwitz
Wolfgang Kil

88 SEGREGATION UND GENTRIFICATION IN DER SCHRUMPFENDEN STADT
Eine Längsschnittbetrachtung in Leipziger Altbauvierteln
André Hill und Karin Wiest

101 STADTINSELN, FLUCHTBURGEN UND RUINEN
Die Industrieregion Bitterfeld / Wolfen
Hellmuth Stieff

104 SPARSAMES LEBEN – OSTDEUTSCHE ARBEITERKULTUR IM ZEITZERFALL
Regina Bittner

113 (ALT-)STADTUMBAU OST UND DIE DENKMALPFLEGE IN SACHSEN-ANHALT
Gotthard Voß

122 PROJEKTE UND INITIATIVEN

124 INSTITUTE

126 FILMOGRAFIE

128 BIBLIOGRAFIE

130 AUTOREN

131 IMPRESSUM

ANHANG: KARTE UND BILDER

STATISTIK: HALLE / LEIPZIG

REGION UND STÄDTE

REGION

Die Region Halle-Leipzig umfasst nach unserer Definition den städtischen Verdichtungsraum Halle und Leipzig sowie die umliegenden Kreise – das entspricht den Regierungsbezirken Halle, Dessau (ehem. Bezirk Halle, Sachsen-Anhalt) und Leipzig (Sachsen).

STÄDTE (AUSWAHL)

Leipzig, 493.208 Ew. (2000), -14,7% (1990–2000)
Industrie- und Messestadt. ***Geschichte***: 1015 erste Erwähnung, 1165 Marktrecht, zentraler europ. Handelsplatz, 1409 Universitätsgründung, 1481 erster Buchdruck, 1497 Messeprivileg, 1813 Völkerschlacht, 19. Jh. Ansiedlung div. Industrie, 1943 durch Luftangriff erheblich zerstört, zu DDR-Zeiten industriell kaum weiterentwickelt, 1989 Montagsdemonstrationen. ***Wirtschaft***: traditionell Schwermaschinenproduktion, Elektrotechnik, Leichtindustrie, grafische Betriebe und Buchdruck, heute Rückgang der Industriearbeitsplätze und Zunahme der Bereiche Banken, Versicherungen, Medien und Dienstleistungen, zahlreiche Fachmessen. ***Stadtstruktur***: großer Gründerzeitbestand, Großsiedlungskomplexe, 90er Jahre Bauboom am Stadtrand: Geschoßwohnungsbau, Eigenheime und Gewerbesuburbanisierung. ***Aktuell***: Stabilisierung nach Abwanderungswelle, Segregation in den Innenstadtvierteln, problematische Altbaugebiete, Abrisse in Platte und Altbau geplant, intensive Arbeit an Image und Großprojekten (Olympia...)

Halle, 246.450 Ew. (2000), -18,0% (1990–2000)
Industriestadt und Verwaltungssitz, größte Stadt Sachsen-Anhalts. ***Geschichte***: 806 Kastell ‚Halla' am Saaleübergang, Teil des Erzbistums Magdeburg, mit Salzgewinnung Blüte der Stadt im Mittelalter, 1260 Stadtmauer und Hansebeitritt, starkes Stadtwachstum im Zuge der Industrialisierung, ab 1963 Bau der Chemiearbeitersiedlung Halle-Neustadt, 1990 Zusammenschluss Halle und Halle-Neustadt. ***Wirtschaft***: Historisch Kalisalz und Braunkohleabbau, Maschinen-, Fahrzeug- und Waggonbau, Chemiestandort im direkten Umland (Buna, Leuna), zunehmend Dienstleistung, Verwaltung, Wissenschaft, Technologie. ***Stadtstruktur***: geringe Kriegszerstörung der historischen Innenstadt, 70er/80er z.T. Flächenabriss und Neubau, gründerzeitliche Stadterweiterungen, 20er-Jahre-Gartensiedlungen, Plattenbau-Großsiedlungen. ***Aktuell***: Abwanderung und Leerstand fortschreitend, besonders in Großsiedlungen (Neustadt, Silberhöhe)

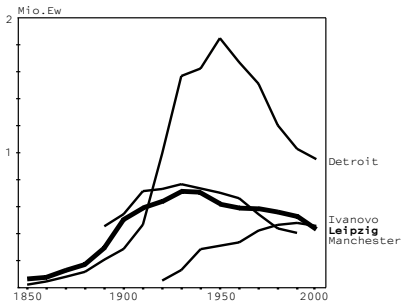
Wolfen, 30.652 Ew. (2000), -33,4% (1990–2000)
100-jährige Werksiedlung im Bitterfelder Braunkohlerevier, Teil der Doppelstadt Bitterfeld / Wolfen. ***Geschichte***: Dorf seit 1400, 1846 Entdeckung von Kohlelagern, bis 1931 Brikett-, Ziegel- und Terrakottaherstellung, 1910 Farbenfabrik, Ansiedlung der chem. Großindustrie, Stadt seit 1958, 1960 Baubeginn Großsiedlung Wolfen-Nord. ***Wirtschaft***: Bis 1989 vorw. chemische Industrie, Filmfabrik Wolfen (ORWO), 1989 dramatischer wirtschaftlicher Zusammenbruch, wenig Neuansiedlungen, geringes Innovationspotenzial. ***Stadtstruktur***: Alter Dorfkern, gartenstadtartige 1900-1930er Jahre-Siedlung, Großsiedlung Wolfen-Nord, großteils brachliegende Industrieareale. ***Aktuell***: Rückbau kann der Leerstandsspirale nicht folgen, Segregation, Überalterung

Weißenfels, 31.928 Ew. (2000), -13,7% (1990–2000)
Kreisstadt mit historischen Zentrum. ***Geschichte***: 1185 Stadtrecht, seit 1500 Schneider- und Schusterhandwerk, Dreißigjähriger Krieg: Bev. sinkt von 2200 auf 960, 1680–1746 Residenzstadt des Herzogtums Sachsen-Weißenfels, wirtschaftliche Blüte, Industriestandort ab 19. Jh. ***Wirtschaft***: Traditioneller Standort der Schuh- und Textilindustrie, seit 1992 weitgehend eingestellt, Lebensmittelindustrie: Schlachthof und Großmolkerei, Bundeswehrstandort. ***Stadtstruktur***: Barocke Altstadt mit Schloß und wertvollen Baudenkmälern, Villen, gründerzeitliche Mischquartiere, Plattenbausiedlungen, altindustrielle Gewerbestrukturen. ***Aktuell***: Leerstand, Verfall und auch Abriss der historischen Bausubstanz, keine Nutzer oder Investoren in Sicht, Auspendlerstandort

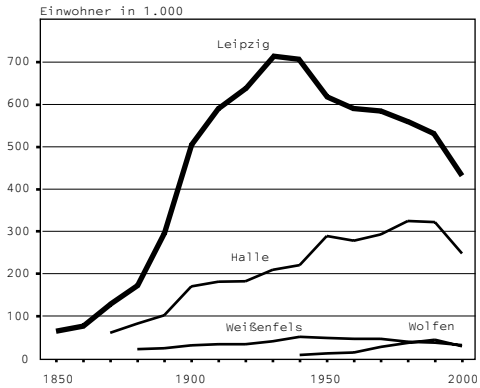
INTERNATIONALER VERGLEICH

BEVÖLKERUNG

01 Einwohnerentwicklung der 4 internationalen Untersuchungsstandorte

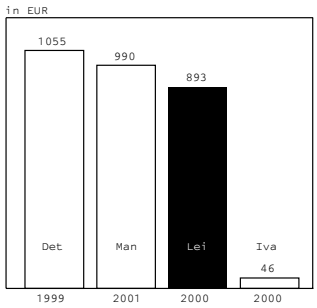


02 Einwohnerentwicklung in Städten der Region Halle-Leipzig



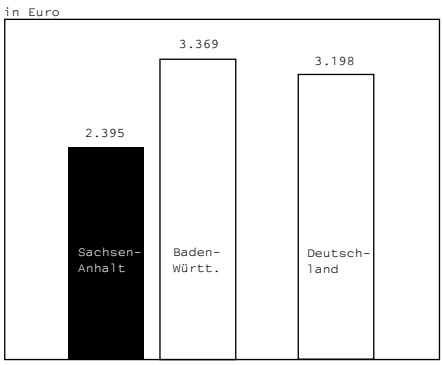
EINKOMMEN

03 monatliches Durchschnittseinkommen an den 4 Standorten



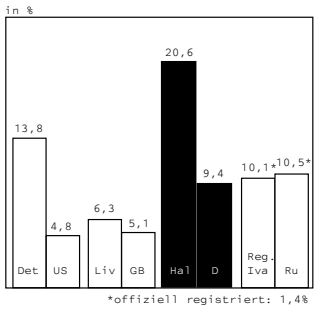
(Das Durchschnittseinkommen unterliegt jeweils unterschiedlichen Def., s. Anm. S. 6)

04 durchschnittliche Bruttomonatsverdienste von Angestellten im gesamtdeutschen Vergleich, 2002



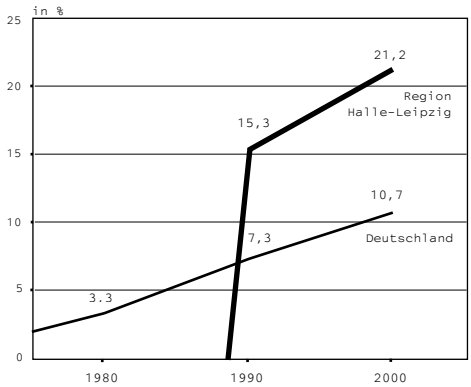
ARBEITSLOSIGKEIT

05 Arbeitslosigkeit im Vergleich der 4 Standorte



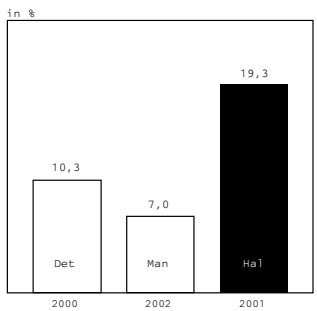
(Die Arbeitslosigkeit wird in den Ländern unterschiedlich definiert, s. Anm. S. 6)

06 Entwicklung der Arbeitslosigkeit: Region Halle-Leipzig und Deutschland

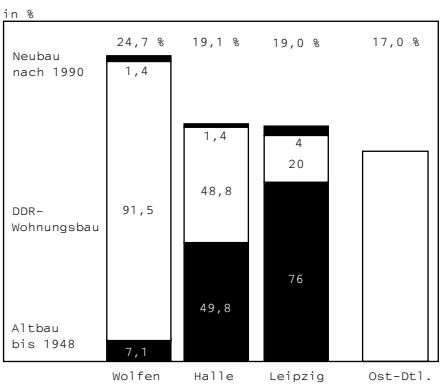


LEERSTAND

07 erfasster Wohnungsleerstand im internationalen Vergleich (Ivanovo: keine Angaben)



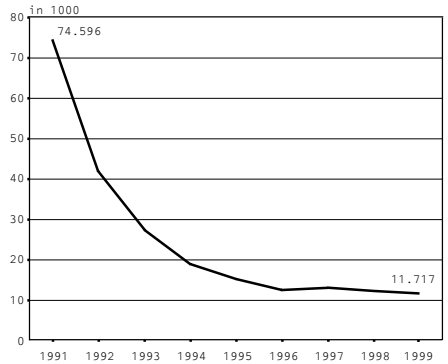
08 Wohnungsleerstandsquoten in der Region Halle-Leipzig nach Bautypologien, 2001



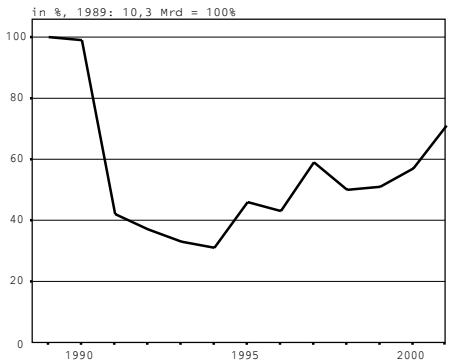
REGIONALE EMTWICKLUNG

DEINDUSTRIALISIERUNG

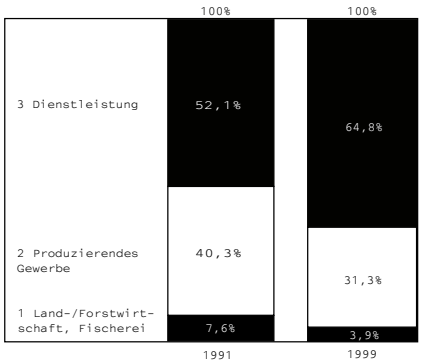
09 Beschäftigte in der chemischen Industrie, Sachsen-Anhalt



10 Entwicklung der Umsätze in der chemischen Industrie, Ostdeutschland

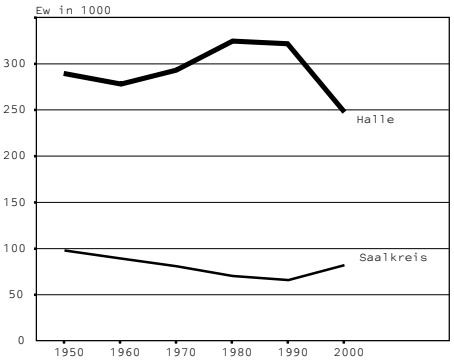


11 Anteil der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen, Sachsen-Anhalt

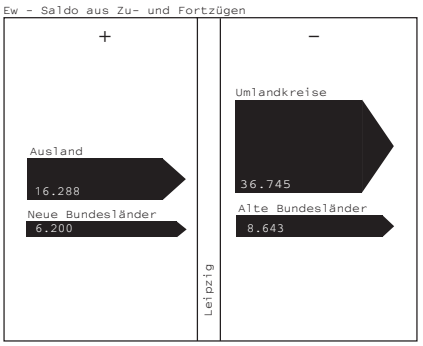


SUBURBANISIERUNG

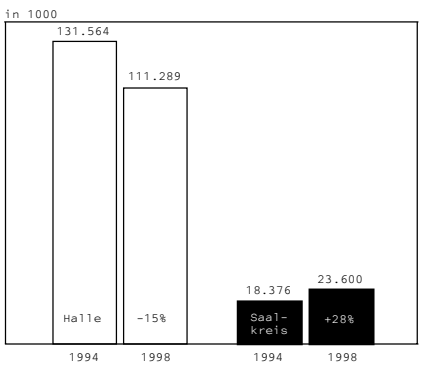
12 Bevölkerungsentwicklung von Halle und seinem Umland



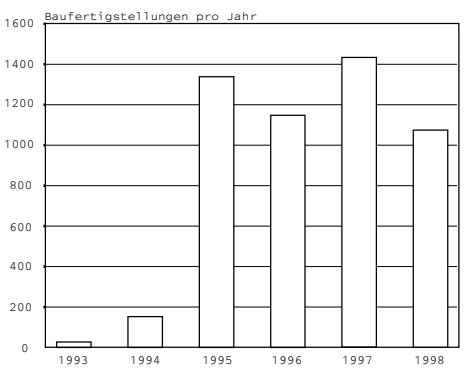
13 Migrationssalden von Leipzig nach Herkunfts- und Zielregion, 1993-2001



14 Beschäftigte am Arbeitsort, Entwicklung in Halle und Saalkreis

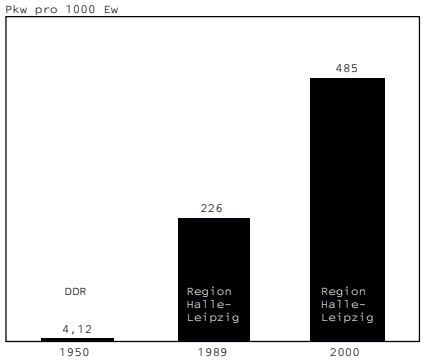


15 Jährliche Anzahl der Fertigstellungen von Ein- und Zweifamilienhäusern im Umlandkreis Leipziger Land



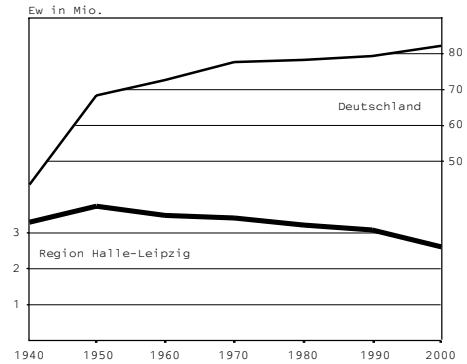
REGIONALE EMTWICKLUNG

16 Entwicklung des Pkw-Bestandes in der Region Halle-Leipzig

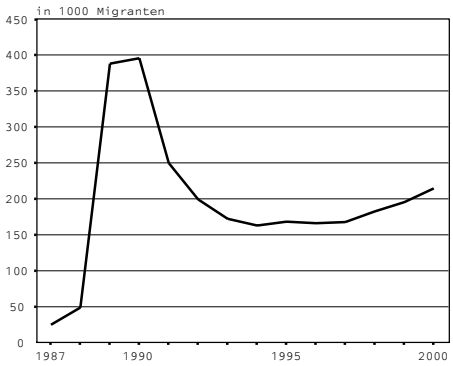


ABWANDERUNG UND DEMOGRAFISCHE ALTERUNG

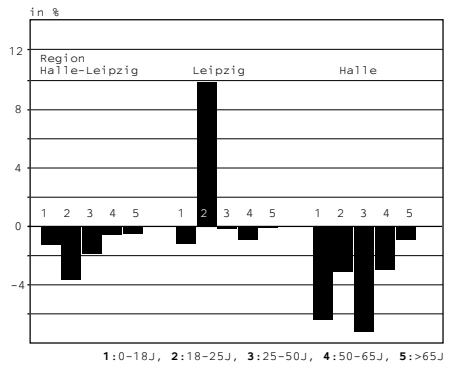
17 Vergleich der deutschen Bevölkerungsentwicklung mit der Region Halle-Leipzig



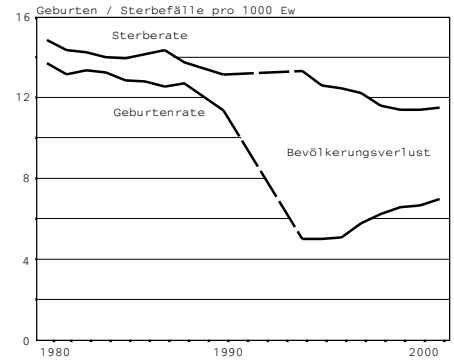
18 Entwicklung der jährlichen Wanderungszahlen aus den Neuen in die Alten Bundesländer



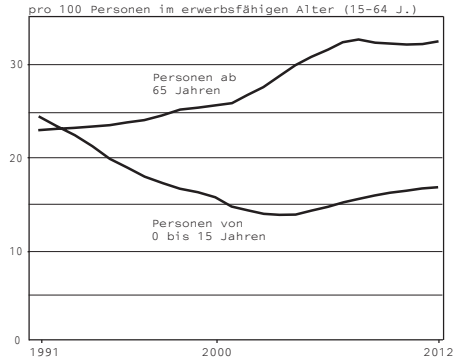
19 Wanderungssaldo nach Altersgruppen relativ zur Bevölkerung des Alters, 2000



20 natürliche Bevölkerungsentwicklung in der Region Halle-Leipzig



21 Jugend- und Altenquote Leipzigs



ABKÜRZUNGEN:

Det – Detroit, US – Vereinigte Staaten, Liv – Liverpool, Man – Manchester, GB – Großbritannien, Hal – Halle, Lei – Leipzig, D – Deutschland, Iva – Ivanovo, RU – Russland, Reg – Region

ANMERKUNGEN ZU ABBILDUNG:

02 Leipzig Gebietsstand 1998

03 Definition und Ermittlung des Durchschnittseinkommens: ***US***: Total income for a defined geographic unit divided by the total population. Income is defined as: Information on money income from persons 15 years and over. "Total income" is the sum of the amounts. Potential sources of income – 1) wage or salary income; 2) net self-employment income; 3) interest, dividend, net rental or royalty income; 4) Social Security or railroad retirement income; 5) public assistance or welfare income; 6) retirement or disability income; ... *GB*: die Durchschnittseinkommen für Haushalte wurden anhand der durchschnittlichen Haushaltsgrößen auf ein pro-Kopf-Einkommen umgerechnet. ***D***: Zum durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen zählen Einnahmen aus Lohn/Gehalt, selbständiger Tätigkeit, Rente/Pension, staatlicher Beihilfe, Vermietung/Verpachtung ...; nicht eingerechnet sind Landwirte und Personen ohne eigenes Einkommen (z.B. Minderjährige). ***RU***: Hier handelt es sich um alle Geldeinnahmen der Bevölkerung insgesamt (Renten, Löhne, Gehälter, Stipendien, Kindergeld, Zinseinnahmen aus Geldanlagen, Gewinne aus Immobilienverkäufen, -vermietung usw.) Nicht berücksichtigt sind Einnahmen aus Schwarzarbeit/informeller Tätigkeit. Es ist die gesamte Bevölkerung einbezogen: vom Kind bis zum Rentner.

05 Definition und Ermittlung von Arbeitslosigkeit: ***US***: Unemployed – Civilians 16 years old and over are classified as unemployed if they 1) were neither "at work" nor "with a job but not at work" during the reference week, and 2) were looking for work during the last four weeks, and 3) were available to accept a job. Also included as unemployed are civilians who did not work at all during the reference week and were waiting to be called back to a job from which they had been laid off. ***D***: Beschäftigungslos ist, wer 1) keine Beschäftigung oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausübt und 2) eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung sucht, d.h. wer durch Eigenbemühungen alle Möglichkeiten zur Beendigung der Beschäftigungslosigkeit nutzt und dabei den Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes zur Verfügung steht (Verfügbarkeit). Nicht als Arbeitslose zählen demnach Personen, die z.B. a) mehr als zeitlich geringfügig erwerbstätig sind, b) nicht arbeiten dürfen oder können, c) ihre Verfügbarkeit ohne zwingenden Grund einschränken, d) das 65. Lebensjahr vollendet haben, e) sich in arbeitsmarktpolitischen Vollzeitmaßnahmen befinden, ***GB***: Nomis-Defintion: Monthly administrative count of unemployed claimants – this is different from the ILO (International Labour Organization) definition, which estimates all jobless people who want to work, are available to work, and are actively seeking employment. The claimant count measures only those people who are claiming unemployment-related benefits (Jobseeker's Allowance). It is always the lower measure because some unemployed people are not entitled to claim benefits, or choose not to do so. ***RU***: Es gibt zwei verschiedene Angaben: 1) nach einer Methode erhoben, die auf einem Monitoring bzw. einer Schätzung beruhen, ähnlich der ILO-Methode. 2) Registrierte: umfasst diejenigen Personen, die sich beim staatlichen Arbeitsamt tatsächlich melden und registriert werden. Nicht alle Arbeitslosen melden sich beim staatlichen Arbeitsamt. Die Prozedur der Registrierung und Anerkennung ist überaus mühsam, und am Ende springt eine Summe heraus, die weder zum Leben, noch zum Sterben reicht.

06 Zahlen für Deutschland vor 1990: BRD/Westdeutschland, nach 1989: Alte und Neue Bundesländer

17 die Bevölkerungszahlen von DDR und BRD wurden addiert (DDR, BRD)

QUELLEN:

01 US Census Bureau, Census Reports for GB and Greater Manchester, Statistisches Jahrbuch Leipzig, Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig / Datenbank *Städte Russlands*
02 Statistische Jahrbücher der DDR; Amt für Statistik und Wahlen Leipzig
03 U.S.Census Bureau; CACI Ltd; Center for Urban and Regional Studies (CURS), Birmingham University; Statistisches Landesamt Sachsen; Goskomstat (Staatliches Komitee für Statistik), Moskau; Goskomstat, Ivanovo
04 Statistisches Bundesamt
05 Fischer Weltalmanach 2003; US Census Bureau; NOMIS (GB, Employment Department Group's online information system); Amt für Statistik und Wahlen Leipzig; Goskomstat, Moskau; Goskomstat, Ivanovo
06 Statistisches Jahrbuch Deutschland; Amt für Statistik und Wahlen Leipzig
07 Stadt Halle, Wohnungsmarktbericht 2003; CURS, Birmingham University; Center for Urban Studies, Wayne State University
08 Stadt Halle, Wohnungsmarktbericht 2003; Stadtplanungsamt Leipzig, Monitoringbericht 2003; Stadtentwicklungskonzepte Wolfen und Weißenfels
09 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt
10 Verband der Chemischen Industrie
11 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt
12 Statistische Jahrbücher der DDR; Amt für Statistik und Wahlen Leipzig
13 IfL, Leipzig
14 IfL, Leipzig
15 empirica / Statistisches Landesamt Sachsen
16 Statistische Jahrbücher der DDR; Amt für Statistik und Wahlen Leipzig
17 Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Jahrbuch Deutschland; Amt für Statistik und Wahlen Leipzig
18 Statistisches Bundesamt
19 www.holzrank.de
20 Statistische Jahrbücher der DDR; Amt für Statistik und Wahlen Leipzig
21 Statistisches Landesamt Sachsen; Amt für Statistik und Wahlen Leipzig

Teil 1

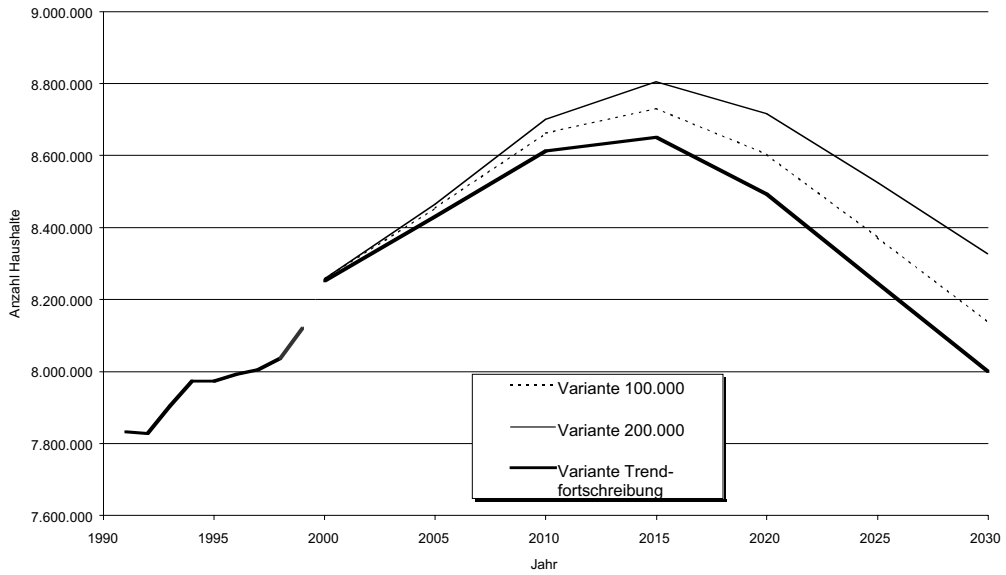
Ostdeutschland

DER LEERSTANDSSCHOCK

Ulrich Pfeiffer (2001)

Städte wachsen! Diese Erfahrung ist so alt wie die Städte selbst. Städte waren immer Ziel von Wanderungen. Mehr Menschen brauchten regelmäßig mehr Wohnungen, mehr Arbeitsplätze, mehr öffentliche Leistungen und natürlich mehr Platz. Diese Urerfahrung, die das Denken und Handeln ganz zwingend prägte, soll nun in Ostdeutschland nicht mehr gelten? Es stehen rund eine Million Wohnungen leer. Nur unverbesserliche Optimisten können davon ausgehen, dass in den nächsten zehn Jahren eine kräftige Nachfragesteigerung zustande kommt, die es ermöglichen würde, zumindest einen Teil dieser Leerstände wieder abzubauen. Realistischer dürfte sein, dass die Leerstände über einige Zeit nicht mehr weiter wachsen, weil gegenwärtig die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1970er Jahren Haushalte bilden und deshalb Wohnungen nachfragen. Außerdem verringert sich die Zahl der Personen je Haushalt weiter. Diese Effekte werden jedoch allenfalls bis etwa 2015 ausreichen, um den Rückgang der Bevölkerung weiterhin zu kompensieren. Ab 2015 wird abgesehen von Stadtregionen mit besonders robuster Wirtschaftsentwicklung (Jena) die Zahl der Haushalte überall zurückgehen.

Abbildung 1: Entwicklung der Haushaltszahlen in Ostdeutschland (inkl. Berlin) seit 1990 und Prognose bis 2030



Quelle: DKB, empirica

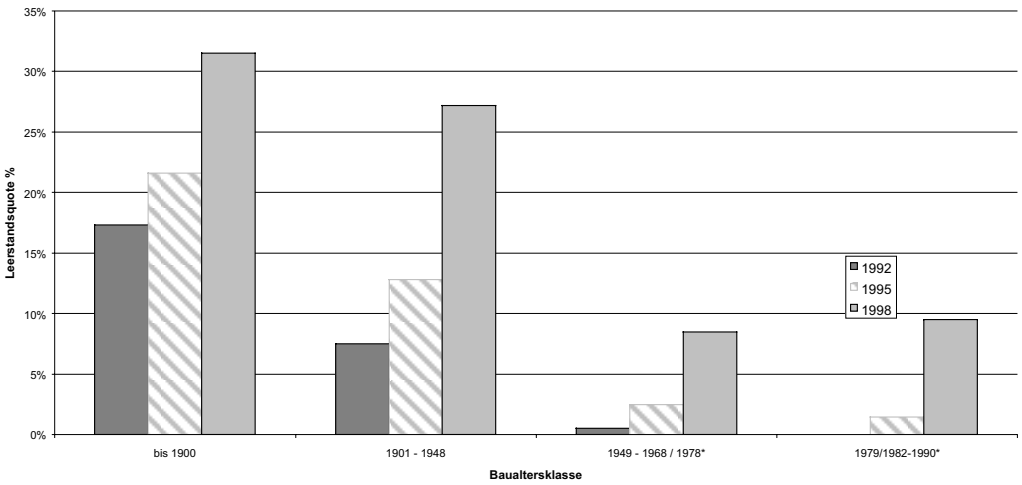
Dennoch werden auch weiterhin Wohnungen gebaut. In Ostdeutschland hat sich die Einkommenssituation der Haushalte unter 40 dem Einkommensniveau der entsprechenden westdeutschen Haushalte angepasst. Damit wächst die Zahl der Haushalte, die in den vorhandenen Beständen keine ihren Ansprüchen entsprechende Wohnungen finden. Diese Haushalte finanzieren Neubauten trotz Leerstand. Auch dieses Nebeneinander hoher und langfristig wachsender Leerstände mit gleichzeitigem kräftigen Neubau wird wahrscheinlich noch mindestens 20 Jahre lang das Bild bestimmen. Erst danach schrumpft die Zahl der Haushalte so rasch, dass dadurch auch genügend attraktive Wohnungen freigesetzt

werden, was einen Neubau dann weithin überflüssig machen wird, so dass die Fertigstellungszahlen dann auf ein unbedeutendes Niveau absinken. Die ostdeutschen Städte nehmen hier eine Erfahrung vorweg, die auch das Ruhrgebiet und andere westdeutsche Stadtregionen in nicht allzu ferner Zukunft in Schritten nachvollziehen werden. Lediglich in den süddeutschen Stadtregionen dürfte der Wohnungsmangel noch 20 Jahre lang das Bild bestimmen. Der Wohnungsneubau in Ostdeutschland wird schon in den kommenden Jahren überwiegend aus Eigenheimen bestehen. Eigenheime sind als Folge der DDR-Städtebaukonzepte in den ostdeutschen Stadtregionen besonders knapp.
Der Wunsch nach Eigenheimen ist in Ostdeutschland offensichtlich genauso ausgeprägt wie in Westdeutschland oder anderen europäischen Ländern. Zusammen mit den günstigen Bau- und Bodenpreisen entsteht daraus eine nachhaltige und hohe Bautätigkeit. Seit mehreren Jahren hält Mecklenburg Vorpommern den Rekord in der Fertigstellung von Einfamilienhäusern unter den deutschen Bundesländern, wenn man davon absieht, dass die noch höheren Werte in Brandenburg durch die Eigenheimabwanderer aus Berlin zustande kommen.
Damit ist die künftige Konstellation der Wohnungsmärkte im Grundsatz beschrieben. Das Tempo und die Intensität können variieren, denn auch in Ostdeutschland wird es künftig Konjunkturzyklen geben und damit Phasen der Verknappung des Wohnungsangebots, die von Phasen rascher Entspannung abgelöst werden. Solche Zyklen werden aber nicht ausreichen, um die Leerstände nachhaltig zu verringern.

GRÜNDE FÜR DIE ENTWICKLUNG

Der hohe Leerstand von einer Million Wohnungen geht nur zur etwa 60% auf die Entwicklung der letzten zehn Jahren zurück. Schon 1990 gab es in Größenordnungen von 400.000 Wohnungen, überwiegend im Altbau, einen erschreckend hohen, weitgehend verfallenden Wohnungsüberschuss. In den Jahren nach der Wende kam es trotz Abwanderung zu einem extremen Wohnungsmangel, weil sich die Zahl der Haushalte rasch vergrößerte und weil sich die Ansprüche mit steigenden Einkommen rapide erhöhten. Dieser quantitative und qualitative Wohnungsmangel führte zu den extremen Abschreibungserleichterungen, die etwa seit 1994 in einen Bauboom führten, der noch ausgeprägter war, als der Rekord-Boom zu Beginn der 1970er Jahre in Westdeutschland. Die steuerlichen Subventionen, aber zum Teil auch die Subventionen des sozialen Wohnungsbaus hatten die unangenehme Nebenfolge, dass bis in die jüngste Vergangenheit Geschosswohnungen, die schon im Überfluss vorhanden waren, weiter in hoher Stückzahl gebaut wurden. (Fertigstellungen an Geschosswohnungen in Ostdeutschland – ohne Berlin – von 1994 bis 1999 285.000 Wohnungen). Erst allmählich kam der Eigenheimbau, der die künftige Entwicklung tragen wird, in Gang.
Das Wohnungsangebot wird auch künftig weiterhin durch Modernisierungen bisher leerer Wohnungen vergrößert. Aus der Historie der Entwicklung der Leerstände aber auch aus dem Attraktivitätsgefälle zwischen nicht modernisierten Altbauten und sonstigen Angeboten folgt, dass sich die Leerstände bis heute sehr stark auf den Altbau konzentrieren.

Abbildung 2: Wohnungsleerstände im Geschosswohnungsbau in Ostdeutschland und Berlin-Ost



Quelle: BBR, GWZ, Mikrozensus

Leider gibt es keine jüngeren Statistiken, die einigermaßen verlässlich sind, Plausibilitätsüberlegungen machen jedoch deutlich, dass sich die Leerstände zu Lasten der Plattenbauten umschichten. Es werden weiterhin auch leere Altbauten mit hohen Subventionen modernisiert und in ihrer Attraktivität gesteigert. Hinzu kommt der Abbau von Leerständen, die sich in der Boomphase in den neugebauten Geschosswohnungen gebildet hatten. Der Leerstand in den Plattenbauten wird langfristig weiter zunehmen.

REGIONALE UNTERSCHIEDE

Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung sind enorm. Dort, wo ganze Industrien völlig zusammengebrochen sind, wie etwa in Stendal, in den Städten der Lausitz oder in Wolfen, kam es zu einer hohen Abwanderung nach Westdeutschland – ohne kompensierende Zuwanderung aus dem Ausland – und damit zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Leerstände, bei allerdings niedrigem Eigenheimbau. In den meisten anderen Stadtregionen waren die Abwanderungen nach Westdeutschland entgegen einer weitverbreiteten Meinung nach 1992 gering. Der Rückgang der Bevölkerung in den Kernstädten geht in der Regel zu 60 bis 80% auf die Abwanderungen in das jeweilige Umland zurück. Die Randwanderung hat für die Leerstände in den Altbauten und in den Grosssiedlungen eine weit höhere Bedeutung als die Abwanderung nach Westen. Diese Tatsache hat für die Politik eine besondere Bedeutung, weil die Verringerung dieser Umlandwanderung erheblichen Einfluss auf die künftige städtebauliche Gestaltung der Kernstädte nehmen kann. Schreibt man die gegenwärtigen Trends fort, dann kommt es zu einer Fragmentierung der meisten Städte. Neben modernisierten und attraktiven Kernbereichen verfestigen sich an den Innenstadträndern heute schon erkennbare größere Zonen mit hohen Leerständen, niedrigen Mieten, einem hohen Anteil noch unmodernisierter Altbauten und geringer Investitionstätigkeit. Genauso werden die Leerstände in den Plattenbauten sich weiter erhöhen und sich allmählich auf die schlechtesten Teilbestände konzentrieren. Daneben entstehen große attraktive Eigenheimgebiete, in denen sich Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen konzentrieren. Der baulichen Fragmentierung entspricht dann eine Segregation nach Sozialschichten.

STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN

Die künftigen Wanderungen aus dem Ausland lassen sich kaum abschätzen. Auch die Abwanderung nach Westdeutschland lässt sich nicht genau prognostizieren. Niemand weiß, wie der Jugendmangel, der nach 2010 in ganz Deutschland vor allem beim qualifizierten Nachwuchs spürbar wird, sich räumlich verteilt. Regionen wie München oder Stuttgart werden seit Jahrzehnten durch eine Zuwanderung junger, gutausgebildeter Erwerbstätiger in ihrer Entwicklung alimentiert und wohl auch künftig Magneten für hochqualifizierte Zuwanderer bleiben. Es ist völlig offen, wie unter den Bedingungen eines verschärften Wanderungswettbewerbs Rostock, Magdeburg oder Chemnitz mithalten werden. Neue Abwanderungswellen sind trotz der gegenwärtig erstaunlich stabilen Situation und der geringen Abwanderungsneigung aus Ostdeutschland nicht auszuschließen. Dem steht die Hypothese gegenüber, dass es längerfristig zu einer kräftigen Zuwanderung aus Osteuropa kommen wird. Hier ist Skepsis am Platze, denn die Einkommensdifferenzen werden sich rasch verringern. Auch in Osteuropa sind die Geburtenraten gesunken. Nachwuchs wird auf den heimischen Märkten knapp.

Die Erfahrung mit Portugal und Spanien hat gelehrt, dass nach der Öffnung der Grenzen eine bis dahin zurückgestaute Abwanderung einsetzt, die jedoch nach kurzer Zeit ausläuft. Es bleibt bestenfalls die Hypothese, dass sich Zuwanderungen aus dem Ausland und Abwanderung nach Westdeutschland die Waage halten. Ein nachhaltiger Anstieg der Zahl der Haushalte und erst recht der Zahl der Einwohner dürfte angesichts der Arbeitsmarktentwicklung unwahrscheinlich sein. Die Städte sollten sich deshalb auf ein weiteres anwachsen der Leerstände einstellen.

Der Rückgang der Zahl der Einwohner und der Haushalte wird begleitet sein von einer langfristig sinkenden Bau und Nutzungsdichte. Die Richtung der Veränderungen lässt sich für die großen Städte wie folgt darstellen:

Die sinkende Einwohnerdichte wird infolge steigender Wohnflächen je Einwohner und sinkender Baudichte drastisch abnehmen. Die sinkende Einwohnerdichte wird Veränderungen beim räumlichen Angebot kommunaler und privater Leistungen erzwingen (Schulen, Einkaufszentren, Kapazitäten des öffentlichen Personennahverkehrs).

In vielen Wohngebieten werden sich ältere Menschen mit niedrigen Einkommen konzentrieren. Die Einkommen der Rentner in Ostdeutschland werden bis 2030 relativ zu denen der Erwerbstätigen absinken. Hier wirkt sich aus, dass ab etwa 2010 vermehrt Erwerbstätige in Rente gehen, deren Erwerbsbiographie durch die ungünstige Arbeitsmarktlage seit 1990 geprägt ist. Es werden ereignisarme Gebiete mit geringem Konsumniveau entstehen.

In einer Welt, in der das öffentliche Leben stark durch kommerzielle Formen der Freizeitgestaltung geprägt ist, kommt es zu einer Ausdünnung an Aktivitäten. Die Kneipendichte wird deutlich absinken, genauso die Kinodichte und das Angebot an Fitness- und Sportmöglichkeiten. Wie werden die Menschen mit der neuen Ereignisarmut umgehen? Werden die Städte mit einer geringen Zahl junger Einwohner in einen dauerhaften Winterschlaf verfallen? Der Mangel an jüngeren aktiven Menschen wird sich jedenfalls überall zeigen.

STRATEGISCHE OPTIONEN UND MANAGEMENT DER SCHRUMPFUNG

Die Erwartung einer langfristigen Schrumpfung der Zahl der Haushalte und der bewohnten Wohnungen wird in einer Welt, die bisher durchgängig von Wachstum geprägt war, als Einschränkung, als Risiko oder sogar als Bedrohung empfunden. Da sich die absehbare Entwicklung weder gegenüber Investoren noch gegenüber den Bürgern verheimlichen lässt, kann die rationale Reaktion nur lauten, das Thema offensiv anzugehen. Es gilt insbesondere zu zeigen, wie intensiv und wie aufwendig die Umstrukturierungen in der Stadtstruktur sein müssen, damit eine „hohe Qualität in der Schrumpfung" tatsächlich

erreicht wird. Da Stadtentwicklungspolitik nur in Dekaden wirkt, muss in einer schrittweisen Analyse gezeigt werden, wie sich die demographischen Veränderungen in den einzelnen Jahrzehnten auswirken können und welche Reaktionen aus Sicht des öffentlichen Sektors in den jeweiligen Abschnitten sinnvoll oder erfolgsversprechend erscheinen. Neben konkreten Plänen für die nächsten fünf bis zehn Jahre werden Handlungsstrategien nur noch als grobe Skizzen formuliert, die jedoch nicht mehr als Blaupausen für eine Kommunalpolitik gelten können.

Die zentrale strategische Option ist, die Abwanderung ins Umland so weit wie möglich zu verringern, um das Anwachsen der Leerstände zu begrenzen. Anders als die Abwanderungen nach Westdeutschland oder Zuwanderungen aus dem Ausland lassen sich die Umlandwanderungen tatsächlich durch lokale politische Instrumente und Maßnahmen beeinflussen. Die Entwicklung der Bodenpreise in der jüngsten Zeit macht deutlich, dass in den Kernstädten Tendenzen zu Preissenkungen als Folge eines günstigen Angebots beobachtet werden können, während die Preise im Umland deutlich anziehen. Es scheint, als wären die Umlandgemeinden nicht mehr so expansionsfreudig wie noch vor fünf oder sechs Jahren – die Kernstädte haben den Kampf gegen die Abwanderung aufgenommen. Nach Jahrzehnten eines Wachstumsmanagements in den Städten wird infolge der sinkenden Zahl der Einwohner und der Haushalte ein Management der Schrumpfung erforderlich.

ABRISS JETZT

Auch wenn immer noch Vorbehalte bestehen: Abriss jetzt und Abriss im großen Stil ist in den meisten Städten in Ostdeutschland Voraussetzung für einen erfolgreichen Stadtumbau. Die Zusammensetzung der Abrisse wird von Stadt zu Stadt verschieden sein. In Städten mit großem Anteil an Altbauten müssen auch Gründerzeitwohngebäude abgerissen werden. Hier begegnet man oft emotionalem Widerstand.

Viele Bauten sind soweit verfallen, dass Modernisierungen nicht mehr möglich sind und eine Erhaltung nur um den Preis einer nahezu vollständigen und extrem aufwendigen Rekonstruktion zu haben ist. Anders als in Westdeutschland sind die Mieten in Ostdeutschland so niedrig, dass der weit überwiegende Teil der Investitionen aus öffentlichen Haushalten finanziert werden müsste. Die Finanzmittel werden neben der schwachen oder völlig fehlenden Nachfrage zum Engpassfaktor. Die Erneuerung wird wirtschaftlich auch deshalb erschwert, weil die Preise für neue Eigenheime weit niedriger sind als in Westdeutschland. Wenn einfache Eigenheime 450.000 DM oder mehr kosten, wird die Erhaltung von Altbauten wirtschaftlich relativ einfach, weil die Bereitschaft steigt, hohe Preise im Altbau zu entrichten. Bei Preisen von 300.000 DM pro Reihenhaus oder weniger sinkt entsprechend auch die Zahlungsbereitschaft für Altbauten. Stadterneuerung in Ostdeutschland steht unter verstärktem Konkurrenzdruck. Die für die Vermögensbildung so wichtigen günstigen Bau- und Bodenpreise verteuern für den Staat die Erneuerung von Altbauten.

Jede Umbau- und Erneuerungsstrategie muss deshalb neben der absehbaren Nachfrage auch die Finanzierbarkeit und den Subventionsbedarf nüchtern abschätzen. Das Überangebot der letzten Jahre und die hohen Subventionen haben zu einem extrem niedrigen Mietniveau geführt, damit sind die Spielräume für marktwirtschaftlich finanzierbare Investitionen sehr gering. Sollen aufwendige Erneuerungen dennoch realisiert werden, dann erfordert dies hohe Subventionen, um die Ertragslücken zu schließen.

Man begegnet immer wieder der Frage, ob es nicht sinnvoll sein könne, Bestände einfach einzumotten. Eine solche Strategie wird allein wegen der riesigen Zahl der Leerstände vielfach unausweichlich sein. Es können nicht alle Gebiete gleichzeitig angepackt werden. Größere Bereiche, die gegenwärtig nur noch teilweise genutzt sind, werden warten müssen. Die Nachfrage wird in einigen Jahren eher geringer sein als heute. Auch die Finanzierungsbedingungen werden nicht günstiger. Für eine möglichst hohe Abrissquote

spricht die einfache Überlegung, dass die Investitionstätigkeit und damit die Chance, freigelegte Flächen noch einmal zu bebauen, ständig zurückgehen wird. Es ist kaum vorstellbar, dass nach etwa 2015 oder 2020 in größerem Umfang Neubau realisiert wird. Ein Stadtumbau, der nicht bis 2020 verwirklicht ist, dürfte mangels Masse dann erst recht nicht realisierbar sein. Die ostdeutschen Städte können sich nicht wie in Westdeutschland 30 bis 40 Jahre Zeit nehmen, um den historischen Wohnungsbestand an veränderte Bedürfnisse anzupassen und dabei auch Teilabrisse vorzunehmen. Das Tempo der Schrumpfung und das Ausmaß der schon entstandenen Leerstände zwingen zu einem hohen Tempo des Umbaus.

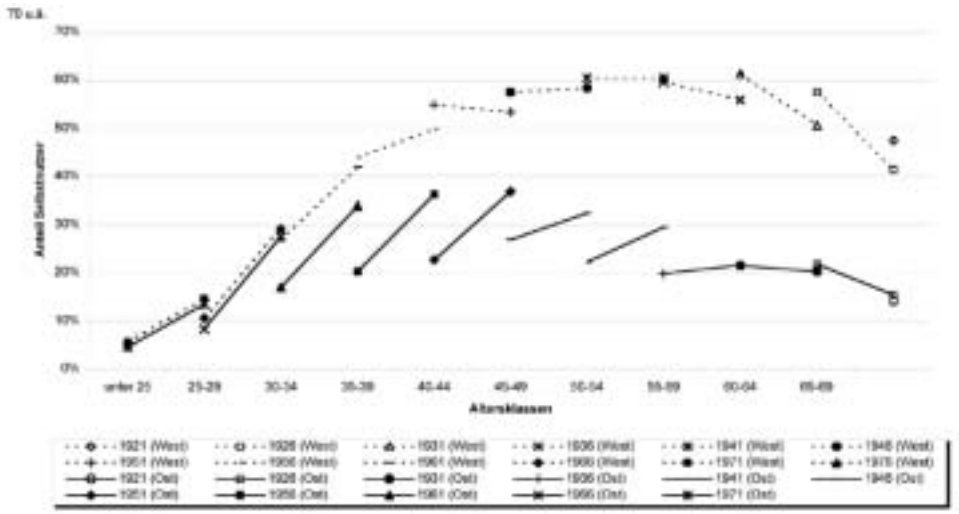
EIGENTUMSBILDUNG UND STADTUMBAU

Der Nachholprozess in der Eigentumsbildung wird in den nächsten 20 Jahren zum bewegenden Faktor in der Stadtentwicklung. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird sich die Eigentumsbildung überwiegend auf neu gebaute Eigenheime in der Peripherie der Städte oder im Umland in kleinen Gemeinden konzentrieren. Die Umlandwanderungen werden die Leerstände in den Kernstädten weiter vergrößern und zu einer Fragmentierung der Städte beitragen.

Die Vermutung, dass die Eigentumsbildung ihren Höhepunkt schon überschritten habe und die ungünstige wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland dazu zwingen werde, sich stärker als bisher in den vorhandenen Beständen einzurichten, ist allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit überzogen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre hat dazu geführt, dass die Einkommen der Haushalte unter 40 sich weitgehend an die Einkommen in Westdeutschland angepasst haben. Unterschiede entstehen vor allem bei Spitzeneinkommen über 7.000 DM verfügbarem Einkommen je Monat. Hier haben die westdeutschen Haushalte weiterhin einen Vorsprung. In Ostdeutschland fehlen jene Arbeitsplätze, die Spitzeneinkommen erbringen. Es fehlen außerdem Vermögenseinkünfte. Für die Eigentumsbildung breiter Schichten sind angesichts der niedrigen Preise in Ostdeutschland jedoch die Haushaltseinkommen zwischen 4.000–7.000 DM pro Monat entscheidend. 90% aller Haushalte bleiben in Ost und West unter der Grenze von 7.000 DM. (Preise von 1998). Abbildung 3 verdeutlicht die schon eingetretene Annäherung.

Abbildung 3: Selbstnutzerquoten einzelner Geburtsjahrgänge, Ost- und Westdeutschland, 1993 und 1998



Erläuterung: Eine Linie beschreibt jeweils eine Geburtsjahrgangsgruppe zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten (1993 und 1998)

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis einer Sonderauswertung des EVS

Die Einkommensangleichung hat es ermöglicht, dass ein kräftiger Nachholprozess in der Eigentumsbildung in Gang gekommen ist. Diese Entwicklung ist stabil und robust. Sie wird sich in den kommenden Jahren natürlich mit konjunkturellen Schwankungen fortsetzen. Es kommt hinzu, dass die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1970er Jahren etwa im Jahr 2010 in das Eigentumsbildungsalter kommen und einen entsprechenden Anstieg erzeugen werden. Gleichzeitig geht in dieser Phase die Zahl der neu gegründeten Haushalte als Folge der niedrigen Geburten seit 1990 deutlich zurück. Die Eigentumsbildung wird nach 2010, so sie wie bisher auf den Neubau konzentriert bleibt, zu einer zweiten Leerstandwelle im Altbau und den Plattenbauten führen.
Die Stadtentwicklungspolitik muss versuchen, innerhalb der bisher bebauten Gebiete auf Recycling-Grundstücken oder auf umgewidmeten brach gefallenen Gewerbegrundstücken möglichst attraktive Standorte für den Neubau von Eigenheimen zu schaffen. Darüber hinaus muss in der Stadtsanierung versucht werden, durch Umbau von älteren Gebäuden eigentumsfähige Wohnungen zu schaffen, die in der Konkurrenz mit Reihenhäusern am Stadtrand mithalten können. Ein solcher Umbau ist möglich. Auch ostdeutsche Nachfrager sind durchaus bereit, modernisierte Altbauten zu erwerben. Allerdings sind die Risiken eines Umbaus für private Haushalte angesichts des oft schon fortgeschrittenen Verfalls der Gebäude kaum tragbar. Hier entsteht für Städte und Bauträger eine schwierige, aber für die Stadtentwicklung bedeutsame Aufgabe. Es müssen Kooperations-, Finanzierungs- und Subventionsformen entwickelt werden, um dieses Nachfragepotential für die Stadterneuerung zu nutzen. Dabei ist es absolut zwingend, sich an die Anforderungen der Nachfrager anzupassen und jeweils im Auge zu behalten, wie preiswert Neubauten an der Peripherie in Ostdeutschland geworden sind.
Gelingt es, durch eigentumsgerechten Umbau von alten Häusern in den Kernstädten die Erschließung von Neubaugrundstücken einzusparen, wird weniger Landschaft in Anspruch genommen. Hinzu kommt, dass Eigentumswohnungen deutlich mehr als 100m² Wohnfläche haben sollten. Dies erfordert in der Regel eine Zusammenlegung der meist kleinen Mietwohnungen. Durch die größere Wohnfläche je Bewohner entsteht ein größerer Erhaltungseffekt. Trotz sinkender Zahl der Haushalte können die genutzten Wohnflächen steigen. Diese speziellen Vorteile rechtfertigen eine hohe Förderung. Jede erfolgreiche Nachfrageumlenkung erzeugt volkswirtschaftliche und ökologische Gewinne in beachtlichem Ausmaß.

Veröffentlicht in: StadtBauwelt *Die perforierte Stadt*, Nr. 150, Vierteljahresheft der *Bauwelt*, Jg.92, 24/2001, S. 28–33

DISURBANISIERUNG UND REURBANISIERUNG — POLARISIERTE RAUMENTWICKLUNG IN DER OSTDEUTSCHEN SCHRUMPFUNGSLANDSCHAFT

Günter Herfert (2002)

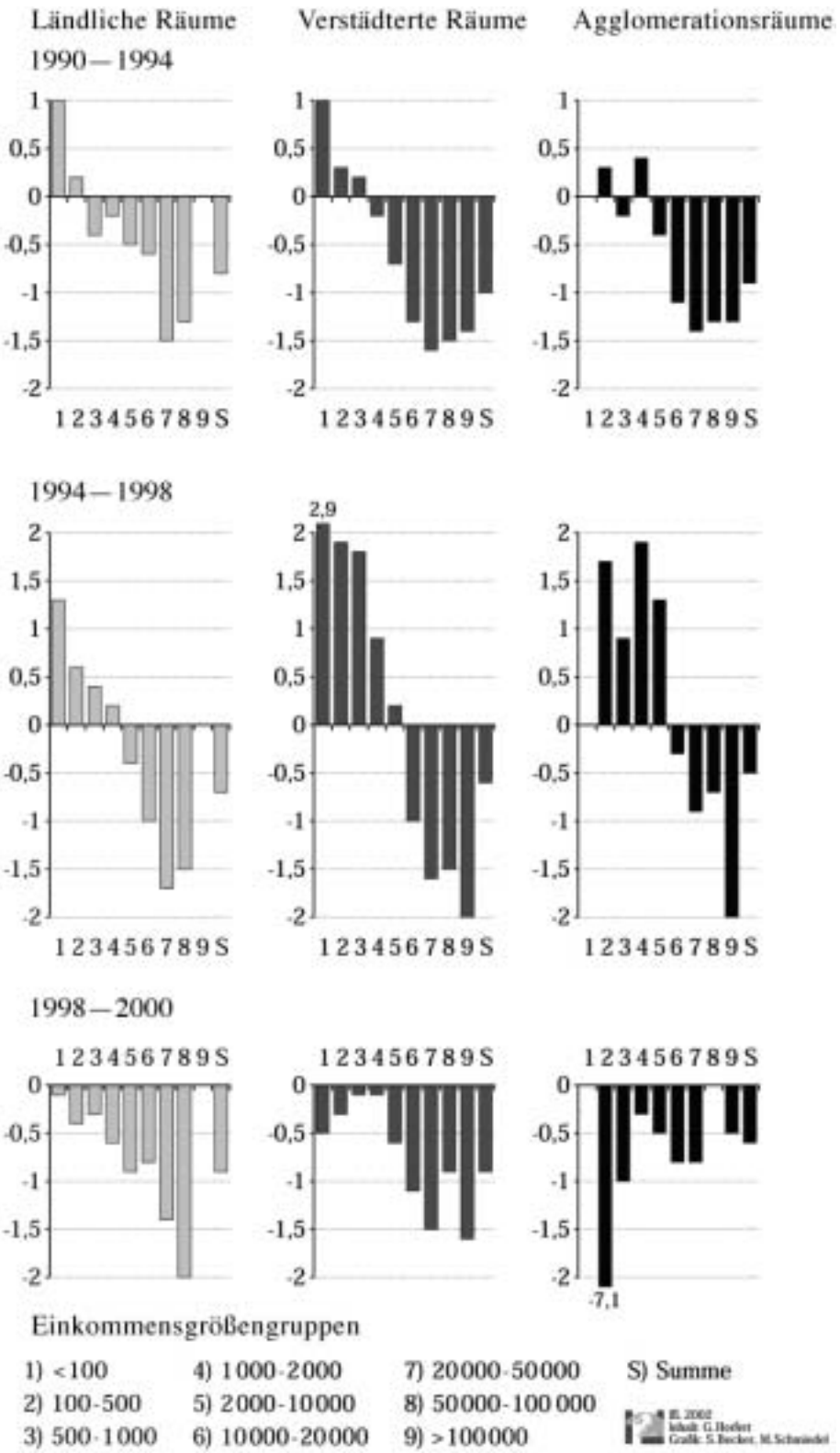
Die 1990er Jahre waren in den neuen Ländern durch eine sehr dynamische Stadt-Umland-Wanderung geprägt (Aring und Herfert 2001; Herfert 2001). Mit Beginn des neuen Jahrhunderts zeigen sich in den Stadtregionen Anzeichen für einen Wechsel von der Suburbanisierungs[1]- in die Disurbanisierungs- und teilweise auch Reurbanisierungsphase, eingebettet in einen anhaltenden demographischen Schrumpfungsprozess. Nach einer kurzzeitigen, von 1993 bis 1998 andauernden Dekonzentrationsphase der Bevölkerung in den Stadtregionen dominieren wieder die kleinräumigen zentripetalen Wanderungsströme. Wie vor der Wende sind Konzentrationsprozesse im Siedlungsnetz zu beobachten. Eine Großstadt wie Leipzig, die 1997 im Saldo noch über 12.000 Personen an ihr Umland verlor, wird ungefähr Ende 2002 wieder leichte Wanderungsgewinne aus dem Umland und insgesamt eine leichte Bevölkerungszunahme verzeichnen. Im suburbanen Raum hat hingegen bereits ein Schrumpfungsprozess eingesetzt[2]. Es scheint, dass sich das Muster der Raumentwicklung in Ostdeutschland wieder grundlegend verändert und sich zunehmend regional stärker differenziert. Unter diesen Bedingungen stellt sich die Frage, welche neuen Räume demographischer Stabilität bzw. zunehmender Instabilität sich ausprägen. Man geht davon aus, dass es vorrangig die strukturschwachen Räume sein werden, die von einem verstärkten Bevölkerungsrückgang betroffen werden. Darüber hinaus ist es für neue Planungsstrategien wichtig zu wissen, wo und wie diese Schrumpfungsprozesse ablaufen. Dementsprechend beleuchtet der folgende Beitrag den aktuellen Wandel demographischer Raummuster beispielhaft in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und versucht, Problemzonen der räumlichen Entwicklung in diesen drei Bundesländern aufzudecken.

RÜCKBLICK AUF DIE 1990ER JAHRE

In den neuen Ländern wurde – nach der Westdrift von 1989 bis 1991 – die Bevölkerungsentwicklung bis Mitte der zweiten Hälfte der 1990er Jahre durch die Wohnsuburbanisierung geprägt. Mehr oder weniger geschlossene ringförmige Wachstumsräume um Groß-, Mittel- und teilweise sogar auch Kleinstädte in einem ansonsten demographisch schrumpfenden Raum waren das typische Raummuster in Ostdeutschland. Die Wohnsuburbanisierung wurde zu einem ubiquitären Phänomen: Sie wurde, und darüber besteht heute in Wissenschaft und Politik ein breiter Konsens, – neben weiteren Faktoren (s.a. Aring u. Herfert 2001) – durch Umfang und Dauer des Fördergebietsgesetzes Ost sowie weitere Subventionierungen im Wohnungsbau – ohne jegliche räumliche Steuerungskomponente – geprägt und „künstlich" forciert (Herfert 1998). Diese wohnungspolitischen Fördermaßnahmen ließen eine Differenzierung der Regionalentwicklung hinsichtlich regionaler Entwicklungspotenziale in den Hintergrund treten. In Anbetracht der entstandenen hohen Wohnungsleerstände in Ostdeutschland und der riesigen Kosten, die für den *Stadtumbau Ost* zu erwarten sind, kann diese Entwicklung in Anlehnung an Conrad (1980) im Nachhinein als „volkswirtschaftlich in höchstem Maße verschwenderisch"[3] bezeichnet werden.
Die Gleichartigkeit der interregionalen Raumentwicklung bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre spiegelt sich auch im Vergleich der Gemeindegrößengruppen nach siedlungsstrukturellen Raumtypen[4] wider **[Abb. 1]**. Generell zeigt sich das gleiche Muster:

Wachsende Gemeinden bis 2.000 Einwohner auf der einen Seite – bedingt durch den dynamischen Wohnsuburbanisierungsprozess – und Bevölkerungsverluste der Städte, insbesondere der Mittel- und Großstädte, auf der anderen.

Abb. 1: Jährliche Bevölkerungsentwicklung in % von Gemeindegrößengruppen nach Regionstypen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen



Quelle: Statistische Landesämter, eigene Berechnungen

DIE TRENDWENDE

Ende der 1990er Jahre änderte sich dieses Verteilungsmuster grundlegend. Wenngleich insbesondere im engeren Umland der Kernstädte noch einzelne Gemeinden ein leichtes Bevölkerungswachstum hatten, stellte sich jetzt in den unteren Gemeindegrößengruppen ein negativer Entwicklungstrend ein **[Abb. 1]**. Aktuelle Daten zur Stadtregion Leipzig – eines der prägnantesten Beispiele ostdeutscher Suburbanisierung – zeigen, dass auch im suburbanen Raum die demographische Schrumpfung dominiert, da die Stadt-Umland-Wanderung ihre Funktion als entscheidende Komponente der Bevölkerungsbewegung verloren hat. So verzeichnete der Kreis Leipziger Land gegenüber der Stadt Leipzig Ende 2001 nur noch einen sehr geringen Wanderungsgewinn (373 Personen). Mit Ausnahme einiger Kleinstädte in unmittelbarer Randlage zu Leipzig waren die Wanderungsbilanzen der suburbanen Gemeinden in der Regel ausgeglichen bis deutlich negativ.

Noch Mitte der 1990er Jahre gingen Prognosen von einem zeitweiligen Rückgang der Wohnsuburbanisierung aus, jedoch nicht von einer Umkehr dieses Prozesses. Ursache für diese Trendumkehr war nicht nur der Wegfall der exorbitant hohen steuerlichen Sonderabschreibungen in den neuen Ländern – dieser erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo u.a. die Nachfrage nach suburbanen Mietwohnungen bereits weg gebrochen war. Ein wichtiger Faktor war hingegen die zunehmende Attraktivität urbanen Wohnens infolge umfangreicher Modernisierungsmaßnahmen, eines breit gefächerten Wohnungsangebotes und eines niedrigen Mietpreisniveaus in der Kernstadt, was letztlich das Preisgefälle zum Umland so gut wie auflöste. Insbesondere die gehobenen gründerzeitlichen Quartiere der Kernstädte wurden zum Zielgebiet innerstädtischer Wanderungsströme, während viele – nicht generell alle! – Großwohnsiedlungen wie auch einfache gründerzeitliche Quartiere ausgezehrt wurden. Bereits Ende der 1990er Jahre war somit in den ostdeutschen Großstädten – nach der Westwanderung und der Stadt-Umland-Wanderung – eine dritte große Welle räumlicher Bevölkerungsmobilität zu beobachten: Der Zuzug in die gehobenen innenstadtnahen Wohnungsteilmärkte (Herfert 2002). Somit hat auch in den Kernstädten wieder ein räumlicher Konzentrationsprozess eingesetzt, wenngleich dadurch Bevölkerungsdichten, wie sie vor der Wende bestanden, nicht wieder erreicht werden.

Ein Effekt der 1990er Förderpolitik „in der Fläche" war die geringe interregionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland, da u.a. über die Wohnsuburbanisierung bedeutende Bevölkerungspotenziale in den Regionen gebunden wurden. Mit dem rapiden Rückgang der Stadt-Umland-Wanderung zum Ende der 1990er Jahre, dem sich zunehmend differenzierenden regionalen Arbeits-/Ausbildungsplatzangebot und der steigenden Arbeitslosigkeit setzte nun jene Raumentwicklung ein, wie sie bereits nach der Wende für die neuen Länder prognostiziert wurde (BfLR 1993): Die Ausprägung polarisierter Entwicklungsmuster mit stabilen bis leicht wachsenden Stadtregionen auf der einen und mehr oder weniger schrumpfenden Stadtregionen auf der anderen Seite.

POLARISIERUNG DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Der Trend zur räumlichen Polarisierung der Bevölkerungsentwicklung zeigt sich Anfang des neuen Jahrhunderts auch zwischen den Regionstypen, den Agglomerationsräumen einerseits und den verstädterten Räumen sowie ländlichen Räumen andererseits – selbst bei großen Streuungsbreiten innerhalb der Raumkategorien. Bei weiterer Untergliederung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen differenziert sich das Bild weiter: Die höchsten Bevölkerungsverluste hatten danach die Kernstädte und verdichteten Kreise in den verstädterten Räumen sowie die ländlichen Räume zu verzeichnen – weniger davon betroffen waren die ländlichen Kreise der anderen Raumkategorien. Die eigentlichen Verlierer der aktuellen Bevölkerungsentwicklung sind jedoch insbesondere die Klein- und Mittel-

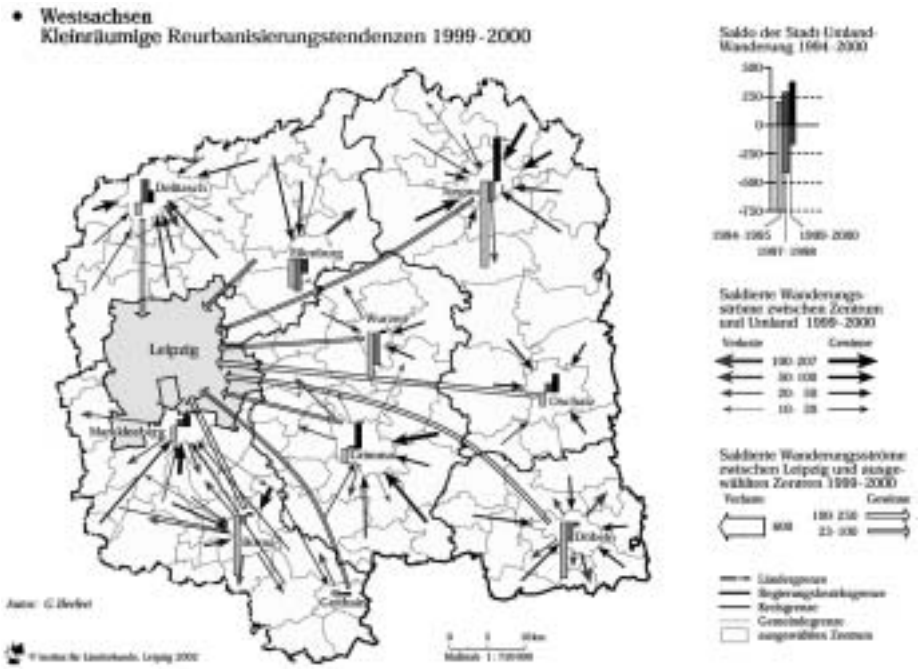
städte (10.000–50.000 Einwohner), und dies mit steigendem Trend. Aber selbst diese Untergliederung trifft nicht den vollen Kern der aktuellen Polarisierungstendenzen: Es zeichnet sich vielmehr ein Bild von kleineren und größeren Inseln mit stabilen bis leicht wachsenden Bevölkerungspotenzialen[5] im ansonsten demographisch schrumpfenden Raum ab. Da die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft heute vor allem von der Leistungsfähigkeit der Zentren bestimmt wird (Fürst 2001), insbesondere die Städte ab 20.000 Einwohner als Träger größerer Potenziale die Regionalentwicklung wesentlich beeinflussen, kann man im Untersuchungsraum drei Regionstypen unterscheiden:

1. Regionen mit dominant stagnierenden bis leicht positiven Entwicklungen: die Stadtregionen Leipzig und Dresden sowie die thüringische Städtereihe von Jena bis Eisenach.
2. Das negative Pendant dazu mit überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlusten: ein Band vorwiegend altindustrieller Regionen, das sich von Stendal durch den Kernraum Sachsen-Anhalts (Magdeburg/Dessau/Halle) über Ostthüringen (Gera, Greiz) bis in den sächsischen Verdichtungsraum Chemnitz erstreckt. Eine weitere Problemzone zeichnet sich in Ostsachsen mit dem oberzentralen Städteverbund Hoyerswerda-Bautzen-Görlitz ab.
3. Der restliche schrumpfende Raum: Regionen aller Raumtypen mit vorwiegend durchschnittlichen Bevölkerungsverlusten.

NEUE WANDERUNGSMUSTER

Die Differenzierung der intra- als auch interregionalen Bevölkerungsentwicklung wird seit den 1990er Jahren infolge der ubiquitären Sterbefallüberschüsse durch die Wanderungskomponente bestimmt. Die sich derzeit abzeichnenden Polarisierungstendenzen resultieren folglich im Wesentlichen aus einem Wandel bzw. Wegfall dominanter Wanderungsströme. Wie einleitend bereits erwähnt, läuft die Stadt-Umland-Wanderung in den Großstadtregionen Anfang des neuen Jahrhunderts im Saldo gegen Null[6] bzw. es überwiegt bereits eine Umland-Stadt-Wanderung. Auch bei vielen Klein- und Mittelstädten sind wieder zentripetale Wanderungsströme dominant. In Westsachsen sind die Ansätze zur kleinräumigen Konzentration, also einer Reurbanisierung, fast flächendeckend [Abb. 2].

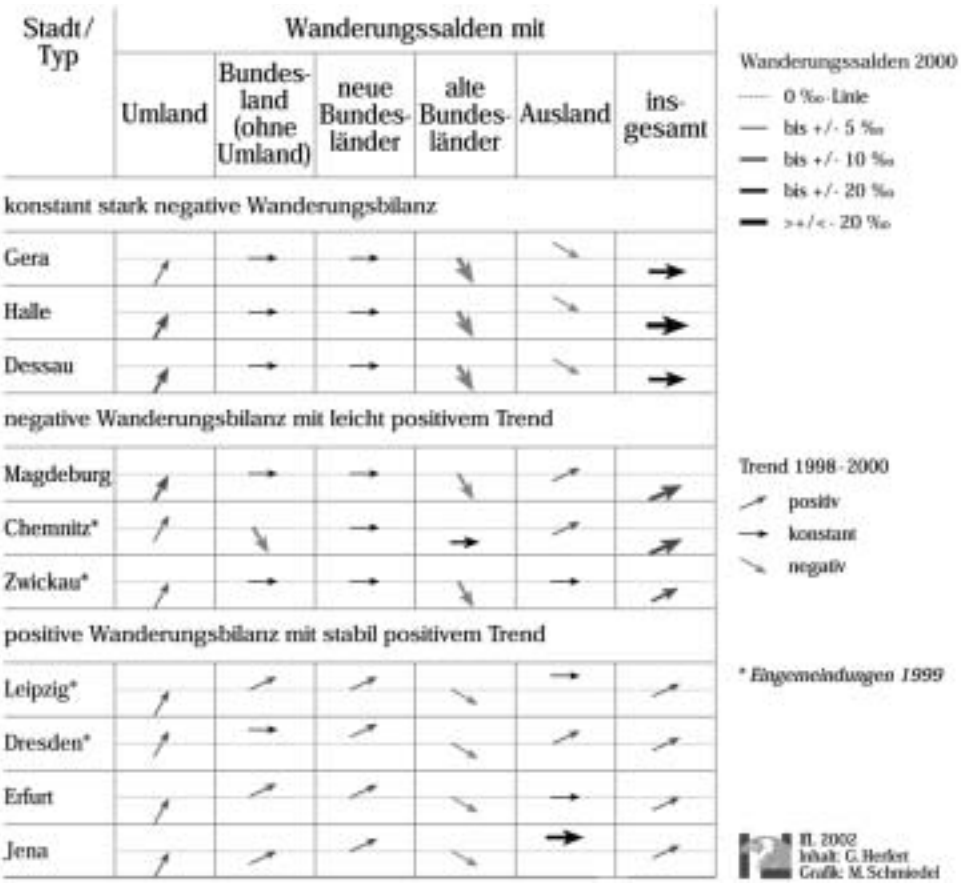
Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 1998–2000.



Quelle: Statistische Landesämter, eigene Berechnungen

Diese Entwicklung bereits als ein ‚Zurück-in-die-Stadt' zu interpretieren, wäre jedoch überzogen. Haushaltsbefragungen in sächsischen Großstadtregionen (Herfert 2002, Wiest 2001) ergaben, dass z.B. von dem überdurchschnittlich hohen Anteil (>50%) umzugswilliger Haushalte in den neuen suburbanen Wohnparks vorerst nur wenige beabsichtigen, in die Kernstadt zurück zu ziehen, eher näher an den Kernstadtrand. Zudem sind die neuen Eigenheimbesitzer durch Kredite an ihr Eigentum gebunden. Vorerst sind es vorrangig junge Bevölkerungsgruppen, die im Rahmen der Ausbildung bzw. Arbeitsaufnahme aus den kleinen Gemeinden in die Mittel- und Oberzentren abwandern. Dennoch gibt es zugleich Anzeichen für eine Neuorientierung auf dem Wohnungsmarkt. Denn auch im einst so dynamisch wachsenden suburbanen Raum sind zunehmend Wohnungsleerstände im Neu- und Altbaubestand sowie Insolvenzen im Einfamilienhausmarkt zu beobachten, liegt der Wiederverkaufswert der Wohnimmobilien bereits unter dem Neuwert, sind erste Haushalte unter dem Blickwinkel der wachsenden suburbanen Infrastrukturkosten, des sich abzeichnenden zunehmenden Wertverlustes ihrer Wohnimmobilien und der einsetzenden demographischen Schrumpfung in den wieder an Attraktivität gewinnenden städtischen Wohnungsmarkt zurück gewandert. Dieser Trend dürfte sich bei Internalisierung der Kosten für das Wohnen ‚im Grünen' weiter verstärken. Wie ordnen sich nun diese kleinräumigen Konzentrationsprozesse in die neuen Wanderungsmuster ein und welche Rolle spielt dabei die – in der Öffentlichkeit so hoch gespielte – neue Abwanderungswelle in die alten Länder? Die Wanderungsbilanzen mit den alten Ländern sind gegenwärtig in den Oberzentren bei generell stark rückläufiger Stadt-Umland-Wanderung zur entscheidenden Komponente der sich polarisierenden Bevölkerungsentwicklung geworden **[Abb. 3]**.

Abb. 3: Wanderungsmuster von Oberzentren in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 1998–2000



Quelle: Statistische Landesämter, eigene Berechnungen

Die ökonomische Attraktivität der Zentren/Region wird hier zum entscheidenden Erklärungsfaktor für die räumliche Bevölkerungsmobilität (Bürkner 2001). Die Ost-West-Wanderung wird jedoch nicht vorrangig – wie vielfach vermutet – durch Einkommensdifferenzen determiniert, sondern durch die unterschiedliche Arbeitsmarktsituation in den Regionen der neuen Länder, insbesondere durch die mikroökonomischen Determinanten[7] (Dreger 2002). Wenngleich im Vergleich zur Wende in wesentlich geringeren Dimensionen, zeigt sich heute im Ergebnis dieser Entwicklung ein differenzierteres Raummuster. So haben die ‚Stabilitätsinseln' Leipzig, Dresden, Erfurt und Jena aufgrund ihrer Arbeits-/Ausbildungsplatzattraktivität nur sehr geringe Wanderungsverluste Richtung alte Länder. Da zudem der Trend aus anderen Regionen sogar leicht positiv ist – was im Osten Deutschlands nur für die Stabilitätsinseln typisch ist –, zeigt sich hier seit 1998 ein stabil positiver Wachstumstrend. Im Gegensatz dazu haben die Oberzentren Gera, Halle und Dessau ihre insgesamt stark negative Wanderungsbilanz trotz rückläufiger Stadt-Umland-Wanderung beibehalten, in erster Linie verursacht durch die deutlich gestiegenen Westwanderungen. Mit jährlichen Wanderungsverlusten von bis zu 20% gehören diese Oberzentren – schon aufgrund ihres quantitativen Potenzials – zu den Hauptquellgebieten der aktuellen Ost-West-Wanderung. Stabilisierende Wanderungsströme aus anderen Regionen fehlen hier völlig. Magdeburg, Chemnitz und vor allem Zwickau zeigen Ansätze, sich aus diesem Negativ-Trend herauszulösen. Auffallend und zugleich auch typisch für die aktuelle und zukünftige Entwicklung in Ostdeutschland dürfte das unmittelbare Nebeneinander unterschiedlicher Entwicklungstrends sein, wie sie sich im Verdichtungsraum Halle / Leipzig manifestieren.

In den anderen Zentren- und Regionstypen waren Anfang des neuen Jahrhunderts generell nur negative Wanderungstrends zu verzeichnen, von deutlich rückläufigen Wanderungsgewinnen in den suburbanen Räumen bis hin zu extrem wachsenden Wanderungsverlusten in den Mittel- und Kleinzentren. Letztere sind – wie auch die Mehrzahl der Oberzentren – vor allem von der Westwanderung betroffen, die die kleinräumigen Konzentrationsprozesse überlagert. Wenn auch noch quantitativ wesentlich geringer als zu Beginn der 1990er Jahre, dürften die Verluste an Humankapital (-10 bis -20% pro Jahr) qualitativ beträchtlich sein. Im Vergleich dazu sind die Wanderungsverluste in den kleineren Gemeinden (<2.000 Einwohner) der ländlichen Kreise eher gering geblieben. Beispielhaft dafür ist der Kreis Stendal, ein ländlicher Kreis im Norden Sachsen-Anhalts, der zu den strukturschwächsten Räumen Ostdeutschlands zählt. Auch hier ist in der Kreisstadt (39.795 Einwohner: 2000) als auch im Grundzentrum Havelberg (ehemalige Kreisstadt mit 6.451 Einwohnern: 2000) ein deutlicher Rückgang der Stadt-Umland-Wanderung zu verzeichnen, gleichzeitig ein fast explosiver Anstieg der Westwanderung im Jahre 2000. Stendal erreichte so im Gesamt-Wanderungssaldo fast die -30%-Grenze, die Kleinstädte des Kreises hatten ebenfalls deutliche Verluste zu verzeichnen. Im restlichen Kreisgebiet (Gemeinden <5.000 Einwohner ohne Umland von Stendal) war die Wanderungsbilanz hingegen fast ausgeglichen. Der Faktor Wanderung tritt hier als Komponente der Bevölkerungsentwicklung in den Hintergrund, da auch die Westwanderung nur gering ausgeprägt ist. Diese scheinbare demographische Stabilität ist zum einen bedingt durch fehlende Abwanderungspotenziale – bereits vor der Wende waren diese Räume durch Schrumpfung und Überalterung geprägt – und zum anderen durch erzwungene (Immobilienbesitz) und gewollte (Identifikation mit der Region) Immobilität. Letztlich läuft hier seit der Wende ein überwiegend biologisch geprägter Schrumpfungsprozess, verbunden mit gravierenden Überalterungstendenzen. Da diese Bevölkerungsverluste jedoch geringer sind als in den Zentren, setzt sich im Kreis Stendal trotz rückläufiger Stadt-Umland-Wanderung die räumliche Dekonzentration der Bevölkerung fort.

TRENDWENDE ZUR REURBANISIERUNG?

Dieser Trend, wie er sich im Kreis Stendal zeigt, beschränkt sich nicht nur auf den ländlichen Raum, er ist vielmehr Anfang des Jahrhunderts ein in Ostdeutschland weit verbreitetes Phänomen. Nach einer Phase der absoluten Dekonzentration in den Stadtregionen im Rahmen des Suburbanisierungsprozesses – mit deutlichem Bevölkerungszuwachs in den suburbanen Räumen – hat nun eine relative Dekonzentrationsphase eingesetzt, ein großräumiger Disurbanisierungsprozess[8], der sich – bei generell schrumpfenden Bevölkerungspotenzialen – über alle Typen von Raumstrukturen erstreckt. Zeitgleich auftretende kleinräumige Konzentrationsprozesse werden dabei von starken interregionalen Fortzügen überlagert. Ausgenommen von diesem fast flächendeckenden Disurbanisierungsprozess in Ostdeutschland sind die wenigen Stabilitätsinseln, jene Stadtregionen mit demographisch konstanten bis leicht wachsenden Kernstädten einerseits und wieder leicht schrumpfenden suburbanen Räumen andererseits, wo Ansätze einer Reurbanisierung erkennbar sind. Zugleich polarisiert sich in diesen Stadtregionen der suburbane Raum: Während die Mehrzahl der kleinen suburbanen Gemeinden an Bevölkerung verliert, bilden einige kernstadtnahe, verkehrsmäßig gut erschlossenen Kleinstädte Reststandorte des Wachstums. Dieses Wachstum wird gespeist von geringen, aber anhaltenden Zuwanderungen aus der Kernstadt, wobei nach Jahren vielfach ‚blinder' Stadt-Umland-Wanderung Lagepotenziale und Wohnumfeldbedingungen zu entscheidenden Faktoren der Wohnstandortwahl geworden sind. Diese Standortqualitäten sind es, die auch intraregionale Zuzüge aus dem suburbanen Umland in diese Kleinstädte auslösen. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend stabilisieren wird.

Den Negativpol zu diesen stabilen Kernen im suburbanen Raum stellen viele, zumeist peripher gelegene neue mehrgeschossige Wohnparks dar, die nicht nur aufgrund ihres hohen Wegzugspotenzials, sondern auch aufgrund des geringen natürlichen Wachstumspotenzials (Anteil der Personen zwischen 19 und 35 Jahren <30%) zunehmend Wohnungsleerstandsprobleme aufweisen. Diese mehrgeschossigen Wohnsiedlungen sind neben vielen Platten- und einfachen gründerzeitlichen Siedlungen in den Kernstädten die aktuellen Problemquartiere der Stadtregionen (Herfert 2002, Wiest 2001).

AUSBLICK UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Polarisierung der siedlungsstrukturellen Entwicklung spiegelt sich Anfang des neuen Jahrhunderts in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – letztlich trifft dies für den gesamten Osten Deutschlands zu – in einer demographischen Schrumpfungslandschaft mit Stabilitätsinseln einerseits und räumlichen *Clustern* überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlustes andererseits wider. Damit hat sich innerhalb eines Jahrzehnts der Trend der Bevölkerungsentwicklung in vielen Gemeinden grundlegend verändert. Der kleinräumigen Suburbanisierung folgte eine großräumige Disurbanisierung mit wenigen Reurbanisierungsinseln. Die empirische Realität zeigt somit ein Nebeneinander von gegensätzlichen Entwicklungstendenzen der Stadt- und Regionalentwicklung (s.a. Läpple 2001) und ein Fehlen von eindeutigen Entwicklungsmustern.

Während in den alten Ländern konjunkturelle Schwankungen den anhaltenden Suburbanisierungssprozess zeitweilig deutlich abgeschwächt haben, ist in den neuen Ländern nach dem ‚Wegbrechen' der Wohnsuburbanisierung vorerst nicht mit einer Zyklizität der Bevölkerungs- und Raumentwicklung zu rechnen – der langfristige Schrumpfungsprozess ist vorgezeichnet. Szenarien der Westwanderung (Steinmann u. Tagge 2002) – basierend auf leichten Zuwanderungen aus dem Ausland und einer Ost-West-Anpassung der Fertilität in den neuen Ländern – erwarten bis 2050 in Ostdeutschland im negativsten Fall nur noch ein Potenzial von 8,6 Millionen Einwohnern, ohne Westwanderung wären es

13 Millionen. Aufgrund der verstärkten Abwanderung erwerbstätiger Personen würde sich dann die Altlastquote[9] um 11,84 Prozentpunkte auf 58,6% erhöhen.
Infolge dieses langfristig prognostizierten Bevölkerungsrückganges[10] und des daraus resultierenden fehlenden demographischen Wachstumsdrucks ist eine Wiederbelebung der Wohnsuburbanisierung in den neuen Ländern eher unwahrscheinlich – es sei denn, die Rahmenbedingungen ändern sich grundlegend. Die sich in Ansätzen zeigende Trendwende der Raumentwicklung dürfte deshalb – trotz des kurzen Untersuchungszeitraumes – zunehmend an Stabilität gewinnen.
Weitflächig ist somit im Osten Deutschlands, aufgrund der neuen Wanderungstrends, ein anhaltender Disurbanisierungsprozess zu erwarten. Selbst in einer Stabilitätsinsel wie z.B. Leipzig, wo es mit dem Bau des *BMW*-Werkes zu einem leichten wirtschaftlichen Aufschwung in der Region kommen sollte und in diesem Zusammenhang vielfach auch über eine neue Suburbanisierungswelle spekuliert wird, ist eher ein Szenario der Reurbanisierung zu erwarten. Denn bereits heute ist voraussehbar, dass mit der rückläufigen Haushaltsentwicklung infolge des Geburtenlochs nach der Wende eine weitere Wohnungsleerstandswelle ab 2010 eintreten wird. Der einst so dynamische suburbane Raum wird dann nur noch für wenige, die sich zudem ohne Förderung und trotz zusätzlicher finanzieller Aufwendungen den Traum vom Eigenheim im Umland erfüllen wollen, Ziel möglicher Wünsche sein. Steigende Infrastruktur- und Transportkosten sowie die früher oder später reduzierte / wegfallende Eigentumsförderung für Neubauten – was angesichts der Wohnungsleerstände notwendig wäre – als auch attraktive innerstädtische Wohnalternativen im Rahmen des *Stadtumbaus Ost* dürften hier eher zu einer Stabilisierung urbaner Strukturen führen.
Dieses Szenario gilt jedoch vorerst nur für die wenigen Stabilitätsinseln. In Regionen demographischer Schrumpfung, insbesondere dort, wo sich Städte mit hohen Bevölkerungsverlusten räumlich konzentrieren, zeichnet sich hingegen eine deutliche Schwächung des Netzes tragfähiger mittlerer Zentren (Müller und Wichmann 2002) und damit eine Gefährdung nachhaltiger siedlungsstruktureller Entwicklungen ab. Gerade der Fakt, dass die Städte – und nicht der ländliche bzw. altindustrielle Raum an sich – Verlierer der aktuellen demographischen Entwicklung sind, zwingt kurzfristig zu einer Profilierung der raumstrukturellen Leitidee des Zentrale-Orte-Konzeptes im Sinne einer Konzentration der Potenziale auf eine geringere Zahl Zentraler Orte (Danielzyk u. Winkel 2002) und zu einer pro-urbanen Förderpolitik, weg vom Gießkannenprinzip. Geht man davon aus, dass sich die Arbeitsmarktsituation kurzfristig nicht ändern wird, so muss man mit einem verstärkten Abfluss von Humankapital aus den Städten rechnen. Deshalb ist es umso notwendiger, die aktuell kleinräumigen Konzentrationstendenzen im Siedlungsnetz, die regionalplanerisch jahrelang ohne Erfolg angestrebt wurden und sich nun als ‚natürliche' Tendenz anbieten, zu stärken. Neue Stadtentwicklungsprogramme, die im Rahmen des Förderprogramms *Stadtumbau Ost* erstellt werden, sollten unter den sich abzeichnenden Entwicklungsbedingungen deutlich die Stadt als Standort zukünftig stabiler Lebensbedingungen proklamieren. Eine Pro-Stadt-Politik bedeutet nun nicht, den ländlichen (außerstädtischen) Raum zu vernachlässigen. Auch in peripheren Räumen sind finanzielle Anreize zur Sicherung des Humankapitals nötig. Aber angesichts des zu erwartenden starken Bevölkerungsrückganges in Ostdeutschland dürfte das Ziel der Angleichung der Lebensbedingungen zwischen den Regionen illusorisch, da volkswirtschaftlich nicht realisierbar sein, wenn einschneidende Maßnahmen bis hin zur Auflösung von Siedlungsstrukturen nicht geplant und umgesetzt werden, um den Schrumpfungsprozess nachhaltig zu bewältigen. Das schließt ein, „die nach wie vor bestehende Tabuisierung der Schrumpfungsproblematik und vor allem der notwendigen Debatte um ihre politischen Schlussfolgerungen aufzubrechen" (Müller u. Wichmann 2002).

---

[1] Siedentop (2002) kommt im Rahmen eines Ost-West-Vergleiches deutscher Stadtregionen infolge einer sehr weiträumigen Abgrenzung der Stadtregionen (60 km-Radius) zu dem Ergebnis, dass für die siedlungsstrukturelle Entwicklung Ostdeutschlands nicht die klassische Suburbanisierung wie in den alten Ländern, sondern die Disurbanisierung charakteristisch ist. Zugleich verweist er aber auch darauf, dass der Terminus der Disurbanisierung in der Literatur durch die Verlagerung von Wachstumsschwerpunkten in Regionen außerhalb der Agglomerationsräume belegt ist. Diesem Kontext entspricht jedoch in keiner Weise die ostdeutsche Raumentwicklung der 1990er Jahre, die in Stadtregionen vielmehr als kleinräumiger Dekonzentrationsprozess – maximal in einen Radius von 15 km um die Kernstadt – unter generellen Schrumpfungsbedingungen erfolgte. Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, dass die Verwendung der Begriffssystematik von van den Berg und Klassen (1987) unter diesen Rahmenbedingungen problematisch ist. Darüber hinaus gibt es in der Literatur aber weitestgehend Konsens hinsichtlich der Bewertung des Suburbanisierungsprozesses in Ostdeutschland als einer typischen Phase ostdeutscher Stadtregionsentwicklung in den 1990er Jahren nach weitestgehend eigenen Entwicklungsmustern.

[2] auch unter Berücksichtigung der umfangreichen Eingemeindungen nach Leipzig am 1. Januar 1999

[3] Conrad (1980) bewertete die Stadt-Rand-Wanderung in den alten Ländern hinsichtlich der Zusatzausgaben der Randgemeinden für die Neubürger und der weitgehend konstanten Ausgaben der Kernstädte sowie der die volkswirtschaftlichen Kosten für die vermehrte Mobilität als volkswirtschaftlich verschwenderisch (s.a. Mäding 2001).

[4] Diese Gruppierungen überdecken die demographische Schrumpfung vieler kleiner Gemeinden in den peripheren Räumen.

[5] Es sind weniger Wachstums-, sondern eher Stabilitätsinseln im ansonsten demographisch schrumpfenden Raum.

[6] Vielfach vermutet man dahinter auch einen statistischen Effekt, da sich Studenten aufgrund von Vergünstigungen seitens der Universitätsstädte zunehmend mit Hauptwohnsitz am Studienort anmelden. Selbst wenn dieser Effekt in gewissem Grade zu berücksichtigen wäre, so ist doch gleichzeitig ein deutlich negativer Trend bei den Fortzügen aus den Kernstädten ins Umland zu beobachten.

[7] Dazu zählt Dreger (2002) u.a. Alter, Familienstand, Bildungsniveau und individuelles Erwerbseinkommen. Er verweist darauf, dass Wanderungsbewegungen erst dann induziert werden, wenn der Nutzen des Wohnungswechsels die Schwelle der Transportkosten übersteigt.

[8] Disurbanisierung ist hier als weitestgehend flächendeckendes Phänomen der ostdeutschen Raumentwicklung zu verstehen, nicht als Verlagerung von Wachstumsschwerpunkten in Regionen außerhalb der Agglomerationsräume.

[9] Rentner pro 100 Erwerbstätige

[10] Veränderungen der Fertilität und Alterung, die die Bevölkerungsentwicklung ebenfalls stark beeinflussen, wurden hier nicht explizit dargestellt.

Veröffentlicht in: *Raumforschung und Raumordnung*, Heft 5/6 2002, S. 334–344

Literatur

Aring, J. u. G. Herfert, Neue Muster der Wohnsuburbanisierung, in: Brake, K., Dangschat, J.S. u. G. Herfert (Hrsg.): *Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen*, 2001, S. 43–56

BfLR, Mittel- und langfristige Entwicklungsperspektiven für deutsche Stadtregionen, *Materialien für Raumentwicklung*, Heft 58, 1993

Bürkner, H.-J., Schrumpfung und Alltagskultur: Blinde Flecken im Stadtumbau-Diskurs, in: Keim, K.-D., *Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland*, 2001, S. 41–68

Conrad, H.-J., *Stadt-Umland-Wanderung und Finanzwirtschaft der Kernstädte*, Frankfurt a. M. 1980

Danielzyk, R. u. R. Winkel, Auswirkungen der Schrumpfungsprozesse auf das raumordnerische Instrumentarium, in: Regionalentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen, *Arbeitsmaterial ARL Hannover*, 2002 (im Druck)

Dreger, Ch., Ost- und West-Migration in Deutschland kaum durch gesamtwirtschaftliche Entwicklung erklärbar, in: *Wirtschaft im Wandel*, 2/2002, S. 47–50

Fürst, D., Einführung. Stadt und Region, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 2/2001, S. 5–12

Herfert, G., Stadt-Umland-Wanderungen in den 90er Jahren, in: *Informationen zur Raumentwicklung*. 11/12, 1998, S. 763–776

Herfert, G., Stadt-Umland-Wanderungen nach 1990, In: Institut für Länderkunde (Hrsg.), *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland*, Band 4: Bevölkerung, 2001, S. 116–119

Herfert, G., Kleinräumige Wanderungsprozesse in Westsachsen – Trendwende zur Reurbanisierung? Stadt Leipzig, *Statistischer Quartalsbericht* 2, 2002, S. 13–16

Herfert, G., Zwischen Gentrification und Abwärtsspirale. Sozialräumliche Differenzierung in Wohnquartieren sächsischer Großstadtregionen Ende der 90er Jahre, In: *Raumforschung und Raumordnung*, 2002

Herfert, G. u. Schulz, M., Wohnsuburbanisierung in Verdichtungsräumen, in: Institut für Länderkunde (Hrsg.), *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland*, Band 5: Dörfer und Städte, 2002, S. 124–127

Läpple, D., Stadt und Region in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 2/2001, S. 12–36

Mäding, H., Suburbanisierung und kommunale Finanzen, in: Brake, K., Dangschat, J.S. u. Herfert, G. (Hrsg.), *Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen*, 2001, S. 109–120

Müller, B. u. Wichmann, Th., Anforderungen an Steuerungsansätze der Stadt- und Regionalentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen, in: Regionalentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen, *Arbeitsmaterial ARL Hannover*, 2002

Siedentop, St., Siedlungsstrukturelle Trends in Agglomerationsräumen – ein Ost-West-Vergleich, in: Moser, P. u. Thiele, K. (Hrsg.), Entwicklung kleiner und mittlerer Zentren im suburbanen Raum – Einordnung des Mittelzentrums Schkeuditz, *Stadtökologische Forschungen Nr. 32*, UFZ-Bericht, Nr. 5, 2002, S. 5–24

Steinmann, G. u. Tagge, S., Determinanten der Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland, in: *Wirtschaft im Wandel*, 4/2002, S. 91–99

Wiest, K., Instabile Wohnquartiere in schrumpfenden Stadtregionen Sachsens – eine Analyse charakteristischer Problemkonstellationen, In: *Europa regional*, 4/2001, S. 192–203

FALLANALYSEN ZUM VERHÄLTNIS VON TRANSFORMATIONSPFADEN UND FORMEN DER ‚SÄSSIGKEIT' IN DER DEUTSCH-POLNISCHEN EUROCITY GUBEN/GUBIN

Jörg Dürrschmidt und Anna Zinserling (2001)
(Gekürzte Fassung)

Industrial decline and loss of demographic stability are crucial issues faced by many East German as well as east/central European cities. Guben / Gubin is no exception in this respect. However, this paper is concerned with those who stay. Based on a comparative analysis of two case studies from each side of the river Neisse, we attempt to show the ambivalences involved in coming to terms with life in this German-Polish twin city. It is assumed that this particular setting functions as a kind of ‚laboratory', insofar as it brings together conflicting pathways of transformation, while at the same time opening border-specific opportunity structures. Milieux located in this setting can make use of these in quite innovative ways. To further structure this argument we develop our paper around the phenomenological notion of ‚situatedness'. We differentiate between a local (locality, flat), a social (status, networks), and visionary (dreams, ambitions) dimension. Of particular interest in this respect is the interplay between transformation processes (status-mobility, social [self-]relocation) and intersecting aspects of Late Modernity (new mobility, the breaking up of socioscapes). We will argue that in both case studies we can identify a strategy of generating situatedness by actively rebalancing socialist attitudes and orientations with the socio-economic demands of post-socialist modern society. At the same time a clear impact of the respective developmental pathways pursued by (Eastern)Germany and Poland respectively on the milieux under investigation, can be detected. The border in turn appears, paradoxically as it may seem, to both modify and enhance these pathway tendencies. We conclude from our microscopic study that research into post-socialist transformation(s) needs more emphasis on the investigation of the configuration consisting of the logic of nationally specific pathways, regional settings (such as given by borders), and the innovative potential of local milieux.

EINLEITUNG: HALLO IST DA (NOCH) WER?

Schrumpfung und Abwanderung sowie die damit einhergehende Erosion demographischer Balance und zivilgesellschaftlicher Stabilität erscheinen als ein Kernproblem vieler ostdeutscher und mancher ostmitteleuropäischer Regionen und Städte, vornehmlich derer mit industriellen Monostrukturen (Rietdorf 2001, vgl. Musil/Strubelt 1997: 24, Maretzke 1997). Die hochbrisante Mischung aus regionalspezifischen Transformationsprozessen, räumlich-sozialen Umstrukturierungen im Kontext der EU-Osterweiterung und die regionalspezifischen, selektiven (Wieder-)Einbindungen in globale ökonomische und soziale Zusammenhänge legt die Vermutung nahe, dass die oben erwähnten Probleme ein Fokus der regional- und stadtsoziologischen Forschungen in Mittel- und Osteuropa bleiben werden.

Wie langfristige empirische Forschungen zeigen, kommen die sozialen und demographischen Konsequenzen dieser Bündelung auch im deutsch-polnischen Grenzraum verstärkt zum Tragen (vgl. Matthiesen 2001 i.E.). Die Stadt Guben / Gubin ist hierin keine Ausnahme.

[...]

In diesem Paper beschäftigen wir uns also mit den ‚Dagebliebenen', denen, die in Guben / Gubin bleiben müssen oder wollen. Auf der Grundlage von zwei kontrastierenden Fallstudien von diesseits und jenseits des Grenzflusses wollen wir Formen des ‚sich Einrichtens' in den Ambivalenzen einer deutsch-polnischen Grenzstadt beschreiben. Dem *setting* einer Grenzstadt kommt dabei eine gewisse Laboratoriumsfunktion zu, primär aufgrund des sich hier ausspielenden direkten Aufeinandertreffens unterschiedlicher Transformationspfade (vgl. Matthiesen 2001 i.E.). Es zeigt sich, dass selbst vor dem Hintergrund geteilter Vergangenheit und gemeinsamer zukünftiger Herausforderungen im Hinblick auf die Osterweiterung der EU eine grenzübergreifende „Schicksalsgemeinschaft" (Held 2000: 400) nur bedingt wahrgenommen wird, die Lebenswelten der Einzelnen vielmehr, wenn auch nicht ausschließlich so doch in entscheidendem Maße, durch die Logiken des deutschen (vgl. Reißig 1999) bzw. polnischen Transformationspfades (vgl. Szul 1997) geprägt sind.
[...]
Die These, dass das ‚sich Einrichten' der hier analysierten Milieus im Kontext einer komplexen städtischen Konfiguration aus Grenzlage und partiell konfligierenden Transformationspfaden erfolgt, soll mittels des sozial-phänomenologischen Begriffs der ‚Sässigkeit' weiter strukturiert werden. Im Anschluss an Grathoff (vgl. 1989: 344, 434) meint ‚Sässigkeit' hier also einen relativ stabilen Handlungs-, Erlebens- und Sinnzusammenhang, wie er im alltäglichen Milieu des Einzelnen oder der Gruppe aktiv herausgearbeitet und erhalten wird. Unter den vielfältigen Artikulationsweisen von ‚Sässigkeit' wollen wir uns hier auf eine örtliche (näherer Ortsbezug, Wohnung), sozial-kulturelle (Status, Netzwerkzugehörigkeit), räumlich-geografische (überörtliche Optionsräume) sowie letztlich damit im Zusammenhang eine zeitliche (Visionen, Entwürfe) Dimension von Sässigkeit festlegen. Das Ineinandergreifen von Transformationsprozessen (neue soziale Schichtungen, mobilisierte soziale und berufliche [Wieder]-Verortung) und Radikalisierter Moderne (neue Optionsräume, das Aufbrechen von gewohnten Bezugsrahmen und Soziallandschaften) ist hier von besonderem Interesse.
Unser Argument basiert auf der methodischen Grundannahme, dass sich soziale Realität über narrative Erzählungen erschließt und dass somit Erzählungen über das eigene Milieu immer auch Bezüge zu sozialen Strukturen enthalten – insofern als das Milieu untrennbar in diese eingelassen ist (vgl. Alheit et al 1999: 10ff.). Somit stehen die verhandelten biographischen Fälle nicht als Einzelfall einer zu bestimmenden Anzahl von ähnlichen Biographien, sondern der Fall als solcher fungiert als les- und deutbares Muster für eine jeweilige gesellschaftliche Strukturlage (vgl. Wernet 2000: 19ff.). Für die hier entwickelte Kontraststudie heißt das im Konkreten, dass sich auf der einen Seite ein Fall- und damit Transformationspfad-übergreifendes Spannungsverhältnis aufzeigen lässt zwischen der Kontinuität real-sozialistischer Einstellungen und Verhaltensmuster einerseits und dem mehr oder weniger erfolgreichen Handeln nach den Imperativen des Marktes andererseits. Zugleich jedoch sind die konkreten Formen solcher hybriden Milieubildungen entscheidend mitgeprägt durch die Grundformel des jeweiligen Transformationspfades, also sozialstaatlich abgefederte ‚Abwicklung' auf der einen, ökonomische ‚Schocktherapie' im Rahmen eines Politischen Kapitalismus auf der anderen Seite. Der Vergleich eines ostdeutschen ‚Transformationsverlierers' und einer polnischen ‚Transformationsgewinnerin' nach dem Prinzip der *maximizing difference* soll die lebensweltliche Realität dieser Kontinuitäten und Unterschiede herausarbeiten[1]. Dementsprechend dient der folgende Transformations-Ping-Pong dem kontrastierenden Zugang zu Formen von ‚Sässigkeit' nicht dem direkten Vergleich. Dass sich jedoch die Muster der kontrastierten Milieus weder auf die Logik eines Transformationspfades reduzieren lassen noch auf die Grenzlage allein zurückgeführt werden können, ist dann letztlich keineswegs ein Argument gegen diese

Vorgehensweise, sondern vielmehr eines für die Betonung des innovativen Potenzials der Lebenswelt, das in der Transformationsforschung bisher eher stiefmütterlich behandelt wurde (vgl. Thomas 1999: 36).
[...]

ZWISCHEN ‚SCH(TR)UTZBURG' UND ZUKUNFTSINVESTITION — ODER WAS ES HEIßEN KANN, IN GUBEN / GUBIN EIN EIGENHEIM ZU BESITZEN

Olga Kowalik und Paul Geiger[2], beide sind sie stolze Eigenheimbesitzer. Und beide verweisen auf ebendiesen Umstand als einen Grund zum Bleiben. Damit hören die Gemeinsamkeiten aber auch schon auf. Paul. G. hat sein Haus aus langem Familienbesitz von der Oma geerbt, deren Familie das Haus 1928 gebaut hatte. Olga Kowalik fängt nach der Wende an zu bauen und zieht 1995 in ihr neues Haus ein, für das sie immer noch Kredit abzahlt. Paul G. ist geborener Gubener, Olga K. ist 1979 als junge Absolventin nach Gubin zugezogen. Hieraus ergeben sich sehr unterschiedliche Ausrichtungen von ortsbezogener Sässigkeit.
Paul G. befindet sich in einem (scheinbaren) Dilemma, was sein Haus angeht. Auf der einen Seite ist es ganz klar: „Als geborener Gubener ist man bodenständig." Auf der anderen wird der radikale Ausbruch aus der Gubener Misere zumindest in Erwägung gezogen: „Wenn ich das Haus nicht hätte, wär' ich schon längst weg." So wie die mehreren Tausend, die Guben seit 1989 für eine scheinbar bessere Zukunft nach anderswo verlassen haben. Somit stellt sich für Paul G. das Abwanderungsdilemma dar als eines, das sich einfacherweise über die Sässigkeitsformel ‚eigenes Haus vs. Leben im Schlafcontainer', d.h. echte Gubener vs. Zugezogene, definieren lässt: „Koffer packen geht schnell, aber nicht, wenn man ein eigenes Haus hat."
Das Dilemma ist jedoch nur insofern ein scheinbares, als ihm ein anderer, allgemeinerer Widerspruch moderner bzw. transformierender Gesellschaften zugrunde liegt. Der radikale und in jeder Weise ‚gründliche' ostdeutsche Transformationsprozess bedeutet für Leute wie G. Sinnentleerung eigenen beruflichen Tuns, biographische Entwertung, Zusammenbrechen vormals stabiler Soziallandschaften, Entwertung von Alltagswissen, Angst vor einer sich beschleunigenden und immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Umwelt. Für G. manifestiert sich dies metaphorisch im Unterschied zwischen der Welt seiner Großmutter, „die 35 Jahre lang ihren Arbeitsplatz bei den *Gubener Hüten* hatte", und der, wie er sagt, „jetzigen Zeit der Hektik, der schnelllebigen Technik und des Geschmacks", einer Zeit also, über die er mehrmals resignierend sagt, „also dis begreif ich nich mehr". Was erscheint in dieser Situation logischer als der Rückzug in die Welt, die man noch ‚begreift', in die ‚Normalität' der eigenen vier Wände (vgl. Häußermann 1997: 24)?
Und so legt denn auch G. großen Wert auf die um das ‚zu Hause' zentrierten Alltagsroutinen, man könnte schon fast Alltagsrituale sagen. Täglich nach der Arbeit geht es nach Hause, wo die Frau schon auf das gemeinsame Kaffeetrinken und Fernsehgucken wartet. Besucher sind hier nicht gerne gesehen[3], weil sie ein Aufbrechen dieses letzten Schutzwalls scheinbar selbstbestimmter ‚Normalität' bedeuten würden. Und so führen G. und seine Frau nun ein Leben, das strikt dichotomisiert ist zwischen der aufs Eigenheim beschränkten Binnenwelt, in der eine bestimmte familiäre Harmonie aufrechterhalten wird, und der Außenwelt, die er nicht mehr begreift, aber mit der er sich wohl oder übel in gewissem Umfang arrangieren muss:
„Naja, und jetzt führn wa ooch sag ich ma 'n relativ zurückgezogenes Leben, was wa ooch zu DDR-Zeiten schon jemacht haben, wir sind vonner Arbeit jekommen, ham unsern Kaffe jetrunken, und denn war de Welt draussen, und wir warn drin, ham das Hoftor zujeschlossen, wenn wer wollten, wen wa reinlassen wollten den ham wa reinjelassen, und wen nich den nich, und des is jetzt jenauso."

In Rückbezug auf Häußermanns Beobachtung ist hier also zusätzlich in Betracht zu ziehen, dass die Veränderungen nach 1989 wohl einen dramatischen ‚Rückzugseffekt' hatten, dieser aber ein Muster perpetuierte, der schon in der DDR-Nischengesellschaft angelegt war (vgl. Nissen 1992: 14f.)[4]. Und sicher könnte man G.s Totalrückzug in ein durchs lokale *setting* des Eigenheims gehaltene Milieu mit der Errichtung eines traditionalisierten *defensive space* bezeichnen, wie er nach Castells (1996: 402) von denen errichtet wird, die vom Leben der sich beschleunigenden Postindustriellen Gesellschaft ausgeschlossen werden. Treffender jedoch erscheint es hier, Keims (1997: 391) Begriff des „modern-gegenmodernen Milieus" in Anschlag zu bringen. [...] Zwischen der Alternative von gegenmodern-traditionalem oder mobilisiertem / globalisierten Milieu (vgl. Giddens 1994: 100ff.) werden wir hier vielmehr auf eine hybride Form von Milieu verwiesen, das die Anforderungen der Radikalisierten Moderne reflexiv mit den noch zur Verfügung stehenden Formen lokalisierter Sässigkeit ausbalanciert.

Wenn, wie Keim (1997: 187) vorschlägt, eine solche hybride Form von milieuhafter Sässigkeit insbesondere für die seit 1989 sich radikal transformierenden und damit auch dynamisierenden Gesellschaften insgesamt zutreffend sein könnte, sollte es nicht verwundern, wenn wir ein im ersten Blick ähnliches Ausbalancieren von Dynamisierung und lokalisierter Sässigkeit in Olga K.s Milieu feststellen können. Beim zweiten genauen Hinsehen jedoch erschließen sich wesentliche Unterschiede zwischen den Sässigkeitsstrategien des ostdeutschen ‚Transformationsverlierers' und der ‚Gewinnerin' im Kontext des polnischen Transformationspfades.

Für Olga K. ist lokale Sässigkeit wichtig, aber im Kontext strategischer Karriere- und Familienplanung. Das trifft auch auf die Zeit vor 1989 zu, wo mehr noch als in der DDR Zugang zu (adäquatem) Wohnraum schwierig war. So zieht sie eigentlich nur nach Gubin, „weil die von *Carina* angebotene Stelle mit Betriebswohnung kam". Doch auch der Mann findet hier Arbeit, ein Kind kommt zur Welt, K.s Arbeit stellt sich als „interessant und gut belohnt im Vergleich zu anderen heraus". Olga K. ist also schon damals, mit 26 Jahren eine ‚Aufsteigerin' für polnisch-sozialistische Verhältnisse. Zudem lernt sie die Grenzlage der Stadt als strategischen Volltreffer in der sich verschlechternden Versorgungslage während der 1980er zu schätzen.

Das Verharren in der Grenzstadt Gubin stellt sich auch für die ‚schocktherapeutische' (vgl. Szul 1997) Transformationsphase nach 1989 als strategisch richtige Entscheidung heraus. Die sich in Guben entwickelnde ‚Basarökonomie' (vgl. Krätke 1998: 256f.) erlaubt ihr und ihrem Mann den Schritt in die Selbständigkeit. Mehr noch: die indirekte Teilhabe am, wie sie es nennt, „Gubiner Eldorado" der 1990er gibt ihr den finanziellen Rückhalt, ein Eigenheim, wenn auch auf Kredit, zu bauen und modern einzurichten. Das Eigenheim ist ein Statussymbol und eine Investition in die Zukunft, getragen vom Selbstbewusstsein des seiner Mittel und Strategien sicheren Selbständigen: „Durch unseren Status konnten wir es uns leisten ein Haus zu bauen, also haben wir es gebaut."

Aus K.s Eigenheimbesitzerstatus folgt in diesem Kontext kein Rückzug in eine *my home is my castle*-Haltung. Im Kontrast zu G. wird hier die Außenwelt nicht ausgeschlossen. Die Arbeitswelt wird im wahrsten Sinne des Wortes mit nach Hause gebracht. Freunde werden zum Grillen eingeladen. Verwandte aus dem großstädtischen Polen und deren Kinder erfreuen sich regelmäßig der großzügigen Anlage des neuen Domizils. Die amerikanischen Gasteltern des Sohnes vom letztjährigen Sprachjahr in Kalifornien sind für nächstes Jahr eingeladen.

Als Statussymbol ist das Haus darüber hinaus ein Mittel, sich und anderen anzuzeigen, wohin man es gebracht hat und wohin man sich verortet, innerhalb der Transformationsgesellschaft aber auch darüber hinaus. So verweist sie einerseits auf die noch in öffent-

licher Hand befindlichen Neubauten als ‚Slums'. Andererseits berichtet sie z.B. stolz und zugleich ein wenig verlegen, dass sie ihre Innenausstattung im Wesentlichen in Deutschland – d.h. in Cottbus und Guben und über *Quelle* und *Otto* – gekauft hat, weil sie „den deutschen Stil mag". Sie meint sogar mit Blick auf ihr Eigenheim, dass sie und viele andere ihrer Bekannten in Gubin und anderswo in Polen den „normalen Standard, den eines Deutschen eben", schon erreicht haben. Dieses Vergleichen mit dem westlichen Nachbarn und bestgeliebten Feind legt die Interpretation nahe, dass die „Rückkehr nach Europa" (vgl. Sztompka 1993: 86f) – eine der kulturellen Leitideen der polnischen Transformation – durchaus nicht nur auf den Diskurs intellektualisierter Politiker beschränkt ist, sondern seinen, wenn vielleicht auch in konsumistisch verkürzter Form, Niederschlag auch in der Lebenswelt der neuen Eliten gefunden hat. Eine selbstorganisierte ‚lebensweltliche Westerweiterung' scheint hier der ‚institutionalisierten Osterweiterung' der EU vorzuarbeiten.
[...]

ZWISCHEN ‚BRIGADE' UND ‚ZNAJOMOSCI' — ODER DIE BEDEUTUNG VON NETZWERKEN IN DER POSTSOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT

Olga K. hat ihre Transformation von der Kaderleiterin in einem dem Insolvenzverfahren entgegentrudelnden Staatsbetrieb hin zur Selbständigen im Dienstleistungssektor und zugleich (noch) Beschäftigten in der mittleren öffentlichen Verwaltung nicht nur der eigenen Initiative, die im „ich habe mich selber ausgebildet" zum Ausdruck kommt, zu verdanken. Zweieinhalb Jahre hat sie Abendstunden und Wochenenden in der Weiterbildung zur Steuer- und Finanzberaterin verbracht. Aber dass sie heute resümieren kann: „Es hat sich gelohnt, jetzt bin ich happy", dafür bedurfte es eines anderen Moments: der ‚znajomosci', der Netzwerke von ‚Bekannten', die im Sinne gegenseitiger Loyalität und Reziprozität bestimmte Türen für bestimmte Leute öffnen oder auch schließen können. Der Begriff ist somit weder mit den ‚Bekannten' im (gesamt-)deutschen Wortsinn, noch ‚Beziehungen haben' im (ost-)deutschen Sinne des Wortes hinreichend abgedeckt. Er beschreibt informelle Netzwerke der gesellschaftlichen Elite zur Statussicherung hinweg über die Grenzen des Ökonomischen und des Politischen, des Öffentlichen und Privaten (vgl. Staniszkis 1998).
[...]
Die hier durch die bisherige Rekonstruktion von K.s Milieu ins Blickfeld kommende Konfiguration gesellschaftlicher Realität trägt Aspekte des von Staniszkis (1998) und Tatur (1998) eingeführten Konzepts des ‚Politischen Kapitalismus'. Dieser ist u.a. gekennzeichnet durch die schon erwähnte formelle und/oder personelle Vernetzung von staatlichen Akteuren und privater Geschäftswelt, d.h. sphärenübergreifende Netzwerke, die den ‚spontanen' Transfer von Teilhabe an politischer Macht in ökonomisches Kapital ermöglichen (Tatur 1998: 358ff.). Diese Verflechtung von normalerweise ausdifferenzierten Gesellschaftssphären beleuchtet ein weiteres Moment des ‚Politischen Kapitalismus', nämlich die Schaffung hybrider Akteure (ebd. 341f.), die es verstehen, Marktlogik und politische Logik zu ihren Gunsten (gegeneinander) auszuspielen, und denen Statussicherung ebenso wichtig ist wie betriebswirtschaftlicher Gewinn.
[...]
Obwohl Elemente eines ‚Politischen Kapitalismus' sich in allen postsozialistischen Gesellschaften ausmachen lassen, sind jene Transformationspfade besonders betroffen, die eine spontane Privatisierung als ökonomische Transformationsformel befolgen und die also auch schon vor 1989 graue Sphären privatwirtschaftlicher Aktivität, auch oder gerade durch die Nomenklatura der Staatsbürokratie, zugelassen hatten (vgl. Tatur ebd. 358, Staniszkis ebd. 375). Wenn es denn solche Ansätze in der DDR, im Land der ‚reinen Lehre', gegeben haben sollte, wurde ihnen sicherlich durch den gründlichen Institutionen-, Eliten- und Ressourcentransfer (vgl. Reißig 1999: 133) weitestgehend der Boden entzogen.

Insofern findet sich Paul G. im Kontrast zur jungen Selbständigen und zugleich Staatsangestellten Olga K. in einer ganz anderen institutionellen Konstellation wieder.
[...]
Wer [...] wie Paul G. nicht Teil der sich in verantwortliche Positionen der post-sozialistischen Gesellschaft hinüberretten könnenden DDR-(Verwaltungs-)Nomenklatura der mittleren und unteren Ebene ist (vgl. Srubar 1994: 215, Fn43; Osterland 1994: 9f.) und zudem aus den betrieblichen Netzwerken herausfällt, der hat es schwer. Obwohl oder gerade weil er von den wohlfahrtsstaatlichen Dimensionen des totalen Institutionentransfers aufgefangen wird. Nach kurzer Arbeitslosigkeit macht Paul G. eine Weiterbildung übers Arbeitsamt, kämpft sich tapfer durch Computerkurse, Kurse in Marketing, Management und Buchführung. Doch im Gegensatz zu Olga K.s Erfahrung zahlt Weiterbildung sich nicht aus, „denn von der versprochenen Arbeit war weit und breit nichts zu sehn". So muss er am Ende froh sein, in eine auf fünf Jahre anvisierte SAM zu rutschen, die ihn mit Aufräumarbeiten in der *Gubener Wolle* wahrscheinlich in die Rente retten wird. So hat G. eine quasi-Brigade wieder gefunden, und die Welt scheint wieder einigermaßen in Ordnung: „Also jetzt bin ich ehrlich gesagt auch 'n bisschen zufrieden, dass man wenigstens jetzt wieder son bisschen, ne Erfüllung is es nich, aber dass man sagen kann, man is unterjebracht, man is wieder unter Leuten, man hört ma was Neues, man arbeitet eben wieder, recht und schlicht."
Wie wichtig ihm diese ‚Wiedereinbettung' ist, zeigt sich u.a. daran, wie sehr er und seine SAM-Kollegen versuchen, einen auch im metaphorischen Sinne ‚Abrissjob' mit Eigeninitiative zu erfüllen. Wurde früher aus den Betrieben Material und Werkzeug heraus getragen, so bringen heute G. und seine Kollegen ihr Werkzeug mit, um trotz mangelnder Ausstattung mit Geräten einen ‚guten Job' zu machen.
Aus obiger narrativer Sequenz deutet sich aber auch an, dass der wohlfahrtsstaatliche Institutionentransfer in mancher Hinsicht für Leute wie Paul G. eher ein *mixed blessing* war. In Anlehnung an Nissen (vgl.1992a: 208f.) könnte man von einer unintendierten ‚doppelten Beschäftigungsfalle' reden. [...]
Paul G. hatte aber auch, und das ist die zweite Seite der ‚Beschäftigungsfalle', zumindest versucht, sich anderweitig zu orientieren. Er bemüht sich, bei einigen ehemaligen Kollegen anzuheuern, die nach der Wende selbständige Handwerker geworden sind. Doch trotz eifrigen Klinkenputzens findet er keinen Wiedereinstieg in die sich neu formierenden Netzwerke der ostdeutschen kleinen Privatisierung von unten. Zu alt, zu überqualifiziert, wird ihm gesagt. Und ihm wird indirekt bedeutet, dass er das Problem sei, weil die ABM und SAM den ‚Markt versauen'. G. findet sich also wider Willen in einem echten strukturellen Brennpunkt der ostdeutschen ökonomischen Transformation (vgl. Nissen 1992a: 210f., Fn11; Thomas 1999: 22f.). Er selbst nimmt die Sache aber als nichtlegitime Verleugnung ehemaliger kollegialer Netzwerke:
„Also wenn ich das Gejammere immer gehört habe, ah die Auftragslage gibt nicht her, dass wir Dich einstellen, nich, und diese Rumeierei immer, komischerweise bestehn die immer noch. Wenn man se so jehört hat damals, konnte man denken, naja morgen machen se zu."
[...]
Die Vermutung liegt nahe, dass es sich (bei dem oben beschriebenen Rückzug in die abgeschottete Privatheit des Eigenheims) nur teilweise um eine Perpetuierung von DDR-Mustern handelt. Es ist das Paradox einer nicht ganz freiwilligen Selbsteinschränkung, einer Selbsteinschränkung die durch berufliche Marginalisierung und das Wegbrechen kollegialer Solidarität zumindest verschärft wird. Es geht nicht nur um die Fokussierung der letzten vertrauten Alltagsrituale, es geht auch um ein (zum Teil vorbeugendes) Vermeiden von mehr Abhängigkeit als jemand, der schon den Makel mit sich trägt, am Staatstropf zu

hängen. Es geht um das Vermeiden von neuen Ablehnungen und Enttäuschungen. Wir finden somit auch im Kontext des ostdeutschen Transformationspfades, wie er sich in seiner Wirkung auf Paul G.s Milieu darstellt, Elemente von ‚Politischem Kapitalismus'. Zu verweisen ist hier auf die Erweiterung des Begriffs um eine ‚kulturelle Dimension', wie sie u.a. im Verlust ziviler Gemeinschaft, kultureller Kompetenz und Rückzug auf die Kernfamilie zum Ausdruck kommt (vgl. Tatur 1998).

GRENZKONSTELLATIONEN UND GRENZVISIONEN — ZWISCHEN ‚LAND-UNTER' UND ‚AMERICAN DREAM'

[...] Außer [der] explizit materiellen Begünstigung durch die Grenzlage erfährt Paul G.s Milieu eine indirekte kulturell-symbolische Aufwertung in mehrfacher Hinsicht. An der Grenze kann G. seine Bi-Lingualität ein wenig gegenüber den polnischen Grenzbeamten ausspielen, indem er sie erst auf Deutsch radebrechen lässt, bevor man sie mit fließendem Polnisch überrascht. Nach Gubin geht es jedes Wochenende, auch um die Verwandtschaft der Frau zu besuchen, und jedes Mal kann G. sachlich-nüchtern und doch irgendwie erleichtert aufs Neue feststellen: „Denen geht et noch schlechter als uns." Zugleich erlaubt ihm das Wohlstandsgefälle an der Grenze, bei den Gubiner Verwandten ein bisschen den dicken Max raushängen zu lassen.

„Ich war ja immer gern gesehn, naja wir ham ja ooch immer recht viel mitgenommen, is jenau wie die Wessis früher, wenn se in de DDR jekommen sind."

[...]

Verständlich dann, dass G. diesen seinen ‚Balanceakt' gerne erhalten möchte und um etwaige Veränderungen im deutsch-polnischen Grenzraum-Status quo besorgt ist. Für ihn birgt die anstehende EU Erweiterung die sehr reale Gefahr des Wegbrechens eines wesentlichen Stützpfeilers seines Milieus. Und so wettert er denn auch in ‚Ost-West-Manier' über die Naivität der Polen, „die denken, wenn se in die EU reingehen, dann fließen die Millionen und ihre Taschen werden immer voller, nur für den kleinen Mann bleibt da nicht viel über". Es bedarf keiner übermäßigen interpretativen Anstrengungen, um die Angst dessen herauszulesen, der selbst abhängig ist von den ‚Fördertöpfen' des Westens. Und so wird G. denn auch sehr deutlich, wenn es um konkrete Kooperationen zwischen Guben und Gubin geht – etwa hinsichtlich des kursierenden Vorschlags, die komplementären Wohnungsleerstände hier und Wohnungsbedarf dort auf eine gemeinsame Formel zu bringen.

„Das wäre wohl logisch, aber wer solln das bezahln, wolln die ooch noch Wohngeld von uns haben? ... Sicherlich ham ses schwerer da in Polen, aber ... (ringt um Worte) ... bloß man kann se doch nich nur unterstützen, des geht doch nich."

G. geht es letztlich jedoch nicht um diese oder jene konkrete verwaltungstechnische Maßnahme, sondern um ein generelles Infragestellen der grenzübergreifenden ‚Ordnung', die er für sich in diesem *setting* halbdurchlässiger Grenzen aufgebaut hat. Und in dieser Hinsicht verheißt die EU-Osterweiterung nichts Gutes. G. vermutet, dass in Guben und Umgebung bald „polnische Zustände" herrschen werden, nach seinen Beobachtungen also eine Gesellschaft der Armen und Reichen ohne nennenswerte Mittelschicht und ohne das *safety net* von ABM- und SAM-Sektor. „Und ich nehm ma an, in zehn, zwanzig Jahren wirds hier ooch so sein – dauert nicht mehr lange." Diese Einschätzung deutet eine erhöhte lebensweltliche Sensitivität für gesellschaftliche Tendenzen an, die in ihrer grundsätzlichen Richtungspeilung von wissenschaftlichen Prognosen geteilt werden (vgl. Krätke 1998).

Dies lässt für G. nur eine bescheidene Zukunftsvision zu, nämlich „abwarten, was wird hier in Guben", die Spirale der Hoffnungslosigkeit nach unten so lange wie möglich aufhalten, sich in die Rente retten, mit der Aussicht auf ein bescheidenes Dasein im von Generation

zu Generation weitergeführten Eigenheim. Dies aber würde nur wirklich Sinn machen, sollte auch die (einzige) Tochter nach ihrer Zweitausbildung beim Wetterdienst in Cottbus nach Guben zurückkehren. Als Sässigkeit stiftendes Sinnkonstrukt ist dieser unausgesprochene Generationenvertrag besser als gar nichts.
„Da sag ich ooch immer, Mensch, beiß' in den sauren Apfel, Hauptsache der Tochter geht's ma besser, Ambitionen hat die Tochter ja das Haus zu übernehm, aber man weiss ja nie, wo se ma eingesetzt wird."

Dass es der jungen Generation mal besser gehe, ist auch Olga K.s Wunsch für ihren Sohn, aber auch für sich. Denn auch für sie ist der Sohn sinnstiftend, wenn er die Früchte ihrer eigenen Anstrengungen und Entbehrungen während der ersten Transformationsphase nicht nur erben, sondern auch weiterführen soll.
„Also praktisch leben mein Ehemann und ich, also um dem Maciek den Status zu sichern, nicht? Also damit er mehr Zeit fürs Leben hat, nicht, und nicht nur Arbeiten."
Und so sind die weiteren Markierungspunkte des durch den Sohn (weiter) zu tragenden Familienaufstiegs schon klar vorgezeichnet: Studium in den USA, Praktikum bei einer amerikanischen Bank. Und Olga K. steht mit dieser Amerikaorientierung des Nachwuchses nicht alleine in der Gubiner Lokalelite, wie oben schon angedeutet. Man darf annehmen, dass hier zum einen eine lebensweltliche Reflexion auf die Ausrichtung des politischen Diskurses erfolgt, der zwar die Anbindung an Europa sucht, aber gleichzeitig auch anglo-amerikanische Affinitäten im Detail hat. Zumindest ist klar, dass der ‚bequeme' deutsche Transformationspfad für Olga K. weniger als Bezugsrahmen geeignet ist, da er wenig mit ihren eigenen Erfahrungen von sozialer Polarisierung in Gubin und dem eigenen Nachdruck auf Eigeninitiative und Selbständigkeit räsoniert. Ihre Träume und Visionen sind auf den *American Way of Life* gerichtet, nicht auf Deutschland. Das kommt nicht nur in der Orientierung des Sohnes, sondern auch im selbstverständlichen *shopping* mit VISA-Card in Guben und Cottbus, mit dem alltäglichen Internet-Surfen, aber auch Statussymbolen wie *Johnny Walker Black Label Whisky* zum Ausdruck. Diese Aufzählung fügt sich ein in den schon erwähnten direkten Vergleich des eigenen Eigenheims mit dem der amerikanischen Gasteltern des Sohnes.
[...]

SCHLUSS: ‚SICH EINRICHTEN' ZWISCHEN ‚UNTERGEBRACHT SEIN' UND ‚STATUSSICHERUNG'

Paul G. und Olga K. mögen sich gelegentlich in Guben oder Gubin über den Weg laufen. Sie leben in derselben Stadt und doch nicht in derselben Stadt. Ihre Milieus, abgesehen von unterschiedlichen Generations- und Soziallagen, sind wesentlich von den unterschiedlichen Transformationspfaden Ostdeutschlands und Polens mitgeprägt. Während beide Milieus sich im Spannungsfeld von (lebensweltlicher) sozialistischer Hinterlassenschaft einerseits und den Optionen postsozialistischer und zugleich radikalisierter Moderne andererseits bewegen, sind ihre Sässigkeitsstrategien doch wesentlich andere. Trotz scheinbar analoger Entscheidung zum (Ver-)Bleiben sehen wir auf der einen Seite die vergleichsweise reaktive Grundeinstellung des passiven Aushaltens im Emanationsfeld des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates, während wir auf der anderen Seite eine Strategie der progressiven Statussicherung finden. ‚Sich einrichten' in Guben / Gubin kann also sehr verschiedene Dinge meinen und auch sehr verschiedene Grundstimmungen ausdrücken. Ursachen hierfür sind die geteilten und doch nicht so einheitlichen *socialist legacies* (z.B. ‚Doppelstrategie' in Bezug auf Eigentum in Polen stärker ausgeprägt) einerseits und die unterschiedlichen institutionellen Transformationslogiken für die Periode nach 1989 (z.B. *top-down* vs. *bottom-up* Privatisierung) andererseits.

Wie die vergleichende Analyse der betrieblichen im engeren Sinne und der sozialen Netzwerke im weiteren Sinne deutlich machte, ist es angebracht, die abstrakte Gegenüberstellung von institutionellen Rahmenbedingungen und sozialistischer (lebensweltlicher) Hinterlassenschaft noch einmal näher zu beleuchten, wenn es um die Blockade(n) transformatorischer Entwicklungen geht. Wie das Beispiel Olga K.s zeigte, haben hier unter spätsozialistischen Bedingungen geknüpfte ‚znajomosci' wesentlich die Option zur Selbstständigkeit generiert. Thomas (1999: 17f.) spricht hier treffend vom „Paradox der kreativen Öffnung einer marktwirtschaftlichen Rolle, (die) sich lebensweltlichen Ressourcen der sozialistischen Gesellschaft verdankt". Und wie Paul G.s Geschichte zeigte, kann umgekehrt die Strategie des kompletten Institutionentransfers diese Handlungspotenziale eher blockieren als freisetzen, indem sie paternalistische Grundhaltungen perpetuiert und so eine ‚doppelte Beschäftigungsfalle' generiert.

Diese Beobachtungen legen nahe, dass die lebensweltliche Dimension der postsozialistischen Transformationsprozesse weitere Beachtung verdient. Wissen um die Einbettung von Akteuren in ‚znajomosci'-Netzwerke oder um die Motivationsstruktur eines relativ weich, aber doch zugleich auch unfreiwillig im ‚*safety net*' bundesdeutscher Sozialmaßnahmen Gelandeten ist wichtig für die Tragfähigkeit von Konzepten wie *lernenden Regionen*. Das ‚zu sich selbst finden' von Regionen hat sicherlich auch eine lebensweltliche Dimension, die bis ins individuelle Milieu nachverfolgt werden kann. *Discouraged persons*, wie es im polnischen Verwaltungsdiskurs (Quarterly Analysis 2000: 2) heißt, produziert nicht nur der sozialstaatlich weniger abgefederte polnische Transformationspfad. Auch Paul G., und noch mehr seine polnische Frau, können dieser Kategorie zugerechnet werden.

Es lässt sich zudem aus dieser kontrastierenden Fallstudie heraus argumentieren, dass ein wesentlicher Teil der ‚Kosten' postsozialistischer Transformation in die Lebenswelt externalisiert werden, mit noch wenig vorhersehbaren Konsequenzen für zivilgesellschaftliche Entwicklungen. Paul G.s Angst, eines Tages ‚problembehaftet aus dem Fenster zu gucken' – eine Aussage lange vor dem berühmt-berüchtigten Statement des Matthias Gabriel – spricht Bände in dieser Hinsicht. Doch auch Olga K.s Sohn wird eine Bürde generationsübergreifender lebensweltlicher Sinnstiftung auferlegt, die dieser mit Bravour meistern, aber daran auch zerbrechen kann. So kann aus der ökonomischen ‚Schocktherapie' noch ein phasen-, sprich generationsverzögertes lebensweltliches *crash-landing* werden. Bemerkenswert ist auch, dass beide ‚Fälle' versuchen, generationsübergreifende Sinnstiftungen zu generieren, die die Mobilität der Jungen in die Lokalität zurückzubinden suchen. Legt dieser lebensweltliche Fingerzeig nicht nahe, regionalen *Brain Drain* über generationsspezifische Maßnahmen zu verlangsamen bzw. zu stoppen, also lokale Perspektiven für die Jungen als Motivation für die Ortsbindung ihrer Eltern?

Die vorgehende Fallanalyse macht letztlich deutlich, dass im ‚Europa ohne Grenzen' Grenzen wie die zwischen Guben und Gubin von entscheidender Bedeutung für die Ortsbindung von Milieus sind. Auf der einen Seite scheint der direkte Zusammenprall unterschiedlicher Transformationspfade lebensweltliche Inklusionen zu befördern. Erinnert sei nur an G.s Entsetzen über den Vorschlag, Wohnbelegungen über die Neiße hinweg auszugleichen. Oder an Olga K.s eher aufs ‚nützliche' Minimum beschränkte Grenzgänger-Aktivität. Auf der anderen Seite modifiziert die Grenze Transformationspfade, oder besser: deren lebensweltliche Logiken. Der ‚Transformationsverlierer' Paul G. erfährt eine Aufwertung seines Milieus im Leben über die Grenze hinweg, während die ‚Transformationsgewinnerin' Olga K. die Grenze eher meidet ob der ihr – wenn auch nur momentan und vorübergehend – widerfahrenden Statusverletzung. Dennoch erklärt sich ihr Statusgewinn im Kontext des polnischen Transformationspfades erst aus dem indirekten Partizipieren aus dem Grenzhandel. Grenzen haben ihre eigenen Logiken. Sie greifen modifizierend in Transformationspfadlogiken und die darin eingebetteten Milieus ein.

---

[1] Diese sind zugleich die ‚Einstiegsfälle' unseres unter der Leitung von PD U. Matthiesen bearbeiteten DFG Projekts *Grenzmilieus und Deutungsmuster im Transformationsprozess: der Fall der deutsch-polnischen Doppelstadt Guben / Gubin*.

[2] Die Namen sind Anonymisierungen

[3] Wie auch der Interviewer erfahren musste. Ganz entgegen gängiger biographischer Forschungspraxis bestand der Interviewee, explizit aus den oben angeführten Gründen, darauf das Gespräch an einem ‚neutralen' Ort zu führen.

[4] Es bleibt festzuhalten dass diese spezielle Interviewsequenz (im Kontext des Gesamtinterviews mit G.) den Unterschied zwischen DDR-Nische und Totalrückzug ins Private nach 1989 zu sehr verwischt.

Erschienen in: *Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie* 16(1), 2002, S. 89–106

Literatur:

Alheit, P. et al (1999), Gebrochene Modernisierung – der langsame Wandel proletarischer Milieus: eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren, Bd.1: *Sozialgeschichtliche Rekonstruktionen*, Donat, Bremen

Castells, M. (1996), *The Rise of the Network Society*, Blackwell, Oxford

Giddens, A. (1994), *The Consequences of Modernity*, Cambridge, Polity

Grabher, G. und Stark, D. (1997), Organizing Diversity: Evolutionary Theory, Network Analysis, and Post-socialism, in: dies. (Hrsg.) *Restructuring Networks in Post-Socialism: Legacies, Linkages, and Localities*, Oxford University Press, Oxford

Grathoff, R. (1989), *Milieu und Lebenswelt: Einführung in die phänomenologische Soziologie und die sozialphänomenologische Forschung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M.

Häußermann, H. (1997), *Armut in den Großstädten: eine neue städtische Unterklasse?*, Leviathan 25(1), S. 12–27

Held, D. (2000), *Regulating Globalization? The Reinvention of Politics, International Sociology* 15(2), S. 394–408

Lausitzer Rundschau, 19. April 2001

Keim, K-D. (1997), Milieu und Moderne: zum Gebrauch und Gehalt eines nachtraditionalen sozial-räumlichen Milieubegriffs, in: *Berliner Journal für Soziologie 7*(3), S. 383–399

Krätke, S. (1998), Problems of Cross-Border Regional Integration: the case of the german-polish border area, in: *European Urban and Regional Studies* 5(3), S. 249–262

Maretzke, S. (1997), Der ostdeutsche Transformationsprozess im Spiegel ausgewählter räumlicher Entwicklungen, in: Musil, J. und Strubelt, W. (Hrsg.), *Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn*, Leske + Budrich, Opladen

Matthiesen, U. (2001 i.E.), Transformational Pathways and Institutional Capacity Building: the Case of the Polish-German Twin City Guben/Gubin, in: Cars, G. et al (Eds), *Institutional Capacity, Urban Governance and Social Milieux*, Macmillan, London

Musil, J. und Strubelt, W. (1997), Zur vergleichenden Perspektive der lokalen und regionalen Dimension des politischen und sozialen Wandels in den fünf neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, der Slowakei, der Tschechischen Republik und in Polen, in: dies. (Hrsg.) *Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn*, Leske + Budrich, Opladen

Nissen, S. (1992), Die sozialistische Arbeitsgesellschaft in der ökologischen Transformation: Arbeit und Umwelt in der ehemaligen DDR, in: dies. (Hrsg.), *Modernisierung nach dem Sozialismus: ökologische und ökonomische Probleme der Transformation*, Metropolis, Marburg

Nissen, S. (1992a), Citizenship im Modernisierungsprozess, in: dies. (Hrsg.), *Modernisierung nach dem Sozialismus: ökologische und ökonomische Probleme der Transformation*, Metropolis, Marburg

Osterland, M. (1994), Coping with Democracy: the Re-Institutionalization of Local Self-Government in Eastern Germany, in: *European Urban and Regional Studies* 1(1), S. 5–18

Quarterly Analysis on Economic Activity of Population, http://www.stat.gov.pl/english/serwis/monit/bael.htm, S. 1–12

Reißig, R. (1999), Spezifika und Eigenarten des (ost)deutschen Transformationsfalles, in: Thomas, M. (Hrsg.), *BISS public: Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diskussion,* 27(1)

Rietdorf, W. (2001), *Thesenpapier: zu Schrumpfungsprozessen in ostdeutschen Städten*, unveröffentl. Manuskript, IRS, Erkner

Srubar, I. (1994), Variants of the Transformation Process in Central Europe: A Comparative Assessment, in: *Zeitschrift für Soziologie* 23(3), S. 198–221

Staniszkis, J. (1998), Postkommunismus: Versuch einer soziologischen Analyse, in: *PROKLA 112* 28(3), S. 375–394

Sztompka, P. (1993), Civilizational Incompetence: the Trap of Post-Communist Societies, in: *Zeitschrift für Soziologie* 22(3), S. 85–95

Szul, R. (1997), General Trends of the Socio-economic Transformation Processes in Poland after 1989, in: Musil, J. und Strubelt, W. (Hrsg.), Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn, Leske + Budrich, Opladen

Tatur, M. (1998), Ökonomische Transformation, Staat und moralische Ressourcen in den post-sozialistischen Gesellschaften, in: *PROKLA 112* 28(3), S. 339–374

Thomas, M. (1999), Marktimplementierung und Transformationsprozess – Skizze thematischer Schwerpunkte, in: ders. (Hrsg.), *BISS public: Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Diskussion,* 27(1)

Wernet, A. (2000), *Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik*, Leske + Budrich, Opladen

RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN DES STADTUMBAUS

Matthias Bernt (2003)

Seit ungefähr vier Jahren gehören Leerstand und Stadtumbau zu den am meisten diskutierten Themen in der deutschen Stadtentwicklung. Seit 2001 läuft das Bund-Länder-Programm *Stadtumbau Ost* mit einem Umfang von 2,5 Milliarden Euro, in dem erstmals in der Geschichte der deutschen Wohnungspolitik der ersatzlose Abriss von Wohnraum gefördert wird. In einer Reihe von Orten (z.B. Schwedt, Hoyerswerda, Wolfen, Weißwasser) wurde der Abriss bereits in größerem Umfang in Angriff genommen, in über 200 weiteren ostdeutschen Städten liegen Pläne dafür vor.
Trotzdem ist die Stimmung in der mit dem Stadtumbau befassten Fachöffentlichkeit zurzeit eher skeptisch. Denn mit dem Stadtumbau ist eine ganze Anzahl an neuen Problemen aufgetaucht und in zunehmendem Maße zeigt sich auch hier die altbekannte Tatsache, dass Formulieren und ‚Anpacken' einer Aufgabe noch lange nicht ihre Lösung bedeuten, sondern dass im Umgang mit Schrumpfungsprozessen neue Wege beschritten werden müssen. Die deutsche Stadtentwicklung befindet sich dabei am Anfang einer langen Entwicklung voller Risiken und unter der Gefahr nicht intendierter Nebenwirkungen.

STADTPLANUNG UND STADTUMBAU

Ein erster kritischer Punkt betrifft bereits die planerischen Grundlagen. Um den Stadtumbau planerisch zu steuern, haben fast alle betroffenen Städte in den letzten zwei Jahren *Integrierte Stadtentwicklungskonzepte* (INSEK) erarbeitet, die die einzelnen Maßnahmen zu einem „zukunftsfähigen, sinnvollen Ganzen" (Ausschreibungsunterlagen BMVBW) verbinden sollten. Die Ergebnisse dieses Planungsprozesses sind eher ernüchternd. Eine erste Auswertung des BMVBW bescheinigt den Wettbewerbsbeiträgen, nur wenig Innovatives hervorgebracht zu haben. Ein Großteil der Beiträge leide an Mängeln in der Bevölkerungsprognose, einem zu engen Fokus auf die für den Stadtumbau ausgewählten Stadtteile, unfertigen Finanzierungsplänen, einer unzureichenden Berücksichtigung wohnungswirtschaftlicher Aspekte und einer mangelhaften Abstimmung mit den Stadtumlandgemeinden (vgl. http://www.bmvbw.de/Aktuelles-.756.18785/.htm)

Offenbar befindet sich die Erstellung *Integrierter Stadtentwicklungskonzepte* in einem nur schwer lösbaren Dilemma: Einerseits soll sie eine umfassende, langfristige Zielplanung vorlegen, die eine ‚nachhaltige Entwicklung' und ein ‚sinnvolles Ganzes' des Stadtumbaus in die Wege leitet. Andererseits soll das vorgelegte Konzept – angesichts des Problemdrucks auch völlig nachvollziehbar – kurzfristig umsetzbar sein und praktikable Schritte ermöglichen. Die Umsetzung dieser Schritte soll darüber hinaus durch das Mitwirken eigeninteressierter Dritter (Wohnungsunternehmen, Umlandgemeinden) erfolgen, deren Interessen dementsprechend in die Planung eingepasst werden müssen. Etwas salopp formuliert: die Kommunen wurden durch die Vergabe von Fördermitteln und Prämien in einem kurzfristig angelegten Bundeswettbewerb motiviert, mit knappen Planungsressourcen bei notwendig unsicheren Prognosen, mit ungenügendem Informationsstand und ohne sicheres Wissen um die Durchführbarkeit innerhalb kürzester Zeit eine völlig neue Planung vorzulegen. Diese Planung soll die oft entgegengesetzten Interessen verschiedenartiger lokaler Wohnungsanbieter integrieren, mit den Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit abgestimmt sein und zu einem Konsens führen. Es ist wohl kaum übertrieben, ein solches Vorhaben als ‚gewagt' zu bezeichnen.

Auf Grund dessen vermochten die INSEK's zwar einerseits die Diskussion über ein unbequemes Thema anzustoßen und einen Orientierungsrahmen zu erarbeiten. Auf der anderen Seite enthalten sie aber notwendig regelmäßig eine ganze Reihe von ‚offenen Posten', deren Relevanz sich erst in der Durchführung zeigt. Sie sind darauf angewiesen, ihre Ziele – quasi ‚huckepack' – durch das Handeln Dritter (vor allem der Wohnungseigentümer) umzusetzen.

INTERESSENAUSGLEICH: KONSENS ODER NONSENS?

Die Integration wohnungswirtschaftlicher Interessen und städtebaulicher Bedürfnisse ist vor diesem Hintergrund ein zentraler ‚Knackpunkt' für die Umsetzbarkeit des Stadtumbaus. Gleichzeitig ist sie bislang fast völliges Neuland und erste Erfahrungen, die in den letzten Jahren mit dem Thema gesammelt wurden, sind eher ernüchternd.

Die Anforderung, durch einen Abriss eigener Bestände eine Stabilisierung des Wohnungsmarktes zu befördern, trifft die ostdeutsche Wohnungswirtschaft in einer schwierigen Situation. Die Belastungen, die sich aus der Kombination von ‚Altschulden', Kreditrückzahlungen und Wohnungsleerständen ergeben, haben hier inzwischen Ausmaße erreicht, bei denen ein großer Teil der betroffenen Wohnungsunternehmen kaum noch in der Lage ist, seine wirtschaftliche Existenz aufrecht zu erhalten. Es ist darum leicht verständlich, warum die Wohnungswirtschaft durchaus ein intensives Interesse an der raschen Beseitigung von Marktüberhängen hat, obwohl sie dadurch Vermögenswerte verliert. Denn auch für leer stehende Wohnungen fallen Belastungen für Bewirtschaftungskosten, ‚Altschulden' und Zins- und Tilgungsleistungen für angelaufene Modernisierungsdarlehen an – ohne dass ihnen entsprechende Einnahmen entgegenstehen. Ein Abbau der Überstände würde die Wohnungsunternehmen also in relevantem Ausmaß von überflüssigen Bewirtschaftungskosten befreien und ihre Kostenbilanz verbessern.

Trotzdem erweist sich eine Einigung der Wohnungsmarktakteure mehr und mehr als Kernproblem des Stadtumbaus. Da es theoretisch für jeden einzelnen Eigentümer am besten wäre, wenn alle anderen Eigentümer so lange ihre Bestände vom Markt nähmen, bis wieder genügend Nachfrage für die eigenen leeren Bestände vorhanden ist, ergibt sich hier ein klassisches, aus der Theorie rationalen Handelns bekanntes *free-rider-problem*: wenn einerseits alle Marktteilnehmer von der Marktbereinigung profitieren, andererseits aber nur die die Kosten dieser Maßnahme tragen, die Rückbau selbst durchführen, kommt der ‚Trittbrettfahrer' am günstigsten weg. Denn er kann am allgemeinen Nutzen teilhaben, ohne eigene Kosten und Risiken tragen zu müssen. Allerdings führt diese Kalkulation – da sie für alle Akteure gleichermaßen gilt – zu einer allgemeinen Handlungsblockade, die sich auch mit einer Analogie zum Gesellschaftsspiel *Mikado* beschreiben lässt: Wer sich als erster bewegt, hat verloren. Diese wechselseitige Blockade hat in den letzten zwei Jahren zu intensiven Diskussionen über einen ‚Interessenausgleich' zwischen verschiedenen Wohnungsanbietern geführt – bislang jedoch flächendeckend mit nur wenig ermutigenden Ergebnissen. Über das *Chemnitzer Modell*, den *Leipziger Pakt der Vernunft*, Grundstückspools und Unternehmensfusionen wurde zwar viel diskutiert, aber in der Praxis wenig umgesetzt.

WER REIßT AB?

In der Fachdiskussion stößt man darum zunehmend auf die Tendenz, das unerfreuliche Thema einfach ad acta zu legen und mit der Marktbereinigung dort zu beginnen, wo sie durchsetzbar ist. Im Ergebnis dessen ist der Stadtumbau heute im Wesentlichen zu einer Sache der kommunalen und genossenschaftlichen Vermieter geworden. Der Grund dafür findet sich vor allem im Altschuldenhilfegesetz, das die ehemaligen *Kommunalen Wohnungsverwaltungen* (KWV) und *Arbeitwohnungsbaugenossenschaften* (AWG) zu

besonderen Zins- und Tilgungszahlungen auf ‚Altschulden' in Höhe von 150,- bzw. 250,- DM/m², auch für leer stehende Wohnungen, zwingt. Für die Bereitschaft der betroffenen Wohnungsunternehmen zum Abriss eigener Bestände ist die ‚Altschulden'-Belastung von kaum zu unterschätzender Bedeutung. Denn die Verknüpfung von Altschuldentilgung und Wohnungsabriss ist für die betreffenden Unternehmen eine einzigartige Gelegenheit, einen wesentlichen Kostenfaktor los zu werden. Im Unterschied zu allen anderen Wohnungsunternehmen haben die in den Geltungsbereich des Altschuldenhilfegesetzes fallenden kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen darum vom Abriss eigener Bestände zumindest eine Erleichterung ihrer Schuldenlast zu erwarten.

Anders als bei anderen Vermietertypen kann der Abriss eigener Bestände darum für kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen zu einer Verbesserung ihrer Situation führen. Hinzu kommt, dass die Bestände dieser Unternehmen im Allgemeinen sehr stark auf wenige Standorte und wenige, örtlich geballte Bautypen (‚Platten') konzentriert sind. Die eigene betriebswirtschaftliche Situation ist daher enger als bei anderen Vermietertypen mit der Entwicklung der jeweiligen Immobilienlage verknüpft. Durch diese Konzentration haben kommunale und genossenschaftliche Wohnungseigentümer in Ostdeutschland oft nicht nur eine hohe Fähigkeit zur Durchsetzung von über die Einzelimmobilie hinaus gehenden teilräumlichen Entwicklungskonzepten, sondern auch ein hohes Interesse an der Entwicklung von Standorten.

Entsprechend haben die ostdeutschen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen mit großen Beständen an industriell gefertigten Wohngebäuden in den letzten Jahren über ihren Verband sehr intensiv die Diskussion um den *Stadtumbau Ost* vorangetrieben und dominieren das Abrissgeschehen sowohl intellektuell als auch in der konkreten Umsetzung. Sie sind faktisch die Träger der Wohnungsmarktbereinigung, während alle anderen Eigentümertypen sich kaum am Abriss beteiligen, aber von der Sanierung des Immobilienmarktes profitieren. In Folge dieser Schieflage konzentriert sich die Bestandsreduzierung auch im Wesentlichen auf den Bestand dieser Vermieter, d.h. auf die ‚Platte'.

MIETER FREI HAUS?

In der gegenwärtigen Stadtumbaupraxis erstaunlich wenig reflektiert ist auch die Problematik der Einbindung der Bewohner in die geplanten Stadtumbaumaßnahmen. Das ist umso erstaunlicher, als ein Rückbau von (nur selten komplett leer stehenden) Wohngebäuden, angesichts der nach wie vor in Ostdeutschland ausgeschlossenen ‚Verwertungskündigung' ohne die Mitwirkung respektive den Auszug der noch in ihnen wohnenden Mieter unmöglich ist. Die meisten abrisswilligen Wohnungsunternehmen haben zudem durchaus auch ein Interesse daran, Mieter zu halten und mit ihnen ihre Verbleibebestände aufzufüllen. Für eine Integration der vom Abriss betroffenen Bewohner gibt es also gute, praktische Gründe.

Trotzdem erfolgt die Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen punktuell, scheibchenweise und oftmals erst zu einem sehr späten Zeitpunkt. Um ‚Gerüchteküchen' und ‚Panikreaktionen' zu vermeiden, tendieren abrisswillige Vermieter meist dahin, Informationen und Diskussionen nur ‚scheibchenweise' für den jeweils nächsten Umsetzungsschritt zur Verfügung zu stellen. Auch eine dezidiert öffentliche Sozialplanung erfolgt nur selten. Meist werden die Umsetzung der Mieter und die Konditionen, zu denen sie geschieht, der individuellen Aushandlung zwischen den jeweiligen Mietern und Vermietern überlassen.

Der Abriss der eigenen Wohnung stellt sich dadurch vielen Mietern als ein oft sogar pauschal akzeptierter, aber trotzdem kaum beeinflussbarer, von außen kommender Eingriff in die eigenen Lebensverhältnisse dar. Das ist besonders problematisch, da die eigene Wohnung angesichts der rasanten Veränderungen des letzten Jahrzehnts gerade für viele

Ostdeutsche mit langer Wohndauer zu einer Art letztem Rückzugsgebiet geworden ist, in dem man *sein eigener Herr* ist – *my home is my castle*. Der Abriss des Wohnbereiches wird entsprechend als Versuch der Enteignung, als Angriff auf die Privatsphäre erlebt. Dadurch wird die Räumung der Wohnung etwas anderes als ein freiwilliger, außerhalb dieses Kontextes stehender Umzug. Denn die Wahlmöglichkeiten sind hier mehrfach begrenzt: die Wahl des günstigsten Zeitpunktes ist beschränkt, ebenso das Angebot an Umsetzwohnungen durch den Vermieter.
Wollen Bewohner diese Beschränkungen nicht akzeptieren, können sie sich ihnen allerdings entziehen, indem sie sich selbst eine Wohnung suchen. Angesichts entspannter Wohnungsmärkte haben sie dazu meist die Möglichkeit. In Anbetracht ihrer starken Rechtsposition können sie sich auch entschließen, in ihrer Wohnung zu bleiben und so lange zu ‚pokern', bis sie ein gutes Ersatzangebot kriegen. Neben dem Eingehen auf den Wunsch ihres Vermieters haben Mieter also auch andere Handlungsmöglichkeiten. Für welche sie sich entscheiden, hängt von den Umständen ab.
Modellhaft lassen sich diese Entscheidungsmöglichkeiten, die Mietern in vom Abriss betroffenen Häusern offen stehen, auf drei verschiedene Typen übertragen, die A. Hirschman in einer klassischen Studie entwickelt hat, um zu zeigen, wie Menschen auf unübersichtliche Situationen reagieren können **[vgl. Abb. 1]**: Sie lauten *Exit*, *Voice* und *Loyality*. Das lässt sich auch auf die Entscheidungsmöglichkeiten übertragen, die Mietern in vom Abriss betroffenen Häusern offen stehen: *Exit* wäre dann gleichbedeutend mit Wegzug, *Voice* mit Widerstand oder Protest und *Loyality* mit einem Umzug zu den angebotenen Konditionen. Entscheidend ist dabei, dass alle drei Handlungstypen rationale Optionen sind, bei denen die Entscheidung für einen Handlungstyp aus einer Abwägung von Einschätzungen über Vor- und Nachteile resultiert. Die Variablen einer solchen Entscheidung werden in nachstehender Tabelle aufgelistet:

Abb. 1: Entscheidungsschema abrissbetroffener Mieter

Handlungspotionen	mögliche Vorteile	mögliche Nachteile	Risiken, Unsicherheiten
voice: in der Wohnung bleiben	¬ keine Umzugskosten ¬ keine Mieterhöhung ¬ Erhalt des gewohnten Umfeldes und der lokalen sozialen Netzwerke	¬ absehbare Verschlechterung des Instandhaltungszustandes des Hauses ¬ Verschlechterung des Services ¬ höhere Betriebskosten ¬ Verschlechterung des Umfeldes (Baulärm und Dreck durch Abriss)	¬ Kosten und Ausgang des Rechtsstreits ¬ Entwicklung der Bleibekosten
loyality: ein Wohnungsangebot des Vermieters im selben Stadtteil annehmen	¬ eine Beteiligung des Vermieters an Umzugskosten ¬ Erhalt des gewohnten Umfeldes und der lokalen sozialen Netzwerke	¬ evt. höhere Miete ¬ evtl. anderer Grundriss ¬ Verschlechterung des Umfeldes (Baulärm und Dreck durch Abriss)	¬ Passgerechtigkeit des Angebots zu eigenen Bedürfnisse ¬ Zukunft des Viertels ¬ bei weiteren Abriss evtl. Notwendigkeit weiterer Umzüge
exit: selbst Wohnungsangebot in anderer Lage suchen	¬ Zukunftssicherung ¬ Wahlfreiheit	¬ Umzugskosten ¬ Kosten der neuen Whng. ¬ Aufgabe des gewohnten Umfeldes und der lokalen sozialen Netzwerke	¬ Lage, Zuschnitt, Preis Zugangsmöglichkeiten des Wohnungsangebotes

GEFÄHRLICHE ABWÄRTSSPIRALEN

Eine Konzentration der Abrisse auf die ‚Plattenviertel' ohne ein gleichzeitiges Aufwertungskonzept für die Verbleibebestände kann vor diesem Hintergrund sogar Entwicklungen beschleunigen, die eigentlich durch den Stadtumbau aufgehalten werden sollten. In der Folge ist auch ein Szenario vorstellbar, in dem die ‚Plattenviertel' sukzessive abgewertet werden und sich zu ‚sozialen Brennpunkten' entwickeln. Die drohende Wirkungskette lässt sich plastisch wie folgt beschreiben:

Die Unsicherheit über die Zukunft der ‚Plattenviertel' könnte zunächst in eine allgemeine Investitionsblockade münden, einen Prozess, der aus den USA als *redlining* bekannt ist. Durch das Zusammenwirken von Mieterfluktuation, Zukunftsunsicherheit und Investitionsblockaden würde in den betroffenen Vierteln ein *filtering-down-Prozess* einsetzen, der in eine kumulative Abwärtsspirale münden kann und wie eine Kettenreaktion verläuft **[vgl. Abb. 2]**: Durch Unsicherheit über die Zukunft, fehlende Investitionen in Wohnsubstanz und Infrastruktur verschlechtert sich die Konkurrenzfähigkeit der dortigen Bestände gegenüber Alternativangeboten (z.B. im sanierten Altbau oder im Eigenheim). Das motiviert weitere Wegzüge, so dass der Leerstand steigt. Der steigende Leerstand führt wiederum bei den betroffenen Vermietern zu weiteren Erlösrückgängen, so dass ihnen noch weniger Mittel für Investitionen zur Verfügung stehen. Sie sind daher nicht mehr in der Lage, den noch bestehenden Modernisierungsstau abzubauen und müssen sukzessive auch an Instandhaltung und Service sparen – wodurch sich die Marktposition der von diesen Vermietern verwalteten Plattenbauten weiter verschlechtert. Der durch den Bevölkerungsverlust vor Ort bedingte Rückgang an zahlungskräftiger Nachfrage trifft schließlich auch das lokale Gewerbe, das mit Umsatzeinbußen zu kämpfen hat, die ab einer bestimmten Schwelle nicht mehr getragen werden können. Zusätzlich zur Verschlechterung der Wohnsubstanz dünnt sich also auch die Dienstleistungs- und Gewerbestruktur aus. Es gibt also immer weniger Gründe, in dem betroffenen Viertel wohnen zu bleiben, so dass die Bereitschaft zum Wegzug weiter steigt. Mit sinkenden Bewohnerzahlen ist schließlich irgendwann ein Punkt erreicht, an dem die Unterauslastung der sozialen und technischen Infrastruktur so gravierend wird, dass sich die finanzschwache Kommune ihren Erhalt nicht mehr leisten kann. Sie wird daher zurückgebaut oder aufgegeben, der Gebrauchswert des Viertels verschlechtert sich weiterhin, weitere Bewohner ziehen weg ...

Abb. 2: Die Leerstandsspirale

Die Wirkungskette der ‚Abwärtsspirale' funktioniert dabei sowohl mit als auch ohne Rückbau. Während ein Abwarten sukzessive die Vermieter in den Ruin treibt, kann ein Stadtumbau ohne klare Zukunftsaussichten die Unsicherheit der Mieterhaushalte vergrößern und zu einer Flucht aus dem – sei es auch nur potenziell betroffenen – Bestand führen.
Ohne eine Zukunftskonzeption wäre dann also mit dem Abriss nicht der Wohnungsmarkt wieder in Gang, sondern marktgesteuerte Abwertungsketten in Bewegung gesetzt worden. Die Folgen für die Städte wären: eine Abwertung der ‚Plattensiedlungen' und eine Herausbildung von ‚sozialen Brennpunkten' in bislang gut sozial durchmischten Gebieten.

DIE STEUERUNG VON SCHRUMPFUNG

Fragt man nach ‚Risiken und Nebenwirkungen des Stadtumbaus', landet man also unabdingbar bei Fragen, die die politische Steuerung von Schrumpfungsprozessen betreffen. Diese Fragen berühren nicht nur die aktuelle Planungspraxis, sondern sie betreffen Kernbestände des deutschen Stadtplanungssystems. Dominante Aufgabe dieses Planungssystems war es in der Vergangenheit immer, Wachstumsprozesse zu lenken und mit sozialplanerischen Schutzmaßnahmen zu begleiten. Diese Planung war (und ist) im Wesentlichen eine Angebotsplanung, bei der es darum ging, in die Städte drängende Investitionen so zu steuern, dass sie sich verträglich über den Raum verteilten und soziale und ökologische Spannungen dabei vermieden oder gemildert werden konnten. Sie funktionierte, weil Stadtentwicklung (respektive Schaffung von neuen Bauflächen und Neubau) als privates Geschäft funktionierte, das genügend Rendite abwarf, um auch den Erfordernissen der gesellschaftlichen Reproduktion genügen zu können.
Unter Schrumpfungsbedingungen ändern sich diese Vorzeichen grundlegend. Denn der Abriss nicht mehr benötigter Strukturen schafft unmittelbar überhaupt keinen privaten Gewinn, sondern nur Kosten. Auch die unter Umständen durch den Abriss möglich werdende Aufwertung von Lagen durch die Schaffung neuer Freiflächen und Grünanlagen kann nur sehr begrenzt neue Gewinnmöglichkeiten für die Immobilienwirtschaft öffnen. Denn kurz-, mittel- und langfristig wird die Bevölkerung Ostdeutschlands weiter zurückgehen und mit ihr der Bedarf an bebauter Fläche. Es gilt also nicht nur, kurzfristig Fehlfunktionen des Immobilienmarktes zu beseitigen, sondern langfristig eine Stadt- und Regionalentwicklung zu organisieren, die bereits bebaute Räume mit wenig Aussicht auf private Gewinne entwickelt. Anstatt Investitionen zu kanalisieren und Raum für hereindrängende und wachsende Nutzungen bereit zu stellen, muss sie neue Nutzungen für längst erschlossene Raumkomplexe entwickeln.
Mit dieser Umorientierung wird aber auch der Sockel, auf dem die Mehrzahl der zur Verfügung stehenden Planungsinstrumente steht, vakant. Denn an die Stelle eines ‚Pokers' zwischen öffentlichen Bedürfnissen und privaten Gewinnen tritt unter Schrumpfungsbedingungen ein Handeln über die Übernahme von Kosten. Wenn das ‚Planungsspiel' aber statt aus einer Beteiligung an Gewinnen nur noch aus einer Verteilung von Verlusten besteht – wer sollte dann Lust haben, an ihm teilzunehmen? Für die Steuerung von Schrumpfungsprozessen wird also ein Akteur gesucht, der unabhängig von eigenen Renditeinteressen ist, die Fähigkeit zu übergreifendem Interessenausgleich hat und die Kapazitäten besitzt, umfangreiche Kosten auch ohne Gegenleistung zu übernehmen. In Theorie und Praxis gibt es nur einen institutionellen Akteur, der dazu in der Lage ist: den Staat. Ein Beibehalten der Steuerungsansprüche bedarf daher auch notwendig eines Nachdenkens über eine Reetatisierung der Stadtentwicklungspolitik.

Veröffentlicht unter: www.schrumpfende-stadt.de
Eine Langfassung dieses Beitrages ist als UFZ-Diskussionspapier 5/2002 erschienen und kann unter www.ufz.de/(de)/spb/oekus/disk-papiere/2002-05.pdf abgerufen werden.

Literatur:

Ingeborg Beer, Wohnen und Leben im Wartestand. Ein Quartier in Schwedt zwischen Abriss und Aufwertung, In: *Berliner Debatte Initial*, 3/2002

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Auslobung und Wettbewerbsunterlagen *Wettbewerb Stadtumbau Ost. Für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen*, Berlin 2001

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Tagungsdokumentation *Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in Ostdeutschland*. Redebeiträge zum Schwerpunktthema des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Berlin 2002

Peter Franz, Leerstände in ostdeutschen Städten – Keineswegs nur ein wohnungspolitisches Problem, In: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, 2/2001

Sigrun Kabisch, Stadtumbau aus Akteursperspektive. Stadtsoziologische und stadtplanerische Perspektiven zur Auseinandersetzung mit dem Problem des Wohnungsleerstandes, In: Keim, Karl-Dieter (Hrsg.): *Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland*, Erkner 2001, S. 69–97

Sigrun Kabisch und Matthias Bernt, Praxis ohne Theorie – Thesen zu Wissensdefiziten in der Stadtumbau-Debatte, In: *PlanerIn*, 1/2003

LOKALE WISSENSMILIEUS ALS POTENZIALE DER POST-SOZIALISTISCHEN STADTENTWICKLUNG

Ulf Matthiesen (2003)

Dieser Text thematisiert in drei Schritten die gestiegene Relevanz von Wissen und ihren Trägergruppen gerade auch für die ‚postsozialistische Stadtentwicklung im Umbau'. Dabei soll zugleich kenntlich werden, wie ambivalent die wissensgesellschaftlichen Impulse für die Entwicklung ostdeutscher Stadtregionen vielfach zunächst sind. Mit diesen Ambivalenzen müssen Ansätze zur Stärkung der Verfahrenskreativität in der Stadtentwicklung kreativ umzugehen lernen.

Den Hintergrund für das Folgende bildet die Überzeugung, dass kreative Raum-Analysen im Praxis-Forschungsübergangsfeld zugleich dreierlei leisten müssen:

- Kritische Analysen
- Entwicklung von Orientierungswissen
- Stärkung der Akteursebene, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene

1. ZUR LAGE

Ostdeutsche Peripherien in der Wissensgesellschaft — *Brain Drain* und lokale Potentiale

Vieles spricht dafür, dass die Entwicklung gesellschaftlicher Grundstrukturen sich in Richtung auf die sogenannte Wissensgesellschaft zu bewegt. Gegen den ersten Anschein aber wirkt die ‚Wissensgesellschaft' keinesfalls für alle gleich segensreich. Im Gegenteil. Die ‚Wissensgesellschaft' wirkt eher disparitär. Sie wirft also über die aktuellen sozialräumlichen Entwicklungsprozesse Licht *und* Schatten. Einerseits fördert und stimuliert sie Innovationen, aber zugleich verschärft sie unerbittlich regionale Konkurrenzen und Ungleichgewichte. Neue Peripherien und neue sozialräumliche Disparitäten entstehen – und zwar jetzt nicht mehr an den Rändern des Kontinents, sondern in der Mitte eines größer werdenden Europa. *Brain Drain*, also der Abfluss von Humankapital und von Wissen ist für diese wissensgesellschaftliche Zunahme von regionalen Disparitäten ein zentraler Mechanismus. Teile der ostdeutschen Länder und die brandenburgischen Randregionen allemal sind davon in besonders brutaler Weise betroffen. Vor allem in den industrialisierten Mittel- und Kleinstädten ist der Verlust an 18- bis 25-Jährigen dramatisch. Junge, gut ausgebildete Frauen gehen als erste. Es bleiben insbesondere männliche Personen mit unteren Bildungsabschlüssen. Ob die besser Qualifizierten vor oder auch nach der Spät-Verrentung zurückkommen werden, ist mehr als fraglich. Hier sind also ungewollt gerade für *kreative Stadtentwicklungen* große mögliche Experimentierfelder unter *Extrembedingungen* entstanden.

Die Wissens- und Lerngesellschaft hält für die peripher fallenden Regionsteile Brandenburgs ein zusätzliches Entwicklungs- und Steuerungsparadox bereit. In einer ersten Runde steigern Bildungs- und Ausbildungsinvestitionen nämlich nochmals den Abwanderungsdruck. Für die besser Ausgebildeten öffnen sich ja sofort weiträumigere, attraktivere Arbeitsmärkte – fast immer im Westen Deutschlands oder gar in West-Europa (‚Abstimmung mit den Füßen', Steigerung der Berufsmobilität als *exit option*). Fatal wäre hier aber der Kurzschluss, die Politik der Förderung von Bildung, Kultur und Lernen weiter zurückzufahren und damit auch die Ermöglichung von Selbstorganisationsprozessen des Lernens in den äußeren Regionsteilen Brandenburgs zu vereiteln. Oder gar die Welle der geburtenstarken Jahr-

gänge einfach auszusitzen. Schon jetzt drohen weitere Beschleunigungsfaktoren des *Brain Drain* und nachfolgender regionaler Innovationsdefizite. Einmal verstärkt sich ein negatives *Außenbild*, dann droht eine *bestandskritische untere Schwelle* des Kompetenzbesatzes:

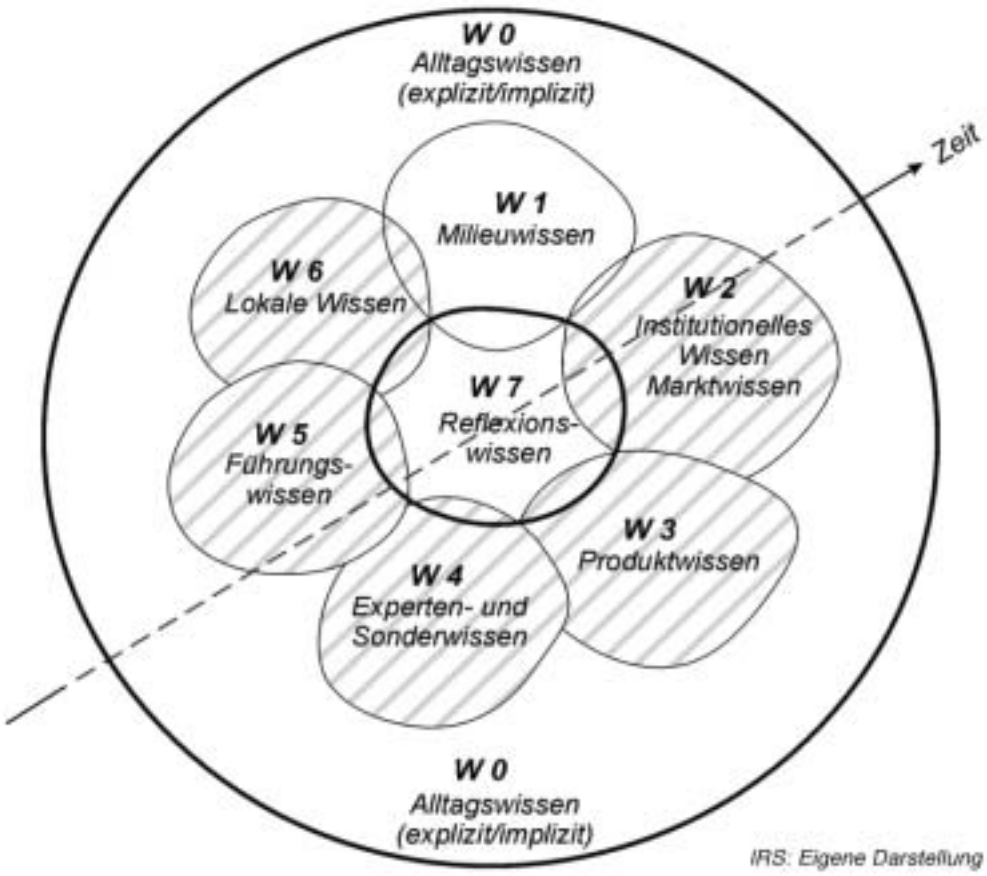
- In der *Außenwahrnehmung* – etwa in der überregionalen und internationalen Presse – verstärkt sich der Eindruck, dass die anhaltende Ausdünnung regionaler Kompetenzen im ‚äußeren Entwicklungsraum' Brandenburgs zunehmend schicksalhaft erduldet, teilweise sogar unter der Last der öffentlichen Haushaltskrise achselzuckend zugelassen wird. Ansonsten investierte man lange Zeit lieber in scheiternde Prestige- und Großprojekte (so der niederländische Journalist Jacques Schmitz in einer mehrteiligen Sendereihe für das Niederländische Staats-Radio NOS: mit dem treffenden Titel *Brandenburg Blues*). Das mag in Teilen ungerecht sein. Sicher ist nur, dass ein solches *Außenbild* für potenzielle Investoren auf der Suche nach peripheren Regionen mit gutem Humankapital und vor allem mit Modernisierungs-Elan wenig förderlich ist.
- Im Unterschied zu früheren Land-Stadt-Migrations-Wellen (Industrialisierung, ‚Ruhr-Polen') ist in der ‚Wissensgesellschaft' davon auszugehen, dass es eine *kritische untere Schwelle* für lokale Kompetenzen, Wissensnetze und damit auch für stadtregionale Kreativität in der Peripherie gibt. Diese lässt sich bislang *nur qualitativ* auf der Ebene lokaler Netzwerke und Milieus bestimmen. Wird diese Schwelle unterschritten, so verliert die Teilregion ihre Überlebensfähigkeit – zu der übrigens immer auch ein Minimalbesatz an kreativen Potenzialen gehört. Dann droht der Absturz in die Krisenzyklen der ‚sterbenden postsozialistischen Städte' mit ihren sozialen und mentalen ‚Beschleunigern' (wie etwa in Wittenberge oder Guben): mit der ‚Krise im Kopf' und einer verallgemeinerten Schicksalsgläubigkeit, mit einer bestandskritischen Erosion der Infrastrukturen sowie der Suche nach Sündenböcken (Stichwort, Rechtsradikalismus'). Das führt typischerweise zu einem neuerlichen *Brain Drain*-Schub auf Seiten der letzten noch vor Ort verbliebenen besser Ausgebildeten. Unter der Randbedingung wissensgesellschaftlicher Konkurrenzverschärfungen ist davon auszugehen, dass dort, wo diese kritische Schwelle unterschritten wird, auf Jahrzehnte nichts Rettendes mehr zuwächst. *Start-up*-Versuche in den Randregionen etwa sind schon jetzt mit der Doppelsituation von extrem hoher Arbeitslosigkeit und gleichzeitigen Kompetenzmängeln in zukunftsfähigen Wirtschaftsbereichen konfrontiert. Sie sitzen also auch schon jetzt in der für die neuen wissensgesellschaftlichen Peripherien typischen *wissensgesellschaftlichen Kompetenz-Falle*.

Dieser *circulus vitiosus* macht den verkappten Zynismus von regionalen Entwicklungsvorschlägen deutlich, die dafür plädieren, alle Förderressourcen und Entwicklungsimpulse im ohnehin wachsenden *engeren Verflechtungsraum* Brandenburgs zu massieren. Von dort aus, so die verbale Hoffnung, würden eines Tages Entwicklungsimpulse in die peripher fallenden Randregionen hinüberschwappen. Bis dahin allerdings werden die äußeren Regionsteile längst zu Räumen der Ahnungslosigkeit in einem größeren Europa mutiert sein – ohne geeignete Andockstellen mehr für zukunftsfähige Entwicklungen jeder Art.

Bei alledem gilt natürlich weiter: In der Wissensgesellschaft werden Wissen, Bildung, Ausbildung und ‚Lebenslanges Lernen' zu einer entscheidenden ‚Produktivkraft'. Zugleich bekommen nun aber auch lokales Wissen, örtliche Initiativen und kreative Begabungen vor Ort eine neue Bedeutung und erhöhte Relevanz – und ich denke, gerade auch für die Seite der kreativen Verfahrensinnovationen. Genau hier öffnen sich also durchaus auch Ansatzpunkte für ‚kreative Stadtpolitiken'. Gleichwohl bleibt zunächst festzuhalten: Mit dem Thema „Wissensgesellschaftliche Peripherien, *Brain Drain*" haben wir es mit *überlokalen Prozess*-Dynamiken zu tun, die mit wie immer kreativen lokalen Mitteln allein nicht zu parieren sind. Sonst drohen Überforderung, Entmutigung und die Gefahr einer ‚Krise im Kopf'. Ein klarer Blick auf die unterschiedlichen Aggregierungsebenen von Problem-

lagen ist also zwingend nötig – von der Mikro-Ebene persönlicher Kontakte und Weltbilder über die Meso-Ebene der Milieus und der Regionen zur Makro-Ebene der Nationalstaaten und den europäischen und globalen Entwicklungsprozessen ausgreifend. Übrigens bieten sich mit und zwischen den Aggregierungsebenen natürlich auch neue Kreativitätschancen – etwa durch intelligente Mischungen globaler mit lokalen Prozessen. Angesichts dieses hochambivalenten Prozesses der wissensgesellschaftlichen Entwicklung haben wir unseren Untersuchungsansatz entwickelt: Wir interessieren uns dabei vor allem für Netze und Trägergruppen von unterschiedlichen Wissensformen und für deren Rolle in städtischen und stadtregionalen Entwicklungsprozessen: Wir nennen diese Trägergruppen *Wissensmilieus*. Damit zielen wir auf relativ homogene Interaktionsnetze mit erhöhter Binnenkommunikation, die prägnante Kopplungen von unterschiedlichen Wissenstypen entwickeln und sie milieuartig zusammenführen. In dem IRS-Projekt stehen dabei einmal Praxisformen und deren Trägernetze im Vordergrund, die in markanter Weise professionell oder in der Form ihrer jeweiligen Lebensführung durch eine *forschungs- und technologieorientierte Berufspraxis* sowie durch wissensbasierte Formen des Wirtschaftens oder der Expertise geprägt sind; daneben interessieren uns alltägliche wissensorientierte Lerndynamiken und Alltagsformen findiger Innovationen. Mit Hilfe des Wissensmilieu-Konzeptes haben wir nun empirische Suchprozesse nach solchen neuen wissensbasierten Beziehungsmustern gestartet. An den Trägergruppen solchen Wissens interessieren uns insbesondere deren Vernetzungsformen und Interaktionsstile, ihre Raumbedarfe und Raumwirkungen. Diese können sich milieuartig zu lokalen Wissenskulturen vernetzen. Wissensmilieus unterscheiden sich daneben nach der Art und dem Stil, mit dem sie unterschiedliche Wissensformen synthetisieren. Dafür haben wir eine Typologie der Wissensformen entwickelt.

Abb. 1: Typologie der Wissensformen im Rahmen des Wissensmilieu-Ansatzes



Quelle: UM/IRS

Ausgangspunkt für diesen Typologisierungsansatz sind die bekannten dualen Wissensschematisierungen (implizites / explizites Wissen, kodifiziertes / unkodifiziertes Wissen, personen- / institutionengebundenes Wissen). Sie haben sich als hilfreich, aber unzureichend erwiesen. Aus der großen Fülle disparater Typologisierungsversuche haben wir Vorschläge eines organisations- und systemtheoretischen Modells der Wissenstypen (Dirk Baecker 1999) aufgegriffen, dieses aber erweitert: raumstrukturell (um die Kategorie: lokales Wissen) und sozialkonstruktivistisch in Richtung auf reflexive Wissensformen (Alltagswissen, Reflexionswissen). Wir unterscheiden danach acht Wissenstypen, die auf dem Wege über konkrete Vernetzungsformen der Wissensmilieus falltypisch synthetisiert werden:

1. *Alltagswissen*: Mit seinen *common-sense*-Relevanzen und Intersubjektivitätsidealisierungen bildet es die (relativ) konstante Grundlage unseres Handlungsvermögens überhaupt (vgl. die an Edmund Husserl anschließenden sozialphänomenologischen Wissenstheoreme, etwa bei Berger/Luckmann, 1966). Allerdings: Alltagswissen wird zunehmend hybrid von wissenschaftlich-technischem Wissen überformt und durchdrungen, ebenso wie Lebenswelten massiv durch eine technisch imprägnierte ‚Natur 2' infiltriert werden.
2. *Milieuwissen* (Wissen darüber, wie die Dinge in einer Organisation, in Milieus und Netzwerken etc. üblicherweise laufen)
3. *Institutionelles Wissen und Marktwissen* (Wissen über die Funktionslogik einschlägiger Institutionen und die Verwertungslogik von Produkten)
4. *Produktwissen* (Wissen über Technologien, also technologisches Wissen in einem engeren Sinne – von *Low Tech* zu *High Tech*)
5. *Experten- und Sonderwissen* (Wissen der *symbolic analysts*, Wissen um Handlungsfolgen von Verrechtlichungsschüben, Beratungs- und Moderations-Wissen etc.)
6. *Führungswissen* (vom Arbeitsvertrag über informelle Kooperationsstrategien bis hin zu Wissen um die Strukturierung erfolgversprechender Karrieremodelle)
7. *Local knowledge* (lokal situierte Kenntnis- und Kompetenzformen, die etwa Milieuwissen, Alltagswissen und Produktwissen (*Low Tech / High Tech*) falltypisch verkoppeln. Auf dieser Grundlage können sich lokale Selbstorganisationspotenziale und Innovationen entfalten; es können hier aber auch sklerotische Wissensstrukturen, Abschottungen und Redundanzen entstehen, mit der Folge von Entwicklungsblockaden und Verinselungsprozessen.
8. *Reflexionswissen*, das sich an und mit den Wissensformen 1 bis 7 bildet und falltypisch profiliert. Wie schon das Alltagswissen, läuft es habituell andauernd mit und ist natürlich fallspezifisch sehr unterschiedlich ausgeprägt (u.a. bildet es eine wesentliche Voraussetzung für die Fähigkeit der Selbstbeschreibung, **Abb. 1**).

[...]

Gegen *wissenstechnokratische Kurzschlussprogramme*, die immer in der möglichst restlosen Explikation impliziten Wissens gipfeln, ist festzuhalten, dass die Bodenfunktion impliziten Wissens gerade auch bei technologischen Innovationsprozessen auf ihrer Impliziertheit beruht. Implizites Wissen lässt sich also nie in seiner Gesamtheit explizieren. Gerade für innovative Durchbrüche kommt diesem noch nicht kodifizierten ‚holistischen' Wissenstypus eine entscheidende und nicht-ersetzbare Rolle zu. Daraus folgt für das Konzept der Verfahrenskreativität, dass auch sie den Rekurs auf ganzheitlich-holistische, nicht kodifizierte Wissensstrukturen voraussetzt, um Wirkung und Plausibilität zu entwickeln.

Für das IRS-Projekt haben wir uns zunächst auf Netze und Milieus konzentriert, in denen institutionelles Wissen, hoch-technologisches Produktwissen und Expertenwissen die organisationsstrukturelle als auch verfahrenstechnische Führungsrolle übernehmen (W3, W4, W5.). Allerdings legen wir in unseren Untersuchungen erhebliches Gewicht auf deren

wissensstrukturellen Hintergrund, also auf die Rolle von Alltagswissen, Milieuwissen, *local knowledge* und Reflexionswissen (W1, W2, W7, W8). Daneben interessiert uns, wie über wissensbasierte Ökonomieformen kulturelle (Wissens-)Muster in die wirtschaftlichen Praxisformen und die ihnen zurechenbaren Wirtschaftsräume ‚einwandern'.

Stadtpolitisch halten wir den Wissensmilieu-Ansatz aus viererlei Gründen für zentral, denn er:

- untersucht die Frage, ob sich mit der zunehmenden Wissensbasierung gesellschaftlicher Prozesse neue urbane (oder postsuburbane) *Raumbedarfe* entwickeln,
- fragt nach den konkreten *Raumwirkungen* von diesen Wissensmilieus, welche inzwischen schon auf die Stadträume ausgehen (Wissensstadtmodelle der Raumplanung – wissensbasierte Gentrifizierungsformen – neue, kreative Verbindungen von ‚Arbeit und Leben'),
- fokussiert auf stadtpolitisch einschlägige Einflussgrößen und ‚Instrumente' zur Erhöhung der Attraktivität von Stadtregionen für neue und ältere Wissensmilieus (*sticky knowledge places*),
- erlaubt die Potenzialsuche für kreative Milieus in schrumpfenden Städten sowie eine erste Bestimmung ihrer Erfolgsbedingungen.

Die Formen der Raumbindung respektive der Raumwirkung der untersuchten Wissensmilieus behandeln wir dabei bewusst als offene empirische Frage: neben möglichen *hot spots*, in denen sich wissensbasierte Prozesse lokal zu *sticky knowledge places* bündeln, ist für uns auch das andere Extrem relevant, also Städte, die von *Brain Drain*-Prozessen gebeutelt werden. Erklärungsstrategie des Wissensmilieu-Konzeptes und unserer Fallanalysen ist es, die ‚soziale Chemie' dieser Stadttypen in ihrer Strukturierungslogik zu bestimmen und Orientierungswissen für optimierte und kreative Entwicklungsverläufe zu erarbeiten.

[...]

Eine unserer Untersuchungsfragen ist, welche spezifischen Trägergruppen des Wissens für kreative Formen der Stadtentwicklung eine besondere Bedeutung haben. Allerdings sehen wir dabei keinesfalls nur positive Auswirkungen der Wissensmilieus auf die städtischen Kreativitätspotenziale: empirisch, also nicht normativ gesprochen, gibt es zwei extreme Pole der faktischen Wirkungen solcher Wissensmilieus:

- Wissensmilieus können einmal Inkubatoren von Innovationsprozessen und Horte der Kreativität sein,
- zum anderen können sie zu Abschottungen und der enttäuschungsfesten Abkapselung von gruppenprägendem Sonderwissen führen – im Sinne von dichten, auch blickdichten Beziehungen, also von *strong ties* – bis hin zu mafiösen Formen des Geheimwissens und der Spezialkenntnisse. Die Regel sind Mischformen zwischen diesen Extremen.

Bekanntlich hat die Chaos-Theorie immer wieder überzeugend nachgewiesen, dass die Entwicklung hoch komplexer Systeme wie der Städte in ihrem Verlauf unbestimmt, also auch nicht antizipierbar ist. In dreifacher Weise verdeutlicht die Wissensmilieu-Perspektive:

- die stark abnehmende Halbwertzeit der Gültigkeit von Wissen,
- die exponentielle Vermehrung des Wissens bei gleichzeitig (dramatischer) Erhöhung des Nicht-Wissens,
- zunehmende Kenntnis der unbeabsichtigten Nebenfolgen von Handlungsplanungen.

Alle drei Punkte führen zu einer Verschärfung der Unbestimmtheitslage zukünftiger Stadtentwicklungen. Gleichzeitig steigt aber sowohl der Planbarkeitsbedarf wie die Nachfrage nach Expertise. Umso wichtiger ist es, institutionelle Lerndynamiken anzustoßen, die diese Schere aushalten und lernend reflektieren.

Das Planbarkeitsproblem verschärft sich noch aus einem anderen Grund: Im Unterschied zu Funktionsnetzen mit eindeutigen Zielvorgaben – die natürlich verfehlt werden können –

sind Milieus, also auch Wissensmilieus nur *teilweise finalisierbar* und planbar. Darin schlummern ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation und ihre Resistenz gegen ‚rein' technokratische Zugriffe und Lösungen.
Insofern gibt es von der Wissensmilieu-Seite starke Bedenken gegen die Instrumenten-Metaphorik der kreativen Stadt-Konzepte: Statt nach ‚Stellschrauben' zu suchen, müssen wir uns auf Lernprozesse, empirische Wissens-Übertragungsmechanismen und komplexe interessengeleitete Verständigungsverfahren einrichten.
Für die Wissensmilieu-Perspektive ist daher einmal die Frage nach den *Trägergruppen* von Innovationen und Kreativität zentral.
Zugleich interessiert sich die Wissensmilieu-Forschung für die Kombinatorik von Wissensformen, die Innovationen befördert. Dabei scheint es notwendig, zwischen Innovationen in einem *starken* und *schwachen* Sinne zu unterscheiden. Interessanter ist natürlich ein *starker* Innovations- und Kreativitätsbegriff, der die Entstehung des *Neuen als eines Neuen*, also nicht bloß die modisch aufgerüstete Drittauflage von Bekanntem ‚in neuem Gewande' betrifft. Solche kreativen *Emergenzprozesse des Neuen* sind nun für die Wissensmilieuperspektive von entscheidender Bedeutung. *Tacit Knowledge* als implizites, nicht kodifiziertes Wissen spielt paradoxerweise gerade in diesen starken Innovationsprozessen und kreativen ‚Erfindungen' eine ganz zentrale Rolle (vgl. auch die wirtschaftsgeografischen Ansätze der GREMI-Schule zu „Innovativen Milieus").

2. ZWEI WISSENSMILIEUS IN DER KONTRASTIERUNG: JENA UND FRANKFURT (ODER)

Jena

Der Stadt Jena ist inzwischen die Transformation von einer Monostruktur-ähnlichen Dominanz der optischen Industrie zu DDR-Zeiten (mit dem *Zeiss-Werk* als altem Kern) zu einer technologisch avancierten, in globale Zusammenhänge integrierten Forschungs-, Produktions- und Dienstleistungslandschaft gelungen, insbesondere auf dem expandierenden Feld der Optoelektronik. Wenige Leitunternehmen, allen voran *Jenoptik*, haben stadtregional die Rolle von Motoren der Innovation übernommen. Dabei hat man geschickt auf ältere Vorstrukturen zurückgegriffen, die unter den veränderten Kontextbedingungen sich europäisierender und globalisierender Märkte neu gewichtet und umstrukturiert wurden. Die Universität als traditioneller, freilich hochtechnologisch modernisierter Wissensproduzent hat dabei sowohl im Bereich der Wissenserzeugung als auch der Netzwerkbildungen eine Inkubatoren-Funktion übernommen (Unternehmensgründerseminare etc.). Die im Jahr 2000 eingerichtete branchenorientierte Technologietransferstelle unterstützt relativ effizient Ausgründungen aus universitären Forschungseinrichtungen heraus; sie sorgt darüber hinaus für die beratende Begleitung von *Start-ups* sowie für die Stützung eines heterogenen Kompetenznetzwerks, das Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenführt. Das Spektrum der Netzwerkteilnehmer ist breit gefächert: Es reicht von kleinen und mittelständischen Unternehmen der optoelektronischen Industrie über Forschungsinstitute der Universität und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bis hin zu lokalen bzw. regionalen Bildungsträgern (z.B. einer ingenieurwissenschaftlich orientierten Fachhochschule). Es integriert darüber hinaus frühzeitig Risikokapital-Geber, politische Institutionen und wirtschaftsnahe Verbände. Ein Effekt ist, dass etwa außeruniversitäre Forschungseinrichtungen eng mit Universität und Fachhochschule, mit den Leitunternehmen der Branche sowie der jungen Gründerszene verknüpft sind.
Im Fall von Jena scheinen diese neuartigen Verbindungen von Trägern heterogenen Wissens inzwischen *Milieuqualität* erlangt zu haben. Zugleich stimulieren diese Verbindungen weitere, einander befruchtende Akteurskonstellationen – insbesondere auf

dem Feld der Unternehmenskooperationen. Innerhalb dieser erweiterten Akteursverbünde entstehen nicht nur neue interdisziplinäre Arbeitszusammenhänge, sondern es bilden sich auch neue ‚qualitative' Entwicklungskonzepte, die über die Kernmilieus hinaus auch in der Stadt insgesamt als milieubildend bemerkbar werden. Eine Art postsozialistisch-gründerzeitliche Entwicklungsmentalität, in der Öffentlichkeit neudeutsch als „Spirit of Jena" bezeichnet, erfährt in diesen formell-informell organisierten Gemeinschaften ihre Milieugrundierung. Eng damit verbunden ist ein Phänomen, das von den Akteuren selbst als das „Charisma des Ortes" beschrieben wird (etwa im Sinne der *sticky knowledge places* der anglo-amerikanischen Regionalforschung, s. Malecki 2000).
Nicht nur auf der Mentalitäts- und Netzwerkebene, auch auf der sehr viel handfesteren Seite der von der optoelektronischen Industrie nachgefragten *Standortbedingungen* wird die Verbindung von *Wissensmilieus und Ort* deutlich: Entscheidend für die Standortbindung der Unternehmen ist danach vor allem die Verfügbarkeit von kontinuierlich nachwachsenden lokalen Fachhochschul-Absolventen mit Qualifikationsprofilen, die frühzeitig angesprochen und verpflichtet werden und sich dann in struktureller Kopplung mit den Bedarfen der örtlich dominierenden Unternehmensnetze weiterentwickeln können. Diese Wissensmilieu-nahe Kompetenzentwicklung ist inzwischen so erfolgreich, dass sie nicht nur regional attraktiv ist, sondern auch überregional sehr gute Selbstvermarktungschancen eröffnet. Oft zum Leidwesen der ortsansässigen Unternehmen, die jetzt erstmals selber massiv mit Abwerbungsversuchen und den Konkurrenzen auf globalen Arbeitsmärkten konfrontiert werden (*Brain Drain*).
Auf einen ersten Blick scheinen zudem die dichten Wissensmilieustrukturen und ihre Netzbedarfe einen direkten Niederschlag in der Standortwahl wichtiger Unternehmen und der davon berührten Umgestaltung städtischer Räume zu finden. Jena erscheint ihnen durch die Führungsvorteile dicht gestrickter Kompetenznetzwerke attraktiv.
[...]

Frankfurt (Oder)
Der Fall Frankfurt (Oder) an der deutsch-polnischen Grenze präsentiert sich im Kontrast zur erfolgreichen Selbstorganisation der Hightech-Produktions- und Lebensweltszenerien in Jena eher als permanent werdender *Krisenschauplatz* mit hohen Abwanderungsraten, *Brain Drain*, massivem Wohnungsleerstand etc. Daneben aber stechen bewunderungswürdige Aktivitäten einzelner bürgergesellschaftlicher Gruppen und lokaler Akteure sowie unzweifelhafte Lerneffekte innerhalb einiger Institutionen und Organisationen hervor. Die wenigen kleinen, neuen Wissensmilieukerne und ihre raumbezogenen Aktivitäten müssen sich dabei auch mit weiter wirkenden lokalen Netzwerkeffekten der realsozialistischen Ära (Lerneffekte auch hier!) sowie mit dramatischen Schrumpfungsdynamiken im Rahmen der postsozialistischen Stadtentwicklung auseinandersetzen. Zu Ersterem: Die DDR-Industriebasis Frankfurts – vor allem in Form des Halbleiterwerks (ca. 8.000 Arbeitsplätze) – brach Anfang der 1990er Jahre weg. Teile der alten ‚Halbleitermilieus' sind danach in neu gegründete oder umstrukturierte stadträumliche Institutionen eingewandert, etwa in die Stadt- und Universitätsverwaltung, das Regionalmarketing etc. Auch lokale Neugründungen von Institutionen wurden auf diese Weise von den Trägergruppen älteren Wissens ‚infiltriert'. Daneben kam es mit Unterstützung des Landes, des Bundes und der EU zur Wiederansiedlung/Neugründung von einigen wenigen Hochtechnologie-Forschungsinstitutionen. Im Falle des *Instituts für Halbleiterphysik* (IHP) gelang es während der letzten Dekade dabei, aus „einem eingestaubten DDR-Institut ein technologisch in der Weltklasse spielendes" *Institut der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz* (WGL) zu machen (Weiler 2002). Daneben wurde mit eigener Initiative eine Reihe von innovativen *Start-ups* im Halbleiterbereich auf den Industriearealen am Rand des fragmentierten Stadtgebiets gegründet.

Der Fall eines jungen mittelständischen Unternehmens der Mikrochip-Produktion mit 30 Beschäftigten kann exemplarisch verdeutlichen, wie schwierig die Entwicklung und Einbettung kreativer Wissens-Praxen innerhalb eines solchen lokalen Kontextes mit älteren, noch massiv nach der ostdeutschen Variante industrialistisch vernetzten Wissensakteuren ist. Die fast sprichwörtliche Schwäche überstarker Verbindungen und Beziehungen *„weakness of strong ties"* (G. Grabher) kommt hier überprägnant zum Ausdruck. Der Gründer dieses Unternehmens arbeitete bis zur Wende selbst als Ingenieur im Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) und hat Anfang der 1990er Jahre aus den privatisierten Überresten des ehemaligen Staatsbetriebs heraus erfolgreich seine Ausgründung gewagt. Sein Hauptproblem ist inzwischen, gegen den Abwanderungssog globaler Arbeitsmärkte international gefragte hochmobile Spezialisten als Mitarbeiter zumindest mittelfristig an sein Unternehmen zu binden, um konkurrenzfähig zu bleiben. *Brain Drain* veranlasst den Gründer/Unternehmer daher, auf eigene Faust orts- und milieuangemessene *Gegenstrategien* gegen den drohenden Kompetenzabfluss zu entwickeln. Und diese – mit seinem eigenen Erfahrungs- und Organisationswissen entwickelten – *Anti-Brain-Drain-Taktiken* sind sehr interessant. Vor dem Hintergrund der harten Rekrutierungszwänge, die durch weltweite Arbeitsmärkte entstanden sind (Stichwort *Head-hunting*), greift er dabei scheinbar auf zunächst eher strukturkonservativ erscheinende Taktiken zurück, die er aber kreativ wendet: Er versucht nämlich, seine qualifizierten, von *Head-Huntern* umworbenen Mitarbeiter über Haus- und Grundbesitz sesshaft und sässig zu machen. Zu diesem Zweck vermittelt er ihnen günstige Kredite und Baugrundstücke im Umland von Frankfurt und entwickelt ein bodenständiges Konzept von Sozialkapitalvernetzungen.

Dieser Fall zeigt unter anderem, dass Rekrutierungsstrategien zum Ausgleich der fehlenden Attraktivität der Kernstädte mindestens einen doppelten Milieukontext benötigen, um unter wissensgesellschaftlichen Konkurrenzbedingungen erfolgreich zu sein. Einerseits ist betrieblich eine enge soziale Kohäsion erforderlich – auf der Basis der professionellen Tätigkeit der Akteure im Unternehmen und mit extrafunktionalen Fürsorglichkeitsverpflichtungen durch den Gründer-Unternehmer. Andererseits müssen zusätzliche Vergemeinschaftungsangebote entwickelt und überzeugend vorgelebt werden, die durchaus auf ältere lokale Sässigkeitsformen, Kooperationsstrukturen und Wissenstypen zurückgreifen können. Erst so wird unter Peripherisierungs- und Schrumpfungsbedingungen der schwierige Prozess des *re-embedding* im Sinne Giddens' möglich, also etwa die Wiedereinbettung, Neudefinition und Rekonstruktion von sozialen Orten und alltagskulturellen Praxen, die den letalen *Brain Drain* in den ostdeutschen Peripherien stoppen können (Giddens 1997). Das aber ist ein langwieriger Prozess.

[...]

Fazit

Der Unternehmer wirkt hier gleichsam als verantwortungsbewusster Milieubildner und Garant sozialer Kohäsion auf posttraditionalem Grunde: Ältere und neuere Milieukerne samt ‚ihrer' jeweils dominierenden Wissenstypen werden auf dem Umweg über außerökonomische, kulturell vermittelte Interessen zu einer neuen Milieustruktur zusammengeführt. Damit werden also traditionale Sässigkeitsformen auf post-sozialistischem Grunde wieder erfunden (durchaus im Sinne einer Ost-Variante des Giddensschen *re-embedding*, das heißt unter Peripherisierungs- und Schrumpfungsbedingungen). Stadtstrukturell allerdings verstärkt sich damit die problematische Polarisierung zwischen fragmentierter Kernstadt und Wissensmilieus außerhalb der Stadt. Diese Polarität hat sich unter der Hand in einer dauerhaften stadträumlichen Außenorientierung der Akteure verfestigt. Die Kernstadt gerät als Attraktions- und Aktionsfeld zusehends aus dem Blick; Arbeiten und Wohnen finden aufgrund der neu gefundenen Milieugrundierung dauerhaft an der Peripherie und

im Umland, in der naturschönen, wenngleich peripheren Suburbia statt. Ein ungeplanter Nebeneffekt zu Ungunsten der Stadt: Damit verstärkt sich noch einmal der ohnehin starke Suburbanisierungstrend mit dem Seiteneffekt einer weiteren Abnahme der Attraktivität des Wohnens in der Frankfurter Innenstadt. Demographische Schrumpfungsprozesse, Wohnungsleerstände, sozial desintegrierte Wohnquartiere, rechtsradikale Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und mangelnde kulturelle Angebote haben sich inzwischen verdichtet zu der alltagskulturellen Kodierung der Innenstadt als ‚nicht attraktiv' (nicht *sticky*).
Ohnehin bestehende Fragmentierungstendenzen der Stadtstruktur wachsen damit bestandskritisch weiter an. Eine gerade auch für die Entwicklung von Wissensmilieus unabdingbare *Bildung von kritischen Massen* für wissensbasierte Innovationen wird durch kumulierende Effekte von Schrumpfung und Suburbanisierung auf postsozialistischem Grunde noch prekärer.
So viel, so kurz zwei fast überprägnant sich unterscheidende Wissensmilieus im Kontext ostdeutscher Stadtentwicklungen. Neben den völlig unstrittigen stadtstrukturellen Unterschieden zwischen den beiden Städten Jena und Frankfurt (Oder) sind es danach also auch die *lokalen Wissensmilieus*, die eine entscheidende Differenz in der Innovations- und Kreativitätsdynamik der beiden Städte verursachen.
Es zeigte sich darüber hinaus, dass neben dem Markt ein weiterer Steuerungsmechanismus in ‚kreative' Stadtentwicklungsprozesse hineinspielt: Dieser lokale Potenziale stärkende Steuerungsmechanismus hat zentral mit den Themensyndromen Kreativität, Anregung, Lernchancen und Attraktivität zu tun. Er betrifft *soziale Voraussetzungen* für innovative Kooperationen, bei denen Vertrauen, Interesse, Profilierungsbedarfe, Innovationschancen, Neugierde und vorhandene oder kooptierbare Wissenspotenziale schon entwickelte *hot spot*-Qualitäten zusammenschließen: zu einem attrahierenden-attraktiven Ort, an dem Neues, Kreatives möglich wird.

3. ORIENTIERUNGSWISSEN UND HANDLUNGSOPTIONEN FÜR DIE POSTSOZIALISTISCHE STADTPOLITIK AUS DER PERSPEKTIVE DER WISSENSMILIEU-FORSCHUNG

Natürlich genügt es nicht, kritisch zu analysieren. Aber gerade für Brandenburg scheinen mir kritische Analysen wichtiger denn je zu sein. Zu viele und zu große Entwicklungs-Hypes wurden hier schon in den märkischen Sand gesetzt – auch aufgrund unzureichender und nicht hinreichend ‚kritischer' Analysen. Möglicherweise steckt auch hierin eine weitere Ursache für den *Brain Drain*: die Enttäuschung junger Menschen über zu viel unrealistische Opulenz in den Entwicklungsprojektionen, mit der Folge zu vieler gescheiterter „Leuchtturm-Projekte" in dieser Gegend. Die Phase der Großprojekte und Masterpläne ist inzwischen vorbei. Was also sonst? Einige Grundregeln:

- Am wichtigsten vielleicht: *Genauer hinsehen* auf örtliche Initiativen, Begabungen und Kompetenzen, dabei insbesondere lokales Wissen (etwa im *low tech*-Bereich) zur Kenntnis nehmen, einbeziehen und strategisch stärken. Damit soll nicht noch einmal die Feier der endogenen Potenziale bis zur Überforderung ausgereizt werden. Aber ohne eine Einbettung in und die Mobilisierung von lokalem Wissen wird sich der *circulus vitiosus* der weiteren wissensgesellschaftlichen Peripherisierung durch *Brain Drain* nicht mehr lösen lassen.
- *Lernen, Wissen und Kultur* bleiben die zentralen ‚Stellschrauben' zur Überwindung von Peripherisierungsverschärfungen, und zwar sowohl auf individueller und institutioneller als auch auf kommunaler und regionaler Ebene. Zugleich steht jetzt aber mit mutigen Relevanzabstufungen und Entscheidungen die *Bildung kritischer Massen* auf der Tagesordnung. Öffentlicher Streit ist hier vorprogrammiert, ist unerlässlich und sogar erwünscht.

- Auf der Steuerungsebene sind nun quer zu Ressort- und Disziplinengrenzen neue *Governanceformen* zu entwickeln – und zwar unter Einschluss zivilgesellschaftlicher Initiativen. Für die Landesebene wie für die lokale Ebene haben wir schon seit längerem die Bildung von *Task Forces* vorgeschlagen. Zugleich ist eine politische Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit von immer größerer Bedeutung.
- Entscheidend bleibt bei alledem die *Stärkung der Akteursebene* in peripheren Teilregionen. Gerade weil es gegen die neuen wissensgesellschaftlichen Peripherisierungsdynamiken kein überall gleich anwendbares Rezeptwissen geben kann, sind das *Erfahrungswissen* der Akteure und das *Milieuwissen* der kreativen Netzwerke vor Ort und in der Region so unerlässlich.

Daneben gibt es einige Grundregeln, die sich nun auch gerade innerhalb der Wissensmilieus bewähren: Hebeleffekte nutzen, Feedback-Kreise schaffen, Engpassfaktoren erkennen und ausschalten. Im Team lernen: Gemeinsames Denken im Dialog, komplementäre Stärkenergänzung, Offenheits-, Vertrauens-, Feedback-Kompetenzen qualifizieren, Co-Coaching und Lern-Partnerschaften bilden, zirkulär vernetzte statt kausal-linearer Erklärungsmuster und hierarchischer Entscheidungswege, Stärkung regionaler und lokaler Identitätsformen, intrinsische Motivationsketten mobilisieren. Aufbau und Erhalt einer *kreativen Spannung* zur Vision einer regionalen Lern- und Wissensgesellschaft. Transparente und offene Kooperationsformen entwickeln, starke und schwache Partner (Städte-Akteursgruppen) ‚pro-aktiv' verkoppeln.

Für die leer laufenden Teilregionen müssen neue Nutzungen und Funktionen regelrecht erfunden werden. „Raumpioniere" (Klaus Overmeyer) aus dem Kultur- und Kunstbereich können eine wichtige Rolle als Inkubatoren und Anreger spielen – etwa, um in der Verbindung mit lokalen Kompetenzen kreatives Wissen und neue Ideen für die peripheren Räume zu entwickeln und zu zeigen, dass vor Ort kreative Prozesse und Handlungsmuster möglich sind und erfolgreich sein können. Ziel ist stets *der gemeinsame Prozess* der Konstruktion und Erprobung neuer Raum-Nutzungsformen. Gerade die dünn besiedelten Regionsteile mit ihrem asketischen Charme können auf diese Weise neuerlich attraktiv gemacht werden. Die Profilierung der besonderen Qualität besonderer Orte (*Place Making*) beachtet dabei also genau die jeweiligen lokalen Kontexte. Insofern setzen sich diese Konstruktionsverfahren auch ab von den globalisierten Schablonen wissensgesellschaftlicher Innovationsrhetoriken, die eine Zeit lang auch für Brandenburg gehandelt wurden. Vielleicht gelingt es durch „Raumpioniere" auch, den ‚jungen Leuten auf dem Sprung' in den *Brain Drain* zu zeigen, dass es selbst in Brandenburgs Peripherien innovative Handlungs- und Berufsfelder zu entdecken, zu besetzen und zu entfalten gibt.

Die breitgefächerte Krisenlage der Brandenburgischen Peripherien, für die der *Brain Drain* ein zentraler krisen-verschärfender Prozess ist, lässt sich weder mit kreativen Einzelmaßnahmen noch mit integrierten Masterplänen bewältigen. Zu unklar und zu neu sind bislang die Entwicklungslogiken der wissensgesellschaftlichen Peripherisierungsprozesse in post-sozialistischen Regionen.

Beitrag für das Symposium *Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau*, Erkner, 10. September 2003, Unveröffentlichtes Manuskript

FRIEDE DEN LANDSCHAFTEN!
Impressionen und Phantasien zur politischen Geografie Ostdeutschlands

Wolfgang Engler (2001)

1.

Folgende Aufschrift findet sich auf einem Schild vor einer der großen, jetzt leer gezogenen Wohnscheiben mitten in der Neustadt von Hoyerswerda:

„Abriss-Hochhaus
Albert-Einstein-Straße 1–5
Dieses Projekt wird aus Mitteln des Freistaates Sachsen und der Bundesanstalt für Arbeit gefördert
Entwurfsverfasser...“

Wie es an dieser Stelle, gleich neben der Lausitzhalle, demnächst aussehen wird, lässt sich ein paar Meter weiter am Markt besichtigen. Dort ließ die städtische Wohnungsbaugesellschaft vor kurzem einen baugleichen Wohnblock abreißen, seither klafft in dem weiträumigen Geviert eine gespenstische Lücke. „Freier Blick aufs Mittelmeer!“, hieß die verrückte Forderung aus einem Stück von Dario Fo, soll sie ausgerechnet in der Lausitz Wirklichkeit werden?

Aber was heißt hier ‚verrückt‘? Gleich den städtebaulichen Realitäten übt auch die administrative Semantik im Osten Deutschlands den Kopfstand. ‚Projekt‘, ‚Entwurf‘, – dabei denkt man gemeinhin an etwas Konstruktives, Schöpferisches, Neues. In Hoyerswerda scheint man diesbezüglich anders zu denken. Hier scheint die schöpferische Arbeit darin zu bestehen, destruktive Akte als Aufbauwerke zu drapieren. Und nicht nur hier. Die Leipziger Stadtverwaltung überschrieb ihr Vorhaben, demnächst 700 Häuser aus der Gründerzeit abzureißen, mit „Neue Gründerzeit“. Auf der Informationstafel der ersten ‚Rückbaustelle‘ stand zu lesen: „Sanierungsvorhaben: Abriss“. Das sagt eigentlich genug über die ostdeutschen Verhältnisse im Jahre elf der Einheit.

Die Baukunstklasse der Sächsischen Akademie der Künste nahm diese und andere Verrücktheiten zum Anlass, um sich Mitte Mai in Hoyerswerda zu versammeln. Gemeinsam mit Funktionsträgern und engagierten Bürgern der Stadt diskutierte und visitierte sie die Lage. Sie stellte sich auf beunruhigende Weise übersichtlich dar.

Die beiden Schlüsselindustrien Hoyerswerdas (wie der gesamten Region), Braunkohle und Energiewirtschaft, ernähren nur noch einen Bruchteil der Bevölkerung. Neue Arbeitsplätze gibt es nur wenige, die Arbeitslosenquote liegt bei 25%. Land und Leute leiden nicht nur unter der Unterentwicklung, sondern, paradoxerweise, auch unter dem ‚Fortschritt‘. Im nahe gelegenen *Schwarze Pumpe* entstand das modernste Kraftwerk auf Braunkohlenbasis weltweit. Die Investitionssumme betrug 3,5 Milliarden DM und damit die Hälfte der für die Neubebauung des Potsdamer Platzes verausgabten Mittel. Gerade genug, um etwas mehr als 300 Menschen langfristig mit Arbeit zu versorgen. Das gigantische Missverhältnis desavouiert jeden Gedanken an eine Rückkehr zum *Status quo ante*.

Der Deindustrialisierung folgt die schleichende Entstädterung auf dem Fuße. Beherbergte die „zweite sozialistische Stadt der DDR“ 1989 etwa 70.000 Einwohner, sind es gegenwärtig weniger als 50.000. Die Ursachen sind vielschichtig – Abwanderung in den Westen der Arbeit nach, Umzug ins Umland, mehr Sterbefälle als Geburten, politische

Fehlsteuerung, finanzielle Anreize zur Stadtflucht –, weisen aber alle in dieselbe Richtung. „Dass Städte wieder zu Dörfern werden könnten, dass Dörfer mangels Menschen von der Landkarte verschwinden, ist in unserem Denken nicht vorgesehen. Wir alle aber werden es erleben", stand in der *FAZ* zu lesen (Ausgabe vom 22. Februar 2001).

In Hoyerswerda wird das Futurum zum Präsens, zum beobachtbaren Vorgang. Sinnlich am greifbarsten ist der enorme und weiter wachsende Wohnungsleerstand, das Veröden ganzer Quartiere, die drohende Insolvenz von Wohnungsunternehmen in der Zange zwischen Schuldendienst (auch für leer stehenden, selbst abgerissenen Wohnraum), Mieterschwund und sinkender Kreditwürdigkeit. Weniger greifbar, aber nicht minder drückend: Mit jedem Wegzug schrumpfen die Mittel, die die Stadt aus dem Finanzausgleich erhält, verengt sich der Kreditrahmen auch für die Kommune. Was droht, ist die Demontage der Wende, die Rücknahme der ‚Ideen von 1989'. Denn Demokratie, öffentliches Leben, Zivilgesellschaft sind Erfindungen des Stadtlebens und verkümmern mit ihm. Dabei ist der zweite Akt des Dramas, das auf der demographischen Bühne spielt, schon längst geschrieben. In acht bis zehn Jahren werden die geburtenschwachen Jahrgänge, traurige Frucht des ostdeutschen ‚Gebärstreiks' der Nachwendejahre, den Arbeitsmarkt entlasten, Häuser, Kindertagesstätten und Schulen jedoch aufs Neue entvölkern.

So etwa sieht er in Hoyerswerda aus – der selbsttragende Abschwung im Osten Deutschlands. Steht der Osten auf der Kippe?

„Was heißt stehen?", äußerte sich einer aus der Gegend gegenüber der *Sächsischen Zeitung* (13. März 2001), „hier kippt es schon."

2.

Hoyerswerda ist vielerorts, nicht überall.

Neben devastierten Regionen gibt es im Osten auch Entwicklungsräume, Orte wirtschaftlicher Prosperität, von Wachstum und Beschäftigungsgewinn. Der Wirtschaftsjournalist Günter Heismann hat sie in einem detaillierten Report sorgsam kartographiert, wobei er einräumt, dass es bisher nicht gelang, diese Räume miteinander zu verbinden, die Verinselung des Fortschritts aufzubrechen.[1]

Die deutsche Einheit prozessiert weithin im Rhythmus schroffer Differenzen. Die gesellschaftlichen Realitäten sind doppelt kodiert, gegensätzlich, schier unversöhnlich. – Hier Ost, dort West.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, lautet, mit Ausnahme der äußersten Rechten, der neue politische Konsens. Tatsächlich gilt das Bekenntnis nur für den Westen Deutschlands. Der Osten bleibt, was er zu DDR-Zeiten war, eine Auswanderungsgesellschaft: Wanderungsbilanz seit 1989: minus 1,2 Millionen. Deutschland ist im Rahmen der Europäischen Union sowie sonstiger internationaler Verpflichtungen ein Geberland. Tatsächlich ‚gibt' der Westen. Der Osten empfängt, und zwar weit mehr als alle anderen Adressaten zusammengenommen: 1,3 Billionen DM seit dem Vollzug der staatlichen Einheit.

Deutschland ist auf dem Weg zur postindustriellen Gesellschaft weit vorangeschritten, konstatieren Soziologen; dagegen spricht man im Osten von „Deindustrialisierung", gar von „Deökonomisierung"[2].

Im Westen ‚begleitet' der Staat die Wirtschaft, dominieren selbstregulative Prozesse. Im Osten ist der Staat die *ultima ratio* sowohl der Wirtschaft als auch des sozialen Zusammenhalts, oftmals der größte, wenn nicht der einzige relevante Arbeitgeber (direkt als öffentlicher Dienst, indirekt durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen).

Im Westen diskutiert man über moderates Wachstum, herrscht Heißhunger nach Arbeitskräften, vermelden Arbeitsämter in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Vollbeschäftigung nach den Lehrbüchern der Volkswirtschaft; im Osten heißen die beherrschenden Themen: Schrumpfen, Rückbau, Abriss, wehren sich die rückständigsten Regionen ver-

zweifelt gegen die Wiederkehr der bloßen Natur.
Im Westen sind ‚Fortschritt' und ‚Krise' klar geschiedene Begriffe. Im Osten macht, wie angedeutet, der Fortschritt die Krise erst richtig sichtbar.
Im Westen meint ‚Überfluss' den Überfluss der Wohlstandsgesellschaft. Im Osten steht derselbe Begriff für eklatanten Mangel – Menschen, Städte und Landschaften ohne Bestimmung.[3]
In diesem Spannungsfeld verliert selbst die politische Rhetorik an Kohärenz und Überzeugungskraft. Kaum hatte der deutsche Bundeskanzler seine „Faulpelz"-Offensive gestartet, musste er sie nach heftigen Einsprüchen ostdeutscher Politiker und Experten relativieren: Sie gälte für die Neuen Länder nicht.
Was aber gilt dann? Für den Osten und den Westen? Kann wenigstens der Vorschein von Einheit in der Differenz gedacht und zum regulativen Prinzip des Handelns gemacht werden? Oder bleibt der Osten auf absehbare Zeit ein Sondergebiet, in dem die Uhren anders ticken? Von der ‚Zone' in die ‚Zone', mit diabolischen Grüßen von Andrej Tarkowskis *Stalker*?

3.

Ich höre schon den nahe liegenden Einwand: Warum die Differenzen derart herausstreichen, dass sie sich widerstandslos ins vorgefasste Konzept zweier gegensätzlicher Entwicklungslogiken in Ost und West einfügen? Sieht der Autor nicht, dass der Osten in sich selber different ist?, dass es Problem‚zonen' im Osten wie im Westen gibt?, von gravierenden Problemen verschonte Regionen beiderseits der Elbe? Was käme gar heraus, wenn man die Vergleichsperspektive umkehrte und die Vorposten des Ostens mit den Schlusslichtern des Westens ins Verhältnis setzte? Doch wohl ein realitätsnäheres Bild der Wirklichkeit.
Darauf antworte ich viererlei:
1. Die Perspektivenumkehr fördert durchaus Realität zutage; nur eben nicht die Regel, sondern den Ausnahmezustand. ‚Der Osten' ist keine Erfindung, sondern eine Realabstraktion, die das Wesentliche verdeutlicht.
2. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dagegen, dass der Ausnahmezustand den Nukleus einer ‚Normalisierung' Ostdeutschlands nach westdeutschem Vorbild bilden könnte.
3. Tritt das Unwahrscheinliche dennoch ein, wäre zu fragen, ob man eine solche Entwicklung begrüßen und fördern soll.
4. Tritt das Wahrscheinliche ein, benötigt man ein Paradigma, das den Ausnahmezustand zu seinen eigenen Bedingungen normalisiert – eine ‚Umwertung der Werte'.
Um mich diesbezüglich deutlicher und im Zusammenhang aussprechen, möchte ich zunächst eine für mich denkwürdige Begegnung schildern.
Vor einigen Monaten hatte ich Gelegenheit, meine Gedanken vor Führungskräften eines großen deutschen Industrieunternehmens darzustellen. Sie bewegten sich in den Bahnen dieses Aufsatzes. Das kleine Auditorium folgte mit Interesse und sichtlicher Anteilnahme. So begann auch die Diskussion, die dann eine unerwartet offenherzige Wendung nahm. Einer aus dem Kreis ergriff das Wort und sagte in etwa Folgendes:

> Ich weiß aus eigener Anschauung und aus den Informationen, die ich erhalte, dass die Situation in den neuen Bundesländern außerordentlich schwierig ist. Das Kernproblem ist natürlich die wirtschaftliche Entwicklung oder besser gesagt Unterentwicklung des Ostens; nur kann ich diesbezüglich vor falschen Hoffnungen nur warnen: Sowohl der Industrialisierungsgrad als auch das Beschäftigungsniveau der alten DDR gehören unwiderruflich der Vergangenheit an. So wird es nie wieder werden. Die deutsche Wirtschaft denkt nicht daran, sich im Osten Deutschlands selber Konkurrenz zu machen. Wenn sie dort investiert, dann höchst punktuell und zu Sonderkonditionen, unter denen

kräftige Finanzspritzen von Bund und Ländern ganz oben rangieren. Das ist auch unsere Unternehmensstrategie. Dazu gehört ferner, dass wir auf die Standortpolitik unserer wirtschaftlichen Partner, aber auch des Staates im Sinne einer Vermeidung von unliebsamer Konkurrenz Einfluss nehmen. Das klingt nicht besonders philanthropisch, ist aber unternehmenspolitisch rational. Rational ist auch, dass viele Ostdeutsche ihre Heimat verlassen und sich dort ansässig machen, wo es Arbeit gibt. Bei uns – er sprach von Bayern – sind die Arbeitsämter seit geraumer Zeit dazu übergegangen, komplexe Lösungen (Arbeit, Wohnung, Kinderbetreuung) für ganze Familien anzubieten, die vom Osten in den Westen übersiedeln wollen; so werden aus Pendlern Ansässige und die Leute bleiben zusammen. Statt darüber zu klagen, müsste man sich eigentlich mit ihnen freuen. Gewiss, dadurch dünnen die ostdeutschen Städte und Dörfer weiter aus. Und je mehr sie es tun, desto unattraktiver werden sie als Standorte. Nur sehe ich keine überzeugende Alternative zu diesem Prozess und darum sind wir gehalten, das Beitrittsgebiet unter anderen Gesichtspunkten zu entwickeln.

Wie wäre es, wenn man mit der Formel von den „blühenden Landschaften" einmal Ernst machen würde, statt nur witzelnd darauf herumzureiten? Wo findet man denn mitten in Europa so reizvolle, abwechslungsreiche, weiträumige Landschaften wie in Ostdeutschland – dünn besiedelt, von Industrie, Abgasen und Beton verschont? Liegen hier nicht Ansatz und Ressourcen für eine ganz andere Standortpolitik? Sie wird die heute dort noch lebenden Menschen nicht alle in Arbeit setzen und ernähren können. Aber wenn wir ein wenig nach vorn blicken, fünfzig Jahre weiter, wer weiß, vielleicht haben sich dann Bevölkerung und Beschäftigungslage auf einem zugestandenermaßen geringen Niveau eingependelt.

Bis dahin ist die Politik, ist der Staat gefordert, sind klare Worte vonnöten. Den Westdeutschen muss unmissverständlich gesagt werden, dass sie ihre Brüder und Schwestern im Osten während dieses langen Anpassungsprozesses alimentieren müssen, und zwar in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse; die Ostdeutschen müssen sich von Trugbildern verabschieden und in Geduld fassen – das Tal, in dem sie leben, ist nicht zum Durchzug, sondern zum Verweilen bestimmt.

4.

Schon auf dem Rückflug begriff ich, dass hier mit äußerster Nüchternheit, hart an der Grenze zum Zynismus, sie aber nicht überschreitend, ein Paradigmenwechsel formuliert worden war.

Er war noch insofern mit einem Rest von Inkonsequenz behaftet, als er die nähere Bestimmung der Landschaft offen ließ bzw. selbst ein Trugbild offerierte – der Osten als Freizeitpark für gestresste westdeutsche Manager. Mit dieser Aussicht haben sich ostdeutsche Landes- und Kommunalpolitiker im Verein mit Vermarktungsgesellschaften und Werbeagenturen längst angefreundet – je unwahrscheinlicher die Reindustrialisierung eines Territoriums, desto kühner die Spekulation auf touristische Nachnutzung.

Die Lausitz, um noch einmal auf diesen Landstrich einzugehen, präsentiert seit kurzem eine stillgelegte Förderbrücke aus dem Braunkohlentagebau als „liegenden Eiffelturm", der bei Nacht illuminiert wird. Entwickelt wurde das Projekt im Rahmen der *Internationalen Bauaustellung Fürst-Pückler-Land*. Die gastgebende Gemeinde für dieses ‚Spektakel Lichterfeld-Schacksdorf', hat, laut Werbeprospekt, noch weit mehr zu erwarten:

„Künftig wird es am Rande der Gemeinde einen See geben mit Bootshafen, Badestrand und Bungalows. Aber nicht nur das. Es sind eine Eislauffläche unter dem Riesen und Führungen bis auf seine obere Spitze geplant. Wenn auch die Glaskanzel auf der Spitze der Brücke, von der aus man weit über das Lausitzer Land sehen kann, noch Zukunftsmusik ist, lohnt sich dennoch schon heute ein Besuch des ‚liegenden Eiffelturms'".

„Zukunftsmusik" ist auch die *Lausitzer Seenkette*, die aus der Flutung und Verbindung riesiger Tagebaurestlöcher hervorgehen soll. „In naher Zukunft", so der dazu gehörige Prospekt, „wollen wir in das Konzept eine weitere Attraktion integrieren –‚Schwimmende Häuser'. In Sedlitz, Lieske, Geierswalde und an anderen Orten der Seenkette sind bereits Marinas geplant. Das sind kleine Hafenanlagen mit Hausbooten in Verbindung mit Steganlagen für Segler und Surfer ... Zu den Plänen für die ‚Lausitzer Seenkette' gehören außerdem umfangreiche Bade-, Spiel-, Sport-, Fitness- und andere Freizeitangebote. So könnten zum Beispiel Kajütboote für Touren vermietet und Fährverbindungen durch Solarboote bedient werden."
Die Freilegung und Rekonstruktion von Burgen aus der Slawenzeit und der Umbau von Fabriken aus der ersten und zweiten Gründerzeit zu begehbaren Denkmälern des Industriezeitalters gehören, nach dem Vorbild der IBA im Ruhrgebiet, natürlich auch dazu.
Aus all diesen Plänen spricht eine Einbildungskraft, die aus der Verzweiflung geboren wurde und von gestern kommt. Sinn machen diese Vorhaben nur unter der Voraussetzung von Wachstumsfixierung und funktionalistischem Naturverständnis. Löst man sich von diesen Prämissen, wirken sie wie Stücke aus dem Tollhaus der ‚zweiten Moderne'.
Der Denkfehler liegt darin, dass man die deindustrialisierte Gesellschaft des Ostens mit der postindustriellen Gesellschaft des Westens verwechselt und allen Ernstes glaubt, die Lücke schließen zu können, die die vergehende erste Moderne hinterlässt. Nur handelt es sich in Ostdeutschland nicht um eine Lücke, sondern um einen Krater, der mit weiten Teilen des Landes koextensiv ist. Ferner verging die Industriemoderne im Osten nicht gemächlich, sondern abrupt, oft wenig mehr zurücklassend als den berühmten „Staub von Brandenburg".
Und schließlich: die postindustriellen Gesellschaften des Westens gruppieren sich um veritable industrielle Kerne, die aus dem Umbau verjüngt und gestärkt hervorgegangen sind. Im deindustrialisierten Osten sind solche Kerne nur noch selten anzutreffen (in Jena, Eisenhüttenstadt, den Leuna-Werken). Im Regelfall stehen sie in einem Umland, das sie geradezu verhöhnt, wirken sie wie der letzte, mit einem VW-Motor ausgerüstete *Wartburg*, den der Volksmund „Leiche mit Goldzahn" taufte – was wird er erst zum „liegenden Eiffelturm" sagen?

5.

Investitionen in die Infrastruktur in Milliardenhöhe – das überarbeitete Thierse-Papier spricht von 300 Milliarden DM[4] – können zeitweise Arbeit in nennenswertem Umfang flüssig machen. Sie verbessern die Standortqualität und das könnte trotz der vielen gegenläufigen Prozesse, die genau diese Qualität beeinträchtigen, langfristig Wirkung zeigen. Maßnahmen zur touristischen Zweitverwertung brachliegender Landschaften und Ressourcen mögen das ihre dazu beitragen, um die Situation zu verbessern. Dieses einmal vorausgesetzt, braucht es darüber hinaus alles Glück dieser Erde, um Ostdeutschland tatsächlich eine zweite Moderne auf westdeutschem Niveau zu bescheren.
Dann taucht die Frage aller Fragen überhaupt erst auf: Soll man das auch wollen?
Für liberale Modernisierungs- und Wachstumstheoretiker versteht sich das von selbst. Aber auch Keynesianer, selbst solche, die sich mit den ostdeutschen Gegebenheiten vorzüglich auskennen[5], verlieren Humor und Phantasie, wenn dieses Ziel problematisiert wird. Die Projekteschmiede, die dem Osten alles Mögliche offerieren, wenn es nur von ferne ‚Normalisierung', ‚Anschluss an den Westen' suggeriert, halten die bloße Frage, ob es nicht auch anders geht, für illegitim, für reinen Wahnsinn.
Für diesen Wahnsinn plädiere ich und weiß mich damit nicht allein.[6] Abwegig, verrückt erscheint mir das Umgekehrte, das Weitermachen um jeden Preis. Eine Tourismusindustrie, die Städte und Landschaften ihrer Reize gerade dadurch beraubt, dass sie sie anpreist, zum Objekt massenhafter Schaulust macht. Eine Investitionspolitik, die sich weder fragt,

wie es weitergeht, wenn die Autobahnen gebaut und die Bundesstraßen modernisiert sind, noch, wo die neuen klein- und mittelständischen Unternehmen im schrumpfenden Osten ihren Absatz finden sollen. Eine Standortpolitik, die sich potenziellen Investoren als spendabler Kofinanzier in die Arme wirft und dennoch zumeist den Kürzeren zieht. Überhaupt die Jagd nach vermarktbaren Besonderheiten, nach dem *unique selling point* des letzten, unscheinbaren Fleckens Erde.

Die einzig Sinn und Zukunft versprechende Losung lautet ganz anders: Friede den Landschaften!

„Warum geschieht überhaupt etwas, warum geschieht nicht vielmehr nichts?", fragt Leibniz, um von hier aus in die *Theodizee* aufzubrechen. Die Antwort liegt mir fern. Der Witz liegt in der Frage, genauer gesagt darin, dem Nichts etwas Positives, Produktives beizumessen: Schneisen und Touristenpfade, die *nicht* durch die Landschaft gezogen werden, Natur, die *nicht* versiegelt wird, Emissionen, die *nicht* ausgelöst, Ressourcen, die *nicht* beansprucht werden.

Statt den Westen sklavisch nachzuahmen, könnte der Osten sein Alter ego werden, Ruhe- und Regenerationsraum, und ihm dadurch unschätzbare Dienste leisten. Das wäre ein *Solidarpakt*, der den Namen verdient, weil beide Teile wissen, was sie einander schulden, aneinander haben.

Es wäre darüber hinaus eine epochale Umwertung der Werte, die die Ostdeutschen nicht länger an der Unterentwicklung, am ausbleibenden Fortschritt leiden ließe, weil ‚Entwicklung' und ‚Fortschritt' im Plural definiert würden, geschäftig und regenerativ. Es wäre schließlich eine Probe aufs Exempel, ob eine solche Lebensweise, die dem Begriff Reichtum seinen ursprünglichen Sinn zurückgibt, nicht Schule machen könnte.

Kurzum: Statt Sorgenkind zu sein, könnte der Osten die Zukunft repräsentieren: die Lösung der Frage, was der reiche Westen mit seinem Reichtum macht, wenn ihm eines fernen Tages die Arbeit doch einmal ausgehen sollte.

„Auch die Nicht-Handlung ist eine Handlung", sagt Schiller, und auch dieses Klassikerwort gewinnt in dem umgewerteten Kontext neuen, frischen Sinn: Heiterkeit des Beginnens, Aufbruch in eine wirklich andere Moderne.

6.

Um abschließend noch einem zweiten, ebenfalls absehbaren Einwand vorauseilend ins Wort zu fallen: Zynisch ist diese Argumentation keineswegs. Wer den Menschen ein unerreichbares Ziel vor Augen stellt, verewigt ihre Not und ihre Unterlegenheitsgefühle und muss sich den Vorwurf zu Recht gefallen lassen. Wer dagegen das Ziel neu definiert, so dass es plötzlich wieder möglich und lohnend erscheint, sich auf den Weg zu machen, wendet die Not und stärkt das kollektive Selbstbewusstsein.

‚Friede den Landschaften!', ‚Regenerieren!', ‚Loslassen!' – diese Losungen sind kein kommodes Angebot, die Hände in den Schoß zu legen. Die Ostdeutschen werden Landwirtschaft, Gewerbe, Handel treiben, wenn Aufträge und Märkte dazu Anlass geben, Hochtechnologien ansässig machen, die äußerste Effizienz mit ökologischer Behutsamkeit verbinden. Sie werden Bildung, Wissenschaft und Forschung, überhaupt der kulturellen Produktion höchste Priorität zuerkennen und für sich und andere entdecken, dass diese Tätigkeiten über ihre äußere Bestimmung hinaus Selbstzwecke verkörpern. Sie werden den Reiz ihrer Städte und Landschaften mit Reisenden und Fremden teilen, die Natur wie ein Vermächtnis hüten und dadurch auch für jene etwas leisten, die diese Räume weder betreten noch nutzen können.

Aus der Zwangsjacke auf- bzw. nachholender Modernisierung befreit, werden sie tausend Dinge tun, von denen wir noch gar nichts wissen – nur nicht um jeden Preis.

Man muss sich schon eine reichlich verdrehte Vorstellung vom Menschen und seinen

Möglichkeiten machen, um glauben zu können, dass jenseits der Arbeitsgesellschaft nur Leere herrscht, dass die einzigen Alternativen zur (post-)industriellen Geschäftigkeit Schmarotzertum und Faulheit sind.

Zugegeben: Aller Anfang ist schwer. „Aber ich warne davor, dass es politisch sehr schwer zu vermitteln ist, Unterschiede zwischen West und Ost zu machen", erklärte der Bauminister des Landes Brandenburg vor dem Hintergrund der Leerstandsdebatte (*Berliner Zeitung* vom 26./27. Mai 2000). „Das hieße nämlich im Kneipendeutsch: Der Osten in die renovierte Platte und der Westen baut sich das von vier Seiten mit Wind umspielte Eigenheim."

Wenn die Umstände es erfordern – warum eigentlich nicht? Ist es wirklich erwiesen, dass das Leben im Eigenheim oder in der Reihenhaussiedlung mehr persönliche Zufriedenheit und intensiveren sozialen Austausch spendet als im innerstädtischen Neubaugebiet? Wäre das nicht erst herauszufinden, indem man die ‚Platte' so attraktiv wie irgend möglich macht?, das Zusammenwohnen und Zusammenleben stärker fördert als die Privatisierung?, zum Nutzen der Stadt und, letztlich, der Demokratie?

Nur wer die Differenz in Freiheit setzt, kommt der Einheit geistig und praktisch näher. Als Regel gilt: unterschiedliche Lösungen für unterschiedlich gelagerte Probleme und nicht Angleichung der Lebensverhältnisse in quantitativer Hinsicht, sondern Zulassung, Förderung verschiedener Lebensqualitäten und Wettbewerb zwischen ihnen. Dann hätten die Menschen wieder eine Wahl.

---

1 **Günther Heismann**, *Überholen ohne einzuholen. Neue Hochtechnologien zwischen Ostsee und Thüringer Wald*, Berlin 2000

2 **Christine Hannemann**, Zukunftschance Schrumpfung – Stadtentwicklung in Ostdeutschland – eine Skizze, in: F. Hager, W. Schenkel (Hrsg.): *Schrumpfungen. Chancen für ein anderes Wachstum*, Berlin / Heidelberg 2000

3 **Andreas Willisch**, Drogen am Eichberg oder Feuer im Ausländerheim. Die Ghettoisierung ländlicher Räume, in: *Mittelweg* 36, 6/99; Wolfgang Kil, Überflüssige Städte?, in: *Deutsche Bauzeitung* 6/2001

4 **Wolfgang Thierse**, Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland

5 Ich denke hier besonders an **Claus Noé**, Die große deutsche Illusion. Zehn Jahre Einheitspolitik – zehn Jahre ökonomischer Täuschung, in: *Lettre International*, Heft 5, Herbst 2000

6 Für ein analoges Plädoyer vgl. noch einmal: **W. Kil**, Überflüssige Städte, a.a.O.

Veröffentlicht in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2001

Teil 2

Halle / Leipzig und Region

KLEINKRIEG UM DIE MIETER
In Halle-Neustadt werden die Ungemütlichkeiten des Stadtumbau Ost sichtbar

Wolfgang Kil (2003)

Auch in der Richard-Paulick-Straße hatte es drei Aufgänge erwischt. An einem Montag gegen Mittag blieb das warme Wasser weg. Zum Glück war das Wetter ziemlich heiß, da stand den meisten ohnehin der Sinn eher nach Abkühlung. Trotzdem: Mürrisch oder resignierend, je nach Temperament, konnten die Abgeschalteten zwei Tage später in der Lokalzeitung von dem zähen juristischen Streit lesen, den die Verwalter ihrer Häuser mit dem Energieversorger führten. Streitgegenstand: unbeglichene Rechnungen. Auch wenn der Reporter dezent auf Schlussfolgerungen verzichtete, war zwischen den Zeilen unschwer zu erkennen: Den Hausverwaltern stand finanziell das Wasser bis zum Hals.

Wieder einmal war an diesem 21. Juli für vier Wohnhäuser von Halle-Neustadt der Ernstfall spürbar näher gerückt. Wieder einmal standen 350 Mietparteien vor der bangen Frage, ob der Eigentümer ihrer Wohnungen noch zahlungsfähig sei. Oder würde auch ihr Haus bald zu jenen Unglücksadressen zählen, die herrenlos einer ungewissen Zukunft entgegensehen? Was würden sie als nächstes erleben müssen – Stilllegung des Fahrstuhls, Einstellung aller Wartungs- und Reparaturarbeiten?

Nichts von all dem ist mehr undenkbar. Selbst das Kaltbleiben der Heizkörper, Albtraum aller Hochhausbewohner, war in der Nachbarschaft schon vorgekommen. Im September 2001, kurz bevor der Herbst so richtig ungemütlich wurde, hatte mit dieser bösen Überraschung für zwei Blocks entlang der Neustädter Magistrale die letzte, die dramatische Phase eines zähen, aber stetigen Niedergangs begonnen, dessen Anfänge schon bis Mitte der 1990er Jahre zurückreichten. Die beiden Zehngeschosser direkt gegenüber der Schwimmhalle hatten zu den ersten gehört, die die *Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft* (GWG) an eine Anlagegesellschaft verkaufte. Zur Sanierung ihrer vielen Plattenbauten brauchte die GWG, als Nachfolgerin des einstigen *VEB Gebäudewirtschaft* größter Wohnungsbesitzer der Neustadt, dringend Geld. Außerdem sollte die Privatisierung die Altschuldenlast senken. Die sogenannten Zwischenerwerber veräußerten ihren frisch erstandenen Besitz alsbald weiter, und so ging das noch ein paar Mal, bis niemand mehr so recht durchsah, wer denn nun aktuell das Besitzrecht über die insgesamt 240 Wohnungen ausübte. Entnervt vom ständigen Wechsel der Ansprechpartner und Mietzahlungskonten zogen immer mehr Bewohner aus den beiden Häusern davon. Im Stadtplanungsamt kann man sich dunkel erinnern, dass wegen der Sorgenobjekte zwischen 2000 und 2001 irgendwann nicht mehr mit den Eigentümern, sondern mit einer Bank zu korrespondieren war. Also musste, so schlussfolgerten die Amtsmitarbeiter, zwischenzeitlich ein Konkurs stattgefunden haben. Als dann gar das kleine süddeutsche Kreditinstitut, dem jetzt offenbar die beiden Leerstandskandidaten zugefallen waren, in Schwierigkeiten geriet, kümmerte sich niemand mehr um die zwei Immobilien am Saalestrand. In jenen gab das plötzliche Ende der Fernheizversorgung den letzten Mietern das Signal, sich schleunigst nach neuer Bleibe umzusehen, wodurch innerhalb weniger Wochen sich die restliche Bewohnerschaft in alle Winde zerstreute. In den herrenlosen Gebäuden begann ein jugendlicher Feuerteufel sein Unwesen zu treiben. Nachdem der gefasst und verurteilt war, fanden andere Spaß am Zündeln: Am Ende musste bald jede zweite Nacht die Feuerwehr ausrücken. Die Fassaden des einen Blocks sind seither von den schwarzen Schmauch-

fahnen der Wohnungsbrände grässlich gezeichnet, in der Presse wie im Neustadt-Slang hieß der Zehngeschosser bald nur noch „die Ruine". Nach Monaten solch gesetzlosen Treibens reichte es dem Ordnungsamt: Am 19. Februar 2003 wurde die „Verschließung des Gebäudes" befohlen. Bauhandwerker kamen und mauerten die breiten Eingänge zu. Schmähliches Ende einer ehemaligen 1A-Adresse. Was bleibt, sind vandalistisch zertrümmerte Briefkastenanlagen unter den Eingangsvordächern, aber ordentlich gepflegte Rabatten vor den Häusern. „Die Stadt wird versuchen, die Kosten der Sicherungsaktion von den Eigentümern erstattet zu bekommen", hatte der Leiter des Ordnungsamtes öffentlich versichert. Das klingt, nach dem bisherigen Lauf der Dinge, etwa so optimistisch wie jene Zwangsversteigerung, auf der im November 2002 eine einzelne, „derzeit nicht vermietete" Dreizimmerwohnung unter den Hammer kommen sollte – Verkehrswert zweitausend Euro! Zwar konnten nur eingeweihte Neustädter an der Adresse erkennen, dass es sich wohl um ein Appartement im Feuerteufel-Haus handeln müsste, aber immerhin war im Angebot fairerweise der Hinweis vermerkt, dass die gesamte Wohnanlage irgendwann demnächst zum Abriss vorgesehen sei.
Leute, kauft Wohnungen, die keiner mehr braucht! Wie soll einer diesen ganzen Wahnsinn nur aushalten ...

EINFACHER MECHANISMUS – VERHEERENDE WIRKUNG

Willkommen auf den Schauplätzen des *Stadtumbau Ost*! Seit im Jahr 2000 eine Regierungskommission durch die Neuen Länder reiste und deren Besorgnis erregende Analysen zu Bevölkerungstrends und Wohnungsmarkt ausgewertet wurden, geht ein Gespenst um in den urbanistischen Debatten unseres Landes: Von wenigen Inseln der Stabilität abgesehen, sind die Städte und Regionen Ostdeutschlands von einem bislang unvertrauten Phänomen betroffen: Schrumpfung.
Sichtbarstes Zeichen der so unerwarteten wie unabwendbaren demographischen Veränderungen sind die enormen Wohnungsleerstände. Die bereiten den Kommunen und immer mehr Eigentümern zunehmend Probleme, vor allem große Wohnungsunternehmen sehen sich inzwischen reihenweise in ihrer Existenz bedroht. Der Mechanismus, der unter Vermietern Furcht und Schrecken verbreitet, ist denkbar einfach: Da man vier vermietete Wohnungen braucht, um die Ausfälle einer leeren fünften zu kompensieren, liegt bei etwa 15% Leerstand der ökonomische Umschlagspunkt; jenseits dieser Grenze bringt Vermietung nur noch Kosten, keine Überschüsse mehr. Ab 20% wird der Konkurs eigentlich nur noch zu einer Frage der Zeit, genauer gesagt: der Geduld der Banken.
Nun sind allerdings, anders als im übrigen Wirtschaftsgeschehen, Konkurse im Wohnungsgeschäft keine Therapie zur Gesundung, denn wenn auch die ‚gescheiterten' Unternehmen von der Bildfläche verschwinden, so bleiben doch die eigentlichen Ursachen des Fiaskos – die überzähligen Wohnungen – weiterhin in der Landschaft stehen. Die gehen nach dem Konkursverfahren entschuldet und daher, so alle bisherige Erfahrung der Immobilientheorie, zum Dumpingpreis an einen Neuerwerber, der seine Bestände im Wesentlichen als *Shareholder Value*, also als reine ‚Geldmaschine' betrachtet und deshalb kaum Anlass sehen dürfte, kooperativ auf irgendwelche lokalen Interessenlagen oder Probleme einzugehen.
Mit genau diesem kritischen Anteil von 20% unvermietbarer Wohnungen zählt Halle (Saale), die größte Stadt Sachsen-Anhalts, zu den besonders schwer vom Verlust betroffenen Städten. Die Zahlen der Wohnungswirtschaft spiegeln ja nur die eigentlichen Bewegungen: Von 329.000 Einwohnern, die 1989 in Halle und Halle-Neustadt insgesamt lebten, sind heute noch rund 239.000 da. Innerhalb eines reichlichen Jahrzehnts haben 90.000 Menschen die Doppelstadt verlassen! Und der Exodus geht weiter. Im Rathaus rechnet man für 2010 mit 208.000 Bürgern, das Statistische Landesamt sogar nur noch

mit etwa 200.000. Von 153.000 insgesamt vorhandenen Wohnungen standen Anfang dieses Jahres etwa 30.500 leer. Um diesen Überhang bis zum Jahr 2010 nicht noch einmal um die Hälfte anwachsen zu lassen, sieht die unlängst erstellte Stadtentwicklungskonzeption für ganz Halle den Abriss von 20.000 Wohnungen vor. Obwohl ausgerechnet in der Altstadt lange Straßenfronten mit leeren oder zugenagelten Fensterhöhlen die eigentlich erschreckenden Bilder des Verfalls präsentieren, soll der Löwenanteil der geforderten ‚Marktbereinigung' in den Plattenbaugebieten stattfinden, ganz vorneweg in Silberhöhe und in Neustadt.

VON DER VORZUGSADRESSE ZUR RÜCKBAURESERVE

Halle-Neustadt, 1964 als Erweiterung der altehrwürdigen Universitätsstadt gegründet für zehntausende Arbeiter von Leuna, Buna und den übrigen Chemiewerken ringsum, war entworfen worden unter Federführung jenes Richard Paulick, nach dem jetzt eine Straße im Wohnkomplex II benannt ist. Paulick war einst Büroleiter des Bauhausdirektors Walter Gropius gewesen, nach Shanghai ins Exil gegangen und nach dem Krieg in die DDR zurückgekehrt. An der Berliner Stalinallee hat er zwei der legendären Arbeiterpaläste gebaut (Kenner schätzen diese beiden am meisten), dann als perfekte Schinkel-Nachempfindung die Staatsoper Unter den Linden neu errichtet. Mit dem Masterplan für die ‚Chemiearbeiterstadt' durfte Paulick endlich zu den Idealen seiner frühen Jahre zurückkehren: Die „Stadt der Zukunft" sollte licht, luftig, funktional gegliedert und reich durchgrünt sein. Halle-Neustadt war so modern, dass die Straßen nicht mal Namen bekamen, sondern Block für Block durchnumeriert wurden – alles zum Lobe der Kybernetik.

Nach Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda war Halle-Neustadt die dritte Neugründung einer Wohnstadt der DDR, mit am Ende knapp 91.000 Einwohnern bei weitem die größte. Was Ausstattung und architektonische Vielfalt vor allem des großzügigen Zentrums betrifft, war es auch die ‚urbanste', weshalb man die Arbeiterwohnsiedlung in den Siebzigern zur eigenständigen Stadt ausrief. Noch heute ergeben Bewohnerbefragungen überraschenderweise hier eine durchgängig höhere Wohnzufriedenheit als etwa in der Altstadt mit ihren unaufgeräumten Winkeln und stellenweise immer noch heruntergekommenen Buden. Ihre Souveränität gaben die Neustädter 1990 freiwillig auf, um gemeinsam mit Alt-Halle zur größten Kommune und dadurch vielleicht Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts zu werden – ein vergebliches Hoffen, wie sich erwies. Genauso umsonst blieb alles Warten auf das versprochene Erblühen der Landschaften. Von der einst alles bestimmenden Chemieindustrie haben sich nur Kerne erhalten, und die sind jetzt so modernisiert, dass sie fast ohne Arbeiter auskommen. Auf dauerhaft 20% hat sich die Arbeitslosigkeit in Halle insgesamt eingependelt. Halle-Neustadt liegt da etwa im Durchschnitt, bei der Abwanderung jedoch deutlich darüber. Ein Drittel aller Neustädter ist seit der ‚Wende' weggezogen – rüber in die Altstadt, raus in die umliegenden Dörfer, weg in die alten Bundesländer.

Weil es aber zu DDR-Zeiten als Bevorzugung galt, in eine der ferngeheizten Neubauwohnungen jenseits der Saale ziehen zu dürfen, sind die Neustädter heute die etwas ungeliebten ‚Verwandten zweiten Grades' im Rathaus am alten Markt und dürfen mit ihren Plattenbaubeständen die Abrissquoten des Halleschen Stadtumbau-Programms maßgeblich erbringen.

MANGELWARE MIETER

20.000 Wohnungen neu zu bauen, ist eine politische, planerische, unternehmerische und logistische Meisterleistung. 20.000 Wohnungen einfach verschwinden zu lassen, ist eine Aufgabe, über deren Bewältigung bislang kaum jemand nachgedacht hat. Zwar sind im Stadtplanungsamt Pläne gezeichnet worden, die unmissverständlich unterscheiden zwischen unbedingt erhaltungswürdigen Nachbarschaften und solchen, die bei Bedarf

zum Abbruch freigegeben sind. Doch wer am Ende wirklich zur Tat schreitet und den Abrissbagger bestellt, darauf haben die Planer keinen direkten Einfluss. Allenfalls können sie jeden abblitzen lassen, der für ein Bau- oder Sanierungsobjekt in solch abgeschriebenen Gebieten noch einen Förderantrag stellt. Nicht gerade ein kräftiger Hebel, um die Geschicke der Stadt zu lenken!

Vor allem jedoch kein Instrument zur Zügelung überschießenden Eigensinns. Denn selbst diejenigen, die in erster Linie von dem gigantischen Zerstörungswerk staatlich geförderter Abrisse profitieren und deshalb auch am lautesten danach gerufen hatten – die Wohnungsunternehmen – drücken sich vor den nötigen Konsequenzen. Was das betrifft, geht es Halle-Neustadt nicht viel besser als jedem Altstadtrevier: 21 Unternehmen und Eigentümergemeinschaften sind planerisch unter einen Hut zu bringen (zum Vergleich: in Silberhöhe sind es nur vier). Zwar existiert eine wohnungswirtschaftliche Plattform, so eine Art ‚Runder Tisch' zur Koordinierung sämtlicher Rückbauüberlegungen, doch um wirklich alle Akteure des Neustädter Wohnungsmarktes hier zu regelmäßiger Versammlung zu bewegen, fehlen die Rechtsmittel – es herrscht strikte Freiwilligkeit. Und häufig auch das Sankt-Florians-Prinzip: Möge das schlimme Schicksal mich verschonen und lieber meinen Nachbarn treffen. Besonders Clevere versuchen, ihre Verlustobjekte rechtzeitig unbedarften Aufkäufern anzudrehen, und wie man hört, hat das ein paar Mal tatsächlich geklappt – speziell im Südpark-Viertel, das vom Stadtplanungsamt als Ganzes zur Disposition gestellt wurde. Kaum war diese Entscheidung spruchreif, zog sich der Platzhirsch unter den Vermietern dort komplett zurück und sah aus sicherer Ferne zu, wie sein Nachfolger, eine unternehmungslustige Immobiliengesellschaft aus Dortmund, 1999 mit über dreitausend Wohnungen (davon 33% leer) in die Pleite rutschte.

Verwerflich wird solche Abschiebungstaktik, wenn ahnungslose Mieter der betroffenen Häuser geködert werden. Haben die sich zum Kauf ihrer Wohnung in einem der sogenannten ‚Nachranggebiete' überreden lassen, kann es geschehen, dass ihr Haus am Ende der allgemeinen Rückbauprozesse allein auf weiter Flur übrig bleibt (denn noch kennt deutsches Baurecht kein Abrissgebot). Obendrein werden sie nie und nimmer einen Nachfolgekäufer für ihren ungemütlich gewordenen Besitz finden; die Kaufsumme geht also komplett in den Wind.

Wie sehr in schrumpfenden Städten die guten Sitten verfallen, zeigte sich in Halle-Neustadt nicht zuletzt an jener spektakulären Anzeigenkampagne, in der einer der größten Privateigentümer in der Lokalpresse die „geheimen Abrisspläne im Rathaus" enthüllte und so die Bewohner potenzieller Abrisshäuser in seine frisch renovierten Objekte umzulenken versuchte. Beinahe verzeihlich wirkt dagegen die sanfte Seelenmassage jener Genossenschaft, die zwar brav an allen Sitzungen der wohnungswirtschaftlichen Plattform teilnimmt, an ihren Häusern jedoch große Schrifttafeln anbringen lässt, die jedem Bewohner und Passanten blauäugig versichern: „Hier kein Abriss!"

An diesem zähen Kleinkrieg um die ‚Mangelware Mieter' wird ein Kernkonflikt des Stadtumbaus sichtbar, vor dem schon vor drei Jahren der Berliner Stadtplaner Wulf Eichstädt eindringlich gewarnt hatte: „Es werde", so die damalige Vorhersage, „in der weiteren Eskalation der Probleme nicht ganz leicht sein, unter sich täglich zuspitzenden Konkurrenzbedingungen ein koordiniertes Verhalten im Kampf um die Mieter zu verabreden, bei dem keine Seite versucht, Vorteile zulasten eines anderen Unternehmens herauszuholen".[1] Hier sprach ein Realist, der die ökonomischen Zwänge der Praxis nur zu genau kennt, jene Nöte, die manchmal erfinderisch, oft aber eben auch hart und rücksichtslos machen. Folgt man den Analysen des *Leipziger Umweltforschungszentrums* (UFZ), dann ist das „sozialdemokratische Jahrhundert" eines dem Gemeinwohl verpflichteten Wohnungs- und Städtebaus mit einer Gründlichkeit vorbei, dass man es kaum fassen mag. „Die privatkapitalistische Organisation des deutschen Wohnungswesens bedingt ja gerade ein

Konkurrenzverhältnis der Wohnungsanbieter untereinander und verlangt von den Akteuren, ihr Handeln am Wohl ihres Einzelunternehmens – und nicht an ‚städtebaulichen Zielen', ‚öffentlichem Interesse' oder ‚Gemeinwohl' – zu orientieren. Der Forderung nach einem ‚Konsens', einerseits der Wohnungsanbieter untereinander und mit der öffentlichen Hand andererseits, mangelt es daher an einer materiellen Basis."[2] Für diesen dramatischen Sachverhalt hatte Wulf Eichstädt einen Satz von ziemlich rabiatem Realismus gefunden: „Soviel Planwirtschaft ist in einer Marktwirtschaft einfach nicht vorgesehen."

RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN

Es klang noch sehr nach blasser Theorie, als Lutz Freitag, der Präsident des *Gesamtverbandes der deutschen Wohnungswirtschaft* (GdW), auf dem diesjährigen Verbandskongress in Halle (Saale) angesichts der Krise seiner Branche im Osten schlicht ein „Marktversagen" konstatierte. Doch es geht um mehr als nur staatliche Hilfestellungen beim Überlebenskampf der angeschlagenen Wohnungsunternehmen. Der grausige Anblick rauchgeschwärzter Fensterlöcher gegenüber dem pompösen neuen Stadtteilzentrum in Halle-Neustadt gibt eine Ahnung von den sehr viel weiter reichenden Risiken, denen es hier vorzubeugen gilt. Ungesteuerte Schrumpfung, d.h. dass „möglicherweise der Markt und die Konkursrichter die alleinige Regie übernehmen" (Eichstädt), birgt die Gefahr einer chaotischen Erosion bestehender Strukturen in sich, also Entwicklungen, die selbst abgebrühte Deregulierungsfreunde das Fürchten lehren dürften.

Es gibt wohl kaum einen Eigentümer in Halle-Neustadt, dem in den letzten Monaten nicht der alsbaldige Abgang nachgesagt worden wäre. Die zwei bislang publik gewordenen Insolvenzfälle haben sich als Schreckerfahrung tief in den Gemütern verfestigt. „Vielleicht wird mit diesen Gerüchten aber auch eine Absicht verfolgt", mutmaßt Jeanette Dorff, die als Stadtteilmanagerin allwöchentlich für ein paar Tage das Bürgerbüro von Halle-Neustadt leitet. „Große Vermieter, die wenigstens Teilbestände halten wollen, müssen oft viel Geld für die Freilenkung ihrer Rückbauobjekte und Umsetzung ihrer Kunden ausgeben. Wer dagegen nur noch Abrisskandidaten zu verwalten hat, dem kann am freiwilligen Leerzug seiner Häuser eigentlich sehr gelegen sein. Ich könnte mir vorstellen, dass dieses Schüren von Unsicherheit zu einer regelrechten Strategie gehört, eine Art *Mobbing*, um auch ganz Hartnäckige zur Aufgabe zu bewegen."

Um so erstaunlicher, wie diskret dann die tatsächlichen Zusammenbrüche vor sich gehen. „Wir erfahren davon normalerweise auch erst aus der Zeitung", bedauert Silvia Weiß vom Stadtplanungsamt ihre eigene Hilflosigkeit gegenüber den Geschehnissen. „Demnächst soll wenigstens eine Vereinbarung mit dem Gericht dafür sorgen, dass man uns von dort jeden neuen Fall möglichst gleich zur Kenntnis gibt." Im Ernstfall kann aber auch die städtische Verwaltung den einem ungewissen Schicksal ausgelieferten Mietern nicht wirklich helfen. Allenfalls, wie etwa beim ‚Feuerteufel' und seinen Nachahmern, bleibt sie zuständig, um unmittelbare Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwenden. Doch es muss ja gar nicht bis zum Brandalarm kommen. Auch wenn es glimpflicher abgeht, also die rechtlichen Zuständigkeiten über die Pleite hinweg gesichert sind, bleiben die betroffenen Häuser Problemfälle. Die meisten Mieter im Südpark-Viertel etwa, die Gisela Lehmann vom Stadtteilbüro befragt hat, wissen gar nichts von der Pleite ihrer vorherigen Eigentümer: „Hier ändern sich doch dauernd die Besitzverhältnisse. Die meisten halten die Konkursverwalter einfach für den nächsten Käufer. Aber allen fällt auf, dass die, die jetzt die Miete kassieren, so absolut gar nichts mehr an den Häusern machen. Das schafft natürlich Unzufriedenheit."

In der Tat sieht man dem am Rande der Neustadt gelegenen Viertel die unentschiedene Situation deutlich an. Renovierte und gut ausgelastete Häuser wechseln sich mit heruntergekommenen ab. Besonders bedrückend fallen die Freiflächen ins Auge. Ihre zugehörigen

Grundstücke pflegen die jetzigen Verwalter noch weniger als die Häuser. Die Stadt kann da nicht einspringen, also erobert wilde Natur sich die vor 15 Jahren kultivierten Flächen zurück. Und auf den Parkplätzen vor den Hauseingängen stehen nur noch vereinzelt Autos herum: „Die Bessergestellten sind längst weg. Wer jetzt bleibt, ist wahrscheinlich auf die niedrigen Mieten angewiesen. Selbst sanierte Zweiraumwohnungen sind ja hier für 3,15 Euro pro Quadratmeter schon zu haben." So erleben die Mitarbeiter des Stadtteilbüros im täglichen Leben, was Sozialforscher die „Segregationseffekte der Schrumpfung" nennen: Bis die nächste einschlägige Studie im Stadtrat die Runde macht, hat sich hier draußen der soziale Brennpunkt bilderbuchgerecht zusammengebraut.

Dem Insolvenzverwalter und den beiden Banken, denen im Südpark mehr oder weniger unfreiwillig ein Stück überflüssig gewordener Stadt zugefallen ist, behagt diese Entwicklung ganz und gar nicht. Um der Unausweichlichkeit noch einmal zu entgehen, mit der hier am südlichen Rand der Neustadt, nicht anders als am westlichen Rand oder ostwärts an den Saale-Auen, die Zeichen auf Abriss stehen, haben sie die Stadt auf Schadenersatz verklagt: Mit der Ausweisung von ‚Nachranggebieten', in denen alle Förderung ausgeschlossen ist, würde jegliche Bemühung auf Besserung der Lage in den gefährdeten Beständen zunichte gemacht, ergo ihr wirtschaftlicher Erfolg behindert. Da gibt es nichts zu lachen: Nach den herkömmlichen Gewinnkalkulationen wachsender Städte hätten sie recht. Aber wo sich die Leute in Scharen davon machen, da wächst nichts mehr, schon gar kein Gewinn. In schrumpfenden Städten geht es allenfalls darum, die Verluste einigermaßen gerecht zu verteilen. Eine völlig neue Erfahrung, die wohl noch manches gestandene Immobilienunternehmen aus der Kurve tragen wird.

---

1 **Wulf Eichstädt**: Planung mit erhöhtem Risiko. In: *Stadtbauwelt*, Berlin 2001, Nr. 24

2 **Matthias Bernt, Sigrun Kabisch**: *Risiken und Nebenwirkungen des Stadtumbaus Ost*, UFZ Leipzig, Diskussionspapiere der Sektion Ökonomie, Soziologie und Recht Nr. 5/2002

Unter der Überschrift *Leute, kauft Wohnungen, die keiner mehr braucht* veröffentlicht in: *Das Parlament*, Nr. 37/2003

DIE ENTWICKLUNG KLEINER UND MITTLERER ZENTREN IM MITTELDEUTSCHEN VERDICHTUNGSRAUM — SCHKEUDITZ IM ZENTRENVERGLEICH

Hartmut Usbeck (2001)

1. EINLEITUNG

Das Gutachtergremium des bmb+f (*Bundesministerium für Bildung und Forschung*) hat in seiner Begründung zur Auswahl der Stadt Schkeuditz im Bundeswettbewerb *Stadt 2030* u.a. hervorgehoben, dass es sich um ein Beispiel für ein kleines Zentrum im Spannungsfeld des engeren Umlandes zweier Großstädte (Leipzig und Halle) handelt, welches aufgrund von Standortvorteilen gute Wachstumschancen hat. Gleichzeitig ist der Entwicklungskorridor zwischen Leipzig und Halle das Gebiet des mitteldeutschen Wirtschaftsraumes, auf dem ein hoher Suburbanisierungsdruck von Gewerbe und Bevölkerung lastet, der mit überdurchschnittlicher Ausdehnung der Siedlungsfläche und zunehmenden Nutzungskonflikten verbunden ist.

Als Standort von großen Infrastrukturinvestitionen (Flughafen, Autobahnausbau, ICE-Trasse) und durch die Grenzlage von zwei Bundesländern, drei Landkreisen und einem Stadtkreis und zwölf ländlichen Umlandgemeinden (aus zwei Ländern) hat Schkeuditz einen erheblichen regionalen Kooperationsaufwand, aber auch Kooperationsbedarf, wobei unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen zu berücksichtigen sind.

Im Mittelpunkt des Schkeuditzer Beitrages zum Wettbewerb *Stadt 2030* stehen neben innerstädtischen Strukturkonzepten (vgl. den Beitrag von F. Wenzel) vor allem stadtregionale Leitbilder und Konzepte, die insbesondere das Gebiet des Entwicklungskorridors zwischen Leipzig und Halle mit dem Zentrum Schkeuditz und das Umland beider Großstädte betreffen.

Für Schkeuditz als kleines Zentrum im suburbanen Raum ist als langfristige Strategie das von der Bundesraumordnung und auch der Europäischen Kommission favorisierte Leitbild der dezentralen Konzentration in polyzentrischen Stadtregionen von besonderem Interesse, weil es auf eine nachhaltige Raumentwicklung orientiert, die Potenziale und Standortvorteile der Zentren unterschiedlicher Kategorie für die Gesamtentwicklung der Region berücksichtigt und den Gedanken der Kooperation zwischen den Zentren (im Sinne eines Städtesystems) zur Verbesserung der strategischen Wettbewerbsfähigkeit betont.

Mit dem Entwicklungsmodell der dezentralen Konzentration ist die Zielvorstellung verbunden, den zu erwartenden weiteren Suburbanisierungsdruck in seiner Flächenhaftigkeit abzufangen und auf die im Umfeld der Kernstädte gelegenen Mittelstädte umzulenken. Zwangsläufig muss diese Strategie damit verbunden sein, die ausgewählten dezentralen Knoten funktional und städtebaulich so aufzuwerten, dass sie die ihnen zugedachte Funktion als „Kristallisations- und Konzentrationspunkt für Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung" (*Städtebaulicher Bericht*, S. 61) nicht nur real wahrnehmen können, sondern auch von den relevanten Akteuren (Migranten, Investoren, Erholungssuchenden u. a.) angenommen werden.

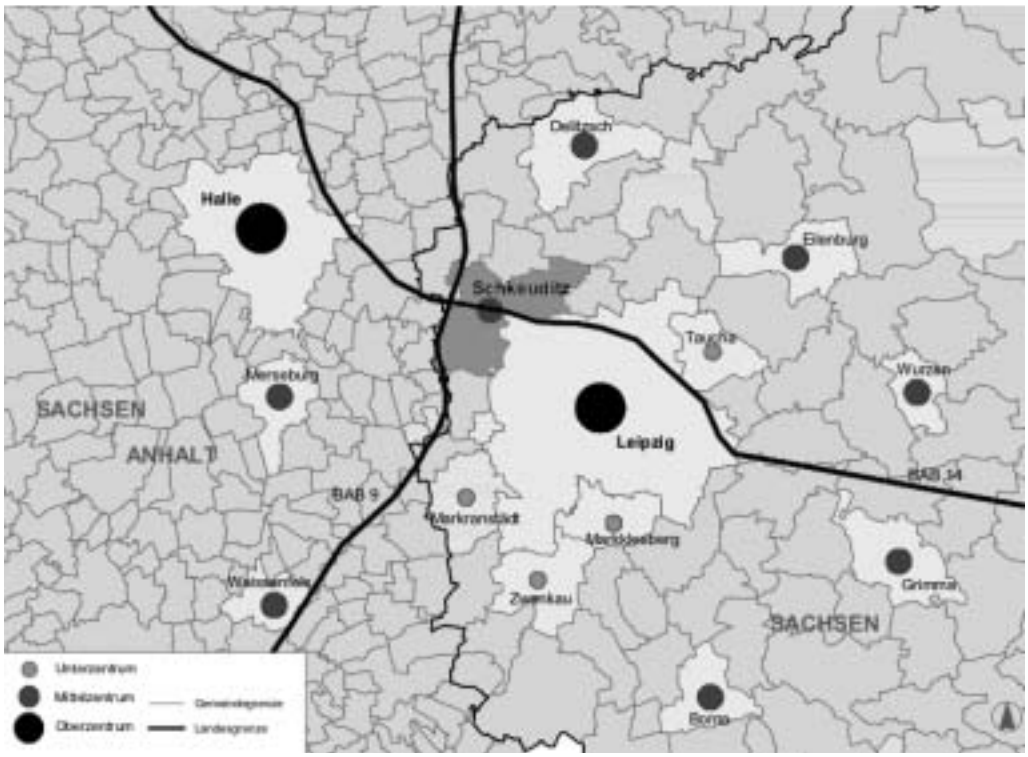
Nachfolgend werden erste Ergebnisse einer Entwicklungsanalyse der Zentren in der Leipziger Region dargestellt. Die benachbarten Städte Sachsen-Anhalts sind noch nicht einbezogen, da dafür noch einige Informationsgrundlagen fehlen.

2. DAS STÄDTESYSTEM DER GROßSTADTREGION LEIPZIG

Das Leitbild der dezentralen Konzentration ist in der Großstadtregion Leipzig schon allein deshalb von Interesse, weil das bestehende Städtesystem der Region dafür eine nahezu idealtypische räumliche Konfiguration aufweist **[Abb. 1]**. Um den großstädtischen Kern, das *Oberzentrum Leipzig*, liegt ein *1. Ring* von fünf Klein- bis mittelgroßen Städten als Unterzentren und das Mittelzentrum Schkeuditz. Alle Städte des 1. Ringes grenzen direkt an das Verwaltungsgebiet von Leipzig an. Die Entfernung zur Leipziger City beträgt sechs bis zwölf Kilometer.

Ein *2. Ring* von fünf Mittelzentren ist in etwa 25 Kilometer Entfernung von der Großstadt relativ gleichmäßig ausgeprägt. Die Bevölkerungszahl der Städte liegt zwischen 16.000 und 26.000 Einwohnern. Alle Zentren sind bestehende oder ehemalige Kreisstädte (Sitz der Verwaltung).

Abbildung 1: Schema eines Städtesystems im Raum Leipzig – Schkeuditz – Halle



Quelle: eigene Darstellung USBECK GmbH

Von den 914.000 Einwohnern der Großstadtregion Leipzig (Stadt Leipzig und Landkreise Delitzsch, Leipziger Land, Muldentalkreis) wohnen fast 74% in der Kernstadt und den zehn Nebenzentren des 1. und 2. Ringes. Bei den Arbeitsplätzen ist der Konzentrationsgrad noch deutlich höher. In Leipzig und den Nebenzentren sind 82% der Arbeitsplätze der Region lokalisiert **[Tab. 1]**.

Die Städte der suburbanen Zone der Großstadt können durchweg in die Kategorie der wachsenden kleineren Zentren (Nebenzentren) im großstädtischen Verdichtungsraum eingeordnet werden. Das Wachstum drückt sich im Wirtschaftswachstum (Anstieg der Beschäftigtenzahlen nach den ‚wendebedingten' Strukturbrüchen) – wofür insbesondere die Stadt Schkeuditz steht – und/oder zunehmenden Einwohnerzahlen (insbesondere Markranstädt, Markkleeberg) aus.

Im Unterschied zu den Zentren der suburbanen Zone verloren die Zentren des 2. Ringes in den 1990 Jahren Bevölkerung und auch Arbeitsplätze mehr oder weniger deutlich. In ihrer Gesamtheit spielen diese Zentren somit als Kerne eines wirtschaftlichen Wachstums und der dezentralen Konzentration gegenwärtig keine bzw. eine gegenüber den suburbanen Zentren völlig untergeordnete Rolle.
Dies ist jedoch kein Spezifikum der Leipziger Region, sondern zeigt sich auch in anderen Großstadtregionen, wie Brake u.a. (1997) in ihrer empirischen Untersuchung zur dezentralen Konzentration feststellen. Offensichtlich bildet der sogenannte „suburbane Gürtel" (ebenda) die spezifische Raumkategorie, in der sich die wesentliche Entwicklung und der überwiegende Teil der Dezentralisierung abspielen. Dieser Raum ist auch in anderen Großstadtregionen noch diffus strukturiert. In ihm besitzen aber offensichtlich die bestehenden Nebenzentren gegenüber der Großstadt spezifische Standortvorteile und weisen die besten Chancen für bevorzugte Standorte der dezentralen Konzentration auf.

Tabelle 1: Anteile der Stadt Leipzig und der Umlandzentren am regionalen Bevölkerungs- und Arbeitsplatzpotential 1999

	EINWOHNER			SVB ARBEITSORT (30.06.1999)		
	Personen	Region	Umland	Personen	Region	Umland
Stadt Leipzig (Oberzentrum)	493.872	54,0%	–	208.474	62,1%	–
Städte 1. Ring	78.811	8,6%	18,8%	30.608	9,1%	24,1%
Städte 2. Ring	100.886	11,9%	24,0%	35.702	10,6%	28,1%
Umlandzentren insgesamt	179.697	20,5%	42,8%	66.310	19,7%	52,2%
Leipzig und Umlandzentren	673.569	74,5%	–	274.784	81,8%	–

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH

3. SCHKEUDITZ IM ZENTRENVERGLEICH DER GROßSTADTREGION LEIPZIG

Zur Charakteristik der Stellung und Entwicklung der Stadt Schkeuditz unter den Zentren der Großstadtregion Leipzig wird nachfolgend eine Analyse und Wertung anhand ausgewählter statistischer Indikatoren vorgenommen. Dabei wird der Gebietsstand – soweit nicht anders vermerkt – vom 31. Dezember 1999 zugrunde gelegt.

3.1 Bevölkerungsentwicklung in den 1990er Jahren

Mit ca. 19.200 Einwohnern liegt die Stadt Schkeuditz über der durchschnittlichen Größe der zehn Städte des 1. und 2. Ringes (ca. 18.000 EW). In den 1990er Jahren hat Schkeuditz (in den heutigen Grenzen) etwa 6% seiner Einwohner verloren (ca. –1.200 Personen). Damit weist die Stadt unter den suburbanen Zentren des 1. Ringes, deren Einwohnerzahl in den zehn Jahren um etwa 8% zunahm (ca. +6.100 Personen), die ungünstigste demographische Entwicklung auf. Sie erreicht jedoch bei weitem nicht die Größenordnung der übrigen Mittelzentren der Großstadtregion (–14%) oder des Oberzentrums Leipzig (–14,5%; vgl. **Tab. 2**).
Wie auch in anderen Regionen Ostdeutschlands verlief der demographische Trend in den 1990er Jahren nicht gleichförmig. Nach hohen Einwohnerverlusten in den ersten Jahren, die aus Abwanderung in die alten Bundesländer und rapide sinkenden Geburtenraten resultierten, setzte ab 1993 eine gewisse Konsolidierungsphase ein. Obwohl der generelle Trend in den einzelnen Zentren sehr spezifische Differenzierungen aufweist, verdeutlichen

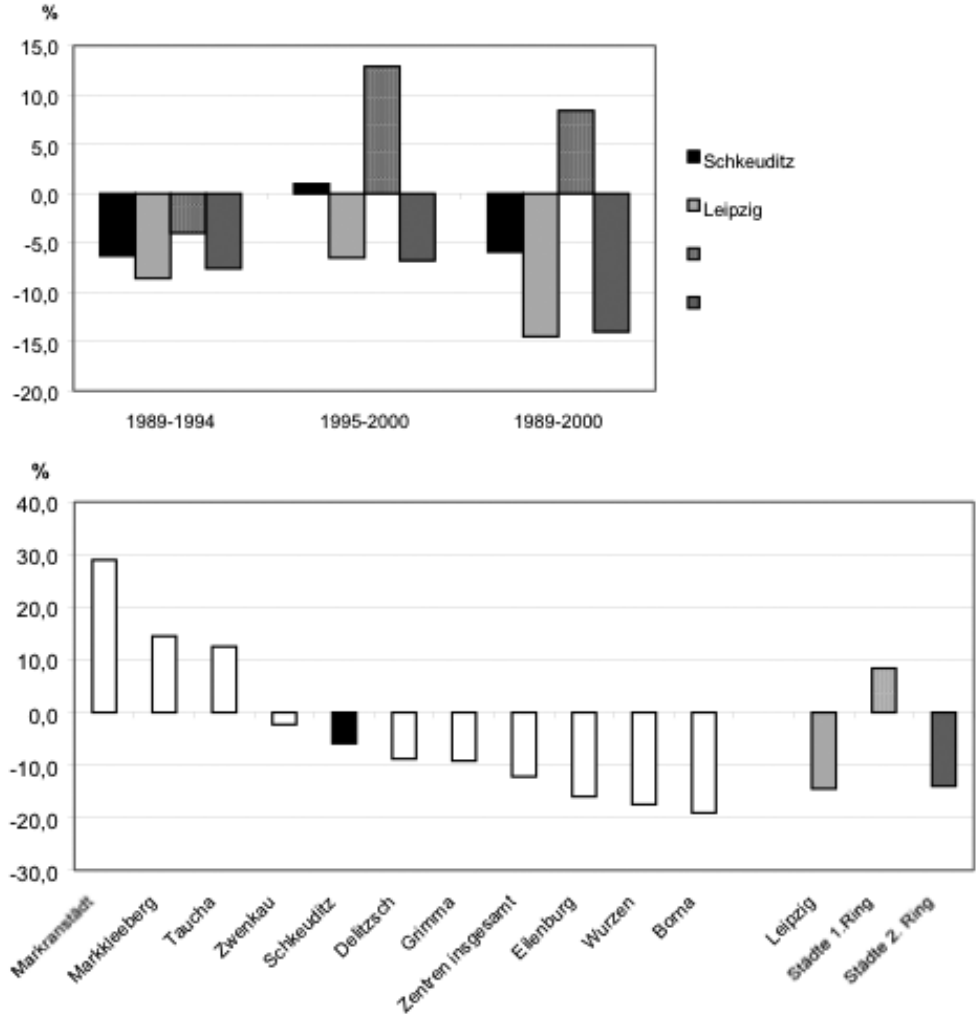
Tabelle 2 und **Abbildung 2**, dass, im Vergleich zum Ausgangszeitpunkt, in den ersten fünf Jahren alle Zentren durch mehr oder weniger starke Bevölkerungsverluste gekennzeichnet waren. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre haben sich diese Verluste beim Oberzentrum Leipzig und den Mittelzentren des 2. Ringes abgeschwächt und sind bei den suburbanen Zentren des 1. Ringes in einen mehr oder weniger deutlichen Zuwachs der Einwohnerzahl umgeschlagen (+12,9%). Im Vergleich zu dem starken Wachstum von solchen Städten wie Markranstädt, Markkleeberg oder Taucha ist der Einwohnergewinn von Schkeuditz in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre (+1%) jedoch *marginal*. Im Unterschied zu diesen Zentren, die durch größere neue Wohnbaustandorte im Rahmen des 1992/93 einsetzenden Suburbanisierungsprozesses insbesondere vom Bevölkerungszuzug aus der Großstadt Leipzig profitieren konnten, kann im Falle von Schkeuditz bisher nicht von einer wachsenden Stadt hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung gesprochen werden. Leicht positiven Migrationssalden (Wanderungsgewinne aus Leipzig, Wanderungsverluste in das ländliche Umland und in die Alten und Neuen Bundesländer) standen hier auch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre negative natürliche Salden gegenüber (vgl. USBECK GmbH 1999).

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung der Zentren in der Großstadtregion Leipzig 1989 bis 2000 (Gebietsstand 31.12.2000)

	EINWOHNER			BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG					
	31.12.1989	31.12.1994	31.12.2000	1989—1994		1995—2000		1989—2000	
				Pers.	in%	Pers.	in%	Pers.	in%
Leipzig	576.729	527.282*	493.208*	-49.447	-8,6	-34.074	-6,5	-83.521	-14,5
Schkeuditz	20.350	19.064*	19.157	-1.286	-6,3	+93	+1,0	-1.193	-5,9
Markkleeberg	20.221	19.770	23.157	-451	-2,2	+3.387	+17,1	+2.936	+14,5
Markranstädt	10.230	9.800	13.200	-430	-4,2	+3.400	+34,7	+2.970	+1,2
Taucha	13.042	13.031	14.676	-11	-0,1	+1.645	+12,6	+1.634	+12,5
Zwenkau	9.182	8.460	8.970	-722	-7,9	+510	+6,0	-212	-2,3
Städte 1. Ring	**73.025**	**70.125**	**79.160**	**-2.900**	**-4,0**	**+9.035**	**+12,9**	**+6.135**	**+8,4**
Borna	24.732	22.347	20.010	-2.385	-9,6	-2.337	-10,5	-4.722	-19,1
Delitzsch	28.873	27.109	26.331	-1.764	-6,1	-778	-2,9	-2.542	-8,8
Eilenburg	22.117	20.624	18.572	-1.493	-6,8	-2.052	-10,0	-3.545	-16,0
Grimma	20.617	19.310	18.729	-1.307	-6,3	-581	-3,0	-1.888	-9,2
Wurzen	19.305	17.445	15.919	-1.860	-9,6	-1.526	-8,7	-3.386	-17,5
Städte 2. Ring	**115.644**	**106.835**	**99.561**	**-8.809**	**-7,6**	**-7.274**	**-6,8**	**-16.083**	**-14,0**
Städte 1. + 2. Ring	**188.669**	**176.960**	**178.721**	**-11.709**	**-6,2**	**+1.761**	**+1,0**	**-9.948**	**-5,3**
Zentren insges.	**765.398**	**704.242**	**671.929**	**-61.156**	**-8,0**	**-32.313**	**-4,6**	**-93.469**	**-12,2**

Quelle: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1990; Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH
* Wert für Leipzig und Schkeuditz geschätzt, da für die Gemeindeteile Burghausen, Rückmarsdorf, Dölzig keine Angaben vorlagen.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung der Zentren in der Großstadtregion Leipzig 1989 bis 2000 (in %)



Quelle: staatliche Zentralverwaltung für Statistik 1990, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH

Die demographische Entwicklung in den 1990er Jahren zeigt, dass von einer *dezentralen Konzentration* (im Sinne des ‚Auffangens' von Bevölkerungsverlusten der Kernstadt) nur bei den (ausgewählten) suburbanen Zentren des 1. Ringes gesprochen werden kann. Keines der Mittelzentren (auch nicht Schkeuditz) konnte sich hier als Konzentrationspunkt der Bevölkerung im großstädtischen Umland profilieren. Die Anteilsverluste der Umlandzentren an der Bevölkerung des Umlandes machen hingegen deutlich, dass die Suburbanisierung sich, bis auf die o.g. Zentren des 1. Ringes, in Einwohnergewinnen vor allem der nichtstädtischen Gemeinden des Leipziger Umlandes widerspiegelt und damit eher dem Trend der Dezentralisierung entspricht.

3.2 Bevölkerungsprognose bis 2015

Um einen prognostischen Trend der demographischen Entwicklung dieser Zentrentypen zu ermitteln, wurde beim Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen eine *regionalisierte Bevölkerungsprognose* für die Gruppen der Städte des 1. und des 2. Ringes in Auftrag gegeben. Gegenwärtig werden von den Statistischen Landesämtern solche regionalisierten Prognosen nur mit einem Prognosehorizont bis 2015 gerechnet. Die Ergebnisse für die

kreisfreie Stadt Leipzig und die drei Umlandkreise konnten der Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen (Sonderheft Nr.1/2000) entnommen werden. Von den vier möglichen Szenarien wurde für die Städte des 1. und 2. Ringes nur die *optimistische Variante 1* gerechnet. Dies betrifft die Angleichung der Gesamtfruchtbarkeitsrate Sachsens bis 2005 an den Durchschnittswert von 1,4 des früheren Bundesgebietes, aber auch die aus der Ausgangslage (1995–1997) resultierenden optimistischen Annahmen bzgl. des gleichmäßigen Anstiegs der Wanderungssalden über die Landesgrenze und der Stadt-Umland-Wanderung, die gerade 1995–1997 ihren Höhepunkt hatte.

Nach der Prognose setzt sich die *grundsätzliche Differenzierung* zwischen den betrachteten Städtekategorien in den nächsten 15 Jahren fort, allerdings schwächen sich die Verluste gegenüber den 1990er Jahren ab. Die Kernstadt (Leipzig) verliert fast 10% Bevölkerung gegenüber 1999, auch die Städte des 2. Ringes verlieren weitere 6% ihrer Einwohner und in den suburbanen Zentren des 1. Ringes bleibt die Zahl der Einwohner etwa stabil **[Tab. 3]**. Auch die Umlandkreise müssen in ihrer Gesamtheit Bevölkerungsverluste von 3,6% hinnehmen, die maßgeblich durch die Mittelzentren des 2. Ringes (und die peripheren ländlichen Gemeinden) hervorgerufen werden. Daraus leitet sich ab, dass bei den optimistischen Annahmen auch in den nächsten 15 Jahren in der Großstadtregion nur von einer ‚relativen dezentralen Konzentration' gesprochen werden kann, an der nur die Zentren des suburbanen Raumes beteiligt sind.

Tabelle 3: Bevölkerungsprognose für Leipzig, die Städte des 1. und 2. Ringes und die 3 Umlandkreise von 1999 bis 2015

	BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG	
	Personen	**in %**
Leipzig	–43.700	–9,6
Städte 1. Ring	–600	–0,8
Städte 2. Ring	–6.200	–6,1
Städte 1. + 2. Ring	–6.800	–3,7
3 Umlandkreise	–15.000	–3,6

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH

Die generelle perspektivische Bevölkerungsentwicklung führt in den Umlandzentren (für Leipzig sind die Werte in der Publikation des Statistischen Landesamtes nicht enthalten) zu *erheblichen altersstrukturellen Transformationen* gegenüber der heutigen Situation. Sie sind im Einzelnen in der **Tabelle 4** und den **Abbildungen 3 und 4** dargestellt und lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Der Altersaufbau verschiebt sich deutlich zu Lasten der jüngeren Bevölkerung.
- Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (Altersgruppe zwischen 1–20 Jahre) und der Personen im jüngeren Erwerbsalter (20–35 Jahre) wird sich jeweils um ein Fünftel reduzieren. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung geht von jeweils etwa 20% auf 16% zurück.
- Die Zahl der Personen zwischen 35 und 65 Jahren bleibt etwa stabil. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung erhöht sich von 44% auf 46%.
- Die Zahl der Personen im Rentenalter steigt etwa um ein Fünftel, wobei besonders die Personenzahl über 75 Jahre überdurchschnittlich stark wächst. Der Anteil der Rentner steigt von 17% auf 22%.

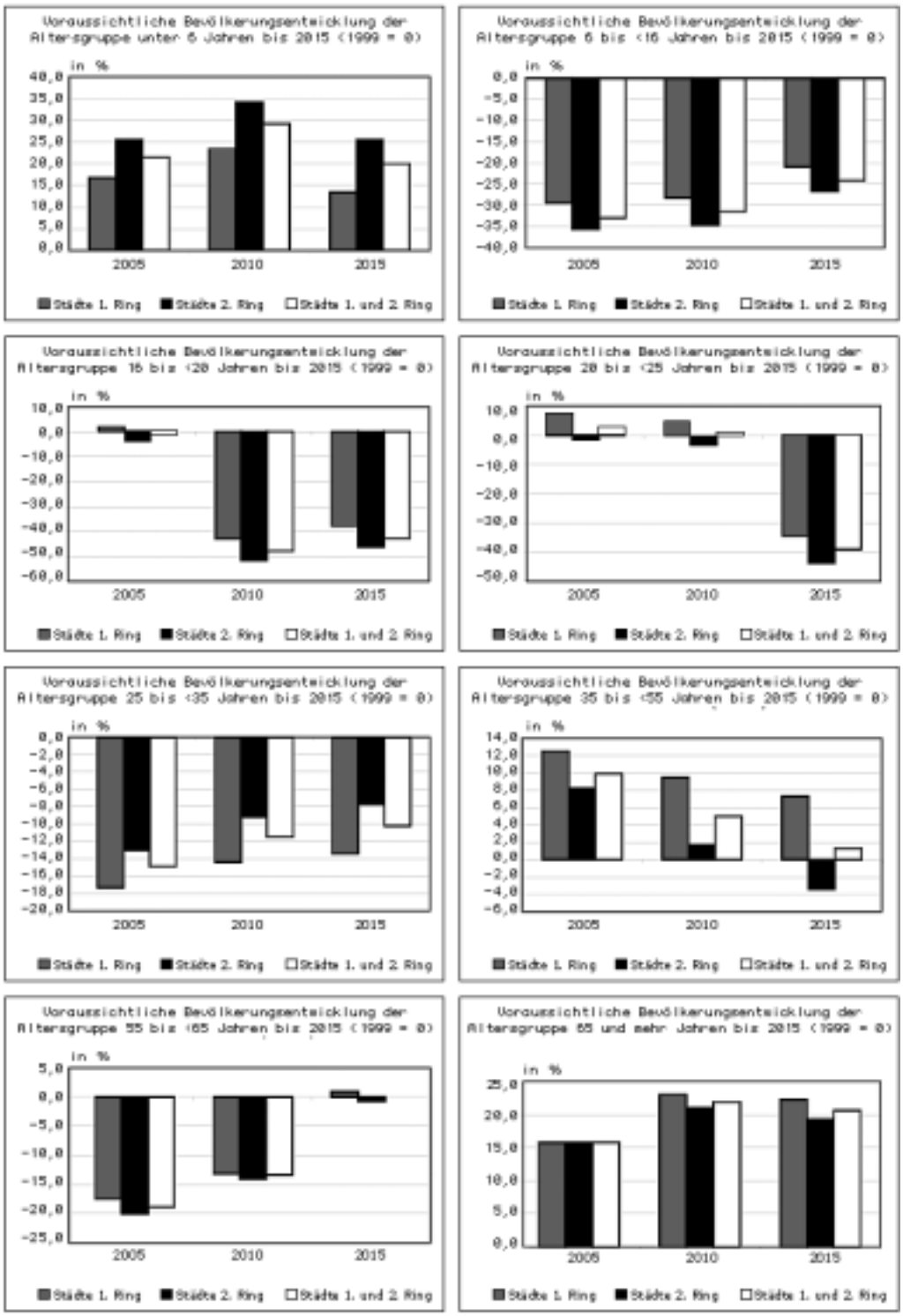
Dieser Alterungsprozess wird auch nach 2015 anhalten und sich bis 2030 sogar noch verstärken. Hieraus ergeben sich für den perspektivischen Zeitraum bis 2030 vielfältige neue Anforderungen an die Stadtentwicklung und Kommunalpolitik, die vom Bedarf an Kinder- und schulischen Einrichtungen über die Berufsausbildung und den Arbeitskräftenachwuchs, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen für Ältere, die Anforderungen an Wohnungen und Wohnumfeld (einschließlich Freizeit, Sport, Gesundheit, Kultur) bis zu den Kommunalfinanzen und den sich verändernden Kaufkraftbedingungen mit ihren Wirkungen auf die örtliche Wirtschaft reichen. Dieser Problematik ist im Rahmen der Leitbilderarbeitung ein besonderer Stellenwert beizumessen und sollte auch im Forschungsverbund mit den anderen Städten eine spezifische Thematik sein.

Tabelle 4: Regionalisierte Bevölkerungsprognose für Städtegruppen der Region Leipzig bis 2015

ALTERSGRUPPEN	EINWOHNER	EINWOHNERENTWICKLUNG GEGENÜBER 1999					
	1999	2005		2010		2015	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Teilregion 1 = Städte 1. Ring							
unter 6	2.988	+500	+16,7	+700	+23,4	+400	+13,4
6 bis < 16	8.151	–2.400	–29,4	–2.300	–28,2	–1.700	–20,9
16 bis < 20	3.970	+100	+2,5	–1.700	–42,8	–1.500	–37,8
20 bis < 25	4.081	+300	+7,4	+200	+4,9	–1.400	–34,3
25 bis < 35	10.410	–1.800	–17,3	–1.500	–14,4	–1.400	–13,4
35 bis < 55	23.234	+2.900	+12,5	+2.200	+9,5	+1.700	+7,3
55 bis < 65	12.088	–2.100	–17,4	–1.600	–13,2	+100	+0,8
65 und mehr	13.889	+2.200	+15,8	+3.200	+23,0	+3.100	+22,3
Insgesamt	**78.811**	**–300**	**–0,4**	**–700**	**–0,9**	**–600**	**–0,8**
Teilregion 2 = Städte 2. Ring							
unter 6	3.512	+900	+25,6	+1.200	+34,2	+900	+25,6
6 bis < 16	11.236	–4.000	–35,6	–3.900	–34,7	–3.000	–26,7
16 bis < 20	5.630	–200	–3,6	–2.900	–51,5	–2.600	–46,2
20 bis < 25	6.168	–100	–1,6	–200	–3,2	–2.700	–43,8
25 bis < 35	13.053	–1.700	–13,0	+1.200	–9,2	–1.000	–7,7
35 bis < 55	29.150	+2.400	+8,2	+500	+1,7	–1.000	–3,4
55 bis < 65	15.025	–3.000	–20,0	–2.100	–14,0	–100	–0,7
65 und mehr	17.112	+2.700	+15,8	+3.600	+21,0	+3.300	+19,3
Insgesamt	**100.886**	**–3.000**	**–3,0**	**–5.200**	**–5,2**	**–6.200**	**–6,1**
Teilregion 3 = Städte 1. + 2. Ring							
unter 6	6.500	+1.400	+21,5	+1.900	+29,2	+1.300	+20,0
6 bis < 16	19.387	–6.400	–33,0	–6.100	–31,5	–4.700	–24,2
16 bis < 20	9.600	–100	–1,0	–4.600	–47,9	–4.100	–42,7
20 bis < 25	10.249	+300	+2,9	+100	+1,0	–4.000	–39,0
25 bis < 35	23.463	–3.500	–14,9	–2.700	–11,5	–2.400	–10,2
35 bis < 55	52.384	+5.200	+9,9	+2.600	+5,0	+700	+1,3
55 bis < 65	27.113	–5.100	–18,8	–3.600	–13,3	±0	±0,0
65 und mehr	31.001	+4.900	+15,8	+6.800	+21,9	+6.400	+20,6
Insgesamt	**179.697**	**–3.300**	**–1,8**	**–5.800**	**–3,2**	**–6.700**	**–3,7**

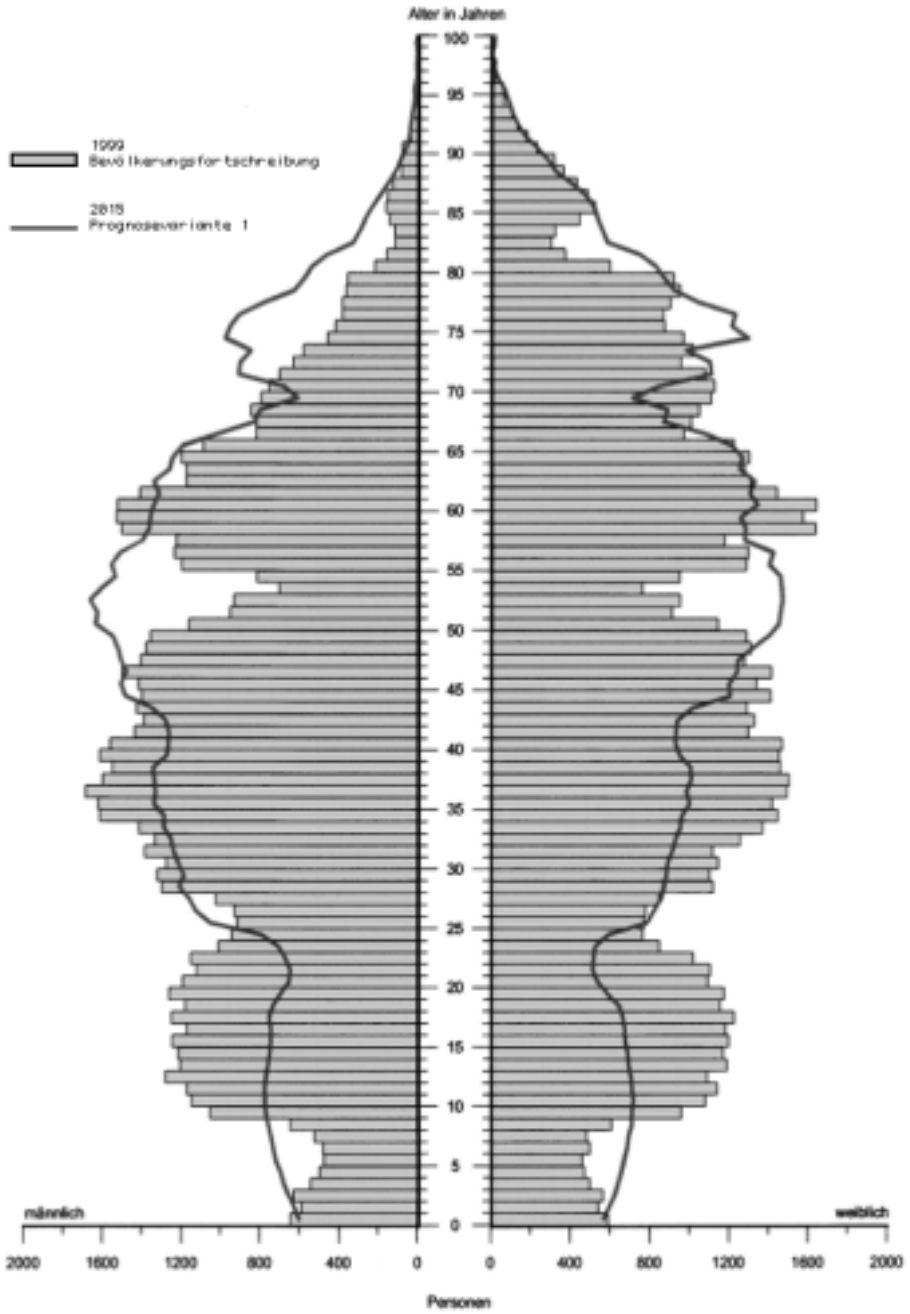
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH

Abbildung 3: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen bis 2015 (1999 = 0)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH

Abbildung 4: Bevölkerung der Region am 31.12.1999 und 2015 nach Alter und Geschlecht



Quelle: Bevölkerungsfortschreibung bzw. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2015

[...]

3.3 Arbeitsplatz- und Pendlerentwicklung

Von den im Oberzentrum Leipzig und in den zehn Umlandzentren lokalisierten 275.000 Arbeitsplätzen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort) konzentrieren sich 75% in der Kernstadt Leipzig. Dies unterstreicht die herausragende Stellung, die die Großstadt als regionaler Arbeitsplatzschwerpunkt auch im Zentrensystem der Region einnimmt.

Mit 11.200 Beschäftigten am Arbeitsort stellt Schkeuditz den mit Abstand wichtigsten Arbeitsplatzstandort unter den Umlandzentren der Stadtregion dar, und mit fast 600 Beschäftigten je 1.000 Einwohner hat das Mittelzentrum den *höchsten Arbeitsplatzbesatz* aller Städte der Region und nimmt damit auch unter den höheren Zentren Sachsens eine herausgehobene Stellung ein **[Tab. 5, Abb. 5]**. Auf 1.000 Einwohner entfallen in Schkeuditz über 200 Arbeitsplätze mehr als im Durchschnitt der zehn Umlandzentren und 100 mehr als in Leipzig. Damit erreicht Schkeuditz den höchsten Zentralitätswert bei den Arbeitsplätzen (relativer Pendlersaldo von 175%).

Tabelle 5: Arbeitsplatz- und Pendlerkennziffern der Stadt Schkeuditz im Zentrenvergleich 1981 und 1999 (Gebietsstand 01.01.2000)

Stadt	SVB[1*] am Arbeitsort		Arbeitsplatzbesatz[2*]		Pendlersaldo (Personen)		Pendlersaldo (relativ)[3*]	
	1981	1999	1981	1999	1981	1999	1981	1999
Schkeuditz	9.477	11.216	467	581	-1.270	+4.809	88,2	175,1
Markkleeberg	9.429	7.587	414	329	-2.814	-194	77,0	97,5
Markranstädt	5.320	4.591	427	356	-788	-265	87,1	94,5
Taucha	5.273	4.249	376	290	-2.269	-1.324	69,9	76,2
Zwenkau	5.165	2.965	494	332	-318	-327	94,3	90,1
Städte 1.Ring	**34.664**	**30.608**	**440**	**388**	**-7.459**	**+2.699**	**82,3**	**109,7**
Borna	13.729	6.423	566	315	+125	-797	100,9	89,0
Delitzsch	16.728	8.651	597	324	+1.228	-960	107,9	90,0
Eilenburg	12.757	5.827	569	309	+751	-426	106,2	93,2
Grimma	14.442	8.945	726	473	+3.412	+2.108	130,9	130,8
Wurzen	13.726	5.856	697	364	+2.711	-86	124,6	98,6
Städte 2.Ring	**71.382**	**35.702**	**625**	**354**	**+8.227**	**-161**	**113,0**	**99,6**
Leipzig	351.526	208.474	575	422	+18.855	+37.422	105,7	121,9
Städte 1. + 2.Ring	**106.046**	**66.310**	**549**	**369**	**+768**	**+2.538**	**100,7**	**104,0**
Städte insgeamt	**457.572**	**274.784**	**569**	**408**	**+19.626**	**+39.960**	**104,5**	**117,0**

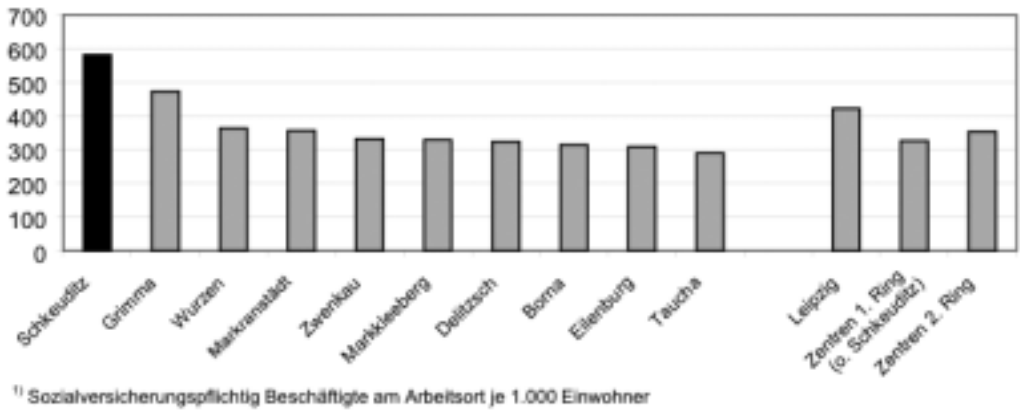
1*) Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte

2*) Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort je 1.000 Einwohner

3*) SVB Ao x 100 / SVB Wo

Quelle: Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1981; Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH

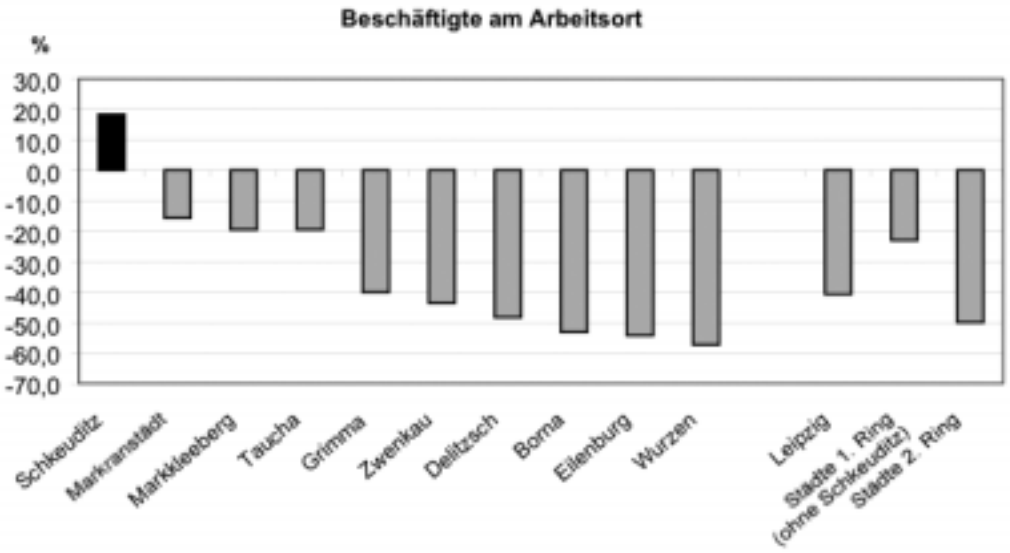
Abbildung 5: Arbeitsplatzbesatz der Zentren in der Großstadtregion Leipzig 1999 Arbeitsplatzbesatz (30.06.1999)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH

Bei der Arbeitsplatzentwicklung passt die Stadt Schkeuditz keinesfalls in das generelle Bild der ostdeutschen Entwicklung. Gegenüber den 1980er Jahren hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt, obwohl sie auch damals schon ein bedeutender regionaler Standort war, um 1.700 (+18%) erhöht. Auf der anderen Seite sind in den betrachteten Städten der Großstadtregion Leipzig in den 1990er Jahren über 180.000 Arbeitsplätze verlorengegangen (–40%). Dieser Arbeitsplatzabbau war in den Städten des 2. Ringes mit –50% und im Oberzentrum Leipzig mit –40% relativ am höchsten. Die suburbanen Zentren des 1. Ringes (außer Schkeuditz) verloren ‚nur' knapp 22% der Arbeitsplätze. [Abb. 6]

Abbildung 6: Veränderung der Beschäftigtenzahl der Stadt Schkeuditz im Zentrenvergleich 1981–1999



Quelle: Volks-, Berufs-, Wohnungen- und Gebäudezählung 1981, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, eigene Berechnungen USBECK GmbH

Bezogen auf 1.000 Einwohner gibt es heute in Schkeuditz über 100 Arbeitsplätze mehr als Ende der 1980er Jahre, in den übrigen Städten des 1. Ringes sind es 100, in Leipzig 150 und in den Städten des 2. Ringes sogar 270 weniger. In diesem allgemeinen Schrumpfungsprozess stellen Schkeuditz und die suburbanen Zentren bei der Arbeitsplatzentwicklung somit Orte einer ‚relativen dezentralen Konzentration' dar.

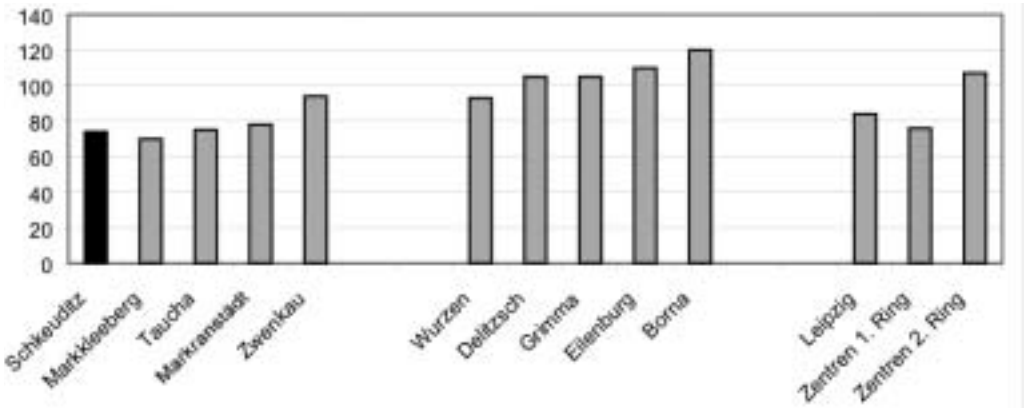
Die Differenzierung spiegelt sich auch in der Arbeitsmarktsituation der Zentren wider [Abb. 7]. Bezogen auf 1.000 Einwohner haben Schkeuditz und die suburbanen Zentren zehn Arbeitslose weniger als Leipzig und 30 weniger als die Zentren des 2. Ringes.

Die dynamische Arbeitsplatzentwicklung von Schkeuditz führte dazu, dass sich die Stadt von einem Auspendlerort (negativer Pendlersaldo von –1.300 Personen) zu einem *regionalen Einpendlerzentrum* mit einem Einpendlerüberschuss von +4.800 Personen gewandelt hat. Mit 8.500 Einpendlern wird mehr als das Doppelte der durchschnittlichen Einpendlerzahl der Umlandzentren erreicht. Drei von vier Arbeitsplätzen der Stadt werden von Einpendlern besetzt [Abb. 8].

Gegenüber allen Zentren, auch Leipzig und Halle, ist der Pendlersaldo positiv. Der Einzugsbereich ist weit über den traditionellen Wechselpendlerbereich Leipzig–Schkeuditz hinausgewachsen und umfasst alle Zentren der Region und das ländliche Umland [Abb. 9]. Es ist allerdings unverkennbar, dass die Intensität der Beziehungen jenseits der Landesgrenze, mit Ausnahme von Halle und den direkten Umlandgemeinden, spürbar nachlässt.

Hier wirkt noch heute die ehemalige Bezirks- und jetzige Landesgrenze als Pendlerscheide nach.
Auch die übrigen Zentren des 1. Ringes haben in der Summe ihren Pendlersaldo gegenüber den 1980er Jahren um ca. 4.000 Personen verbessern können, wenn auch keines einen Einpendlerüberschuss erreicht. Anders ist die Situation bei den Städten des 2. Ringes. Aus Einpendlerzentren für ihr ländliches Umland sind sie, bis auf Grimma, zu Auspendlerorten (mit starker Orientierung auf Leipzig) geworden. Der Pendlersaldo hat sich um über 8.000 Personen verschlechtert. Damit sind sie in ihrer Stellung als Arbeitsplatzzentren auch für ihr ländliches Umfeld erheblich geschwächt und wirken in der Arbeitsplatz- und Pendlerentwicklung der 1990er Jahre bisher in keiner Weise (Ausnahme Grimma) als Kristallisationskerne oder Standorte der dezentralen Konzentration im weiteren Umland der Großstadt.

Abbildung 7: Arbeitslosigkeit in den Zentren der Großstadtregion Leipzig (31.12.2000), Arbeitslose je 1000 Einwohner



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen USBECK GmbH

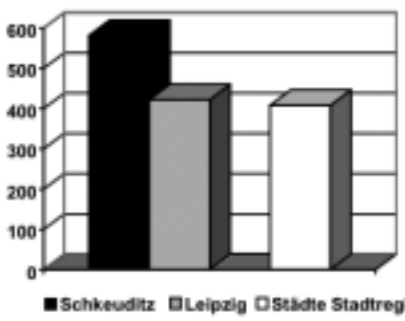
Abbildung 8: Schkeuditz als Arbeitsplatzstandort in der Region Halle/Leipzig

11.200 Arbeitsplätze in der Stadt
davon: 2.7000 von Schkeuditzer Bürgern besetzt
8.500 Einpendler

6.400 sozialversicherungspflichtige beschäftigte Einwohner
davon: 2.700 in Schkeuditz beschäftigt
3.700 Auspendler

	Wichtigste Herkunftsorte der Arbeitskräfte (Einpendler)	Wichtigste Arbeitsorte der Auspendler
1. Leipzig	3.616	2.252
2. Halle	446	142
3. Delitzsch	276	95
4. Ermliltz	153	71
5. Wiedemar	129	47
4. Ermliltz	153	71
5. Wiedemar	129	47

Arbeitsplätze je 1000 Einwohner 1999

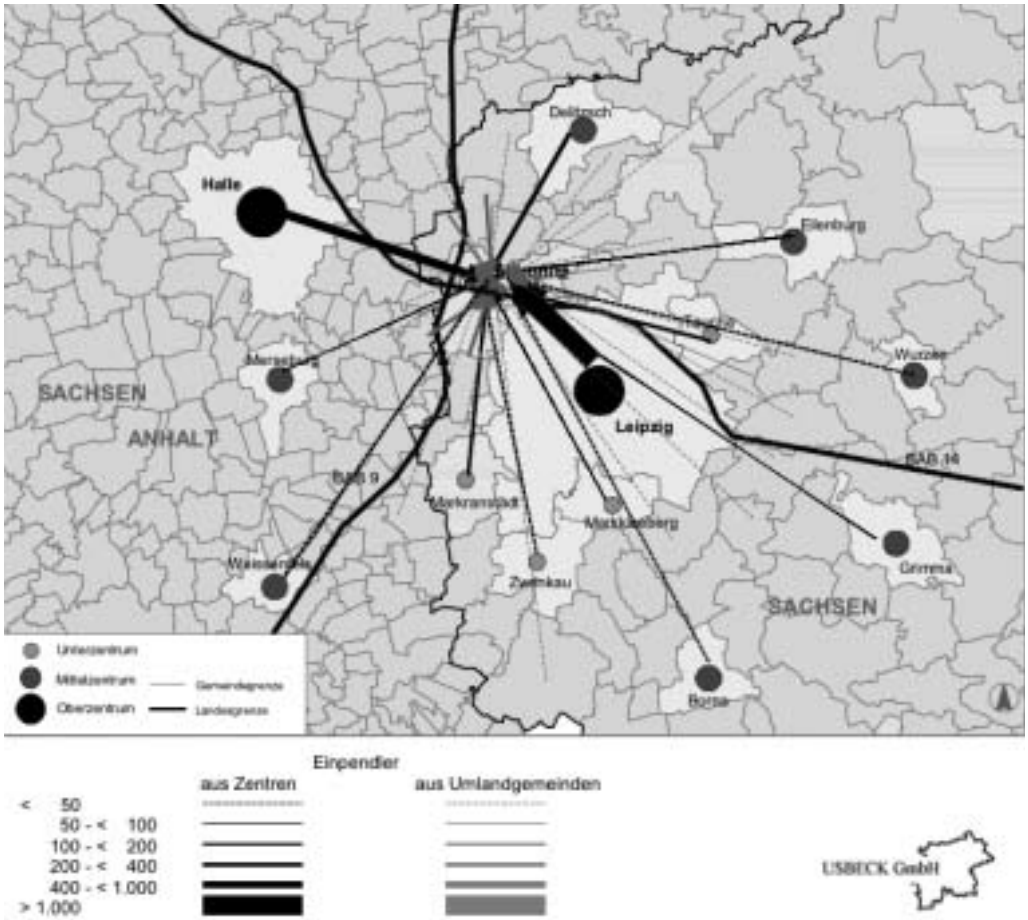


Veränderung Zahl der Arbeitsplätze 1989 - 1999

	insgesamt	je 1.000 EW
Schkeuditz	+1.700	+114
Leipzig	-143.000	-153
Städte Stadtregion Leipzig	-183.000	-161

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen USBECK GmbH

Abbildung 9: Einpendlerströme nach Schkeuditz aus den Städten und Gemeinden der Region 1999 (20 und mehr Personen)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen USBECK GmbH

4. ZUSAMMENFASSUNG

Zusammenfassend kann aus dem Zentrenvergleich in der Großstadtregion Leipzig anhand demographischer, Arbeitsplatz- und Pendlerindikatoren über die 1990er Jahre folgende generelle Einschätzung abgeleitet werden:

- In einem generellen Prozess mit starken Einwohner- und Arbeitsplatzverlusten in der Gesamtregion und den Zentren stellen sich die suburbanen Zentren um die Großstadt Leipzig als Standorte der (relativen) *dezentralen Konzentration* dar. Die Mittelzentren des 2. Ringes konnten eine solche Funktion bisher nicht ausfüllen, sondern mussten, wie auch die Kernstadt, mehr oder weniger starke Bedeutungsverluste als Konzentrationspunkte von Bevölkerung und Arbeitsplätzen hinnehmen.
- Die Städte des 1. Ringes sind als Wachstumsknoten und Standorte der dezentralen Konzentration differenziert einzuschätzen.

Die Stadt Schkeuditz stellte in den 1990er Jahren den Wachstumsknoten im wirtschaftlichen Bereich dar. Als einzige konnte sie ihre Arbeitsplatzzahl erhöhen und hat sich zum bedeutenden Einpendlerzentrum im Raum Halle/Leipzig entwickelt, das als Mittelzentrum sogar einen Einpendlerüberschuss gegenüber den beiden Oberzentren erzielt. In der demographischen Entwicklung gehören von den suburbanen Zentren die Städte Markkleeberg, Markranstädt und Taucha zu den Wachstumsknoten aufgrund der Gewinne aus der Stadt-Umland-Wanderung. Bei Schkeuditz führen trotz der in den letzten Jahren leicht positiven bzw. ausgeglichenen Wanderungssalden, die Sterbefallüberschüsse zu Bevölkerungsverlusten.

Es ist davon auszugehen, dass der absolute Bevölkerungszuwachs in den Städten des 1. Ringes wegen deutlich veränderter Rahmenbedingungen sich in dieser Größenordnung nicht fortsetzen wird.
Für Schkeuditz bedeutet das, wenn keine externen Faktoren zu einer höheren Zuwanderung führen, einen weiteren Bevölkerungsverlust, allerdings mit sich verschlechternden Altersstrukturen. Das Bearbeiterteam ist zu der Auffassung gelangt, dass der Problemkreis ‚Demographischer Wandel und Konsequenzen für die Stadtentwicklung' in den nächsten Monaten einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf.
Darüber hinaus wollen wir mit den Zentren der Region und den Umlandgemeinden in einen Diskussionsprozess treten bzw. diesen wieder aufnehmen, in dem vor allem Erfahrungen der Stadtentwicklung ausgetauscht und Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit auch über die Landesgrenze hinweg beraten werden sollen.

Vortrag auf dem Forschungsworkshop *Entwicklung kleiner und mittlerer Zentren im suburbanen Raum – Einordnung des Mittelzentrums Schkeuditz* im Rahmen des Forschungsprojektes *Stadt 2030* des bmb+f, 6. Dezember 2001 in Schkeuditz

LAUTER LEUCHTTÜRME
Perforationslandschaft Leipzig-Plagwitz

Wolfgang Kil (2003)

Die Idee war genial: Mitten im tiefsten Leipziger Industrierevier, dem leider unlängst die Industrie abhanden gekommen war, wurde mangels Aussicht auf Besserung auf einer großen Brachfläche einfach Weizen ausgesät. An der Stelle hatte bis 1990 eine Fabrik für Ackergeräte gestanden. Jetzt, da von der nicht mal mehr die Fundamente im Boden steckten, war die Zukunft des Ortes wieder völlig offen, eine ‚Rückkehr der Natur' inbegriffen. Weil die Aktion im Jahr 2000 stattfand, tauften die Initiatoren von der stadtbekannten *Schaubühne Lindenfels* ihren Weizenacker offiziell das *Jahrtausendfeld*.

Das war das Jahr, in dem Leipzig-Plagwitz als externer Standort der *EXPO 2000* Furore machte. Überall im Viertel sprossen damals die Ideen buchstäblich aus dem Sand der hektarweit abgeräumten Industrieareale. In einem Technik-Museum namens *Garage* wurde speziell Jugendlichen vorgeführt, wie ‚Arbeit' (d.h. vornehmlich Maschinenbau) in diesem Leipziger Stadtteil früher einmal ausgesehen hat. ‚Neue Arbeit' sollte sich im Gründerzentrum BIC (*Business Innovation Center*) ausprobieren, einem Neubau vollgestopft mit Hightech, Kommunikations- oder Webdesign und wie die Zukunftsbranchen alle heißen. In Erwartung demnächst einsetzender Kundenströme wurde gleich noch eine stählerne Hochgarage dazugeklotzt, ein groteskes Relikt aus Zeiten allgemeiner Parkplatznot. Zwischen all den Inseln sporadischer Betriebsamkeit steckten experimentierfreudige Landschaftsarchitekten auf einem der vielen leer gebliebenen Karrees *Parzellen im Wartestand* ab, eingehegt von Weidenzweigen und ausgelegt mit dem Ziegelsplitt zerschredderter Fabriken. Direkt vor Fritz Högers beeindruckender Konsum-Zentrale war aus den Gleisflächen eines alten Verladebahnhofs ein Stadtteilpark mit Ausstellungsschuppen geworden. Auf dem Karl-Heine-Kanal, den man inzwischen auf einem Radweg durch seine Plagwitzer Mäander begleiten konnte, wurde die *Völkerfreundschaft*, ein lustiges Dampferchen, für sommerliche Routen in Dienst gestellt. Für Architekten, Planer und Umweltpolitiker unverkennbar, grüßte aus nebelhafter Ferne die IBA *Emscher Park*. Dort hatten sie mit den ästhetischen Strategien der „Industrienatur" nach neuen Stadtbildern „jenseits der Arbeitswelt" gesucht. Nun galt es erneut, der Phantasie an die Macht zu verhelfen, nur diesmal noch verschärfter – nicht für das postindustrielle Experiment, sondern für den Ernstfall Deindustrialisierung. Nur konsequent also, aus Plagwitz ein *EXPO*-Thema zu machen, wo schroff wie sonst nirgends Mietskaserne, Industriekulisse und Prärie aufeinander trafen. In keiner deutschen Stadt versprach alles so spannend zu werden wie hier.

Heute, drei Jahre später, ist der Schuppen im Stadtteilpark wieder nichts als ein Schuppen. Das *Jahrtausendfeld* ist kahl und eingezäunt, ein Kinderzirkus nutzt jetzt den Platz. Noch immer kann es in manchen Seitenstraßen gruselig werden, wenn der Wind durch tote Werkhallen und leere Mietshäuser pfeift. Die Hochgarage steht unverändert da wie auf einem Gemälde von de Chirico. Alle haben auf den Aufschwung sehr gehofft. Die aus zahllosen Töpfen üppig geförderten Initiativen sollten endlich Früchte tragen. Als Gipfel der Zuversicht hatte ein bayerischer Investor furiose Panoramen einer *Skyscraper-City Plagwitz* in die Presse lanciert. Immerhin blieb er dem Ort treu und brachte später seine Oldtimer-Sammlung hierher, um sie in einer stillgelegten Fabrik für Eintrittsgeld vorzuführen. Auf ein Nachbardach ließ er eine echte IL 18, also ein viermotoriges Verkehrsflugzeug einschweben. Doch leider steht die Halle darunter auch wieder leer. Vom gärtnerischen

Experiment der Splittparzellen sind im wuchernden Kraut nur noch Schemen zu erkennen. Aber immerhin, auf Natur ist Verlass: Die Weidenstämmchen haben kräftig ausgeschlagen. Und das *Stelzenhaus* ist wieder in Betrieb.
Auch dieser rätselhafte Bau war im *EXPO*-Programm nichts als ein Versprechen gewesen, ein ehemaliges Wellblech-Walzwerk, dessen zwei Hallen über das steile Kanalufer hinaus ragen, von hundert dicken Betonpfeilern empor gestemmt. Elf Wohn- und Gewerbeeinheiten hat ein risikofreudiger Entwickler durch Umbau der seit 1990 leer stehenden Industriehülle gewonnen und erfolgreich vermarktet. Das auf halber Böschungshöhe zwischen die ‚Stelzen' gehängte Restaurant mit schönem Blick auf den Kanal hat, wie man hört, sich als gefragte Adresse bereits etabliert.
„Die Lektion Plagwitz ist auch das ‚Prinzip Hoffnung'", hatten die Architekten zu Baubeginn sich und allen Beteiligten Mut zugeredet. Als erste Neunutzer sind sie dann mit ihrem Büro in ein Segment der umgebauten Hallen gezogen. Wer Gabriele Weis und Gunnar Volkmann dort besucht, tritt in jenes merkwürdige Dämmerlicht ein, wie es alten Werkhallen stets unverkennbar eigen ist. Über die nach letztem Stand der Technik ausgestatteten Arbeitsplätze hinweg streift der Blick alte Brandschutztüren, eiserne Treppen, die filigran verspannte Tragkonstruktion des dünnen Daches. Sogar alte Schilder hängen noch da, einst Ermahnungen und Fingerzeige in einem lauten und schmutzigen Arbeitsprozess, den von den heute hier Beschäftigten keiner mehr aus eigenem Erleben kennt.
„Die respektvolle Umsetzung des Vorgefundenen in zukunftsfähige Ideen wird den Stadtteil Plagwitz ähnlich dynamisieren wie beispielsweise München-Schwabing oder London Docklands." So hoffte noch der Investor in seinem Prospekt und schaffte es, sein *Stelzenhaus* auf Anhieb unter die prominenten Leipziger Adressen zu hieven. Noch so eine Attraktion, von denen es inzwischen genügend gibt im alten Plagwitzer Industriedelta: säuberlich aufgearbeitete Gewerbeoldtimer hier, gemäßigt mutige Neubauten dort. Die Konzepte klingen alle irgendwie ähnlich. Gerade wo sie ‚Kreativität' betonen, sind sie so konventionell, wie Ämter und professionelle Förderagenturen halt nur denken können: *High-Tech* ist Trumpf, Jugend wird bevorzugt, Computer vorausgesetzt. Lauter Leuchttürme. Bloß keine Schiffe.
Auf dem Fußgängersteg schlendern zwei Frauen und ein Kind über den Kanal, das übliche Verkehrsaufkommen an einem Werktag wie heute. „Von Entwicklungsdruck", stellt Gunnar Volkmann fest, „kann in Plagwitz auf Grund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine Rede sein. Insofern können die Dinge noch eine Weile bleiben, wie sie sind." Das sind neue Töne in Leipzig, wo man sich , zumindest in Rathausnähe, immer noch gern als *Boomtown* aufführt. Ob jahrelanges Leben und Arbeiten hier in der schütter gewordenen Gegend solche Gelassenheit wachsen lassen? Er beobachte, sagt der Architekt, wie sein Lebensrhythmus sich den merkwürdigen Verhältnissen aus Leere, Stille und Beschaulichkeit offenbar anpasse. Inzwischen könne er diesen neuen Typus von „verhaltener Urbanität" regelrecht genießen, mit viel Himmel und wenig Hektik: „Das ist doch auch eine Form von Lebensqualität." Er freut sich auf den Sommer, wenn unten vor dem Stelzenhaus die Boote anlegen und Radfahrer den Biergarten an der Kaimauer bevölkern. Kein Zweifel, alle haben ihr Bestes gegeben. Doch kein „perforierter" Stadtteil kommt von allein auf die Beine, bloß weil unser Urbanitätsideal sich das so wünscht. Deshalb wird das Schicksal von Plagwitz sich weniger an neuen Häusern oder genialen Geschäftsideen entscheiden als vielmehr an Leuten, die einen neugierigen, phantasiebereiten, vor allem aber positiven Zugang finden zu dem Zustand, wie er jetzt ist. Nur die beherrschen vielleicht jene neue Kunst, die städtische Schrumpfungsprozesse manövrierbar und für die Betroffenen erträglich macht: Das *Wenigerwerden* darf nicht allein auf irgendein *Wegnehmen* reduziert werden, vielmehr muss man das ‚Andere' herausfinden, das in dem ‚Weniger' steckt. Dieses ‚Andere' gilt es zu thematisieren, womöglich als ‚Gewinn höherer Ordnung'. Nur so wird die Krise zur Chance.

Und auf eine merkwürdige Art heiter verlässt man diesen Platz. Vielleicht sollten wir einfach mal gucken gehen, ob demnächst wieder Halme sprießen auf dem *Jahrtausendfeld*. Gerade weil all die lauschigen IBA- und *EXPO*-Träume für den wahren Ernstfall wohl doch nicht beschaffen waren, steht uns hier – zwischen Mietskaserne, Industriekulisse und Prärie – die eigentlich spannende Phase überhaupt erst bevor.

Veröffentlicht in: *Deutsches Architektenblatt* Nr. 4/2003

SEGREGATION UND GENTRIFICATION IN DER SCHRUMPFENDEN STADT

Eine Längsschnittbetrachtung in Leipziger Altbauvierteln

André Hill und Karin Wiest (2003)

Das Phänomen der Bevölkerungsschrumpfung und damit eng verknüpft das des Wohnungsleerstandes wird aktuell in Wissenschaft, Planungspraxis, aber auch in den täglichen Medien vielfältig diskutiert. Dabei wird der Fokus vor allem auf die gesamtstädtische bzw. die regionale Dimension gelegt. Betrachtet man schrumpfende Städte auf kleinräumiger Ebene, kann man feststellen, dass Schrumpfung und Wohnungsleerstand innerhalb der Städte nicht gleichförmig identifizierbar sind. Vielmehr lässt sich ein enges Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum beobachten. In der wissenschaftlichen Diskussion fehlen bislang Erkenntnisse zu den kleinräumigen Differenzierungen, d.h. zu Segregation und Gentrification[1], die sich im Rahmen einer gesamtstädtischen Schrumpfung vollziehen, sowie zu den soziokulturellen Hintergründen und den Trägern dieser Prozesse. Im Rahmen eines von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) finanzierten Projektes wurde am Beispiel innenstadtnaher, gründerzeitlicher Wohngebiete in der Stadt Leipzig untersucht, ob und in welcher Form sich seit der Wende eine Auflösung bestehender Bewohnerzusammensetzungen vollzogen und eine Um- bzw. Neubewertung der Wohnstandorte stattgefunden hat. Dabei stand die Suche nach Segregationsmustern und punktuellen Gentrifizierungen im Mittelpunkt des Interesses. Das Forschungsvorhaben baut auf einer Untersuchung aus den Jahren 1994 bis 1996 auf, in der die sozialen, funktionalen und baulichen Strukturen dreier Leipziger Altbauquartiere einer detaillierten Analyse unterzogen wurden. Durch die Gegenüberstellung der Mitte der 1990er Jahre erhobenen Daten mit neuem Datenmaterial aus dem Jahr 2002 lassen sich wichtige Entwicklungsphasen der Wohngebiete nach der deutschen Vereinigung erkennen. Der Vergleich der Untersuchungsgebiete soll eine möglichst differenzierte Beurteilung der Prozesse in den innerstädtischen Gebieten ermöglichen. Neben der statistisch-quantitativen Erfassung des Wandels wurde sozio-kulturellen Ursachen der Auf- und Abwertung von Stadtgebieten anhand wahrnehmungsgeographischer und qualitativer Methoden nachgegangen.

DER VERLAUF VON STADTTEILKARRIEREN SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG — DREI FALLBEISPIELE AUS LEIPZIG

Die Altbaugebiete ostdeutscher Städte hatten in den 1990er Jahren, aber auch bereits vor der Wende mit extremen Bevölkerungsverlusten zu kämpfen. Bis etwa 1997 ist die starke Abwanderung in das Umland (Wohnsuburbanisierung) bzw. in Richtung Westdeutschland (arbeitsmarktbedingte Abwanderung) charakteristisch. Die Selektivität dieser beiden Wanderungsprozesse führt zu einer ersten, aber noch verhaltenen Entmischung der bestehenden Sozialstrukturen, wobei alle innerstädtischen Viertel nahezu gleichförmig von diesen Prozessen betroffen sind. Eine neue Dynamik erfährt die Stadtentwicklung ab 1997 mit dem Wechsel vom Vermieter- zum Mietermarkt. In einigen Altbaubeständen sind nun wieder deutliche Einwohnerzuwächse zu beobachten, in anderen überwiegt dagegen weiterhin Stagnation bzw. Abwanderung. Aufgrund des gestiegenen Angebotes an innerstädtischem Wohnraum und sinkender Mietpreise verstärkt sich die innerstädtische Umzugsmobilität. Die Selektivität dieser Umzugsbewegungen beschleunigt die sozialräumliche Entmischung (Wießner 2002, S. 49f). Es kristallisieren sich in den innerstädti-

schen Altbaugebieten seit 1997/98 zunehmende Unterschiede zwischen einzelnen Wohnlagen und ein enges Nebeneinander von sozialen, funktionalen und baulichen Auf- und Abwertungsprozessen heraus. Bei den betrachteten Wohnvierteln in Leipzig handelt es sich um Gebiete in gründerzeitlicher Blockrandbebauung, die alle etwa ein bis zwei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt liegen und sich folgendermaßen charakterisieren lassen:

1. Der Untersuchungsraum Waldstraßenviertel, westlich des Zentrums gelegen, zeichnet sich durch seine Nähe zu innerstädtischen Grünflächen und durch eine besonders repräsentative, geschlossene Bausubstanz aus. Vor allem der Status eines Denkmalschutzgebiets hat den Bekanntheitsgrad und das positive Image des Gebietes erhöht. Bis Mitte der 1990er Jahre wurde in der Öffentlichkeit davon ausgegangen, dass das Viertel rasch unter starken Investitionsdruck geraten würde.
2. Der Teilraum Neustädter Markt/Volkmarsdorf im Osten Leipzigs war bereits Anfang der 1990er Jahre durch hohen Leerstand gekennzeichnet. Hier handelt es sich um ein traditionelles Arbeitergebiet, das im Zuge der Industrialisierung schnell und in einfacher Bauweise für die zuziehende Arbeiterschaft angelegt wurde. In der DDR bestehende Pläne, das Gebiet abzureißen, wurden nicht mehr umgesetzt. Das Gebiet wurde 1992 als erstes Sanierungsgebiet der Stadt Leipzig ausgewiesen und ist seit 1999 Teil des Programmgebietes *Soziale Stadt*.
3. Die innere Südvorstadt lässt sich hinsichtlich ihrer baulichen Strukturen sowohl durch äußerst repräsentative Gebäude als auch durch klassische Blockrandbebauung charakterisieren. Der südliche Teil des Untersuchungsraumes ist seit 1994 Sanierungsgebiet. Von Bedeutung sind die Nähe zu Fachhoch- und Hochschulen sowie die Nähe zur städtischen Grünachse (Auewald).

Abbildung 1: Lage der Untersuchungsgebiete in Leipzig

Auf- bzw. Abwertungsprozesse in den Untersuchungsgebieten wurden quantitativ über den Vergleich der baulichen, funktionalen und sozialen Strukturen im Jahr 1994 und im Jahr 2002 erfasst. Unter diesen Aspekten werden die Entwicklungen in den einzelnen Gebieten nachfolgend kurz charakterisiert und einander gegenüber gestellt.

BAULICHE VERÄNDERUNGEN: INDIKATOR FÜR RENDITEERWARTUNGEN UND INVESTITIONSINTERESSEN

Bis etwa 1997 führten die massiven Förderungen durch die öffentliche Hand und die hohen Renditeerwartungen in allen Leipziger Gründerzeitgebieten zu einem ähnlichen Ausmaß der Sanierungstätigkeit. So lag der Sanierungsstand im Jahr 1994 in allen Gebieten bei knapp 20%, im Jahr 1997 bei circa 60%. Diese Situation ändert sich ab 1997 mit dem wachsenden Bewusstsein, Überkapazitäten im Wohnungsbau geschaffen zu haben. Sanierungsinvestitionen werden zunehmend selektiv nach marktwirtschaftlichen Kriterien wie Lage, Sanierungsaufwand sowie Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes vorgenommen. Dass in den Untersuchungsgebieten Südvorstadt und Waldstraßenviertel eine Erneuerung der unsanierten Bausubstanz nach 1997 weiterhin stattfindet, am Neustädter Markt dagegen nahezu ausbleibt, spiegelt sich in den erheblichen Unterschieden im Sanierungsstand der Gebiete wider.

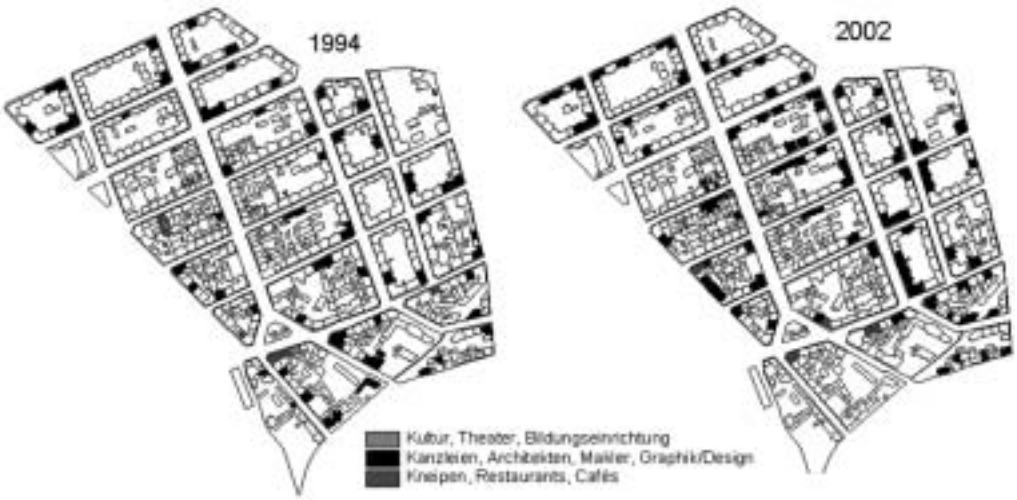
Verglichen mit der Situation aller Leipziger Altbauviertel (74%[2]) ist die bauliche Aufwertung im Waldstraßenviertel und in der Südvorstadt überdurchschnittlich weit fortgeschritten (jeweils ca. 80%), am Neustädter Markt hingegen hinter der gesamtstädtischen Entwicklung zurückgeblieben (65%). Dem entsprechen die unterschiedliche Qualität des vorhandenen Gebäudebestandes in den drei Gebieten sowie die Höhe der Sanierungsinvestitionen.

VERÄNDERUNGEN DER BETRIEBSSTRUKTUREN: FUNKTIONALE SPEZIALISIERUNGEN UND VERSORGUNGSFUNKTION

Funktionale Aufwertungen spiegeln sich besonders im Zuwachs hochrangiger und spezialisierter Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe im Wohngebiet wider. In den Untersuchungsräumen ist der Bedeutungsverlust des Einzelhandels[3] und der klassischen Handwerksbetriebe[4] ein gemeinsames Merkmal der gewerblichen Entwicklung. Darüber hinaus haben sich in den Gebieten seit den Erhebungen im Jahr 1994 unterschiedliche Funktionsschwerpunkte herausgebildet:

Das Waldstraßenviertel konnte seine Bedeutung als Standort der (gehobenen) Dienstleistungen ausbauen und festigen. Aufgrund der Ansiedelung weiterer Rechtsanwaltskanzleien, Steuerberater, Makler und Betriebe der Versicherungsbranche wie auch durch einen Zuwachs bei den ‚neuen' Dienstleistungen (Werbung, Design) hat sich der Umfang an Dienstleistungsbetrieben im Quartier erkennbar erhöht. [Abb. 2 und Tab. 1]

Abbildung 2: Nutzungswandel im Waldstraßengebiet



Quelle: eigene Erhebungen 1994 und 2002

Tabelle 1: Kanzleien, Architekten, Makler etc. im Einzelnen:

	1994	2000	2002
Steuer- u. Wirtschaftsberater, Consulting, Unternehmensber.	13	24	31
Rechtsanwälte, Notare	10	29	26
Architektur- u. Planungsbüros	44	21	15
Grafik, Design, Werbung, Verlage, multimedia, Internet	6	16	21
Makler, Immobilien, Vermittlungen	30	44	32

Quelle: eigene Erhebungen 1994 und 2002

In der Südvorstadt kann ebenfalls eine relative wie absolute Zunahme im Dienstleistungssektor festgestellt werden. Ähnlich zu den Entwicklungen im Waldstraßenviertel ist das Wachstum auf das erweiterte Angebot an Rechtsanwaltskanzleien, Steuerberatern und Maklerbetrieben zurückzuführen. Dienstleistungsbranchen wie Versicherung, Werbung und Design, die im Waldstraßenviertel ein Wachstum zu verzeichnen hatten, konnten im Süden zwar nicht zulegen, allerdings den status quo von 1994 behaupten. Prägend und charakteristisch für das Viertel aber sind die gastronomischen Einrichtungen, die sich vor allem entlang der Karl-Liebknecht-Straße etabliert haben. Gegenüber der Situation im Jahr 1994 hat sich das Angebot im Quartier mit 35 gastronomischen Betrieben mehr als verdoppelt. Zielgruppen sind junge, zumeist studentische Bevölkerungsgruppen.

Ein anders gearteter Prozess ist am Neustädter Markt erkennbar. Hier hat ein flächendeckender, alle privatwirtschaftlichen Branchen betreffender Schrumpfungsprozess eingesetzt. Charakteristisch ist zudem der überdurchschnittlich hohe Leerstand von Ladenlokalen, der hier mit 25% etwa doppelt so hoch liegt wie im Waldstraßengebiet (10%) und in der Südvorstadt (13%). Einen überproportionalen Rückgang gibt es bei Einzelhandelsgeschäften mit Gütern des längerfristigen Bedarfes. Einziger Bereich, der an Bedeutung gewonnen hat, sind sozialstaatliche Einrichtungen der öffentlichen Hand, Bildungseinrichtungen wie auch Einrichtungen zur (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosigkeit Betroffener in den ersten Arbeitsmarkt.

WOHNUNGSLEERSTAND: INDIKATOR FÜR DIE INTENSITÄT DER WOHNUNGSNACHFRAGE

Typisches Charakteristikum schrumpfender ostdeutscher Städte ist der Wohnungsleerstand, der sich zum Gradmesser für die Attraktivität von Wohnstandorten entwickelt hat. Bei der Betrachtung der drei Untersuchungsgebiete ergeben sich deutliche Unterschiede. [Tab. 2]

Tabelle 2: Wohnungsleerstand in den Untersuchungsgebieten 2002 und im Altbaubestand der Stadt Leipzig 2000 in Prozent

	Neustädter Markt	Südvorstadt	Waldstraßenviertel	Leipzig
aktiver Leerstand	31	13	17	21
Leerstand insgesamt	51	23	30	35

Quelle: eigene Erhebungen 1994 und 2002

Mit einem aktiven Wohnungsleerstand[5] von circa 13% und einem gesamten Leerstand[6] von 23% handelt es sich in der Südvorstadt noch immer um einen strukturellen Wohnungsleerstand, allerdings zeigt sich in diesem Quartier die im Vergleich zu den beiden anderen Untersuchungsräumen wie auch im Vergleich zu den restlichen Altbauquartieren Leipzigs höchste Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarktes. Die positive Bevölkerungsentwicklung ab 1998 schlägt sich in den ‚niedrigen' Leerstandszahlen nieder. Der Anteil vollständig vermieteter Gebäude ist in der Südvorstadt mit 40% am höchsten (Waldstraßenviertel 28%, Neustädter Markt 14%). Besonderes Charakteristikum ist die bestehende Nachfrage nach Wohnungsmarktsegmenten, die in den beiden anderen Quartieren nur bedingt oder gar nicht nachgefragt werden, wie z.B. an den verkehrsbelasteten Ausfallstraßen oder auch im unsanierten Gebäudebestand. Die Muster des Leerstandes – die Konzentration leer stehender Wohnungen in den unsanierten Gebäuden, an den Ausfallstraßen und in anderen Lagen mit Nutzungskonflikten wie auch Parterrewohnungen, Wohnungen mit unzureichender Ausstattung oder schlechtem Grundriss – findet man auch in der Südvorstadt, allerdings auf einem insgesamt niedrigeren Niveau als in anderen Altbaugebieten. Die Wahlfreiheiten bei der Wohnungssuche sind inzwischen stark eingeschränkt. Zudem führt die beschriebene Verknappung des Wohnraumes zu sich stabilisierenden, in einigen Lagen leicht steigenden m^2-Preisen sowie zu geringen Verhandlungsmöglichkeiten der Mieter gegenüber dem Vermieter.

Im Waldstraßengebiet entspricht das Ausmaß des Leerstands in etwa dem städtischen Durchschnitt. Wie in der Südvorstadt hat auch hier eine positive Einwohnerentwicklung im Jahr 1998 eingesetzt, zurückzuführen auf den verstärkten Zuzug aus anderen Regionen wie auch auf die Zuwanderung aus anderen Leipziger Stadtteilen. Allerdings erreicht die Dynamik der Bevölkerungszunahme nicht das Niveau der Südvorstadt. Die Wahlmöglichkeiten sind für potenzielle Nachfrager höher (vor allem das Segment der großen Wohnungen ab 120m^2) und der Zuzug neuer Haushalte konzentriert sich schwerpunktmäßig auf gute Lagen bzw. auf Wohnraum mit gehobener Ausstattung.

Eine den gesamten Stadtteil gefährdende Leerstandsproblematik prägt das Untersuchungsgebiet Neustädter Markt. Mittlerweile ist jede dritte der auf dem Wohnungsmarkt angebotenen Wohnungen nicht belegt. Berücksichtigt man die unsanierten, vollkommen unbewohnten Gebäude, so ist jede zweite Wohnung unbewohnt. Sogar die von Seiten der Stadt als „Selbstläufer" definierten, d.h. marktfähigen Gebäude im Westen des Untersuchungsgebietes können sich nur bedingt vom negativen Trend lösen und weisen

strukturelle Wohnungsleerstände zwischen 12 und 32% auf. Der Vergleich der Erhebungen von 1994 und 2002 zeigt, dass der Leerstand – entgegen der Entwicklung in den beiden anderen Untersuchungsräumen – in den letzten Jahren nicht zurückgegangen ist, sondern sich weiter erhöht hat **[Abb. 3]**.

Abbildung 3: Entwicklung des Wohnungsleerstandes am Neustädter Markt

Quelle: eigene Erhebungen 1994 und 2002

Zurückzuführen ist der massive Leerstand auf die ausbleibende, in den beiden anderen Untersuchungsräumen feststellbare positive Einwohnerentwicklung zum Ende der 1990er Jahre. Das Quartier zeichnet sich seit 1998 durch konstante Einwohnerzahlen aus, wobei dies auf die Zuwanderung überregional Zuziehender bei gleichzeitigen Bevölkerungsverlusten an andere Leipziger Stadtteile zurückzuführen ist.

SEGREGATIONSTENDENZEN

Die Zusammensetzung der Bewohnerschaft in den drei Untersuchungsräumen hat sich im Zuge einer gestiegenen Umzugsmobilität seit Mitte der 1990er Jahre stark verändert. Dabei können sowohl gemeinsame Trends als auch grundlegend verschiedene Entwicklungen in den Altbauquartieren festgestellt werden.

Für alle drei Gebiete sind eine hohe Fluktuation und ein starker Austausch der Bewohner in den letzten Jahren charakteristisch. Zwischen 52% (Südvorstadt) und 68% (Waldstraßenviertel) der Haushalte sind nach 1998 in die untersuchten Wohngebiete aus

anderen Stadtteilen bzw. aus anderen Regionen zugezogen. Betrachtet man zusätzlich die Umzüge innerhalb der Viertel, so sind zwischen 78% (Südvorstadt) und 85% (Waldstraßenviertel) in den letzten fünf Jahren in die jetzige Wohnung gezogen. D.h. auf Gebäudeebene hat ein nahezu vollständiger Bewohneraustausch stattgefunden.
Im Zuge dieses Bevölkerungsaustausches fand in allen drei Quartieren eine erhebliche Verjüngung der Bewohnerzusammensetzung statt. Das Durchschnittsalter der Befragten ist von 48 auf 39 Jahre gesunken. Dem entspricht eine Verdrei- bis Vervierfachung des Anteils studentischer Haushalte von etwa 5% im Jahr 1994 auf 19% (Waldstraßenviertel), 25% (Neustädter Markt) bzw. 28% (Südvorstadt). Als Haushaltsform hat die Wohngemeinschaft erheblich an Bedeutung gewonnen (von 3% auf ca. 14%). Gleichzeitig ist der Anteil an älteren Bewohnern und Familien stark zurückgegangen. Neben diesen in ähnlicher Weise ablaufenden Prozessen des Bevölkerungsaustauschs und der -verjüngung zeigen sich bei näherer Betrachtung jedoch auch starke Unterschiede zwischen den einzelnen Gebieten, die eine zunehmende soziale Polarisierung innerhalb des Leipziger City-Randbereichs belegen, zurückzuführen auf die gestiegene Umzugsmobilität unter den Bedingungen eines Mietermarktes.
Im Waldstraßenviertel lässt der Datenvergleich 1994/2002 einen selektiven Zuzug statushoher Haushaltsgruppen erkennen. Mittlerweile verfügen 46% der Bewohner über 18 Jahre[7] über einen Hochschulabschluss bzw. weiterführende Qualifikationen.

Tabelle 3: Einkommensstrukturen in den Untersuchungsgebieten 2002

	Neustädter Markt	Südvorstadt	Waldstraßenviertel
durchschnittliches Haushalts-Netto-Einkommen	1.209	1.663	2.234
durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen*	586	727	959
Anteil der Haushalte mit einem Einkommen <1.000	47%	24%	17%
Anteil der Haushalte mit einem Einkommen >3.000	3%	8%	29%

*Beim Pro-Kopf-Einkommen wird, anders als beim Äquivalenzeinkommen, jedes Haushaltsmitglied gleich gewichtet.

Quelle: eigene Erhebungen 2002

Bezüglich der Erwerbsstruktur[8] ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Selbständigen (gesamt 55%) auffallend. Dabei ist diese – auch im gesamtstädtischen Vergleich – hohe Zahl an Erwerbstätigen vor allem auf die geringe Anzahl an Arbeitslosen sowie den großen Anteil an Doppelverdiener-Haushalten zurückzuführen. Die dargestellten Qualifikations- und Erwerbsstrukturen spiegeln sich u.a. in der Verteilung der Haushaltseinkommen wider. Hier können starke Konzentrationsprozesse im oberen Einkommensdrittel festgestellt werden **[Tab. 3]**. Der im Gebietsvergleich geringe Anteil an Haushalten mit Einkommen unter 1.000 Euro wird vor allem von studentischen Haushalten repräsentiert.
Für den Neustädter Markt muss seit den Erhebungen im Jahr 1994 eine Zunahme von Haushalten mit geringen ökonomischen Handlungsspielräumen und unterdurchschnittlichen Qualifikationen konstatiert werden. Auffällig ist der überdurchschnittlich hohe Anteil an Arbeitslosen bei den 18- bis 65-Jährigen (17% – im Vergleich in der Südvorstadt 8% und im Waldstraßenviertel 4%). Nur 31% der Bevölkerung im Erwerbsalter sind in den ersten Arbeitsmarkt integriert. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind vor allem die schlecht ausgebildeten Bevölkerungsgruppen sowie Migranten – unabhängig von ihrer Qualifikation. Eine Besonderheit ist der hohe Anteil an Haushalten, der sich, trotz Einbindung in den ersten Arbeitsmarkt, in einer prekären finanziellen Situation befindet.

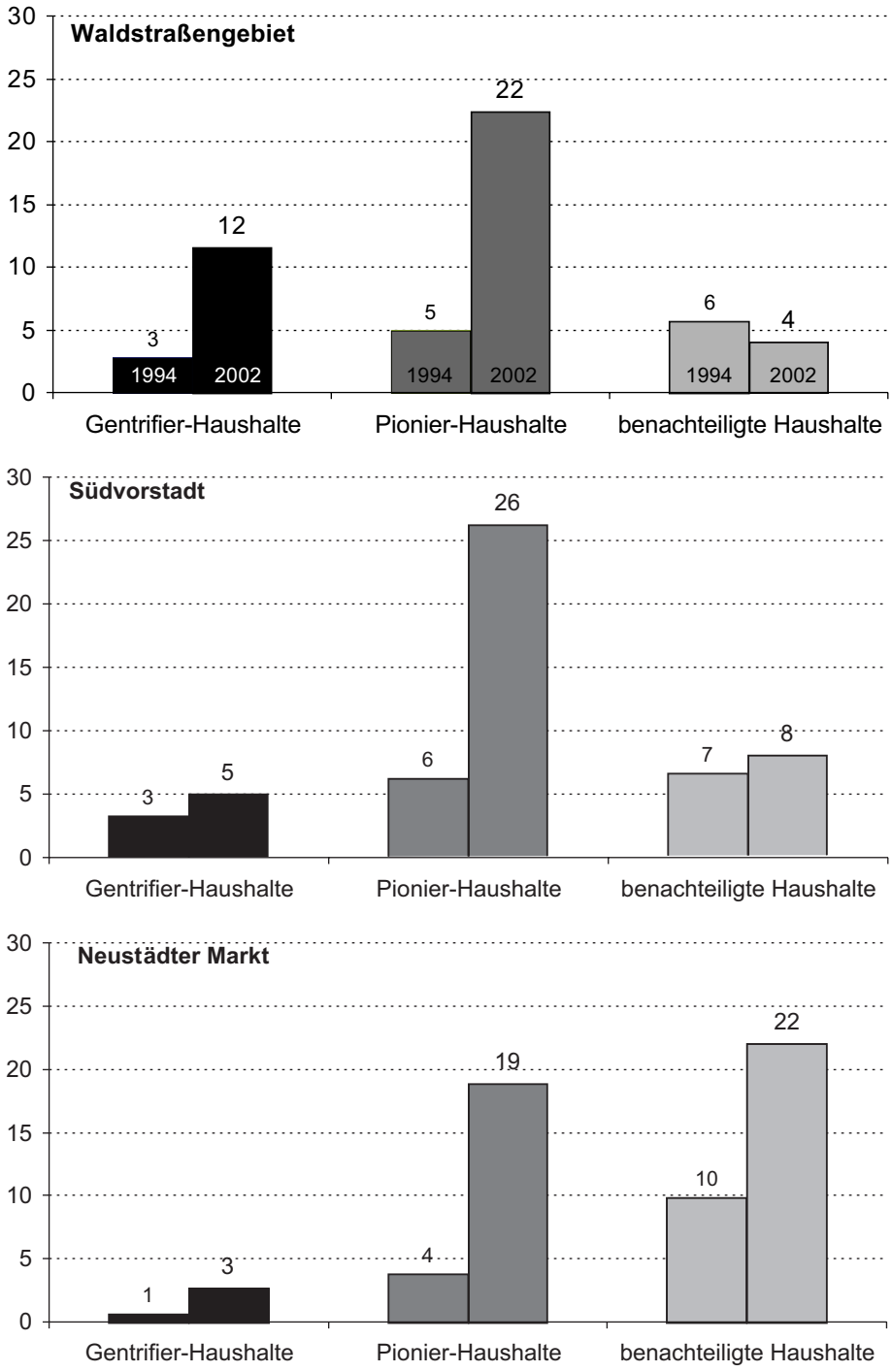
Mit 51% verfügt das Gros der Bewohner maximal über einen Realschul- bzw. Berufsschulabschluss. Bevölkerungsgruppen mit Hochschulabschluss sind mit 15% am Neustädter Markt unterrepräsentiert.
Die Südvorstadt zeichnet sich, abgesehen von einem überdurchschnittlichen Anteil an studentischen Bevölkerungsgruppen, durch eine vergleichsweise heterogene Sozialstruktur aus. Obgleich das Gros der Bewohner der gesellschaftlichen Mitte zuzuordnen ist, findet man sowohl Haushalte, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert sind oder über stark unterdurchschnittliche Nettohaushaltseinkommen verfügen, als auch Akademiker- und Doppelverdienerhaushalte mit überdurchschnittlichen Einkommen im Viertel. Die Südvorstadt kann somit als Stadtviertel charakterisiert werden, das von Bevölkerungsschichten mit sehr unterschiedlichem Sozialstatus als Wohnstandort nachgefragt wird.

GENTRIFICATION AUCH UNTER SCHRUMPFUNGSBEDINGUNGEN?

Die Ausführungen zur baulich-funktionalen sowie sozialen Entwicklung in den drei Beispielräumen haben gezeigt, dass es mittlerweile deutliche Tendenzen zu gehobenen und marginalisierten Teilbereichen in der Stadt gibt. Im Folgenden sollen Antworten auf die Frage gefunden werden, inwieweit Parallelen zu den aus westdeutschen Studien bekannten Gentrifizierungsprozessen feststellbar sind. Um die Träger des Aufwertungsprozesses in den Untersuchungsgebieten zu identifizieren, haben wir analog zur Vorgehensweise anderer Gentrificationstudien unsere Sozialstrukturdaten nach ‚typischen' Pionieren und Gentrifiern kategorisiert.
Erste Ergebnisse[9] zeigen, dass die Anteile der Pionier-Haushalte mit Werten zwischen 19% (Neustädter Markt) und 26% (Südvorstadt) mit den Anteilen in entsprechenden Gebieten westdeutscher Städte durchaus übereinstimmen. Bei der Betrachtung der als Gentrifier kategorisierten Haushalte zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den von uns untersuchten Quartieren. Während im Waldstraßenviertel die Gruppe der Gentrifier bei 12% der Haushalte liegt, können in der Südvorstadt 5% und am Neustädter Markt nur 3% identifiziert werden. Tendenziell ist dieser Anteil etwas niedriger als in westdeutschen Vergleichsstudien, was sich aber auf ein noch frühes Stadium im Gentrificationverlauf zurückführen ließe.
Eine genauere Betrachtung zeigt allerdings, dass es sich bei der als Gentrifier typisierten Gruppe vornehmlich um überregional zugezogene Haushalte aus den alten Bundesländern handelt, deren Anteil vor allem im Waldstraßengebiet stark zugenommen hat (von 4% im Jahr 1994 bis auf 27% im Jahr 2002). Insofern spiegeln die Zahlen in erster Linie das Wohnstandortverhalten der vorwiegend aus beruflichen Gründen zugezogenen Haushalte aus den alten Bundesländern wider. Die sozialen Verhältnisse in Leipzig werden jedoch weiterhin durch Strukturen geprägt, die auf die DDR-Zeit zurückgehen. Dies zeigt sich z.B. in der früheren Phase der Familienbildung und in geringeren Anteilen an Personen mit Abitur oder Hochschulabschüssen an der Bevölkerung. Wir gehen deshalb davon aus, dass die gängigen Definitionen von Gentrifiern den festgestellten sozialen Umschichtungsprozessen in ostdeutschen Städten nur bedingt gerecht werden können. Neben der Kritik am stark deskriptiven Invasions-Sukzessions-Modell scheint es auch notwendig, die simple Reduktion auf Gentrifier und Pioniere aufzugeben und die Bedeutung anderer Nachfrager für die Veränderungen in den city-nahen Altbaugebieten verstärkt zu berücksichtigen. In den untersuchten Gebieten fällt z.B. auf, dass neben den üblicherweise als Gentrifier bezeichneten jüngeren, gut qualifizierten Ein- und Zweipersonenhaushalten ohne Kinder besonders jüngere Familien mit guter Ausbildung als Träger einer Gebietsaufwertung betrachtet werden müssen. Monika Alisch erklärt bereits Anfang der 1990er Jahre den verstärkten Zuzug junger Familien – die sonst eher als Verdrängte gelten – mit sich wandelnden Rollenmustern, der Berufstätigkeit von Frauen und den daraus

resultierenden neuen Nachfragemustern (vgl. Alisch 1993). Im Hinblick auf die in den Neuen Ländern nach wie vor stärkere Erwerbsorientierung der Frauen könnte sich dieser Aspekt gerade in ostdeutschen Städten als besonders relevant erweisen. Neben den Familien prägen des Weiteren Haushalte mit mittleren Qualifikationen bei gleichzeitig hohen Einkommen und vorhandener Integration in den Arbeitsmarkt die neue Bewohnerstruktur in den city-nahen Altbaugebieten.

Abbildung 4: Gentrifier-, Pionier- und benachteiligte Haushalte in den Untersuchungsgebieten 1994 und 2002 (Anteile der Haushaltstypen an der Gesamtzahl der Haushalte in Prozent)



Quelle: eigene Erhebungen 1994 und 2002

WELCHE BESONDERHEITEN KENNZEICHNEN SEGREGATION BZW. GENTRIFIZIERUNG IN LEIPZIG?

Die Analyse des Umzugsverhaltens der Bewohner zeigt, dass es seit 1998, also in nur fünf Jahren, zu tiefgreifenden sozialräumlichen Bevölkerungsumverteilungen in den innerstädtischen Altbauquartieren gekommen ist. Vor allem die Geschwindigkeit, in der die Prozesse einer Entmischung stattgefunden haben, sind – im Verhältnis zu den Entwicklungen in westdeutschen Städten – beachtlich. Segregationstendenzen, zurückzuführen auf den Angebotsüberhang und die damit zusammenhängende gestiegene Umzugsmobilität, sind mittlerweile in einem fortgeschrittenen, einige Quartiere bedrohenden Ausmaß feststellbar. Dabei handelt es sich um Quartiere, deren Fortbestehen gegenwärtig wie auch zukünftig von einer massiven Unterstützung der öffentlichen Hand abhängig ist, sowohl was die baulich-funktionale Gestaltung angeht als auch die soziale und ökonomische Stabilisierung.

Auf der anderen Seite ist die soziale Aufwertung in Form einer Gentrifizierung weit hinter den Erwartungen geblieben, wie sie noch bis Mitte der 1990er Jahre formuliert wurden (z.B. Häußermann 1996, S. 37). Für eine Manifestierung einer spezifisch ostdeutschen, ‚sanften' Gentrification und gegen eine ‚verdrängende' Gentrification sprechen auch längerfristig

- die verhältnismäßig geringen ökonomischen Zugangsbeschränkungen auf dem Wohnungsmarkt aufgrund des Wohnraumüberhangs,
- die Vielzahl an ‚gehobenen' Altbaugebieten und somit alternativen Wohnmöglichkeiten in Leipzig, die den Nachfragedruck auf einzelne Gründerzeitgebiete entschärft,
- die vergleichsweise geringe Zahl an Haushalten mit überdurchschnittlichen Einkommen an der Stadtbevölkerung.

Dagegen erscheint der Begriff der gespaltenen Gentrifizierung, d.h. einer rein baulich-funktionalen Aufwertung bei gleichzeitig fehlenden urbanen Wohnwünschen der Nachfrager (Harth/Herlyn/Scheller 1998) für die Leipziger Situation nicht (mehr) zutreffend. Die positive quantitative Bevölkerungsentwicklung der beiden Quartiere Waldstraßenviertel und Südvorstadt ab 1997, der von den Haushalten bewusst gewählte Wohnstandort in innerstädtischer Lage wie auch die nachlassende Bedeutung des städtischen Umlandes als potenzieller Wohnstandort für die befragten Haushalte zeigt, dass ein Bedeutungswandel eingesetzt hat und die Nachfrage nach innerstädtischem Altbau vorhanden ist. Am Beispiel der Südvorstadt wird zudem deutlich, dass es trotz des gesamtstädtischen, strukturellen Wohnungsüberhangs Quartiere gibt, in denen Wohnraum mittlerweile knapp wird. Hier stellt sich die Frage, welche Rahmenbedingungen dieses Quartier für die einzelnen Bevölkerungsgruppen so attraktiv macht. Darüber hinaus können wir im Waldstraßenviertel einen ‚auf den Kopf gestellten' Verlauf des Gentrification-Zyklus' erkennen: nach einer Phase des verstärkten Zuzugs einkommensstärkerer Haushalte werden diese ab dem Jahr 2000 zahlenmäßig durch den Zuzug vornehmlich studentischer Haushalte abgelöst.

Diese kurz angerissenen Ergebnisse deuten bereits an, dass für die Aufwertungsprozesse in schrumpfenden ostdeutschen Städten Begriffe wie ‚Studentification' oder auch ‚sanfte' Gentrification weit angemessener erscheinen als ‚Veradelung' und ‚Yuppisierung'.

DAS STADTVIERTEL ALS PROJEKTIONSFLÄCHE INDIVIDUELLER LEBENSENTWÜRFE

Unter den Bedingungen eines entspannten Wohnungsmarktes, wie er derzeit in den Städten der neuen Bundesländer vorzufinden ist, können Zusammenhänge zwischen individuellen Lebensentwürfen, Lebensstilen und gesellschaftlichen Bedeutungszuweisungen an einzelne Stadtviertel stark an Relevanz für die Erklärung von Aufwertungsprozessen

gewinnen. So kann davon ausgegangen werden, dass die Wohnstandortentscheidungen der mittleren Einkommensgruppen eher auf der Grundlage subjektiver Geschmackspräferenzen getroffen werden als unter den Bedingungen hochpreisiger Märkte. Da die Wohnungswahl weniger Restriktionen unterliegt, kann sie umso mehr als ein Statement über die soziale Identität des Nachfragers betrachtet werden. Diesen Überlegungen schließt sich die Frage an, welche Inhalte und Vorstellungen von spezifischen Lebensweisen und Lebensstilen auf konkrete Wohnformen, Wohnumgebungen und städtische Teilräume projiziert werden und inwieweit diese den Ausschlag bei der Wohnstandortentscheidung geben. [...] Die Beschäftigung mit der gesellschaftlichen Produktion von räumlichen Stereotypen und das Aufdecken der symbolischen Bedeutungen, die unterschiedliche Akteure (Wohnungssuchende, Politiker, Investoren etc.) bestimmten Stadtvierteln zuschreiben, gewinnt zur Erklärung von Auf- und Abwertungsprozessen in den Quartieren der schrumpfenden ostdeutschen Städte an Gewicht. Hier stehen intersubjektive Dimensionen und Prozesse sozialer Kommunikation im Mittelpunkt, die sich in der Bewertung von Wohnstandorten und der gesellschaftlichen Produktion von stadträumlichen Vorstellungsbildern niederschlagen und auf diese Weise zum Motor des Wandels von Stadträumen werden (vgl. auch Lang 1998, Best 2001). Im Zusammenhang mit Segregation und Gentrification ist besonders von Interesse, inwieweit die Stereotypisierungen von Orten als Bezugssystem sozialer Abgrenzung oder sozialer Zugehörigkeit dienen.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit dem Wechsel vom Vermieter- zum Mietermarkt ab 1997 erfährt die ostdeutsche Stadtentwicklung eine neue Dynamik. Aufgrund des gestiegenen Angebotes an innerstädtischem Wohnraum und sinkender Mietpreise verstärkt sich die Umzugsmobilität. Die Selektivität dieser Umzugsbewegungen beschleunigt eine sozialräumliche Entmischung. Es kristallisieren sich in den innerstädtischen Altbaugebieten seit Ende der 1990er Jahre zunehmend unterschiedliche Tendenzen heraus: Einerseits sind trotz gesamtstädtischer Schrumpfungsproblematik kleinräumig ausgeprägte Formen von baulicher, funktionaler und sozialer Aufwertung beobachtbar. Andererseits zeigen sich unter den Bedingungen eines Mietermarktes vor allem in den einfacheren traditionellen Arbeiterwohngebieten Risiken einer Quartiersdestabilisierung durch Bevölkerungsverluste, die insbesondere durch sozial selektive Fortzüge von einkommensstärkeren, höherqualifizierteren Bewohnern getragen werden.

Unter der Bewohnerschaft, die sich ab Ende der 1990er Jahre neu in den city-nahen Altbaugebieten etablieren konnte, dominieren urbane Wohnwünsche mit einer deutlichen Präferenz für den innerstädtischen Altbaubestand. Dieses Ergebnis steht im Kontrast zur These von der gespaltenen Gentrification, wie sie noch Mitte der 1990er Jahre formuliert wurde. Den Verlauf der Aufwertung in einigen Leipziger City-Randgebieten kann man vielmehr als ‚sanfte' Gentrifizierung bezeichnen: So fand ab 1997 in den untersuchten Gebieten weder eine nennenswerte Verdrängung der alteingesessenen Bewohnerschaft noch die für westdeutsche Gentrificationphänomene typische Umwandlung des Mietwohnungsbestandes in Eigentumswohnungen statt. Neben dem Zuzug von Haushalten mit höheren Einkommen ermöglichte der Mietermarkt gleichzeitig auch den Zuzug von Bevölkerungsgruppen mit geringeren ökonomischen Handlungsspielräumen, wie z.B. Auszubildende, Studierende, Alleinerziehende, und wirkte somit einer allein durch einkommensstarke Gruppen getragenen Gentrification entgegen. Unter den strukturellen Bedingungen des allgemein niedrigen Mietpreisniveaus, der relativ geringen Preisunterschiede zwischen den einzelnen Wohnungsmarktsegmenten und der fehlenden Verdrängungsproblematik könnten Werte wie Toleranz, kulturelle Vielfalt und Lebendigkeit

als Merkmale des sozialen Lebens in einigen innenstadtnahen Altbaugebieten einen stärkeren Zuzug insbesondere jüngerer Haushalte besonders begründen. Andererseits zeigt es sich, dass aufgrund der relativ großen Wahlfreiheiten auf dem Wohnungsmarkt auch die Möglichkeiten für den Einzelnen größer werden, sich gegenüber anderen sozialen Gruppen, Lebensstilen oder Lebensformen abzugrenzen, und dies den sozial selektiven Zuzug in die attraktiveren City-Randgebiete vorantreibt. Die soziale Problematik der ostdeutschen Gebietsaufwertung liegt dabei nicht in der Verdrängung Alteingesessener, sondern vor allem darin, dass lokale Einwohnerzuwächse an anderer Stelle Abwanderung, Entleerung und Funktionsverluste bedingen. Unter diesen Voraussetzungen sind es derzeit (noch) weniger finanzielle Restriktionen als vielmehr gesellschaftliche Wertzuschreibungen, die die Wohnstandortwahl beeinflussen und dadurch die Auf- oder Abwertung von Wohngebieten steuern.

---

1 Def. Gentrification: C. Hamnett 1984: „Simultaneously a physical, economic, social and cultural phenomenon, gentrification commonly involves the invasion by middle-class or higher-income groups of previously working-class neighbourhoods or multi-occupied 'twilight areas' and the replacement or displacement of many of the original occupants."

2 Daten aus dem Jahr 2000. Davon 70% saniert und 4% in Sanierung. Quelle: Stadt Leipzig (2000): Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung, S. 26

3 Dieser ist auf Konkurrenzstandorte in der Innenstadt und der grünen Wiese aber auch auf die veränderte Bevölkerungszusammensetzung und somit auf das veränderte Konsumverhalten der Stadtteilbewohner zurückzuführen.

4 Dabei ist der Schrumpfungsprozess bei Schreinereien, Dachdeckerbetrieben, Klempnereien etc. als Reaktion auf die ab 1997 eingebrochene Baukonjunktur zu werten. Mit in diesen Sog wurden Architektur- und Planungsbüros gezogen, deren Präsenz ebenfalls in allen drei Untersuchungsgebieten überdurchschnittlich stark zurückgegangen ist.

5 Unter *aktivem Wohnungsleerstand* versteht man die leerstehenden Wohneinheiten, die aktiv auf dem Wohnungsmarkt angeboten werden (Überkapazitäten). Im Regelfall handelt es sich dabei um Leerstand in sanierten Gebäuden.

6 Beim *gesamten Wohnungsleerstand* wird der aktive Wohnungsleerstand um den passiven, d.h. nicht auf dem Wohnungsmarkt angebotenen und leerstehenden Wohnraum ergänzt. Im Regelfall handelt es sich beim passiven Wohnungsleerstand um Leerstand in unsanierten Gebäuden.

7 Im folgenden: Bewohner

8 Prozentzahlen beziehen sich auf die Zahl der Haushalte im Erwerbsalter (zwischen 18 und 65 Jahren).

9 Kriterien für Gentrifier waren das Alter (26–45 Jahre), die Qualifikation (mind. Abitur) und das Einkommen (bei 1-Pers.-Haushalten über 1.500 Euro, bei 2-Pers.-Haushalten über 2.500 Euro). Kriterien für die Pioniere waren das Alter (zwischen 18–36 Jahren), die Qualifikation (mindestens Abitur) und das Einkommen (bei 1-Pers.-Haushalten unter 1.500 Euro , bei 2-Pers.-Haushalten unter 2.500 Euro und bei 3- und 4-Pers.-Haushalten unter 3.000 Euro, bei 5-Pers.-Haushalten und größer unter 3.500 Euro). Als benachteiligte Haushalte wurden definiert: Haushalte im Alter zwischen 18 und 65 Jahren, bei denen kein Haushaltsvorstand erwerbstätig ist, unabhängig von Qualifikation oder Einkommen, bzw. Haushalte im Erwerbsfähigenalter, die unter 500 Euro (1-Pers.-Haushalte), 1.000 Euro (2- und 3-Pers.-Haushalte) bzw. 1.500 Euro (4-Pers.-Haushalte und größer) als Netto-Haushalts-Einkommen zur Verfügung haben.

Literatur

M. Alisch, *Frauen und Gentrification. Der Einfluss von Frauen auf die Konkurrenz um den innerstädtischen Wohnraum*, Wiesbaden 1993

J. Dangschat, Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra, in: A. Harth, G. Scheller und W. Tessin (Hrsg.), *Stadt und soziale Ungleichheit*, Opladen 2000, S. 141–159

U. Best, Kreuzberg und Kreuzberger Identität und Lebenswelt unter dem Ghetto-Stigma. Eine diskursanalytische Interpretation, in: U. Best und D. Gebhardt, *Ghetto-Diskurse. Geographie der Stigmatisierung in Marseille und Berlin* (Praxis Kultur- und Sozialgeographie 24), Potsdam 2001

C. Hamnett, The blind man and the elephant: the explanantion of gentrification, in: *Transactions, Institute of Britisch Geographers 16*, 2/1991, S. 173–189

A. Harth, U. Herlyn und G. Scheller, Ostdeutsche Städte auf Gentrificationkurs? Empirische Befunde zur ‚gespaltenen' Gentrification in Magdeburg, in: J. Friedrichs und R. Kecskes (Hrsg.): *Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse*, Opladen 1996, S. 167–192

A. Harth, U. Herlyn und G. Scheller: *Segregation in ostdeutschen Städten*, Opladen 1998

H. Häußermann, Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus, in: H. Häußermann und R. Neef (Hrsg.): *Stadtentwicklung in Ostdeutschland*, Opladen 1996, S. 5–48

H. Häußermann und A. Kapphan, *Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*, Opladen 2000

I. Helbrecht, Stadt und Lebensstil, Von der Sozialraum- zur Kulturraumanalyse, in: *Die Erde*, 1997, S. 3–16

A. Hill und K. Wiest, *Von der gespaltenen zu einer sanften Gentrifizierung? Sozialräumliche Entwicklungen in ostdeutschen Innenstadtrandgebieten* (unveröffentlichtes Manuskript), Leipzig 2003

B. Lang, *Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils*, Frankfurt a. M. / New York 1998

Stadt Leipzig, Dezernat Planung und Bau (Hrsg.), *Beiträge zur Stadtentwicklung 30. Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung*, Leipzig 2000

R. Wießner, Grundzüge und aktuelle Entwicklungen des Wohnungsmarkts in Deutschland (Ost), in: A. Odermatt und J. Van Wezemael (Hrsg.), *Geographische Wohnungsmarktforschung* (Schriftenreihe Wirtschaftsgeographie und Raumplanung 32), Zürich 2002, S. 39–54

K. Wiest, *Die Neubewertung Leipziger Altbauquartiere und Veränderungen des Wohnmilieus. Gesellschaftliche Modernisierung und sozialräumliche Ungleichheiten* (Beiträge zur regionalen Geographie H. 43), Leipzig 1997

K. Wiest (2001), Leipzig zwischen Segregation und Integration, in: *Geographische Rundschau*, Jahrgang 53, 3/2001, S. 10–16

K. Wiest, für den Forschungsverbund Stadt und Region in Sachsen, Die Stabilität von Wohngebieten in schrumpfenden Städten Sachsens. Eine Analyse charakteristischer Problemkonstellationen, in: *Europa Regional*, 9., 4/2001, S. 192–203

STADTINSELN, FLUCHTBURGEN UND RUINEN
Die Industrieregion Bitterfeld / Wolfen

Hellmuth Stieff (2004)

IMPRESSIONEN

Auf dem Satellitenbild ist die Region Bitterfeld / Wolfen nicht von anderen Städten zu unterscheiden. Beim Betrachten des Luftbildes wird jedoch deutlich, dass es sich nicht um eine Stadt im herkömmlichen Sinn handelt. Unterschiedlichste Strukturen reihen sich wie achtlos hingeworfene Puzzleteile aneinander – kein Zentrum, keine Hierarchie, keine Struktur, die die Fragmente gliedern und ordnen würden. Allein der geschulte Blick erkennt hier und da vereinzelte städtische Typologien, umschlossen von industriellen Großstrukturen, Brachflächen, Landschaftselementen und Siedlungen in allen denkbaren Variationen.

Eine Fahrt quer durch die Region stiftet vollends Verwirrung. Wo ist hier der Anfang, wo das Ende? Herausgeputzte Siedlungen mit Qualitäten einer Gartenstadt grenzen im Hundertmeterabstand an Produktionshallen global operierender Unternehmen, in deren direkter Nachbarschaft man wiederum apokalyptisch anmutende Ruinenfelder abgewrackter Industrien quert, um sich wenig später auf einem kleinstädtischen Marktplatz wiederzufinden, der beinahe fließend in eine künstlerisch anspruchsvoll gestaltete Bergbaufolgelandschaft übergeht. Nicht zu vergessen eine Großsiedlung im Stile des sozialistischem Massenwohnungsbaus, die selbst auf dem Satellitenbild nicht zu übersehen ist.

Acht Städte und Gemeinden verschmolzen mit 1.200 ha Industriearealen zu einem städtebaulichen Amalgam.

DER BOOM

Vor weniger als 150 Jahren hätte man an derselben Stelle nichts weiter als ein paar Dörfer und eine beschauliche Kleinstadt angetroffen. Diese werden von der per Bahn anrollenden Industrialisierung geradezu überwalzt.

In Wolfen gründet beispielsweise die in Berlin ansässige *AGFA* Ende des 19. Jahrhunderts eine Niederlassung für die Anilin- und Farbenproduktion, die binnen weniger Jahre zum Weltmarktführer für Filmprodukte aufsteigt, in der in den 1940er Jahren das Verfahren zur Herstellung von Farbfilmen entwickelt wird und die zu DDR-Zeiten fast den gesamten Ostblock mit Filmen versorgt.

Parallel zum *AGFA-Werk* wächst die Stadt, oder besser gesagt, wachsen die Werkskolonien der Fabrik binnen hundert Jahren von 800 auf 45.000 Einwohner (die gesamte Region auf etwa 100.000 EW). Allein 32.000 davon sind in den von ihren Bewohnern so genannten „Arbeiterschließfächern" der Plattensiedlung Wolfen-Nord untergebracht, die sich wegen funktionierender Zentralheizung und „warmem Wasser aus der Wand" noch vor 15 Jahren größter Beliebtheit erfreuen.

DIE WENDE

Mit dem politischen System lösen sich auch alle institutionellen Strukturen auf, die den Menschen bis dato Sicherheit, kulturelle und soziale Heimat geboten hatten. An die Stelle der emotionalen und mentalen Futterkrippe der kollektiven Kombinatsvollversorgung tritt die gelegentliche Beschäftigung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und die durch Arbeitslosenhilfe ermöglichte mediale Berieselung im Dolby-Surround-Heimkino. (Immerhin

sind bis heute statt der 45.000 abgewickelten Kombinatsarbeitsplätze im so genannten ‚Chemie- und Industriepark' rund 10.000 neue entstanden.) Für viele ist der Rückzug in die private Wohnung die einzige Möglichkeit, sich den Zumutungen des neuen Systems zumindest zeitweise zu entziehen.
Ausgelöst durch das komplette Umstülpen aller lebensbestimmenden Koordinaten setzt ein Selektions- und Segregationsprozess ein, der die relativ homogenen sozialen Milieus der DDR-Gesellschaft erst zerreißt und dann komplett neu konfiguriert und stadträumlich neu sortiert.

WOHNEN

Ähnlich wie der ehemals heiß begehrte Trabbi in wenigen Monaten zum Ersatz- und Zweitauto von Berufsschülern durchgereicht wird, kommt der Großsiedlung unversehens ihr Mythos als Symbol sozialistischer Großtaten, als Zeichen der Überlegenheit über den arbeiterausbeutenden Westen abhanden. Übrig bleiben bis zur Schmerzgrenze minimierte Wohnungen in eilig zusammengeschusterten, ästhetisch verarmten Plattenbauten mit sehr guter Busanbindung. Die neuen Wohnideale sind wieder die alten: Das eigene Häuschen mit Garten, statt mit Kaninchenstall zur Selbstversorgung jetzt mit Doppelgarage zum Abstellen des persönlichen Fuhrparkes.
Während die alten Siedlungen und Stadtkerne nach und nach saniert werden und etliche Einfamilienhaussiedlungen in üblicher anspruchsloser Nachwendequalität entstehen, entleert sich die Großsiedlung. Von einst 32.000 Einwohnern leben heute noch rund 15.000 in Wolfen-Nord. 2015 werden es laut Prognose noch 7.000 bis 8.000 sein, vorausgesetzt die Abwanderung lässt deutlich nach.

DIE DISPERSION

Das Zusammentreffen des sozialen Entmischungsprozesses mit der vorgefundenen ungeordneten, fragmentierten Raumstruktur hat eine Entwicklung zur Folge, die sich als dispersionsartig beschreiben lässt.
Immer weiter auseinanderdriftende soziale Milieus, Lebens- und Arbeitswelten mit jeweils unterschiedlichen alltäglichen Bezugspunkten verorten sich in direkt aneinandergrenzenden, aber voneinander abgeschotteten ‚Stadtinseln'. Hier das Einfamilienhaus des hochqualifizierten Facharbeiters, eine Garagenzeile weiter die Plattenwohnung des Stammgastes am Kiosk *Endstation*.
Dieses Muster der dispersen Polarisierung, das zum dominanten Charakteristikum der Region zu werden scheint, ist auch auf den abgeräumten und in Teilbereichen neu besiedelten Industrieflächen lesbar.
High Tech-Unternehmen mit ordentlichen Gehältern und Sozialstandards wie die Solarzellenfabrik oder das Technologiezentrum befinden sich in Rufweite von Betrieben zum Verbrennen kontaminierter Bahnschwellen oder zum Sortieren von Alttextilien zu Dumpinglöhnen.
Einziger Unterschied: Während zwischen den vereinzelten neuen Betrieben dank staatlich finanzierter Kombinatsabwicklung infrastukturell bestens erschlossene Leere gähnt, bleiben mangels finanzieller Mittel immer mehr leer gezogene Wohngebäude stehen und leisten ihren Beitrag zur Imagebildung des betreffenden Stadtteils.

TAFELSILBER

Zum Verständnis einer möglichen zukünftigen Entwicklung muss auf folgende zwei Parameter hingewiesen werden:
1) Die Überalterung der Bevölkerung, die mittelfristig dazu führen wird, dass ganze Quartiere im Wortsinne aussterben, sorgt per se auch dafür, dass junge Menschen, die

derzeit in Scharen abwandern, weil sie keine Arbeit finden, in Kürze auf dem Arbeitsmarkt wieder stark nachgefragt werden.
2) Das immense Infrastrukturangebot, das in den ‚fetten Jahren' nach der Wende auf höchstem Niveau neu gebaut oder saniert wurde (z.B.: Berufsschulzentrum, Hallenfreibad, Dreifelder-Sporthalle, Krankenhaus, Kulturhaus, Filmmuseum, Kunst und Kulturlandschaft *Goitsche*, Kitas und Schulen etc.), erzeugt Kosten, die die finanzielle Kraft der Gemeinden bei weitem übersteigt.
Beide Punkte sind zwiespältiger Natur. Sie sind gleichermaßen Symptome des Niederganges, wie sie Potenziale für eine angemessene Entwicklung nach der Schrumpfung in sich tragen.

DAS LEBEN

Wenn man sich vor Augen führt, dass es in der Region mit der Ausnahme junger Menschen und Arbeit von allem zuviel gibt – zu viele Wohnungen, zu viele Kindergärten und Schulen, zu viele Betreuungs- und Freizeitangebote, zu viele Vereine, zu viele Sport- und Spielplätze, zu viele Parks und nicht zuletzt zu viele Straßen und Parkplätze – und sich gerade das Problem der Arbeitslosigkeit durch die demographische Entwicklung deutlich entschärfen wird; wenn man sich weiterhin klar macht, dass leer stehende Wohnquartiere auch kein größeres Drama darstellen als die seit Jahren brachliegenden Industrieareale – dann kann man beginnen, unaufgeregt und geduldig an Konzepten zu arbeiten, die eine attraktive Region für die Hälfte der Bewohner von 1989 im Auge hat.

KONZEPT

Wie könnte ein Szenario aussehen, dass zwar aus der Not geboren ist, das aber keine Notlösung darstellt? Ein Szenario, das sich die vorgefundenen Charakteristika und Potenziale der Region zu nutze macht, das die derzeitigen Blockaden finanzieller, politischer wie mentaler Art einfach ignoriert – ignorieren kann! –, weil es einer anderen als der Wachstumslogik folgt.
An dieser Stelle sei kurz daran erinnert, dass es die reale Welt nicht gibt, sondern nur unsere Vorstellung davon – und die lässt sich ohne weiteres ändern. Allein eine geänderte Wahrnehmung der dispersionsartigen Struktur macht einen Quantensprung der Entwicklung möglich:
Das beschriebene Durcheinander ist doch nichts anderes als eine ganz erstaunlich gute Mischung von Funktionen und sozialen Milieus, nur eben in einem größeren Maßstab als in der Stadt und mit etwas mehr ‚Luft' und ein paar leeren Häusern dazwischen.
Wenn man sich zum Ziel macht, unabhängig von Gemarkungsgrenzen, amtlichen Einzugsbereichen und nichtamtlichen Lobbygruppen intelligente Verknüpfungen herzustellen, ungenutzte Synergien zu aktivieren und neue Formen der Kooperation zu etablieren, dann eröffnet sich eine geradezu unerschöpfliche Vielfalt an Optionen für eine effiziente Reorganisation der Region.
Genau an diesem Punkt setzt das Projekt *Netzstadt Bitterfeld-Wolfen* der *Internationalen Bauausstellung Stadtumbau 2010* Sachsen-Anhalt an (www.iba-stadtumbau.de)
Es ist nur eine Frage der Zeit, dass sich die Einsicht in die existentielle Notwendigkeit der Kooperation zwischen den Gemeinden der Region auch dort durchsetzt, wo derzeit noch Verlustängste das Denken bestimmen und vermeintliche Pfründe gesichert werden.
Die Luft wird jedenfalls dünner in Bitterfeld-Wolfen und die Menschen älter. Die *Netzstadt* ist ohne Alternative.

SPARSAMES LEBEN — OSTDEUTSCHE ARBEITERKULTUR IM ZEITZERFALL

Regina Bittner (2003)

Weihnachtsmarkt in Wolfen-Nord: Hier findet man, was ansonsten die Wühltische der Kaufhäuser ziert, nichts für den ausgefeilten Geschmack des postmodernen Stilbewussten, von den Genüssen des Westens der Bodensatz. Die Menschen, die hier wohnen, sind nicht an gehobenen Bedürfnissen und Luxus interessiert. „Das ist nichts für unsereinen." Aber die Leute kommen, schlendern, bleiben stehen, tauschen sich aus. Ein paar Losbuden, ein bisschen Jahrmarkt, vor deren Flimmern verschwinden die Plattenbauten. 30.000 Leute sollten hier wohnen, ein Großteil der Arbeitskräfte, den die großen Chemiekombinate der Region benötigten. Der Rhythmus des Kombinatsalltags – Schichtarbeit, auch an Wochenenden und Feiertagen – prägte den Zeithaushalt der Plattenbaubewohner. Die spärliche Infrastruktur entsprach dem Gefüge, in welches das Gebiet eingebunden war, eine ‚Schlafstadt', das Leben fand unten im Betrieb bei *ORWO* (Filmfabrik) und im *CKB* (Chemiekombinat Bitterfeld) statt. Der Umbau der ostdeutschen Industrieregion nach 1990 folgte der Regie des Strukturwandels, wie er sich auch anderswo vollzieht. Gläserne Architekturen einer modernisierten transparenten Chemie, Containerbauten, ausgedehnte Gewerbeparks inmitten der riesigen leer geräumten Flächen der ehemaligen Großbetriebe und musealisierte Reste der alten Industrieanlagen als Vorboten künftiger Erlebnisparks – das ist der mittlerweile gewohnte Anblick einer postindustriellen Landschaft. Mit der Schliessung der großen Kombinate sind viele der heutigen Bewohner auf ihre Wohnungen zurückgeworfen. „Welcome to the Ghetto" hat jemand als Graffiti an die Häuserwand gesprüht. Was Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld am Beispiel der großen Depression 1931/32 im niederösterreichischen Industriedorf Marienthal in dem Begriff der „müden Gemeinschaft" in Einstellungen und Grundhaltungen von Arbeitslosen rekonstruierten, ist in Wolfen wiederzufinden: Hier leben Menschen, die sich daran gewöhnt haben, weniger zu besitzen, weniger zu tun und weniger zu erwarten. (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1976: 83) Zeit, die vorher im rigiden Drei-Schicht-System so knapp bemessen war, ist plötzlich unbegrenzt vorhanden. Die Angst vor dem ‚Zeitzerfall', vorm sozialen Abstieg motiviert die Rede vom „so leben wie normale Menschen". Wer gefährdet, was hier mühevoll zusammengehalten wird, wird ausgegrenzt. Dabei ist das Abgleiten bereits Alltag: im hinteren in den 1980er Jahren gebauten Quartier verkommen die als Vorgärten angelegten Eingangsbereiche zu Müllabladeflächen, die Spielplätze und Höfe wirken verlassen, überall Leerstand.

Auch bei dem im Chemiepark Bitterfeld angesiedelten neuen *Bayer-Werk*, der „modernsten Fertigungsstätte für Selbstmedikamentionen in Europa", gehen die Uhren anders. *Bayer* agiert weltweit, und je nach Auftragslage des Stammunternehmens wird in Bitterfeld länger gearbeitet. „Früher waren wir irgendwie ruhiger": Es gibt sie nicht mehr, die traditionellen Berufsbiografien und Lebensverläufe, die eindeutigen Arbeitsanforderungen in einem mit neuen Produktions- und Organisationskonzepten agierenden Unternehmen. Hier arbeiten die technischen Mitarbeiter in der Gruppe, wer was macht, wird ausgehandelt. Definierte Rollenzuweisungen vermissen einige schon. Wenn in den computerüberwachten Räumen der flexibilisierten Arbeitswelt jeder Schritt kontrolliert werden kann, wächst die Unsicherheit. Bei so wenig Verlässlichem müssen sich die Arbeiter umso mehr untereinander verständigen. Sie sind gezwungen, „miteinander zu arbeiten", aber zum „miteinander leben" hat keiner mehr Zeit.

Noch leben in Wolfen-Nord Gewinner und Verlierer des Strukturwandels der Region nebeneinander, aber als merkwürdig einsilbig schildern Leute, die in neuen Unternehmen einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Kommunikation mit ehemaligen Kollegen. „Es geht gut und damit lässt man es bewenden", andere Fragen stellt man besser nicht. Und das neu gekaufte Auto sollte lieber nicht vor der Tür parken: „Da ist schnell mal ein Kratzer mit dem Nagel drin." Mittlerweile geht ein Riss durch die Arbeiterschaft der Region: zwischen denjenigen, die einer gesicherten, qualifizierten und voll beschäftigten Tätigkeit auf den wenigen modernisierten Inseln der Chemie nachgehen, und denjenigen, die nach Kurzarbeit, ABM oder Umschulung endgültig in der Arbeitslosigkeit gelandet sind oder aber an den Kassen der Einkaufsmärkte ihr Auskommen finden. Damit erodieren Grundgewissheiten dieses Milieus: die gemeinsam geteilten Lebenslaufmuster, Wertorientierungen und Geschmackspräferenzen; Normalitätsstandards, nach denen der Alltag kategorisiert werden konnte. Das ‚sparsame Leben' strukturiert die Weltauslegung von Arbeitern, es liegt ihren Hintergrundüberzeugungen zugrunde. Dieses Muster bezieht seine normative Substanz aber nicht nur aus der Industriekultur. Denn der Umbau der ehemaligen Chemieregion befindet sich in einem ‚Dilemma der Gleichzeitigkeit': Bitterfeld / Wolfen ist einer der vielen Schauplätze der Transformation einer ehemals staatssozialistischen Gesellschaft unter dem Vorzeichen von Flexibilisierung und Deregulation. In der Erklärungsnot ‚was zum Teufel da eigentlich vor sich geht' äußert sich ein Versagen nicht nur arbeitsgesellschaftlicher Deutungsmuster, sondern auch ostdeutscher Verhaltensdispositionen. (Geertz 1997: 159) Wie ist das eine mit dem anderen verzahnt? Welche Veränderungen, Verhärtungen und Transformationen gehen in den Welt- und Selbstdeutungen der Arbeiter im Zuge des regionalen Strukturumbruchs vonstatten? Diese Fragen stehen im Zentrum des folgenden Beitrages. Er wird den Brüchen und Kontinuitäten im kollektiven Wissensbestand der regionalen Ortsgesellschaft in Wolfen und Bitterfeld nachgehen.

Im Wechsel zwischen biografischer Erzählung, Beobachtungen im Feld und Beschreibung des Ortes will der Beitrag quasi im Gehen einen Einblick in die alltäglichen Praktiken des Vermischens und Neuzusammensetzens des Orientierungssystems der Arbeiter geben.[1] Die vier Szenen über Persistenz und Wandel des sparsamen Lebens sind als Ausdruck der Schwierigkeit zu lesen, der Heterogenität des Strukturwandels mit einer geschlossenen Erzählung beizukommen.

SOZIALER ORT BETRIEB

Die Filmfabrik in Wolfen ist ein exemplarischer Fall für die Bedeutung, die Betriebe in der DDR-Gesellschaft innehatten. Als ‚integriertes Modell' bündelten sie soziale, kulturelle und infrastrukturelle Leistungen: Kindergärten, Einkaufsstätten, Sportplätze und Kulturhäuser befanden sich auf dem Territorium des Betriebes. Urlaubsplätze und Wohnungen wurden hier vergeben. Sie galten als die Vergesellschaftungskerne der DDR-Gesellschaft und als Erziehungsstätten des neuen Menschen: Arbeiten sollte mehr sein, als nur seine Norm zu erfüllen und Geld zu verdienen. „Wir waren wie eine große Familie." taucht immer wieder in den Erzählungen der Arbeiter auf. Der Erfahrungshintergrund des Betriebes als einer zweiten Familie fügte sich aus den umfassenden Versorgungsleistungen und den sozialen Zusammenhängen in Gestalt der Brigaden. Sie waren die Gelenkstellen zwischen Arbeiten und Leben, ihnen kam Scharnierfunktion zwischen System und Lebenswelt zu. Kollektive Erfahrungen der Aufrechterhaltung der Produktion unter widrigsten Umständen, fintenreiche Strategien der Abwehr der Zumutungen und des Drucks von oben fanden hier ihren sozialen Ort. Die Brigadetagebücher der Filmfabrik lesen sich wie ein Konglomerat aus verordnetem Schulaufsatz und privatem Familienalbum: Sie geben zugleich Auskunft über das zähe Ringen, die Produktion überhaupt am Laufen zu halten, um die ständigen

Havarien, das Aufholen von Stillstandszeiten: „Dezember 83 – der Monat Dezember hat uns arbeitsmäßig viel Ärger bereitet. Jedesmal hatte unsere Schicht Ausfälle zu verzeichnen. Am 3.12. war am Motor von Kneter II ein totaler Kurzschluss. Bis 5.00 Uhr bemühten sich Elektriker, Schlosser und wir. Am 9.12. gab es keinen Ammoniak, am 11.12. fehlte die Druckluft." (Brigadetagebuch Schichtbrigade Müller) Brigaden in der DDR stellten ein ambivalentes Terrain der Vergemeinschaftung dar: Sie waren Bestandteil einer „Gesellschaft der Kollektive", mit der versucht wurde, die durch eine Individualisierung ostdeutscher Provinienz freigesetzten Individuen an die Gesellschaft zu binden. (Engler 1999: 182ff) Sie hatten erzieherische und seelsorgerische Funktionen inne, sie galten als eigensinniger Raum, um in fintenreichen Strategien Abstand zu den Anforderungen von oben zu entwickeln. (Roessler 1994: 157) Sie fungierten letztlich als Ersatz einer politischen Interessenvertretung der Arbeiter. Und darin steckt auch ihr Dilemma: In den Brigaden herrschte ein rigider Zwang zur Unterordnung unter die herrschende Gruppennorm: Die hier praktizierten Mechanismen der sozialen Kontrolle und Vergemeinschaftung verweisen eher auf frühe Formen der Klassenbildung des Arbeitermilieus: Gerade den mittleren und technischen Angestellten der Filmfabrik galt der hohe Konformitätsdruck als Handlungsanweisung im Kombinatsalltag, „nicht was Besseres herauszukehren, denn sonst ging gar nichts". Das bekamen die in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nach der Wende dieselben Abrissarbeiten wie die Arbeiterinnen ausführenden Frauen aus den Verwaltungsbereichen ebenso zu spüren. Der Umgangston und die Art der Witze lagen insbesondere für Frauen aus diesen Berufsfeldern an der Grenze des Zumutbaren. „Der Umgang schon früh im Umkleideraum, also das war das Schlimmste für mich. Die das eben nicht kannten aus dem Büro oder die im Labor gearbeitet hatten, das habe ich öfter beobachtet, dass da die Tränen rollten, denen ging's genauso wie mir, und zeigen durfte man es ja nicht. Um Gottes willen! Da mussten sie immer so tun, als wenn sie es nicht hörten. Wenn die erfahren haben, dass man aus dem Büro kommt, naja, dann ... dann haben sie es noch schlimmer getrieben." In diesen Verhaltensweisen scheint sich das ganze Dilemma eines ostdeutschen Arbeitermilieus in den späten 1980er Jahren zu spiegeln: Verlust der paternalistischen Zuwendung, das Verschwinden der „Helden der Arbeit" aus dem Zentrum der politischen Aufmerksamkeit, die nur noch in ihrer Praxis des Umgangs mit den katastrophischen Zuständen innerhalb der Produktion präsent waren. Deren Erfahrungen von Ohnmacht und Frustration konnten sich lediglich in der eigenen Gruppe bzw. Brigade Ausdruck verschaffen. Hier wurden dann die eigenen Deklassierungsängste kompensiert, hier wurden Konflikte, die eigentlich ins Feld politischer Interessenartikulation gehörten, als „individuelle Politiken des Privaten" ausgetragen. (Hübner 1995: 245) Ein Muster, das in den heutigen zum Teil anomischen Reaktionen der Bewohner von Wolfen-Nord auf Aussiedler erneut seinen Ausdruck findet.

Das Leben und Arbeiten in den Brigaden bildet heute den Hintergrund für die Wahrnehmung eines veränderten Umgangs miteinander, eines Umgangs von Arbeitnehmern und nicht mehr von Werktätigen im Kombinat. Das schließt subtile Konkurrenzen untereinander ebenso ein wie Solidarisierungen. Gut mit den Kollegen auszukommen, gehört einfach dazu, auch wenn die Zeit dafür offensichtlich knapper geworden ist. [...] Arbeitswelten sind Lebenswelten – dazu gehört nach wie vor die Praxis, auch außerhalb der Arbeit wenigstens ab und zu etwas miteinander zu unternehmen. Im Repertoire dieser Zusammenkünfte ist der Grillabend im Kleingarten fest verankert.

Es ist die Erfahrung des Betriebes als sozialem Ort, an die die im Chemiepark Bitterfeld angesiedelte *Bayer Bitterfeld GmbH* mit dem Slogan von der neuen Betriebsgemeinschaft anknüpft. *Bayer Bitterfeld* ist eines der jüngeren Ergebnisse nationaler Standortpolitik, ‚Aspirin für die Region', um deren Kopfschmerzen zu lindern. Das Werk gilt als Modell für den Aufbau gleicher Betriebe, beispielsweise in Mexiko. Eine interne Flexibilisierung des

Unternehmens in Richtung *lean production* wurde hier in Gang gesetzt. Mit neuen Arbeits- und Organisationskonzepten, in deren Zentrum ein breiterer Zugriff auf das Leistungsvermögen, die Selbststeuerungs- und Abstimmungsfähigkeiten der Mitarbeiter steht, versucht sich das Unternehmen den dynamischer werdenden Märkten anzupassen.
„Ein wesentlicher Aspekt, wahrscheinlich der dominierende", so ein Betriebsassistent über die Einstiegsvoraussetzungen bei *Bayer*, „waren natürlich auch die Sozialkompetenzen, das heißt, man hat da wirklich sehr intensiv auf Kommunikation geachtet – wie verhält sich der Mitarbeiter in der Gruppe?" Mit der Einführung der Gruppenarbeit in der Selbstmedikationsherstellung treten an die Stelle eindeutiger Rollenzuweisungen, hierarchischer Steuerung und Koordinierung, die ständige Selbstoptimierung sowie kontinuierliche Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen. Wie finden sich die ehemaligen Werktätigen der Chemiekombinate in dieser postindustriellen Arbeitswelt zurecht? Auf den ersten Blick liefern ihre Erfahrungen des Betriebes als sozialem Ort beste Voraussetzungen für die Gruppenarbeit bei *Bayer*. „Also eine Umstellung war's nicht, Gruppenarbeit aus meiner Sicht jetzt, weil ich so ein Typ bin, der gerne hilft und so. Damals schon im Chemiekombinat, da waren wir auch eine Gruppe, da waren wir ja ein Kollektiv." Ostdeutsche Kohäsionskulturen bieten für die neuen Organisations- und Produktionskonzepte im Sinne des Miteinanders der Belegschaft günstige Voraussetzungen. Bei vielen *Bayer*-Leuten ist denn auch vom „Miteinander wie früher" die Rede. Manchmal fällt auch das Wort ‚Familienbetrieb'. Doch das ist nur die halbe Wahrheit: In der Anrufung der Vorstellung des Betriebes als sozialem Ort kommt zugleich die Irritation der Arbeiter angesichts der veränderten Kräftekonstellationen in einem spannungsreichen Handlungsfeld Betrieb zum Ausdruck. So sind in den Überwachungs- und Steuerungszentralen der *High-Tech*-Chemie neue Räume der Kontrolle entstanden: „Hier ist ja alles mehr oder weniger überwacht", schildert ein technischer Mitarbeiter. „Es kann alles, was jetzt irgendeiner hier im Haus an irgendeiner Anlage macht, durch die Datenerfassungssysteme nachgehalten werden mit Personalnummer und so weiter und so fort. Da ist man natürlich auch vorsichtig." Vom gewachsenen Druck sprechen viele, stressiger ist die Arbeit insgesamt geworden, reguläre und gemeinsame Frühstückspausen sind eher die Ausnahme, Längermachen fast die Regel. Die Zeit für Privates während der Arbeit ist rar, dafür sind sie innerhalb der Abläufe viel stärker aufeinander angewiesen: „Ich denke, das war früher ganz anders, das war wirklich ein gemeinsames Arbeiten und auch Leben, und heute ist es zwar ein gemeinsames Arbeiten, aber das gemeinsame Leben ist doch stark in den Hintergrund getreten."

VOM WERKTÄTIGEN ZUM JOBNOMADEN

„Ich hatte mal nie gedacht, dass sich was ändert in dem Sinne, also habe ich eigentlich auch nicht weiter darüber nachgedacht. Man ist arbeiten gegangen, kam nach Hause und dann das Übliche, einkaufen usw. Das war schon sehr monoton, muss ich sagen. Man hatte ja schon ein Grauen, am nächsten Tag aufzustehen und wieder nach Hause zu kommen, es war jeden Tag dasselbe ... '93 bin ich dann gekündigt worden. In den ersten Wochen ABM, da haben wir noch viel drinnen gearbeitet. Die vielen Räume mussten wir erst mal leer räumen ... Wir sahen aus, die Finger total zerschnitten, weil wir es nur mit Glas zu tun hatten. Dann wurden wir nach eineinhalb Jahren aufgeteilt, so in Firmen. Die schwere Arbeit immer draußen, man hat überhaupt keine Nerven mehr für die Kinder, wenn man nach Hause kommt. Ich war so kaputt und hab' geschlafen, aber das ging auch nicht so, wenn die Kinder so ringsum waren. Mutti, können wir dies oder können wir das mal. Nein, heute nicht, und das jeden Tag. Jeden Tag sich draußen hinzustellen und zu schuften und zu Hause hat man keine Nerven mehr." Frau G. gehört zu den vielen ehemals in der Filmfabrik beschäftigten Chemiearbeiterinnen, die seit 1993 in eine der großen

Beschäftigungsgesellschaften zum Rückbau der alten Chemiebetriebe übernommen worden waren. Sie demontierten dabei die Anlagen und Hallen, in denen sie oft jahrzehntelang gearbeitet hatten. Sie teilten ein Lebenslaufmuster, das ein älterer Arbeiter rückblickend beschrieb: „Damals dachte ich mir, so, jetzt bist du bei der *Film* und wenn du Rentner bist, gehst du wieder heim", die Berufsbiografie eines Werktätigen, dem im Grunde von der ‚Wiege bis zur Bahre' die paternalistische Fürsorge des Betriebes galt. „Wir haben nie große Ansprüche gestellt, unser Luxus ist, dass wir Arbeit haben" ist denn auch Grundtenor in den Rückblicken vieler ehemaliger Chemiearbeiter. Keine Ansprüche ans Leben zu stellen, darin sind die in einer „arbeiterlichen Gesellschaft" Aufgewachsenen geübt. Tradierte Muster der Lebensführung werden vor dem Hintergrund der wachsenden sozialen Polarisierung angerufen. Sie entstammen dem Repertoire der klassischen Bescheidenheitsethik: eigene Ansprüche zugunsten der Gemeinschaft zurückzustellen, mit dem Gegebenen zufrieden zu sein, sich in einer rigiden Ökonomie des Lebens einzurichten. [...] Sie haben die Entlassung in die Arbeitslosigkeit als Kränkung wahrgenommen und fühlen sich entehrt. Das einzige, was tragen könnte, wäre noch das kollektive Wissen um dieselbe Lage der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins. Was für die einen allerdings in der Not der Orientierung als Bestätigung des gemeinsamen Schicksals herhalten muss, wird für die anderen hinfällig: „Naja, ich gehöre zu den Gewinnern. Vielleicht nicht zu den großen Gewinnern, es gibt ja Leute, die verdienen viel Geld inzwischen, aber ich muss sagen, ich gehöre zu den Gewinnern. Ich war keine Minute arbeitslos. Nach der Wende ist unser Einkommen ständig gestiegen ... Es ist schon so, sagen wir mal, dass frühere, sagen wir mal, Freunde heute dann nicht mehr Freunde sind, weil, wir haben Arbeit, die anderen haben keine Arbeit oder haben bald keine Arbeit mehr, und es kommt schon, sagen wir mal, zu bestimmten Spannungen."

Es ist die schicksalhafte Sicht auf die veränderte Welt, die Gewinner und Verlierer in Bitterfeld und Wolfen teilen. Mit ihren Deutungen und Interpretationen bestätigen die ostdeutschen Arbeiter das naturhafte Szenario der Marktkräfte. „Der neue Kapitalismus", so Richard Sennett, „ist unlesbar geworden. Für die Schicksalsschläge, die er verteilt, scheint niemand mehr verantwortlich zu sein." (Sennett 1998: 123) Es sind die Konturen einer flexibilisierten und individualisierten Gesellschaft, nach denen der soziale Raum in Bitterfeld und Wolfen neu geordnet wird. Vor diesem Hintergrund gerät ein Weltbild ins Wanken, mit dem soziale Ungleichheit nicht als Ausdruck individuellen Versagens, sondern als systemische Folge sozialer Benachteiligung interpretiert werden kann. Mit der zunehmenden sozialen Differenzierung in der ostdeutschen Arbeiterschaft wird dieser kollektive Deutungshorizont transformiert: Die „Individualisierung sozialer Risiken" lässt Arbeitslosigkeit als individuelles Problem mangelnder Leistungsfähigkeit erscheinen, während die neuen Arbeitnehmer gleichsam als Auserwählte gelten. (Beck 1994: 58)

„Also auf der einen Seite würde ich sagen, das Leben ist jetzt ganz anders als vorher, auf jeden Fall. Wenn ich jetzt mal von mir ausgehe, ich kann einfach mein Leben gar nicht mehr so lange im voraus planen ... Es kommt immer etwas dazwischen ... ob das nun privat oder dienstlich ist ... so dass ich gar keine großen Sprünge vorher plane. Ich nehme das eben so, wie es ist und muss das Beste daraus machen. Das musste ich lernen. Manchmal war es nicht so einfach: ‚Um Himmels Willen! Immer wieder was Neues!' Aber man stellte sich darauf ein. Mir macht die Arbeit hier Spaß, ich gehe gern auf Arbeit und man hat Kontakt zu vielen Leuten ... und ich würde schon sagen, also meine Persönlichkeit oder ich musste mich ganz schön ändern. Von zu Hause aus bin ich so erzogen gewesen, dass ich eben nicht so unbedingt meine Meinung gesagt habe, dass ich ruhig und still und ein bisschen zurückhaltend war und erst mal abgewartet habe ... Das war eben die Notwendigkeit, dass ich mich ein bisschen stärker mache, oder wie soll man's ausdrücken? So, dass ich dann auch mal was sage, in einer großen Runde was sage, das hätte ich früher nie gemacht." [...]

In den modernisierten Inseln der Chemie hält ein neuer Arbeitstyp Einzug. In der Formel von der „subjektiven Modernisierung der Arbeitswelt" ist die personale Identität der Beschäftigten angesprochen: Nicht mehr die Befolgung von Regeln verlangt man von diesen, sondern ihre Fähigkeit und Bereitschaft zur eigenständigen Definition und Problemlösung. Gleich einem „Zwang zur Selbstverwirklichung" werden die subjektiven Eigenschaften der Beschäftigten, ihre Reflexivität, ihre Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, zur Eintrittskarte in die ausgedünnte Landschaft der neuen Arbeitswelt. In Bitterfeld konnte man sich unter den 6.000 Bewerbungen tatsächlich die Leute aussuchen, die für das Konzept der Gruppenarbeit geeignet waren, sprich deren Persönlichkeit neben der fachlichen Kompetenz Teamgeist und Kreativität versprachen. Letztlich hing es von der Persönlichkeit des Einzelnen, von dessen Vermögen zur Reflexion und Artikulation eigener Interessen und Vorstellungen, von seiner Individualität ab, ob er oder sie zu den Gewinnern oder zur Randbelegschaft bzw. zu den Arbeitslosen gehören wird. Der Zwang zur Selbstverwirklichung schließt einen Wechsel innerhalb der Arbeitsorientierung ein: Mit den neuen Organisations- und Personaleinsatzkonzepten wird einer quasi instrumentellen Arbeitseinstellung sukzessive der Boden entzogen. (Heidenreich 1996: 32ff.) Auf Seiten der Beschäftigten setzt das eine beständige Bereitschaft zum Lernen und zu neuen Formen der Kooperation voraus. [...]

Diese Subjektivierung der Arbeitswelt ist doppelbödig: Was auf der einen Seite als eine Mobilisierung der letzten Ressource, des „ganzen Menschen" im Zeitalter flexibler Produktionskonzepte erscheint und wie etwa die Gruppenarbeit als Vereinnahmung der Kohäsions- und Selbstorganisationspotenziale zu deuten ist, kann auf der anderen Seite als Chance für emanzipatorische Subjektansprüche auch in der Arbeitswelt gelesen werden. Es entsteht ein neues Spannungsverhältnis, in dem sich die bisherigen Koordinaten des betrieblichen Sozialraumes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschieben. Die Rede ist von „ziviler Vergemeinschaftung", einem neuen Modus betrieblicher Organisation, der notwenig aus der Entgrenzung erwachse, welche der zunehmend subjektive Bezug zur Arbeit mit sich bringe. (Matthies 1997: 362ff) Die neuen Formen betrieblicher Vergemeinschaftung setzen einen neuen Arbeitstyp voraus, ein weniger sperriges, widerständiges oder indifferentes Arbeitsubjekt als vielmehr einen „gleichsam smarter, kommunikativer und reflexiver" angelegten Typ von Beschäftigten. (Behr 1997: 46) Die neuen Arbeitnehmer bei *Bayer*, vor allem die jüngeren, vermitteln den Eindruck, als lägen sie im Trend: Sie sind aufgeschlossen, witzig, offen und reflexiv. Gleichwohl handelt es sich um eine riskante Freiheit der Selbstverwirklichung in den überwachten Anlagen der ‚transparenten Chemie', ganz zu schweigen von den 20% Arbeitslosenrate in der Region: „Mit der Freiheit kommen ja auch nicht alle so gut zurecht, also manch einer möchte hier noch mehr gesagt bekommen, um sich sicherer zu fühlen", argumentiert ein leitender Angestellter. „Da ist dieses Maß an Unsicherheit, wenn ich keine so ganz klare Aufgabenstellung bekomme."

FRÜHER FLEIßIG — HEUT NOCH FLEIßIG

„Wir haben früher gearbeitet und arbeiten heute genauso, da ist für mich kein Unterschied" – dieser Redeweise begegnet man in den Gesprächen mit ostdeutschen Arbeitern immer wieder. Gleichwohl sie im Kontext des Ost-West-Diskurses um das „Erst-einmal-arbeiten-lernen-müssen" der Ostdeutschen steht, geht sie darin nicht auf. Es gehört zu den Selbstverständlichkeiten im Werthorizont von Arbeitern, dank der eigenen produktiven und manuellen Fähigkeiten zur Arbeitsleistung imstande zu sein.

Handwerklichkeit, Geschicklichkeit, körperliches Vermögen sind kulturelle Muster, die trotz technischer und organisatorischer Veränderungen der Produktionssphäre nach wie vor als Deutungs- und Verortungsschemata funktionieren und als *longue duree* von Arbeiterkultur

auch in den Artikulationen ostdeutscher Arbeiter präsent sind. (Kaschuba 1989: 216f) Ihr kamen insbesondere in der betrieblichen Realität der DDR-Gesellschaft Dimensionen des Eigensinns zu, was nicht Widerständiges per se meint, „sondern ein Netz widersprüchlicher Handlungsweisen und Deutungsmuster" (Lüdtke 1993: 377) „Wir haben doch aus Scheiße Bonbons gemacht" ist da auch eine Formel, mit der die Chemiearbeiter das Recht auf den Wert ihrer Alltagspraxis Arbeit geltend machen. Es ist der Stolz auf das „trotzdem produzieren" unter widrigsten Umständen. (Lüdtke 1994: 237) Schließlich galt Arbeit den Kombinatserfahrenen als Stabilisator gegen die Zumutungen von oben, als Raum des „Eigensinns", den sie auch heute mit Stolz auf die in kürzester Zeit ins Laufen gebrachte Anlage der *Bayer GmbH* behaupten. Hinzu kommt das ausreichend trainierte Improvisationsvermögen der Ostdeutschen. [...]

Gut und qualitätvoll zu arbeiten, dieses Wertmuster realisiert sich aber auch in den neuen Arbeitswelten in einer äußerst heterogenen Praxis, in der Solidarität und Konkurrenz eng beieinander liegen und sich keineswegs ausschließen. Subtile Konkurrenzen untereinander mögen sich als Comeback des ‚Konkurrenzkapitalismus' lesen lassen, sie sind aber zugleich Ausdruck des Bedürfnisses, das Feld eigener produktiver Leistungen zu behaupten: „Naja, es ist doch schon so, es versucht jeder, seine Arbeit richtig und gut zu machen und besonders gut oder besser wie die anderen. Es ist leicht unterschwellig, also direkt und offen ist es nicht zu merken. Man muss sozusagen zwischen den Zeilen lesen oder mithören. Wenn man jetzt hier einen Fehler findet oder ein Fehler vorliegt, dass er den besonders schnell und möglichst alleine findet, dass es dann heißt: ‚Aha, derjenige hat's ja gefunden und gemacht.' Das war zu DDR-Zeiten egal im Prinzip, ob's nun lief oder nicht gleich lief, dann hat's eben ein anderer gemacht." Der Rückgriff auf Erfahrungskomplexe und Normen der Arbeiterkultur ist aber zudem, wie in der Rede vom ‚immer-schon-gearbeitet', eine Interpretation, die aus den Verunsicherungen und Orientierungsnöten in den überwachten Räumen der Fremdkontrolle bei *Bayer* erfolgt. [...]

Es ist diese Gemengelage aus Wertmustern und Wissensbeständen der Arbeiterkultur und deren spezifischer „Rekultivierung" im betrieblichen Alltag der DDR, aus der die neue Belegschaft bei *Bayer* ihre Sperrigkeit gegenüber den Integrationsabsichten des Unternehmens bezieht. Wenngleich sie im Grunde nur mangelhafte Lektionen im Fach „Fordismus" erteilt bekommen haben, Lektionen, die ihren westdeutschen Kollegen den temporären „Ausstieg aus der Arbeit" in die „Freizeitgesellschaft" ermöglichten, so sind sie dennoch keine gefügigen und der „Tyrannei der Intimität" in der „neuen Betriebsgemeinschaft" unterworfene Arbeitnehmer. (Behr 1997: 39) Es ist ihre Traditionalität, auf der ihre Sperrigkeit und Distanz gründet und die sie auch heute als Belegschaft ein wenig unberechenbar macht.

Gleichwohl handelt es sich bei der Neuauflage dieses Weltbildes vom ‚immer-schon-gearbeitet' um ein schwieriges Terrain. Seine Arbeit zu machen, explizit gute Arbeit, gehört zu den unhinterfragten Gewissheiten im Weltbild der Arbeiter, zu ihrem *Common sense*, in dem die Dinge so präsentiert werden, „als läge das, was sie sind, in der Natur der Sache" (Geertz 1995: 264). Damit wird die Arbeitsrealität als quasi unbeeinflusst von gesellschaftlichen Bedingungen reflektiert, sie erscheint als naturhaft. In solchen Sprechweisen wie „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied" ist die schicksalhafte Sicht auf die eigene Lebenssituation zu ahnen, eine verkürzte Sicht auf gesellschaftliche Zwänge und Zumutungen als quasi naturhafte, bei dem Gewinner und Verlierer nur noch ihre Haut retten wollen.

Doch diese Interpretation bliebe allzu schematisch und kategorial, ließe man die Anrufung der Gewissheit ‚Arbeit' aus dem Blick, die letztlich Ausdruck der Orientierungsnot ostdeutscher Arbeiter ist: Irritationen, die aus der Überforderung der Arbeiter angesichts der Explosivität des Nebeneinanders, der Gleichzeitigkeit von Umbrüchen erwachsen. „Man

war ja dabei", schildert eine Arbeitnehmerin, „als alle Vierteljahre welche entlassen wurden. Die weg sind, schauen einen nicht mehr an. Das ist schlimm. Immer wieder die Frage, warum wir, warum ihr nicht. Dabei macht hier jeder nur seine Arbeit, mehr nicht."

ZWISCHEN KLEINGARTEN UND ERLEBNISPARK

"Also, wir sind ja nicht verwöhnt worden, also dadurch, dass ich meinen Garten habe, bin ich zufrieden. Am Busch hier in Wolfen, nicht zu groß, nicht zum Arbeiten, zum Erholen. Das ist so ein Verein. Alles nette Leute. Man tut sich ja doch mal unterhalten. Einer hilft dem anderen, ich hatte letztens keine Schubkarre, da habe ich sie mir beim Kollegen nachher geholt, obwohl er nicht im Garten war. Das ist alles kein Thema. Meine Frau sagt immer, es sieht ärmlich aus, aber man darf die Tür nicht aufmachen. Den Sommer über sind wir draußen, naja, jetzt war ja kein Wetter am Sonnabend." Geht man durch die Gartenkolonien, so fällt auf, dass nach wie vor die kleinen Flächen in der strengen Anordnung der Pflanzen und mit rigider Aufmerksamkeit für jede Art von Unkraut intensiv zum Obst- und Gemüseanbau genutzt werden. Für die Leute hat der Garten trotz des besseren Angebotes seine Selbstversorgungsfunktion behalten. Der eigene Garten stellt für viele das eigentliche Terrain zur Selbstbetätigung dar. Hier lebt sich der Bastler aus, der nach wie vor aus allem etwas machen kann. Oft genug handelt es sich dabei um ein Stück Lebenswerk, um ein Feld, auf dem man noch sieht, dass man etwas geschafft hat, und das mit eigener körperlicher Betätigung. Angesichts der Arbeitslosigkeit halten diese wenigen Quadratmeter Grünfläche vor allem für die Männer den drohenden Zeitzerfall auf. Der Garten, ein Fluchtpunkt jenseits der Wohnung, eine idyllische Gegenwelt zu den sich verschärfenden Problemen des Alltags: im Garten, „da kann ich alles vergessen". Wenn sich die Arbeitslosen von Wolfen-Nord irgendwo psychisch stabilisieren können, dann hier in den Gartenkolonien rund ums Plattenbaugebiet. [...]

Die Kleingärten im Umfeld des Plattenbaugebietes Wolfen-Nord geben vielleicht am sichtbarsten Auskunft über die Gemeinsamkeiten in den Geschmackspräferenzen, Freizeiteinstellungen und im Konsumverhalten der ehemaligen Chemiearbeiter. Zugleich sind sie Artikulationsraum einer heterogenen kulturellen Gestaltungspraxis ihrer Nutzer. Dennoch zeichnet sich heute eine Differenzierung in der Alltagskultur ab: Der Umzug aus dem mittlerweile sozial stigmatisierten Plattenbaugebiet ins neu gebaute Eigenheim, die Mitgliedschaft im Schützenverein oder Tennisklub inklusive des Wissens um die symbolische Bedeutung der eigenen Zugehörigkeit, das Bedürfnis nach Entspannung, Unterhaltung und Genüssen in den neuen Konsum- und Erlebnisräumen, dem die Wolfener Infrastruktur nur mangelhaft nachkommen kann.

Wenngleich diese Ausdifferenzierung in den Lebensstilen im Grunde eine kulturelle Artikulation der wachsenden sozialen Disparitäten in der Region Bitterfeld / Wolfen zum Ausdruck bringt, geht sie darin nicht auf. Die kulturelle Modernisierung des Alltags in der ehemaligen Chemieregion vollzieht sich vor dem Hintergrund des Strukturwandels zur Dienstleistungs- und Erlebnisgesellschaft: Ein schönes Beispiel dafür gab die in einem ehemaligen Tagebau aus Großgeräten des Bergbaus entstandene Baggerstadt *FERROPOLIS* ab. Sie war das Highlight der *EXPO 2000* in Sachsen Anhalt. [...] Der Umbau solcher altindustriellen Areale in Event-Räume zeitigt nicht nur Berufskarrieren vom Kohlearbeiter zum Erlebnisparkwächter: Bedürfnisse nach Unterhaltung und Erlebnissen jenseits des Schrebergartens werden mittlerweile auch bei den Bewohnern der Plattenbausiedlung zum Motiv, in den Saalepark zu fahren, einem Rockkonzert in *FERROPOLIS* beizuwohnen oder eines der neu entstandenen Kinocenter zu besuchen. Das Muster der Sparsamkeit mag als „Konfiguration von Einschränkungen"(Stuart Hall) den Rahmen bilden, in den moderne Lebensstilelemente integriert werden. Im Spannungsfeld zwischen Sparsamkeit und Verausgabung ist das angesiedelt, was Peter Alheit als „alltägliche Moderne"

beschrieben hat. Die Strukturierung des Alltags der Arbeiter durch die industrielle Moderne zeitigt eine Lern- und Veränderungsbereitschaft in Beruf wie Freizeit. Insbesondere das Potenzial der Massenkultur zur Erweiterung der kulturellen Horizonte ist Bestandteil dieser Modernisierung des Alltags. (Alheit 1994: 47) Wie Kaspar Maase in seiner Lesart der populären Künste betont, steckt in dieser ein „Bedeutungsüberschuss, den man zum Aufbau eines Horizonts utopischer, alternativer Hoffnungen nutzen kann". (Maase 1997: 36f) Dieses Reservoir an ‚Traumenergien' ist Lebensmittel für die Bewältigung des Alltags, in ihm bleibt die Hoffnung auf Veränderung lebendig, die Hoffnung, dass es nicht beim ‚Schicksal' bleiben kann.

---

[1] Der Beitrag basiert auf einer ethnografischen Studie des Strukturwandels in Bitterfeld / Wolfen. Die Studie entstand auf der Grundlage von qualitativen Interviews mit ehemaligen Chemiearbeiterinnen, die sich zum Zeitpunkt der Gespräche in einer Umschulung befanden, mit neuen Arbeitsnehmern bei der *ORWO AG* und der *Bayer Bitterfeld GmbH*. Feldforschungen, Archivrecherchen sowie Expertengespräche kamen hinzu.

Erschienen in: Regina Bittner, *Kolonien des Eigensinns: Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion*, Campus-Verlag, Frankfurt a. M. und New York 1998

Literaturliste

Peter Alheit (1994), *Zivile Kultur*, Frankfurt am Main

Ulrich Beck (1994), Jenseits von Klasse und Stand, in: Ulrich Beck/Elisabeth Beck- Gernsheim(Hg.), *Riskante Freiheiten*, Frankfurt a. M.

Michael Behr (1997), Wertewandel und neuer Arbeitstyp, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 8/1997

Wolfgang Engler (1999), *Die Ostdeutschen*, Berlin

Wolfgang Engler (1995), *Die ungewollte Moderne,* Frankfurt a. M.

Clifford Geertz (1997), *Spurenlesen*, München

Clifford Geertz (1987), *Dichte Beschreibung*, Frankfurt a. M.

Lawrence Grossberg (1999), Zur Verortung der Populärkultur, in: *CULTURAL STUDIES. Grundlagentexte zur Einführung*, Lüneburg

Martin Heidenreich (1996), Die subjektive Modernisierung fortgeschrittener Arbeitsgesellschaften, in: *Soziale Welt* 1/1996

Peter Hübner (1995), *Konsens Konflikt Kompromiß*, Berlin

Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld, Hans Zeisel (1976), *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Frankfurt

Wolfgang Kaschuba (1989), Volkskultur und Arbeiterkultur als symbolische Ordnungen, in: Alf Lüdtke (Hrsg.), *Alltagsgeschichte*, Frankfurt

Alf Lüdtke (1993), *Eigensinn. Fabrikalltag, Arbeitserfahrung und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg

Alf Lüdtke (1994), Helden der Arbeit - Mühen beim Arbeiten, in: Hartmut Kaelble / Jürgen Kocka / Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart

Kaspar Maase (1997), *Grenzenloses Vergnügen*, Frankfurt a. M.

Hildegard Matthies (1997), Die Zivilisierung der Ökonomie, in: Klaus M.Schmals / Hubert Heinelt (Hrsg.) *Zivile Gesellschaft*, Opladen

Jörg Roessler (1994), Die Produktionsbrigaden, in: Hartmut Kaelble / Jürgen Kocka / Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart

Richard Sennett (1998), *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin

---

(ALT-)STADTUMBAU OST UND DENKMALPFLEGE IN SACHSEN-ANHALT

Gotthard Voß (2004)

Die Erneuerung der Altstädte und der historischen Stadtensembles im Osten Deutschlands gehört zu den beeindruckendsten, für alle sichtbaren Veränderungen der sogenannten Wendezeit nach 1989. Auch in Sachsen-Anhalt sind alle in diesem Zusammenhang zu nennenden bedeutenden Städte bis hin zu den kleineren städtischen Gemeinden dem schleichenden Untergang entkommen. Dieser hatte z.B. in Stendal und Halberstadt schon zu verheerenden Verlusten geführt und das Bild von Merseburg weitgehend zerstört. Alle unsere Altstädte haben ihre große Ausstrahlung und Anziehungskraft auf ihre Bewohner und Besucher zurück gewonnen, woran die Baudenkmale einen wesentlichen Anteil haben. Trotz dieser, in großer Dankbarkeit immer wieder zu würdigenden Erfolge sind die Defizite unübersehbar, denen unter der Überschrift *Stadtumbau Ost* begegnet werden soll. [Abb. 1]

Dem euphorischen Beginn der Sanierung fehlten überall städtebauliche, aber auch denkmalpflegerische Konzepte. Die letzten Stadtplanungen stammten aus den 1970er Jahren und dem Anfang der 1980er Jahre. Sie hatten, ausgehend von den fehlenden Reparaturkapazitäten der Bauwirtschaft, großflächige Abbrüche auch von Denkmalbereichen und Einzeldenkmalen und die anschließende Errichtung von industriell gefertigten Plattenbauten zum Ziel. Für diese Entwicklungsphase der Städte wäre die Bezeichnung *Stadtumbau* zutreffend gewesen, betrachtet man die Planungen von Quedlinburg und Halberstadt oder die vollzogenen Eingriffe in die Städte Halle, Merseburg, Stendal, Weißenfels und Zeitz. In einigen Bereichen der Altstädte begannen die Wiedererkennung und damit auch der Denkmalcharakter unwiederbringlicher Werte verloren zu gehen.

Das Denkmalfachamt, die Arbeitsstelle Halle des damaligen zentral geleiteten, für die gesamte DDR zuständigen Institutes für Denkmalpflege, reagierte auf diese für die Altstädte bedrohliche Herausforderung mit städtebaulich-denkmalpflegerischen Zielstellungen, in denen unbedingt zu erhaltende Einzeldenkmale, dazu auch Straßen- und Platzräume ausgewiesen waren. Dennoch sind Verluste nicht ausgeblieben. Anfang der 1990er Jahre waren bis auf Bestandspläne alle verfügbaren Planungsmaterialien für die Sanierung einzelner Gebäude und ganzer Stadtanlagen völlig ungeeignet. So war niemand auf die große Chance vorbereitet. Ein nur kurzes Innehalten für erste Grobplanungen, und sei es für eine sinnvolle Verteilung der unterschiedlichsten Bedarfe auf die zur Verfügung stehende wertvolle, historische Bausubstanz, ließ der von vielen Seiten zu spürende Druck nicht zu. Es sollten umgehend materielle Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden und dafür sehr schnell Handelseinrichtungen nach vorgegebenem Muster entstehen, zumeist ohne Rücksicht auf vorhandene, traditionelle Verkaufsstrukturen in den Altstädten. Vor ihren Toren entstanden neue uniforme Großmärkte [Abb. 2], während leer stehende Industriehallen an durchaus nicht ungünstigen Standorten und sogar alte Kaufhäuser in den Stadtzentren sich selber überlassen blieben. Die Auswirkungen auf die in den Städten fußläufig zu erreichenden, mit zum Teil sehr hohen Mieten belasteten Geschäfte langer Traditionen sind bis heute unübersehbar.

Der aufgestaute Bedarf an verbesserten Wohnbedingungen, dazu die verlockenden Abschreibungsangebote fanden in den schneller und weniger aufwendig zu modernisierenden Plattenbauten und auch bei den in ihrer Substanz besser erhaltenen jüngeren Wohnbauten

günstige Voraussetzungen. **[Abb. 3]** Ältere Häuser in den historischen Innenstädten blieben bis auf Ausnahmen benachteiligt zurück. Diese völlig ungeplante, ohne verantwortungsbewussten Blick in die Zukunft, vor allem auf schnellen Gewinn ausgerichtete Handlungsweise ist sicher einer der großen Fehler, vor dessen Wiederholung wir dringend gewarnt wurden. Er war allein von gutwilligen Volksvertretern, Planern und auch Denkmalpflegern nicht zu verhindern.

Die Altstädte blieben einem weiteren Fehler beinahe schutzlos ausgeliefert: nämlich der finanziellen Bevorzugung der Neubauten gegenüber einer Sanierung von Altbauten. Viele neue Siedlungen im Umland entzogen den Altstädten die Bewohner, sicher auch, weil in den ersten Jahren zu wenig sanierter Wohnraum zu vergleichbaren Bedingungen angeboten werden konnte. Zu den Auswirkungen dieser wenig koordinierten, den drängenden Erwartungen folgenden Eigenheimbauten zuungunsten der Altstädte kam der in diesem Ausmaß nicht vorhergesehene Bevölkerungsrückgang auch in Sachsen-Anhalt hinzu. Durch den Niedergang umfangreicher Teile der Industrie wurden viele Menschen arbeitslos. Sie zogen dorthin, wo sie Arbeit fanden – eine Wanderungsbewegung, die mit ihren nachhaltigen Folgen bis heute nicht wirklich gestoppt werden konnte.

Trotz dieser für die Altbausubstanz bedrohlichen Erscheinungen ist es in den Altstädten, dank umfangreicher Förderprogramme und anderer finanzieller Anreize und des Engagements vieler haupt- und ehrenamtlich für den Denkmalschutz und in der Denkmalpflege Tätiger, zu einer unübersehbaren Zahl an Sanierungen gekommen, so dass vielen Städten in den historisch gewachsenen Ausdehnungen ihre unverwechselbare Identität weitgehend erhalten werden konnte. **[Abb. 4]** Sicher hat zu diesem Ergebnis auch die allgemein zustimmende Haltung den historischen Gebäuden und Altstädten gegenüber beigetragen, die 1989 vor dem Hintergrund des unerträglichen Verfalls vieler alter Häuser als einer der Auslöser der umwälzenden Veränderungen anzusehen ist. Die Sanierung einzelner Häuser geschah, bezogen auf das jeweilige Stadtgebiet, weitgehend planlos. Dort, wo die Eigentumsverhältnisse geklärt waren und die Finanzmittel bereitstanden, kam es zur Planung und Baudurchführung. Eine Reihenfolge nach Wertkriterien oder anderen Gesichtspunkten wurde bei der Häusersanierung nicht berücksichtigt. Die daraus folgende punktuelle Arbeitsweise entsprach und entspricht der historischen Stadtentwicklung, zu der als ein natürlicher Vorgang die Wegnahme verbrauchter Substanz und die Erneuerung wie selbstverständlich gehört, mehr als die straßen- und quartiersweise Erneuerung, wie sie während der DDR-Zeit vielfach praktiziert wurde und auch heute immer wieder bei der vereinheitlichenden Bearbeitung von Straßenoberflächen in Städten und Dörfern zu beobachten ist. Leider kam es bei dem – man kann sicher sagen – Sanierungsboom viel zu selten zur Bildung von Eigentum durch Ortsansässige, wodurch auch verhindert wurde, dass eine das Kommunalwesen ganz wesentlich mittragende Bauherrenschaft entstehen konnte. Die finanzielle Situation dieses Personenkreises, aber mehr noch die Arbeitsplatzunsicherheit standen zumeist dagegen, wenn auch vielfach der Wille zur Übernahme eigener Belastungen vorhanden war. Verschiedentlich, so z.B. in Halle, gab es leider beim beabsichtigten Grundstückserwerb für den Eigenbedarf behördliche Behinderung, die sicher auch einen Anteil an der Wanderungsbewegung besonders von jungen Menschen hatte. **[Abb. 5]**

Den Denkmalschutz und die Denkmalpflege traf der Um- und Aufschwung der Städte ebenso unvorbereitet. Es gab zwar seit einigen Jahren eine städtebauliche Denkmalpflege, doch fehlten ihr die notwendigen Grundlagen und Durchsetzungsmöglichkeiten. Aus dem Gefühl der allgemeinen Akzeptanz für die historischen Zeugnisse unserer reichen Kultur und dem weit verbreiteten Willen, möglichst viel von diesem zu bewahren, verabschiedete der Landtag von Sachsen-Anhalt schon im Oktober 1991 ein Denkmalschutzgesetz, das sich entgegen allen späteren Einwänden zur Herausbildung eines hohen Niveaus von

Denkmalschutz und Denkmalpflege sehr bewährt hat. Dennoch ist es Ende 2003 zu einer Novellierung gekommen, mit der die Durchsetzung der Forderungen von Investoren erleichtert werden soll – leider zu dem Preis, dass die Qualität denkmalpflegerischer Maßnahmen auch im Städtebau negativ beeinträchtigt werden wird.
In den Städten und Dörfern war es entsprechend dem Baugesetzbuch möglich, die Stadtentwicklung mit Hilfe von Satzungen sowohl lenkend als auch Störungen hindernd zu beeinflussen. Die Erfahrungen lassen erkennen, dass aus denkmalpflegerischer Sicht die Erhaltungssatzung der Gestaltungssatzung vorzuziehen ist. Die in einer Gestaltungssatzung formulierten Vereinbarungen sind nicht allein auf die Erhaltung wichtiger Details an Baudenkmalen ausgerichtet, sondern auch darum bemüht, von den historischen Gebäuden ausgehende Gestaltungsmaßstäbe auf ganze Stadtgebiete zu übertragen. Damit werden z.B. Eigenentwicklungen, die von Baumarktprodukten abweichen und nicht unbedingt historischen Formen entsprechen müssen, wie bei Fenstern und Dachöffnungen oder auch bei Planungen für Neubauten in Architekturformen unserer Zeit sehr häufig ausgeschlossen. Die Erhaltungssatzung dagegen sieht ihren Schwerpunkt in der erhaltenen Bau- und Denkmalsubstanz und lässt der Stadtentwicklung einen breiteren Gestaltungsrahmen.
Neben diesen wichtigen Voraussetzungen eines gesetzlichen Schutzes für die Denkmale wurde dem Denkmalfachamt, dem Landesamt für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt, die Aufgabe übertragen, Verzeichnisse der als schützenswerte Denkmale festgestellten Baulichkeiten, d.h. von Gebäuden, Straßen- und Platzräumen, historischen Parks und Teilen von Kulturlandschaften bzw. geschlossenen Stadt- und Dorfanlagen anzulegen. Im Rahmen der sogenannten Schnellerfassung führte die Fülle der sehr originär erhaltenen Baulichkeiten zu einer großen Zahl an Einträgen, trotz zum Teil schlechter baulicher Zustände. Diesem allein fachlichen Gesichtspunkten verpflichteten Handeln und dem Umfang an Denkmalen wurde zunächst nicht widersprochen, da sich die Denkmalpflege auf den allgemeinen Wunsch stützen konnte, möglichst viel unseres historischen Reichtums zu bewahren. Nach dem Rückgang von Förderungen und dem Ende günstiger Abschreibungen wurde den politisch Verantwortlichen und der Öffentlichkeit der Zusammenhang zwischen Erhaltungsnotwendigkeit und den finanziellen Aufwendungen mehr bewusst. Ein mit dieser Erkenntnis verbundener Wandel der grundsätzlichen Einstellung dem historischen Baubestand gegenüber kann die weitere Arbeit an den Baudenkmalen erheblich nachteilig beeinträchtigen, wie es leider schon vielfach im Lande sehr öffentlichkeitswirksam zu erfahren war.
Die Denkmalverzeichnisse wären sofort gebraucht worden, um der Fülle an Bauanträgen auch für mögliche Baudenkmale schnell und sachkundig begegnen zu können. Doch wegen der großen Verantwortung, die auch die Gefahr aus der sehr verbreiteten Meinung zu berücksichtigen hatte, dass aufgegeben, d.h. abgerissen werden darf, was nicht im Denkmalverzeichnis aufgeführt ist, konnte diese selektive Arbeit nur in einem zumutbaren Tempo bewältigt werden. Inzwischen sind die Verzeichnisse weitgehend erstellt und liegen für ca. ein Drittel des Bestandes in gedruckter Form vor. Die Lückenhaftigkeit der Erfassungsergebnisse wird leider besonders in der Bewertung der Denkmalbereiche und in der genauen Beschreibung ihrer Erhaltungskriterien deutlich. Diesem Mangel mit wissenschaftlich fundierten Aussagen abzuhelfen, wird eine der wichtigsten Aufgaben des Landesamtes als Beitrag zur weiteren Stadtentwicklung bleiben.
Nach mehr als zehn Jahren erfolgreicher Stadtsanierung zeigen sich die Altstädte und historischen Stadtviertel in ansehnlichem Zustand, jedoch nicht frei von ungelösten Problemen. In den Gründerzeitvierteln können die umfassenden Maßnahmen zumeist als abgeschlossen betrachtet werden. Der sanierte Wohnungsbestand ist weitgehend ausgelastet. Bei näherer Betrachtung dieser Stadtbereiche fällt jedoch auf, dass großzügige

Lösungen im rückwärtigen Gelände von Wohnhäusern mit dem Ziel, lebenswerte gemeinschaftliche Nutzungen anzubieten, selten sind. Daneben fehlen häufig weitsichtige Angebote, mit dem Parkplatzproblem umzugehen. Vereinzelt gibt es versiegelte Hofflächen, die – mit Autos bestellt – die Lebensqualität wiederum erheblich beeinträchtigen. Die Grundstücksgrenzen werden zumeist zu unüberwindlichen Hindernissen bei dem Suchen nach großflächigen Konzepten. In den Altstädten ist das Bild sehr unterschiedlich. Innerhalb der zentrumsnahen Straßen und Plätze überwiegen die geschlossenen Häuserzeilen zumeist in saniertem Zustand. Dazwischen gibt es häufig gelungene Neubauten als Ersatz für aufgegebene alte. **[Abb. 6]** Unübersehbar sind in ausnahmslos allen Altstädten die zunehmend leer stehenden Wohnungen und kleineren Ladengeschäfte als Folge des Bevölkerungsrückganges. An vielen unsanierten Gebäuden nimmt der Verfall zu, sogar in Bereichen von Quedlinburg und Naumburg. Lücken nach Abbrüchen werden immer seltener geschlossen – auch durch den schwindenden Sanierungswillen bei Investoren wegen des fehlenden Bedarfs an Wohnungen. In einigen Altstädten, z.B. in Stendal, Aschersleben, Zeitz und auch in Naumburg, sind große unbebaute Flächen nach einer Beräumung ohne Perspektive. Besonders kompliziert ist die Situation in Weißenfels, wo man unmittelbar nach der Wende als einziger Stadt in Sachsen-Anhalt eine größere Zahl gefährdeter Gebäude mit Welltafeln gesichert hatte. Der Verfall ist inzwischen auch an Häusern am Markt und in ihn umgebenden Straßen schwer aufzuhalten und die Bedrohung des Abbruches ständig gegenwärtig. **[Abb. 7]**

In dieser so nicht prognostizierten Situation, die mit weiteren Beispielen aus vielen Städten des Landes bildlich dargestellt werden könnte, musste die Ankündigung eines Förderprogrammes *Stadtumbau Ost* große Hoffnungen wecken. Inzwischen zeigt sich jedoch, dass bisher lediglich Vorhaben für Großsiedlungen und für Gebäude im kommunalen Eigentum zumeist mit dem Ziel, den Wohnungsbestand durch Abbrüche zu reduzieren, bei der Finanzierung Berücksichtigung finden. So sollen in einem Altstadtquartier von Aschersleben aus geschlossenen Häuserzeilen konzeptlos leer stehende Gebäude der Wohnungswirtschaft abgerissen werden, vermutlich, um sich einer Last zu entledigen. Anschließende Neubauten oder die Umsetzung anderer verträglicher Lösungen sind bisher nicht vorgesehen, so wie es auch in Eisleben nach Abbrüchen unmittelbar neben dem zum Weltkulturerbe gehörenden Geburtshaus Luthers zu befürchten ist. Unsere Altstädte brauchen bei aller Freude über das bisher Erreichte vermehrt konkrete, politisch moralische, spürbar finanzielle und dazu weit gestreute bürgerschaftliche Zuwendung.

Auch die Denkmalpflege muss sich dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung aktiv unterstützend stellen. Sie wird ihre Aufgabe eines Anwaltes für die schützenswerten Baudenkmale wahrnehmen und zunächst darum bemüht sein, deren weitgehende Erhaltung zu erreichen. Gleichzeitig hat sie in den Planungsgremien Möglichkeiten aufzuzeigen, wie mit den Baudenkmalen umzugehen ist, wobei das Handeln der Vertreter des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege verstärkt von Kompromissbereitschaft und dem Suchen nach verträglichen Lösungen geprägt sein muss. Diese können durchaus für nicht mehr erhaltbare Bausubstanz die Entscheidung zur Wegnahme einschließen, von der sich auch der Denkmalpfleger nicht zurückziehen kann.

Bei der weiteren Stadtsanierung werden für die zunehmend zu erwartenden Lücken Konzepte zur Anwendung an unterschiedlichsten Standorten benötigt. Die Erwartung, alle mit einem Gebäude wieder schließen zu können, lässt die Realität nicht zu und muss deshalb vielfach Illusion bleiben. Es sollte aber weiterhin das Ziel verfolgt werden, die Geschlossenheit in den wichtigsten Straßen und Plätzen der Zentren zu erhalten bzw. wieder herzustellen, ohne dabei Rekonstruktionen verlorener Gebäude anzustreben. Unbebaute Grundstücke ließen sich, zur Straße hin mit einer Mauer abgeschlossen, für gemeinschaftliche Nutzungen bis hin zu Erholungsbereichen anbieten. Größere

freigeräumte Flächen könnten mit altstadtgerechten, allein oder auch in Reihe stehenden Einfamilienhäusern wieder bebaut werden. **[Abb. 8]** Ein Wettbewerb zu diesem Thema unter Architekturstudenten würde sicher viel Zuspruch finden. Für die erhaltenen, noch zu sanierenden Gebäude, vor allem für Denkmale, sollten günstige Bedingungen und Erleichterungen beim Ankauf ebenso auch bei der Gewährung von Krediten und der anschließenden Sanierung durch ortsansässige Selbstnutzer unbürokratisch umgesetzt werden. Derartige Anreize könnten zu einer Motivation werden, Engagement mehr in der Altstadt und weniger in Siedlungen außerhalb zu entwickeln.

Das Tempo der Stadtsanierung seit 1989 hat alle Erwartungen weit übertroffen. Mit der jetzt eingetretenen Verlangsamung des Baugeschehens nehmen die Gefahren für alle die historischen Gebäude zu, denen bisher keine Perspektive gegeben werden konnte. Ihre Beseitigung ist immer die schlechteste Lösung, denn damit gehen unwiederbringlich auch viele Werte verloren. Deshalb wird es neben allen Sanierungen wichtig sein, soviel wie nur möglich von der bedeutenden historischen Bausubstanz zu sichern, um sie zum späteren Zeitpunkt innerhalb einer kontinuierlich zu bewältigenden Reihenfolge noch sanieren zu können. **[Abb. 9]**

Die Weiterentwicklung unserer Altstädte bleibt eine lohnende Aufgabe. Sie kann aber nur mit der historischen Bausubstanz zu einem bleibenden Erfolg werden.

Abb. 1: Halberstadt – Straße mit sanierten und ruinösen Gebäuden

© Voß

Abb. 2: Quedlinburg – Großmarkt beeinträchtigt die bedeutende Stadtansicht

© Voß

Abb. 3: Halle – Siedlung Ende 1920er Jahre im sanierten Zustand

© Voß

Abb. 4: Naumburg – Marktplatz Nordseite

© Voß

Abb. 5: Halle – einzige in dieser Form erhaltene Häusergruppe des 16. bis 18. Jh., Sanierung in Eigeninitiative Ortsansässiger bisher leider verhindert

© Voß

Abb. 6: Stendal – Straße mit Marienkirche, punktuell sanierte Gebäude, eingepasster Neubau, offene Lücken

© Voß

Abb. 7: Weißenfels – Leipziger Straße, geschlossene, städtebauliche Anlage, alle Häuser rechts und links im Vordergrund stehen leer

© Voß

Abb. 8: Zeitz – beräumtes Gelände unterhalb der Klosterkirche, ursprünglich eng bebautes Stadtgebiet, günstiges Gelände für Einfamilienhäuser

© Voß

Abb. 9: Halle – Haus des 18. Jahrhundert mit wertvollen Stuckdecken, dank einer Sicherung vor zehn Jahren Substanz noch sanierungsfähig

© Voß

PROJEKTE UND INITIATIVEN

HALLE

1990ff Eine Wohnung in einem Punkthochhaus in Halle bildet von Mai 2002 bis November 2003 die Plattform für ein Netzwerk aus Künstlern und Interessierten, die sich mit der ostdeutschen Transformation und ihrer Auswirkung auf die Städte beschäftigen. www.1990ff.de

Fernost e.V. Ein sich in Gründung befindender Verein, der den Umbau und die Nutzung eines alten S-Bahnhofs in Neustadt plant. Der Umbau und die Organisation der geplanten temporären Einrichtung, ein selbstverwalteter Club für Jugendliche, soll von den Jugendlichen selbst untergenommen werden.

Freiwilligen Agentur Halle-Saalkreis e.V. Das Projekt *Aktiv Neustadt* beinhaltet den Aufbau eines Infopoint, an dem sich Neustädter über die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements informieren können. Zudem soll ein Netzwerk entstehen. www.freiwilligen-agentur.de

Hotel Neustadt Ein leer stehendes Punkthochhaus im Zentrum Halle-Neustadts wird von Jugendlichen geplant, gebaut und geführt. Gleichzeitig dient das Hotel als ein Aufführungsort des Festivals des Thalia-Theaters 2003. Thema: Wohnen in Großwohnsiedlungen. www.hotel-neustadt.de

Kinderstadt Fortlaufendes Theaterprojekt des Thalia-Theaters Halle mit Kindern in Halle (Saale): Kinder planen und bauen sich eine eigene Stadt mit eigenen Regeln, eigenem Geld, Bürgermeister etc. www.kinderstadt-halle.de

Kultur/Block = Forum für Kunst und Kultur in Halle-Neustadt Eine Initiative junger KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die Themen wie Leerstand, Stadtumbau und Migration öffentlich machen. www.kulturblock.de

LOS — Lokales Kapital für soziale Zwecke Förderprogramm der Europäischen Union für Gebiete der *Sozialen Stadt*, das in Halle (Saale) bis Mitte 2006 Mikroprojekte im sozialen und kulturellen Bereich in den Stadtteilen Silberhöhe und Halle-Neustadt finanziell unterstützt.

LEIPZIG

archleague-Leipzig Eine Initiative Leipziger Architekten, die durch Aktionen und Diskussionen u.a. den Abriss des Brühls und Gentrification-Prozesse in die öffentliche Aufmerksamkeit bringt. www.archleague-leipzig.org

Brühl Leipzig Allianz von Leipziger Architekten und Künstlern, die ein Forum für eine offen geführte Debatte über die Zukunft der drei 11-geschossigen Wohnhäuser (1966–68 gebaut) am Brühl bietet. www.bruehl-leipzig.net

Conne Island Selbstverwaltetes Jugend-Kulturzentrum, Veranstaltungsort für Pop-Konzerte, gesellschaftskritische und links-orientierte Workshops in Leipzig-Connewitz. www.nadir.org/nadir/initiativ/ci

Gemeinschaftsinitiative URBAN II Teile des Leipziger Westens sind von 2000 bis 2006 Programmgebiet. Schwerpunkte sind u.a.: Unternehmensförderung, Identifizierung der Bürger mit ihrem Wohnviertel, Förderung soziokultureller- und Freizeiteinrichtungen. www.urban-leipzig.de

Gudruns Gesellschaft für angewandte Popkultur mbH Unter dem Namen *Ilses Erika* DER Ort für Club-, Dj- und Pop-Kultur, junge Literatur, diskursiven Filmkonsum und Tanz im *Haus der Demokratie Leipzig*. www.ilseserika.de

Kunstraum B2 Ein im Frühjahr 1998 von Kunst-/KunstwissenschaftsstudentInnen initiierter Projektraum auf dem Gelände der Leipziger Baumwollspinnerei, der eine Plattform für kritischen künstlerischen Austausch darstellt. www.kunstraum-b2.de

KunstRäume Leipzig e.V. Der 1999 gegründete Verein unterstützt sowie initiiert Projekte Leipziger KünstlerInnen. Die ortsbezogenen Projekte setzen sich mit Orten, Räumen, architektonischen Gebäuden in Leipzig und deren identitätsstiftenden Bezügen auseinander. www.kunstraeume-leipzig.de

L 21 Architekten- und Planernetzwerk, das Intervention und Öffentlichkeitsarbeit in Form von Aktionen im Stadtraum, informellen Strategien und experimentellen Vorschlägen zum Stadtumbau Leipzigs betreibt und damit konventionelle städtische Leitbilder in Frage stellt.

Laden für Nichts Name eines umgenutzen ehemaligen Bäckerladens, der als anti-institutioneller Ausstellungsraum bis Anfang 2003 einen Ort für Projekte, Performances, Aktionen, Lesungen von KulturproduzentInnen (u.a. *Hochschule für Grafik und Buchkunst*) bietet.

Leipziger Baumwollspinnerei Ehemaliges Industriegelände, das seit 1992 von Handwerks- und Gewerbetreibenden, Künstlern und Galerien schrittweise umgenutzt wird. www.baumwollspinnerei.com

Netzwerk Südost e.V. Ein seit 1993 aktiver Verein, der die Selbstorganisation von Initiativen fördert, Akteure und Projekte in fach-übergreifenden Kooperationen vor Ort unterstützt und Netzwerke schafft. www.netzwerk-suedost.de

Niko 31 Gruppe von Architekten, Künstlern und Landschaftsarchitekten, die in Ausstellungen und selbstorganisierten Initiativen urbane und gesellschaftliche Konstellationen hinterfragt. www.niko31.org

Selbstnutzer Initiative der Stadt Leipzig zur Etablierung neuer Eigentumskonzepte: zukünftige Eigentümer suchen sich ihr Objekt (vorwiegend Gründerzeit) zusammen mit Gleichgesinnten, sanieren es und verwirklichen ihre individuellen Wohnformen. www.selbstnutzer.de

Stadthalten Seit September 2002 eine Kooperation zwischen der Stadt Leipzig (Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung) und dem Leipziger *Jahresausstellung e.V.*, die die künstlerische Bespielung von Brachflächen in Leipzig-Lindenau ermöglicht. www.stadthalten.de

Stiftung Federkiel Stiftung für zeitgenössische Kunst und Kultur, München, die im Herbst 2002 begonnen hat, auf dem Gelände der Leipziger Baumwollspinnerei ein Gebäude (Halle 14) zu einem internationalen Ort für Kulturproduktion und –präsentation zu entwickeln. www.stiftung-federkiel.org

WERKLEITZ (BEI MAGDEBURG) ––

Werkleitz Gesellschaft e.V. Zentrum für künstlerische Bildmedien Sachsen-Anhalt 1993 gegründeter gemeinnütziger Verein, der Film-, Kunst- und Medienprojekte fördert, Förderstipendien ausschreibt und seit 1996 die *Werkleitz Biennale*, ein kritisches internationales Forum für Medien und Kunst, veranstaltet. www.werkleitz.de

DESSAU ––

Brauhaus Dessau Im März 1999 hat der Brauhaus Verein den denkmalgeschützten Teil der früheren Brauerei Dessau übernommen. Ziel war und ist es, das Industriedenkmal zu sichern, zu sanieren und einer neuen Nutzung zuzuführen. www.brauhaus-dessau.de

DAKSBAU eG Eine Wohnungsbaugenossenschaft, die Arbeiten, Wohnen und Kultur durch selbstbestimmte und innovative Konzepte verbindet, historische Bausubstanz erhält und unkonventionelle Neubaulösungen plant.

Schwalbenhaus Gebäude aus dem Jahr 1826, das durch eine Vereinsgründung 1998 vor dem Abriss bewahrt und denkmalgerecht durch bürgerschaftliche Mitbestimmung saniert wurde. Innerhalb kurzer Zeit wurde der Ort fester Bestandteil der Stadtkultur.

HOYERSWERDA ––

Die verkunstete Platte Eine spektakuläre künstlerische Gestaltung einer zum Abriss freigegebenen Platte im Sommer 2003, um damit der uninspirierten Stadtplanung und dem stumpfen Rückbau der Plattenbauten etwas entgegenzusetzen. www.spirit-of-zuse.de/platte

Hoywoy.de Elektronisches Angebot, via Internet den Austausch weggezogener und dagebliebener Hoyerswerdaer zu ermöglichen. www.hoywoy.com

Hoywoy unfolding Ausstellungsprojekt im Jahr 2002 von Simone Hain und Studenten an der HfbK Hamburg über die Bau- und Sozialgeschichte von Hoyerswerda und die kulturelle Dimension des demografischen und wirtschaftlichen Wandels.

Kulturfabrik 1996 gegründetes soziokulturelles Zentrum mit vielfältigen Aktivitäten und überregionaler Wirkung. www.kufa-hoyerswerda.de

Spirit of Zuse e.V. Trägerverein des Projekts *Die verkunstete Platte*, der eine breite Basis schaffen und sich damit in die Hoyerswerdaer Stadtentwicklung einmischen will. Ein neues visionäres Denken im Geiste des Allround-Genies Konrad Zuse soll angeregt werden. www.spirit-of-zuse.de

DRESDEN ––

Dresden Friedrichstadt Künstlerisches Projekt im Jahr 2001, das Räume in einem stark vom Leerstand betroffenen Quartier gestaltet und zum Interagieren auffordert. www.dresden-friedrichstadt.de

Dresden Postplatz Künstlerisches Projekt im Jahr 2003, das eine regionale, überregionale und internationale Auseinandersetzung zum Thema Stadt, öffentliche Räume und deren Nutzung initiiert. 2004 Ausstellungsbeitrag auf *La Biennale di Venezia* (Architektur). www.dresden-postplatz.de

Plattenbau-Freilichtmuseum Inszenierte Freiraumgestaltung zur Dokumentation der Werkstoffe und Bausysteme der Plattenbautechnik auf dem Gelände des ehemaligen *VEB Kommunales Plattenwerk* in Dresden-Johannstadt.

INSTITUTE

Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI) Folgende Projekte wurden und werden vom DJI durchgeführt: das Modellprogramm *Freiwilliges Soziales Trainingsjahr* (1999–2004), *Netzwerke im Stadtteil* (2000–2003), *Karrieren jenseits normaler Erwerbsarbeit in den neuen Bundesländern, Geschäftsführung Sächsischer Jugendbericht, Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum* (alle 2001–2003) und, noch laufend, *Schule und soziale Netzwerke* (2001–2004). München, Halle (Saale) und Leipzig, www.dji.de

empirica Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH Das 1990 gegründete Unternehmen realisiert eine Vielzahl von Auftragsstudien und Forschungsprojekten zu Stadt- und Regionalentwicklung und zur *Sozialen Stadt*, Stadtumbau und überforderten Nachbarschaften: Evaluation der *Stadtentwicklungskonzepte*, Umgang mit Wohnungsleerstand, Perspektiven des Wohnungsmarktes in Ostdeutschland, Stadterneuerung, Stadtentwicklungspolitik und Demographie. Forschungsprojekt: u.a. Manchester-Leipzig *A Comparative Study of Urban Decline and Public Policy Response* (2003). Berlin und Bonn, www.empirica-institut.de

Friedrich-Schiller-Universität Jena Das DFG-Projekt Mitteldeutschland untersucht symbolische Regionalisierungsprozesse im Zeitalter der Globalisierung. Die Region ‚Mitteldeutschland' wird mit Hilfe der Wiederbelebung traditioneller Muster neu konstruiert, um eine kollektive Identität zu schaffen. Untersuchungsgegenstand ist der *Mitteldeutsche Rundfunk*. In Kooperation mit der Universität Halle/Wittenberg wird im DFG-Sonderforschungsbereich 580 das Projekt *Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch – Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung* durchgeführt. Lehrstuhl für Sozialgeographie, www.geogr.uni-jena.de

Humboldt-Universität zu Berlin Folgende Projektreihen zu Kleinstädten in Ostdeutschland wurden realisiert: *Kleinstädte in Ostdeutschland – welche Zukunft hat dieser Stadttyp?* (2000–2002), *Kleinstadträume* (Lehrprojekt, 1999/2000), *Kleine Stadt, was nun?* (Lehrforschungsprojekt, 1997/98). Institut für Sozialwissenschaften, www.sowi.hu-berlin.de

Institut für Wirtschaftsforschung Halle Das Institut gehört zu den Einrichtungen der *Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz* (WGL) und untersucht die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft in Bezug auf den Arbeitsmarkt im Umbruch und die Kommunale Wirtschaft. Darüber hinaus führt es Umfragen und Programmevaluationen durch und verfügt über ein *Makroökonometrisches Modell* für Deutschland. www.iwh.uni-halle.de

IRS — Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Die Abteilung *Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen* arbeitet gegenwärtig an dem Projekt *Wissensbasierte Stadtentwicklungen – Vergleichende Fallanalysen zur Dynamik und zu Steuerungsoptionen neuerer Stadtentwicklungstendenzen* (2003–2004). *Regenerierung ostdeutscher Klein- und Mittelstädte: lokale Disparitäten und Steuerungsformen* wird von der Abteilung *Regenerierung schrumpfender Städte* untersucht. Darüber hinaus werden regelmäßig institutionseigene Publikationsreihen herausgegeben. Erkner/Berlin, www.irs-net.de

Leibniz-Institut für Länderkunde e.V. Schwerpunkte des 1992 gegründeten Instituts sind grundlagenorientierte Forschungen zur Regionalen Geographie Deutschlands und Europas. Besonderer Fokus liegt auf Regionen im Prozess der europäischen Integration und der Transformation. Herausgeber verschiedener Zeitschriften, Schriftenreihen und des *Nationalatlas Deutschland*. Partner des 4R-Netzwerks – ein Netzwerk raumbezogener Forschung in Deutschland. www.ifl-leipzig.de

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. Zahlreiche Projekte zum Thema Strukturwandel, Schrumpfungsprozesse, Wohnungsnachfrage und Raumordnung in Ostdeutschland als auch der Entwurf wohnungswirtschaftlicher und städtebaulicher Konzepte und Grundfragen der ökologischen Erneuerung altindustrieller Regionen stehen im Mittelpunkt der Forschung. Derzeit wird an einem Modellvorhaben im ‚Zentralen Erzgebirge um Johanngeorgenstadt' gearbeitet, das den Umbau von Siedlungsstrukturen unter Schrumpfungsbedingungen erforscht (2002–2004). Ein weiteres Projekt ist der Vergleich von Suburbanisierungsprozessen in Stadtregionen am Beispiel von ostdeutschen und US-amerikanischen Ballungsräumen: Dresden und Columbus (Ohio) (2001–2004). Dresden, www.ioer.de

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Forschungsschwerpunkt ist die Stadtentwicklung in Ostdeutschland seit 1990 mit den Schwerpunkten Halle und Umland: Innenstadt, Gründerzeitviertel, Großwohngebiete, Suburbanisierung, Innenstadtmonitoring in Halle, Gentrifizierung, Großsiedlung Halle-Neustadt, Kulturlandschaften im suburbanen Raum, Migration und geografische Alternsforschung. Institut für Sozialgeographie, www.geographie.uni-halle.de

Max Planck Institute for Social Anthropology Gegenwärtige Forschungsprojekte zu Regionen in Ostdeutschland sind: *Homeland Ties and the Incorporation of Foreigners, Halle (Germany) and Manchester (USA), Property Relations in the Agricultural and Industrial Region South of Leipzig und Winners and Losers in Vorpommern: the realigning of property relations in an east German agricultural region (1932–2002) als auch Social security in change: the case of Rostock*. Halle (Saale), www.eth.mpg.de

UFZ — Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH in der Helmholtzgesellschaft Innerhalb des Departments Ökonomie, Ökologie und Recht wird derzeit an folgenden Studien und Projekten gearbeitet: *Aufbau einer integrierten regionalen Umwelt- und Sozialberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung* (2002–2005), das EU-Projekt *URBS PANDENS – Urban Sprawl* (2002–2004) beschäftigt sich mit Suburbanisierung und Flächenverbrauch, Europäischen Mustern, Umweltbelastung und Nachhaltigkeit, *Re Urban Mobil* (2002–2005) untersucht die Herausforderungen der Reurbanisierung innenstadtnaher Wohnquartiere unter den Bedingungen des demographischen Wandels, *Sozialwissenschaftliche Begleitung von Rückbaumaßnahmen in der Großsiedlung Leipzig-Grünau* (2002–2005) und *Stadtumbau und Flächenhaushaltspolitik* (2003–2005). www.ufz.de

Usbeck GmbH — Büro für Stadt- und Regionalentwicklung Das Unternehmen arbeitet momentan an einer Studie zu Pendlerverflechtungen in Nordthüringen (2004) und schloss kürzlich das Forschungsprojekt *Schkeuditz – Stadt 2030* ab. Leipzig, www.usbeck-online.de

Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam Im DFG-Projektverbund wird das Projekt *Die DDR im deutschen und europäischen Systemkonflikt* realisiert, das u.a. die Forschungspunkte Berlin und sein Brandenburger Umland im Ost-West-Konflikt und Sozialismus als soziale Frage untersucht. www.zzf-pdm.de

---

WEITERE INTERNET-LINKS

www.bbr.bund.de
Homepage des *Bundesamt für Bauwesen und Raumforschung* mit informativer Literaturliste

www.bmvbw.de/Stadtumbau.Ost-.753.htm
Homepage des *Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen*, Informationen zum Wettbewerb/ Bund-Länder Programm Stadtumbau Ost

www.planspiel-innenstadt.de
Abgeschlossenes Projekt des BMVBW zur Aufwertung und Vitalisierung der Innenstadt am Beispiel der Städte Celle und Halle (Saale)

www.schader-stiftung.de
Homepage der gemeinnützigen *Schader-Stiftung* mit Internetplattform *wohn:wandel* und ausführlichen Materialien zum Bund-Länder-Programm *Stadtumbau Ost* mit kommunalen Beispielen und weiterführenden Links

www.schrumpfende-stadt.de
Ehrenamtlich erstellte, engagierte Homepage mit interessanten Links, Literaturhinweisen, Texten und Diskussionsforum

www.sozialestadt.de/index2.shtml
Internet-Forum des *Deutschen Instituts für Urbanistik* zum Bund-Länder-Programm *Städteteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt*

www.srl.de/srl/ak/stadtumbau
Homepage der *Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung* zum Thema Stadtumbau mit ausführlichen Werkstattberichten

www.templace.com
Internet-basierte und offene Plattform, die zur temporären Nutzung leer stehender Räume eine Infrastruktur in Form eines ‚schwarzen Bretts' anbietet

www.wohnbund.de
Homepage des *Verband zur Förderung wohnungspolitischer Initiativen*, fachliche Beratung u.a. für Genossenschaftsgründungen und BewohnerInnenbeteiligung

FILMOGRAFIE

ORiginal WOlfen — Geschichte einer Filmfabrik, Regie: N. Bolbrinker / K. Stutterheim, Dokumentarfilm, D 1995
Die Kamera fährt durch das gespenstisch leere Fabrikgelände der ehemaligen Filmfabrik. Nur noch eine Handvoll Kollegen sind hier damit beschäftigt, ökologisch korrekt zu entkernen, zu zerlegen und wegzuräumen. Mit Hilfe von Filmen und Dokumentationen aus dem Betriebsarchiv und den Erzählungen des Archivars wird die zunächst schwarz-weiße und später bunte Geschichte der Filmfabrik jedoch wieder lebendig.

Halbe Treppe, Andreas Dresen, Spielfilm, D 2002. Darsteller: A. Prahl, G. M. Schmeide, S. Kühnelt, T. Merten
Frankfurt (Oder) – Alltagsrealität in einer im Strukturwandel gestrandeten Stadt, in der zwei Ehepaare die Mitte des Lebens erleben und mit dem eigenen Scheitern zu kämpfen haben. Dresen hat die Figuren durch Improvisation der Schauspieler entstehen lassen. Daraus entwickelten sich Momente der zwischenmenschlichen Echtheit. Ein Film über die unspektakuläre Realität des Lebens.

Leeres Land, Regie: Günter Ederer, Dokumentation, ARD, D 2001
Sterben die Deutschen aus? ... Elf Stockwerke hohe Wohnsilos mit leeren Fensterhöhlen, 30 Schulen in den letzten fünf Jahren geschlossen, von 3.000 Kindergärtnerinnen mussten 1.500 entlassen werden. Keine Vision, sondern Realität in Halle (Saale), die in zehn Jahren von 310.000 Einwohnern auf 247.000 abgeschmolzen ist.

Die Schützes 1989-1999: Wir machen weiter, Regie: Wolfgang Ettlich, Dokumentarfilm, D 1999
Die für den Deutschen Filmpreis nominierte Dokumentation *Wir machen weiter...* ist der dritte Teil einer Langzeitbeobachtung. Dabei erstaunt immer wieder der scheinbar nie ganz versiegende Optimismus der Schützes und die Flexibilität, sich an ständig wandelnde Situationen anzupassen. Teil 1: *Ausgerechnet Bananen – Ein deutsch-deutsches Wirtschaftswunder*; Teil 2: *Die Schützes – Helden zwischen Bananen und Kohl*.

Stau — Jetzt geht's los, Regie: Thomas Heise, Dokumentation, D 1992
Ein heftig diskutierter Film über sechs rechtsradikale Jugendliche in Halle-Neustadt. Glatzen, Neonazis, Skinheads – Heise will zuerst einmal wissen, was denn das für Leute sind. Er unterläuft dabei die üblichen Medienklischees und dokumentiert das Leben der Jugendlichen mit einer ethnografischen Neugier, die ihm gleichzeitig die Kritik eingebracht hat, unkritisch und unkommentiert die Situation dargestellt zu haben.

Neustadt (Stau– Stand der Dinge), Regie: Thomas Heise, Dokumentation, D 2000
Der Film ist die Weiterführung von *Stau – Jetzt geht's los*. Die Insistenz, mit der Heise in Neustadt vorgeht und die Lebensbedingungen der mittlerweile erwachsenen Jugendlichen durch einfache, klare Fragen allmählich freilegt, macht diesen Film politisch so brisant.

Verkauftes Land, Regie: Horst Königstein, Darsteller: R. Kowalski, A. Thomas, M. Körber, Doku-Drama, NDR 2003
Im Mittelpunkt steht der frühere Treuhand-Vorstand Klaus Schucht (1930–2001). Schucht war bei der Privatisierungsbehörde in den Jahren 1991 bis 1994 zuständig für die Ressorts Bergbau, Energie und Chemie. Zeitläufe Anfang der 1990er Jahre in den Neuen Ländern werden wieder lebendig.

Die Kinder von Golzow, Regie: Barbara und Winfried Junge, Dokumentarfilm, D 1961–...
Eine Langzeitchronik über 13 Kinder in einem Dorf im Oderbruch, um den „Prozess der Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftskonzeption in einem Teil Deutschlands zu dokumentieren und in Einzelporträts das Menschenbild zu erfassen, das sich in diesem Prozess herausbildet." (Junge)

Die Architekten, Regie: Peter Kahane, Drehbuch: Thomas Knauf, Peter Kahne, Andreas Köfer, Darsteller: Kurt Naumann, Rita Feldmeier, Uta Eisold, DEFA, 1990, 108 min
Unmittelbar zur Zeit der ‚Wende' diskutiert dieser Film zum letzten Mal städtebauliche Probleme der DDR: Jüngeren Architekten wird durch einen Großauftrag auf der einen Seite parteistaatliches Vertrauen entgegengebracht, andererseits eskaliert daran der Konflikt zwischen „dem Möglichen und dem Utopischen".

Bergmann Borsig, Vormals VEB, Regie: Barbara Kasper / Lothar Schuster, Dokumentarfilm 1992, 90 min
Langzeitdokumentation über einen Betrieb in Berlin-Pankow: „Vom VEB zur GmbH" (Kasper). Folgeauswirkungen der industriellen Schrumpfungsprozesse: Auf dem Gelände des *VEB Bergmann Borsig*, das 1990 vom schwedisch-schweizerischen Konzern ABB übernommen wurde, entstand mit einer Gesamtfläche von 280.000 qm der *PankowPark*.

Plagwitz und sein Engel, Regie: Barbara Kasper, Kurz-Dokumentation 1995, 25 min
Filmessay über den Umgang mit Tradition und Geschichte im Industrie-Viertel Leipzig-Plagwitz.

Sportfrei, Regie: Anna Klamroth, Co-Regie/Kamera: Ines Thomsen, Dokumentarfilm, D 2000, 13min
Was zunächst scheint wie eine dokumentarische Sozialstudie über fünf Jungs, die ein verlassenes Schwimmstadion (Karl-Friedrich-Friesen-Stadion) zum Spielplatz umfunktionieren, wird unvermittelt zu einer Reflexion über Kapitalismus und Totalitarismus, der Archivbilder aus der Geschichte des Schwimmstadions als ruhmreicher Ort kommunistischer Sporterfolge gegenüberstehen.

Märkische Gesellschaft m.b.H. , Regie: Volker Koepp, Dokumentarfilm, D 1989–1991
1988 fährt Koepp erstmals in die ostdeutsche Kleinstadt Zehdenick, um eine verkommene Ziegelei zu beobachten. Im November 1989 kommt er wieder. Diesmal trifft er mitten in der ‚Wende' auf bierselige Stammtischbrüder. Sein letzter Besuch, während der Währungsumstellung 1990, zeigt Arbeitslose neben West-Besuchern und den totalen Zerfall der DDR-Gesellschaft.

Uckermark, Regie: Volker Koepp, Dokumentarfilm, D 2001
Ihm geht es darum„ ... die Veränderungen der Landschaft und der Beziehungen der Menschen untereinander zu beschreiben", sagt der Dokumentarfilmer Volker Koepp zu seiner Arbeit über die Uckermark, einem dünn besiedelten, verarmten Landstrich nördlich von Berlin.

Wittstock, Wittstock, Regie: Volker Koepp, Dokumentarfilm, D 1997
Mit *Wittstock, Wittstock* beendet Volker Koepp seine sich über mehr als 20 Jahre erstreckenden filmischen Beobachtungen vom Leben in der märkischen Kleinstadt Wittstock. Noch einmal begegnet man den Textilarbeiterinnen des einstigen *VEB Obertrikotagenbetriebes Ernst Lück*, die zwar inzwischen Arbeit und gesellschaftliche Anerkennung, nicht aber ihr Selbstwertgefühl und ihre Sicherheit verloren haben.

Technik des Glücks, Regie: Stefan Kolbe, Chris Whright, Dokumentarfilm, BRD 2003, 68 min
Früher gab es das Kraftwerk Zschornewitz. Tausende machten hier aus Kohle Strom. Mit der DDR verschwand das Kraftwerk und mit ihm die Arbeit. Es blieben die Amateurfilme der Kraftwerker. Im Dialog mit diesem Material entsteht eine Vision ausgelöschter Vergangenheit und fehlender Zukunft – Das kleinere private Glück neben dem großen, nicht eingelösten Versprechen.

Weißenfels 1990–1995: Der lange Abschied von der DDR, Regie: Dietrich Lehmstedt, Dokumentarfilm, D 1995

Lichter, Regie: Hans Christian Schmid, Darsteller: A. Dwyer, S.Urzendowsky, M. Kiefer, Spielfilm, D 2003
Die Oder trennt nicht nur das deutsche Frankfurt vom polnischen Slubice, sondern ganze Welten. In lose miteinander verwobenen Geschichten erzählt Lichter von Menschen auf beiden Seiten der Grenze, von Verlierern und vermeintlichen Gewinnern der Wohlstandsgesellschaft. Willkommen in der Wirklichkeit.

Abstich — Die Maxhütte in Unterwellenborn, Regie: Joachim Tschirner/Burghard Drachsel, Dokumentarfilm, 1993–1997
Abstich ist der fünfte und letzte Teil des Filmzyklus über die Maxhütte, das gewaltige Stahl- und Walzwerk im thüringischen Unterwellenborn. Alle Geschichten, die der Film erzählt, beginnen in der Maxhütte.

Silberhöhe, Clemens von Wedemeyer, D 2003
„silberhöhe versetzt den betrachter in den tag und die nacht einer schrumpfenden stadt. eine fiktion ohne hauptdarsteller im ostdeutschen plattenbauquartier halle-silberhöhe – die kamera bewegt sich und sucht, die schnitte folgen einer unsichtbaren geschichte. aber nichts passiert und niemand taucht auf." (Wedemeyer)

Insel der Schwäne, Drehbuch/Regie: Herrmann Zschoche. Darsteller A. Bunke; M. Müller; S. Martinek, DEFA, DDR 1982, 87 min
Nach dem gleichnamigen Roman von Benno Pludra. Stefan, ein Junge vom Lande, ist mit seiner Familie in ein vorstädtisches Neubaugebiet bei Berlin umgezogen. Pludras Roman beschreibt die Umbruchsituation, die der Film im abrupten Übergang von der naturgeprägten Kindheit in die technikbestimmte Neubau-Großstadt aufgreift.

Halle im Zentrum der DDR, DDR, 1969, 14 min
Ein junges Amateurfilmkollektiv aus Leipzig macht sich ein Bild vom Baugeschehen in Halle-Neustadt. Dabei sind die Ansprüche an das Neue hoch: „Eine Stadt ist erst schön, wenn auch ihre Bewohner glücklich sind", heißt es in einem der Kommentare.

Gestern und die neue Stadt, DDR, 1969, 27 min
Im zwanzigsten Jahr der DDR gedreht, beschreibt dieser s/w-Dokumentarfilm den Aufbau von Halle-Neustadt.

Instandhaltung von Wohngebäuden, DDR, 18 min
In den 1980er Jahren waren die Großwohnsiedlungen am Stadtrand fertig gebaut, während in der Innenstadt von Leipzig die Altbauten verfielen. „Was wird aus dem Haus, in dem wir wohnen."

BIBLIOGRAFIE

Die perforierte Stadt. Mit Beiträgen von u.a. Wulf Eichstädt, Wolfgang Kil, Engelbert Lütke Daldrup, *StadtBauwelt*, Nr. 150, Vierteljahresheft der Bauwelt, Jg. 92, 24/2001
Wie formiert sich der schleichende Verfall einer jungen Stadt wie Hoyerswerda? Wie wirkt die Perforierung durch Abriss in einer ‚Doppelstadt' wie Halle? Was bewirkt die Situation des schockierenden Leerstands? Stehen die Städte vor einer neuen Strategie des Stadtumbaus? Bleibt Abriss die einzige Lösung? Autoren aus Politik, Forschung und Architektur erörtern die Folgewirkungen der tief greifenden Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

Schrumpfende Städte, Themenheft der Berliner Debatte *Initial*, Jg. 13, 2/2002. Mit Beiträgen von Wolfgang Kil, Hartmut Häußermann, Philipp Oswalt / Klaus Overmeyer / Walter Prigge
Das Heft widmet sich den Schwerpunkten *Schrumpfende Städte* und *Die Deutung der DDR*. Das Thema der Schrumpfung wird vor allem im Hinblick auf den fälligen Stadtumbau behandelt und untersucht unter interessanten Gesichtspunkten Schrumpfungsprozesse. Welche Symptome, Ursachen und Folgen hat der wachsende Wohnungsleerstand? Abreißen oder Aufwerten? Bestellhinweis: verlag@berlinerdebatte.de

Gerd-Axel Ahrens (Hrsg.), *Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City – Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung*, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund 2003
Die zweiteilige Forschungsarbeit Thilo Lang und Eric Tenz leistet die Aufarbeitung der komplexen Wirkungszusammenhänge der städtischen Schrumpfungsprozesse über eine wohnungswirtschaftliche und ebenso ausschließlich ostdeutsche Perspektive hinaus. Teil zwei entwirft die Philosophie der Lean City, der ‚schlanken Stadt', die aus bestehenden Potenzialen neue Pfade entwickeln kann.

Kristine Bauer-Volke und Ina Dietzsch (Hrsg.), *Labor Ostdeutschland – Kulturelle Praxis im gesellschaftlichen Wandel*, 2003
Das Buch gliedert sich in fünf thematische Kapitel: der Strukturwandel des Kulturbetriebs, die kulturelle Herausforderungen durch eine veränderte Arbeitsgesellschaft, die Kultur- und Kommunalpolitik in schrumpfenden Städten, neue und alte Identitätsbezüge und kulturelle Zugehörigkeiten, die Zukunftsperspektiven von Jugendlichen und die Rolle der Jugendkultur. Das Buch ist im Auftrag der *Kulturstiftung d*es Bundes entstanden.

Andreas Berkner (u.a. Hrsg.), *Exkursionsführer Mitteldeutschland*, Westermann Verlag, Braunschweig 2001
Der alte Begriff Mitteldeutschland bezieht sich auf Thüringen, Sachsen und das südliche Sachsen-Anhalt. Über dreißig Fachleute aus der Region nehmen sich in den fünfzehn Kapiteln des kleinen Handbuchs der natürlichen Umwelt, der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Entwicklung des Territoriums an.

Regina Bittner, *Kolonien des Eigensinns*, Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion, Campus-Verlag, Frankfurt a. M. und New York 1998
Die Region zwischen Bitterfeld und Wolfen ist von der Landschaft riesiger Werkhallen und rauchender Schornsteine längst weit entfernt. Zu sehen gibt es statt dessen Ruinen von Fabriken, High-Tech-Inseln, Containergebäude für neues Gewerbe. Ethnographisch und sympathetisch wendet sich die Autorin den sozialen Problemen und Praktiken der Arbeiter dieser Region zu.

Klaus Brake, Jens S. Dangschat, Günter Herfert (Hrsg.), *Suburbanisierung in Deutschland / Aktuelle Tendenzen*, Verlag Leske & Budrich, Opladen 2001
Suburbanisierung hat in Deutschland – bedingt durch die Vereinigung, die demographische Entwicklung, die Globalisierung der nationalen Ökonomien – im Verlauf der 1990er Jahre eine zugleich erneute und erhöhte Aktualität erfahren. Der Band gliedert sich in 21 Beiträgen einerseits nach den klassischen Funktionen Wohnen/Arbeit/Freizeit/Verkehr, andererseits nach den Ballungsräumen Berlin/Leipzig/Frankfurt a. M./ Stuttgart/München.

Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Aufbau Verlag, Berlin 2002
Gestützt auf Material aus Zeitung und Fernsehen, aus Literatur und Urbanismus, vor allem aber aus zahllosen Gesprächen und eigener Anschauung, attestiert der Autor den Ostdeutschen eine durch die Geschichte der 1990er geschärfte praktische soziale Intelligenz und Phantasie, von der die Westdeutschen in Zukunft lernen müssten. Ein stark diskutierter, zugleich suggestiver und provokanter politischer Essay.

Klaus Friedrich, Manfred Frühauf (Hrsg.), *Halle und sein Umland*, Geographischer Exkursionsführer, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), 2002
In thematischer Sortierung umfasst der *Exkursionsführer* in 27 Kapiteln die gesamte Geschichte des natürlichen Raumes von Halle und der menschlichen Siedlung in Halle. Bei den Ausflügen in die Umgebung geht es auch um die Potenziale der Korridore von Halle nach Leipzig und von Halle nach Merseburg.

Christine Hannemann, Sigrun Kabisch, Christine Weiske (Hrsg.), *Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands*, Verlag Schelzky & Jeep, Berlin 2002
Die 13 Beiträge beruhen auf einer Arbeitstagung, die Anfang 2001 in Chemnitz stattfand: Der ‚Forschungsboom' zum Thema Stadt- und Regionalentwicklung im Ostdeutschland der 1990er Jahre hinterließ eine Vielzahl von Fragen. Wer die Veränderung in den Kommunen der früheren DDR lediglich als Anpassung Ost an West betrachtet, verfehlt die Spezifika der Transformation unter der Bedingung von Schrumpfung.

Hartmut Häußermann, Rainer Neef, *Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1996
Die Beiträge des Buches verdeutlichen durch allgemeinere und spezifische Erörterungen den tief greifenden Bruch mit Leitbildern, Strukturen und Trägern der Stadtpolitik und seinen Auswirkungen in den ostdeutschen Städten. Ein aufschlussreicher Überblick über die neu entstandenen Wohn- und Lebensbedingungen.

Karl-Dieter Keim (Hrsg.), *Regenerierung schrumpfender Städte – Zur Umbaudebatte in Ostdeutschland*, IRS (Reihe REGIO transfer 1), Erkner 2001
Was tun bei Leerstand? Abreißen oder aufwerten? Die Beiträge befassen sich primär mit wohnungswirtschaftlichen und wohnungspolitischen Problemen, etwa in Guben, in Bautzen, in Wittenberge. Nur wer die vertrauten Pfade der planerischen Instrumente verlasse und sich auf innovative Experimente einlasse, so die Autoren, habe eine Chance, die Probleme der Schrumpfung einer Lösung näher zu bringen.

Sybil Kohl, Philipp Oswalt, Albrecht Schäfer (Hrsg.), *3 Städte. Verlassene Stadt Ersatzstadt Ungebaute Stadt*, Architektur-Stadtführer Ostdeutschland Band 1–3, Berlin 2001
Der Katalog dokumentiert drei verschiedene Sichtweisen auf vorhandene Zustände der ostdeutschen Siedlungsgebiete. Zusammengefasst aus architektonischen Fundstücken und auf Karten verortet, entstehen drei synthetische Stadtmodelle, die in ihrem expliziten Charakter stellvertretend für die städtebauliche Situation in den neuen Bundesländern stehen.

Heidi Müller, Gisela Schmitt, Klaus Selle (Hrsg.), *Stadtentwicklung rückwärts! Brachen als Chance? Aufgaben, Strategien, Projekte*, Eine Textsammlung für Praxis und Studium, Dortmund 2003
Nach einigen Beiträgen zu den immer wieder diskutierten ökonomischen und demographischen Phänomenen, welche die Städte haben schrumpfen lassen, wendet sich das Buch den teils de-, teils reaktivierten Arealen in größeren, mittleren und kleineren deutschen Städten zu. Neben Beispielen aus Hannover, Tübingen und Iserlohn geht es auch um den Medienhafen Düsseldorf sowie – der Kontrast könnte kaum schärfer sein – um die Lage in Leipzig.

Vor Ort, Eine Sammlung topografischer Fotografien Ostdeutschlands, Leipzig 1997, hg. v. Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft
Im Auftrag der Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft Leipzig dokumentierten zwischen 1992 und 1997 acht Fotografen aus Ostdeutschland die industrielle Transformation in den ostdeutschen Städten und Landen. Der Wandel zeigt sich aber nicht in Aufnahmen von Objekten technologischer Innovation, sondern in Bildern von Fabriken, von Siedlungen, von zahllosen Gebäuden in städtischen Landschaften.

East, Stadt Land Ost, Archiv der Wirklichkeit, hg. v. Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Ostfildern-Ruit 2001
Wie der Band *Vor Ort* bezieht sich auch dieses Buch ganz auf Ostdeutschland. Mit dem Unterschied, dass Künstler aus Westdeutschland beteiligt waren und dass diesmal alte und neue Aufnahmen desselben Standorts verglichen werden können, wobei die Zeitspanne von fünf bis achtzig Jahren reicht.

AUTOREN

MATTHIAS BERNT, Dr. phil., Politologe
UFZ – Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH in der Helmholtzgesellschaft, Department Ökonomie, Soziologie und Recht, matthias.bernt@ufz.de

REGINA BITTNER, Kulturwissenschaftlerin
Stiftung Bauhaus Dessau, bittner@bauhaus-dessau.de

JÖRG DÜRRSCHMIDT, Soziologe
Universität Kassel, Bereich Makrosoziologie, joerg.duerrschmidt@uni-kassel.de

WOLFGANG ENGLER, Prof., Soziologe
Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch" Berlin, Fachbereich Kultursoziologie und Ästhetik, wengler@compuserve.com

GÜNTER HERFERT, Dr. phil., Stadtgeograf
Leibniz-Institut für Länderkunde e.V., Abt. Deutsche Landeskunde, G_Herfert@ifl-leipzig.de

ANDRÉ HILL, Dipl.-Ing., Raumplaner
Leibniz-Institut für Länderkunde e.V., Abt. Regionale Geographie Europas, A_Hill@ifl-leipzig.de

WOLFGANG KIL, freier Architekturkritiker und Publizist
Berlin, w.kil@gmx.de

ULF MATTHIESEN, Prof. Dr. rer. pol., Stadt- und Regionalforscher
IRS – Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Abteilung Wissensmilieus und Siedlungsstrukturen; Humboldt-Universität, Institut für europäische Ethnologie, matthiesen@irs-net.de

ULRICH PFEIFFER, Ökonom
Forschungsinstitut empirica, Berlin und Bonn, berlin@empirica-institut.de

HELLMUTH STIEFF, Dipl.-Ing., Stadtplaner und Architekt
Weimar, h.stieff@gmx.de

HARMUT USBECK, Prof. Dr. sc., Geograph
USBECK GmbH, Büro für Stadt- und Regionalentwicklung, usbeck@usbeck-online.de

GOTTHARD VOß, Dipl.-Ing., Landeskonservator i.R.
Landesamt für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt

KARIN WIEST, Dr. phil., Stadtgeografin
Leibniz-Institut für Länderkunde e.V., Abt. Deutsche Landeskunde, K_Wiest@ifl-leipzig.de

ANNA ZINSERLING, Soziologin
Kolleg für polnische Sprache und Kultur Potsdam, post@polnischunterricht.de

WORKING PAPERS

I IVANOVO ..... I.1 Studien / Studies 1 (rus/dt)
I.2 Studien / Studies 2
I.3 Ausstellungsbeiträge / Exhibition Contributions

II MANCHESTER / LIVERPOOL ..... II.1 Studien / Studies 1
II.2 Studien / Studies 2
II.3 Ausstellungsbeiträge / Exhibition Contributions

III DETROIT ..... III.1 Studien / Studies 1
III.2 Studien / Studies 2
III.3 Ausstellungsbeiträge / Exhibition Contributions

IV HALLE / LEIPZIG ..... IV.1 Studien / Studies 1
IV.2 Studien / Studies 2
IV.3 Ausstellungsbeiträge / Exhibition Contributions

V STÄDTE IM VERGLEICH / CITIES BY COMPARISON

VI KULTURELLE STUDIEN / CULTURAL STUDIES ..... VI.1 Musik / Music
VI.2 Film
VI.3 Literatur / Literature
VI.4 Vandalismus / Vandalism
VI.5 Eigentum / Property
VI.6 Rechtsextremismus / Right-wing Extremism

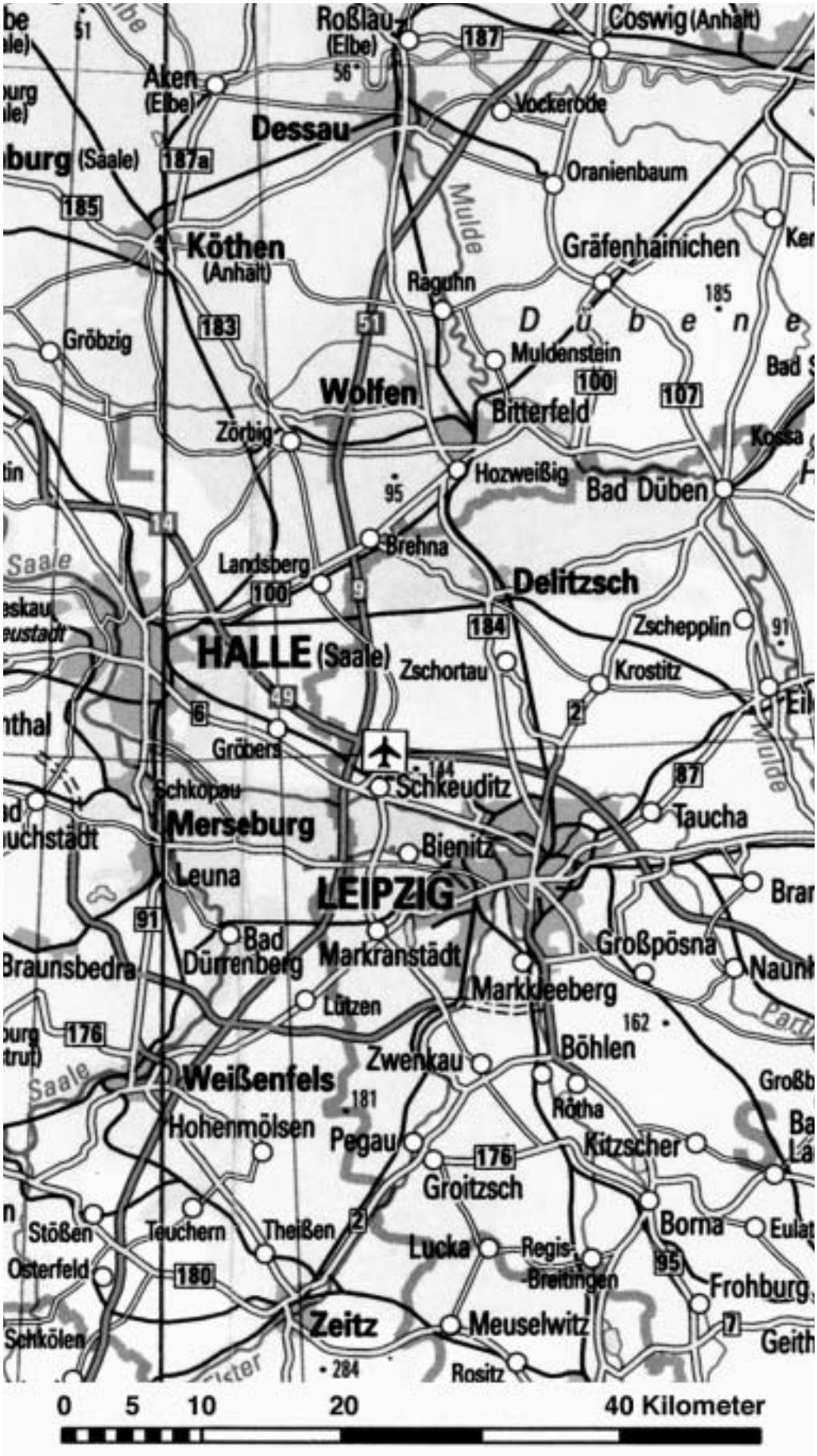
VII VERMISCHTES / MISCELLANEOUS

Im Frühjahr 2006 erscheint außerdem *Shrinking Cities: Complete Works 2, Interventionen/Interventions,* die die zweite Phase des Projekts dokumentieren.

WORKING PAPERS ist eine Reihe von *print-on-demand* Publikationen von *Schrumpfende Städte*, welche die Buchpublikationen des Projektes ergänzt. In ihr werden für das Projekt durchgeführte Studien, Recherchen und Diskurse der Öffentlichkeit verfügbar gemacht. Diese Publikationen sind bei den Ausstellungen und Veranstaltungen (des Projektes) als Hard-Copy sowie als pdf-Datei über die Homepage www.shrinkingcities.com erhältlich. Einzelne Ausgaben werden bei Bedarf aktualisiert und erscheinen dann in einer revidierten und erweiterten Auflage. Die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Veröffentlichung von Daten und Grafiken erfolgt ohne Gewähr. Für die Richtigkeit der Angaben sind die AutorInnen verantwortlich. Der Abdruck von Artikeln, Tabellen, Grafiken und Fotos oder Auszügen davon ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erlaubt.

IMPRESSUM:

HALLE / LEIPZIG – Heft IV der Reihe WORKING PAPERS des Projekts *Schrumpfende Städte*.
Herausgeber: Philipp Oswalt. Redaktion: Doreen Mende. Grafik: Tanja Wesse.
© Schrumpfende Städte. Berlin, Februar 2004.



© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2004, www.bkg.bund.de

FOTOS: HALLE / LEIPZIG

Foto 1: Wolfen Nord – Luftbild, © Christoph Petras

Foto 2: Wolfen Nord – 60er Jahre Bebauung mit hohem Altersdurchschnitt, © Laura Horelli

Foto 3: Wolfen Nord – Abrissbrache, © Laura Horelli

Foto 4: Wolfen Nord – Abriss eines Wohnhauses, © Laura Horelli

Foto 5: Wolfen Nord – Infrastrukturgebäude, © Laura Horelli

Foto 6: Wolfen Nord – Wohnumfeldverbesserung (Expo-Projekt) und Abbruchschutt, © Laura Horelli

Foto 7: Halle Neustadt – Zentrum, © Philipp Oswalt

Foto 8: Halle Silberhöhe – Abriss im Plattenbaugebiet, © Jan Wenzel

Foto 9: Chemieanlagen in Buna, © Jan Wenzel

Foto 10: Bitterfelder Chemiepark, © Christoph Petras

Foto 11: Schkeuditz – Zentrum, © Anke Hagemann

Foto 12: neues Logistikzentrum in der Peripherie nahe Schkeuditz, © Anke Hagemann

Foto 13: Altstadt Weißenfels – denkmalgeschütztes Bürgerhaus, © Anke Hagemann

Foto 14: Leipzig – leerstehende Gründerzeithäuser im Westen der Stadt, © Philipp Oswalt

Foto 15: Leipzig Plagwitz – Luftbild, © Christoph Petras

Foto 16: Großkugel – untergenutzte Gewerbeinfrastruktur / „beleuchtete Wiese", © Christoph Petras

Foto 17: Eigenheime, © Philipp Oswalt

Foto 18: Neubaugebiet, © Philipp Oswalt

Foto 19: Gewerbepark, © Philipp Oswalt

Foto 20: Gewerbesuburbanisierung an der A9, © Anke Hagemann